Dienstag, 22. Januar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 18 - 4.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Stützpunkt: Sowjetische Besatzungstruppen haben nach Angaben des afghanischen Widerstands in Samarkhel nahe der pakistanischen Grenze eine Garnison eingerichtet. Damit wollen sie offensichtlich den Nachschub für die Moslem-Rebellen in der Provinz Ningarhar abschneiden.

Bergarbeiter: Unter den streikenden britischen Bergarbeitern nimmt der Trend zurück zum Arbeitsplatz deutlich zu. Allein gestern fuhren mehr als 1750 wieder in die Zechen ein, mehr als 76 000 Mitglieder der Gewerkschaft NUM arbeiten wieder.

Druck: Japan hat die Fischerei-Verhandlungen mit der UdSSR bis auf weiteres abgebrochen. Tokio fühlte sich in der Diskussion um die Festlegung neuer Fangquoten von Moskau immer stärker unter Druck gesetzt. (S. 5)

Dementi: Die Botschaften der Bundesrepublik und der USA haben Spekulationen dementiert, wonach deutsche und amerikanische Diplomaten in den in Indien bekanntgewordenen Spionagefall verwickelt seien.

Sacharow: Für die Ehrenbürgerschaft der Stadt Bonn hat die Menschenrechts-Organisation „Kontinent" den sowjetischen Regimekritiker Sacharow vorgeschlagen.

Sympathie: Bundeswirtschaftsminister Bangemann sieht eine „neue Welle von Berlin-Sympathie" bei einflußreichen deutschen Industrie-Managern, Bankern und Unternehmern. Die Stimmung in Westdeutschland gegenüber Berlin sei umgeschlagen. (S. 4)

Arbeitszeit: Die IG Metall will auch für die rund eine Million Beschäftigten im Metall-Handwerk eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden durchsetzen. Noch in diesem Jahr sollen sämtliche Manteltarifbestimmungen gekündigt werden.

Streik: Die FDP will die bestehende Autonomie der Gewerkschaften in der Frage der Beschlüsse über Arbeitskampfmaßnahmen gesetzlich eingrenzen. Ziel ist nach den Worten des designierten FDP-Vorsitzenden Bangemann, darauf hinzuwirken, daß die Gewerkschafts-Mitglieder über Streikentscheidungen abstimmen können. (S. 10)

Umweltschutz: Als ein Staatsziel soll der Umweltschutz in der saarländischen Verfassung verankert werden. Darauf haben sich alle Fraktionen im Landtag geeinigt. In dem Gesetzentwurf heißt es, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sei der besonderen Fürsorge des Staates und jedes einzelnen anvertraut.

ZITAT DES TAGES



„Weil das Vier-Mächte-Abkommen funktioniert und sich dadurch die Spannungen um die Stadt stark vermindert haben, empfiehlt sich Berlin auch als Beobachtungsplatz für den Ost-West-Geschäftsverkehr für ausländische Banken"

Berlins Finanzsenator Gerhard Kunz (S. 4)
FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Ruhrgebiet: Mit einer „Neuen Wirtschaftspolitik" wollen die Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets dem Revier neue Investitions-Impulse geben. Als Instrument dieser Politik schlagen sie die Gründung einer privaten Gesellschaft zur Erneuerung des Ruhrgebietes vor. (S. 11)

Unruhe: Positive Signale für die Bauern fordert der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Freiherr Heereman, in diesem Jahr von Brüssel. Eine Nullrunde dürfe es 1985 nicht geben, sonst werde die Unruhe unter den Landwirten noch wachsen. (S. 11)

US-Etat: Für das Finanzjahr 1986 will Präsident Reagan dem Kongreß einen Haushalts-Entwurf vorlegen, der die Bundesausgaben auf dem Stand des Vorjahres einfriert. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, müssen alle Haushalte mit Ausnahme des Verteidigungs-Etats und des Zinsendienstes um 50 Milliarden Dollar zurückgeschnitten werden. (S. 11)

Börse: Bei schleppendem Geschäft zeigten sich die Aktienmärkte zu Wochenbeginn nur wenig verändert. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 168,1 (168,1). BHF-Index 102,626 (101,596). Performance-Index 100,146 (100,088). Dollarmittelkurs 3,1680 (3,1711) Mark. Goldpreis pro Feinunze 307,25 (308,00) Dollar.

KULTUR

Genuß: Zu einem großen Opernabend geriet Massenets „Werther" unter der Stabführung von Leonard Slatkin in Stuttgart. Musikalische Prägnanz und Dramatik begeistern das Publikum. (S. 15)

Trauermusik: Polens Starkomponist Penderecki schreibt an einer Trauermusik zum Gedenken an den ermordeten Priester Popieluszko. In einem Interview bekannte er sich zur „Solidarität".

SPORT

Funktionäre: Ski-Verbandspräsident Ertl wandte sich gegen die Kritik des Bundesausschusses für Leistungssport an den Trainern im nordischen Bereich. (S. 8)

Ski: Anette Böe aus Norwegen gewann bei den Nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Seefeld die Goldmedaille im 5-Kilometer-Langlauf. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Schußfeld: Die Berliner „Versöhnungskirche", mitten im sogenannten Todesstreifen der Ostberliner Grenze gelegen, soll heute gesprengt werden – freies Schußfeld wird geschaffen. (S. 16)

Todesfälle: Aus dem Risiko machte er ein Geschäft, jetzt kostete es ihn das Leben – der Stuntman Karel Soucek starb, als er sich in einem Faß aus 54 Meter Höhe in einen Wassertank stürzte und das flache Becken knapp verfehlte. (S. 16)

Wetter: Plus 2 bis 6 Grad, Glatteisgefahr, weiter mild.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Glatteis behindert den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Der Smog kam nicht aus dem Auspuff – Warum Fahrverbot?

Die Wirtschaft sieht eine „beträchtliche Rufschädigung" des Ruhrreviers

D. GURATZSCH, Essen

Bei der Bekämpfung des Smogs in Nordrhein-Westfalen sind möglicherweise untaugliche Mittel angewandt worden. Wie die WELT durch Rückfrage bei verschiedenen öffentlichen Dienststellen und Fachinstituten des Landes erfahren hat, sind die Abgase des Kraftfahrzeugverkehrs offensichtlich zu keiner Zeit an der hohen Schadstoffbelastung im Ruhrgebiet beteiligt gewesen. Statt dessen wurden in den kritischen Tagen überhöhte Werte für Schwefeldioxid und Staub gemessen, die zu mehr als 90 Prozent aus den Rauchgasen der Kraft- und Fernheizwerke, der Industrie und der Müllverbrennungsanlagen stammen.

„Man könnte jetzt sagen, ihr seid ja verrückt. Warum habt ihr den Kraftfahrzeugverkehr stillgelegt?" meinte der Sprecher der Landesanstalt für Immissionsschutz in Essen, Gregor Scheich, gegenüber der WELT. Allerdings könne man die Maßnahmen der zweiten und dritten Alarmstufe auch als Vorsorge verstehen: Durch Stillegung des Verkehrs sei verhindert worden, daß auch noch „andere Komponenten" weiter angestiegen sind.

Diese hauptsächlich durch Autoabgase erzeugten Komponenten, nämlich Stickoxide und Kohlenmonoxid, haben nach übereinstimmender Auskunft der Meßstellen, Krisenstäbe und auch des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministeriums die Grenzwerte der nordrhein-westfälischen Smog-Verordnung freilich „nicht annähernd erreicht". Bei Stickstoffdioxid blieben sie um 50 Prozent, bei Kohlenmonoxid um 80 Prozent unter den Grenzwerten.

Werner Knocke vom Gesundheitsministerium in Düsseldorf: „Bei der Auslösung der Smog-Alarmstufen haben tatsächlich nur die Schwefeldioxidwerte und Schwebstaub eine Rolle gespielt." An diesen Schadstoffen ist der Autoverkehr bei Schwefeldioxid jedoch nur zu 3,4, bei Staub zu höchstens 9,4 Prozent beteiligt.

Die von Medizinern als gesundheitsbelastend eingestufte aggressive Mischung von Schwefeldioxid und Staub konnte deshalb durch Stillegung des Autoverkehrs entsprechend den Alarmstufen II und III so gut wie überhaupt nicht beeinflußt werden. Eine Einschränkung bestimmter Produktionsverfahren der Industrie, bei denen es zur Freisetzung erheblicher Mengen von Schwefeldioxid und Staub kommt, sind nach der novellierten nordrhein-westfälischen Smog-Verordnung jedoch erst bei Alarmstufe III vorgesehen – zu spät, um das Schlimmste zu verhindern.

Zwar hatte der Länderausschuß für Immissionsschutz, ein im Auftrag der Umweltminister der Bundesländer arbeitendes Gremium, im neuen Musterentwurf einer „Smog-Verordnung" derartige Einschränkungen ausdrücklich bereits für Alarmstufe II empfohlen. Die Regierung von Nordrhein-Westfalen jedoch ist dieser Empfehlung nicht gefolgt. Sie übernahm aus dem Musterentwurf lediglich die neuen Grenzwerte in ihre novellierte Smog-Verordnung, die just mit dem Beginn der Smog-Situation im Ruhrgebiet in Kraft trat.

● Fortsetzung Seite 10

Reagan-Parade wegen Kälte abgesagt

Zum ersten Mal wurde die Vereidigung des US-Präsidenten in das Kapitol verlegt

FRITZ WIRTH, Washington

Ein plötzlicher Kälteeinbruch aus der Arktik hat gestern die große Inaugurationsschau für Präsident Reagan zu einem Kammerspiel gemacht. Bei 20 Grad unter Null wurde seine geplante öffentliche Vereidigung von der Westseite des Kapitols ins Innere des Gebäudes verlegt. Zugleich mußte zum ersten Mal in der fast 200jährigen Geschichte dieses Ereignisses die Inaugurationsparade durch die Pennsylvania Avenue abgesagt werden.

Der Präsident fällte diese Entscheidung persönlich. Er wollte nicht das Risiko eingehen, daß einer der 12 000 Teilnehmer und 1 300 000 erwarteten Zuschauer gesundheitlichen Schaden nehmen könnte. Zu den Opfern einer unterkühlten Inaugurationsfeier gehörte im Jahre 1841 sogar ein Präsident selbst. Henry Harrison hielt damals bei eisiger Kälte ohne Hut und Mantel die längste öffentliche Rede in der Inaugurationsgeschichte, zog sich dabei eine Lungenentzündung zu und starb vier Wochen später.

Für die Organisatoren ist die Absage ein schwerer Schlag. Sie haben seit zwei Monaten Tribünen an der Pennsylvania Avenue aufgebaut, die größte direkt vor dem Weißen Haus, wo Reagan die 75minütige Parade der Teilnehmer aus allen 50 Staaten abnehmen wollte. Allein die Kosten dieser Tribüne, die mit schwerem Panzerglas gesichert war, werden mit mehr als einer Million Dollar angegeben.

SEITE 2:
Wir, das Volk

Völlig vergeblich waren auch die intensiven Sicherheitsmaßnahmen entlang der Paradestraße. Die Polizei hatte jedes Gebäude an dieser Straße überprüft und hatte alle Kanaldeckel in der Pennsylvania Avenue aus Furcht vor Bombenanschlägen aus dem Untergrund zuschweißen lassen.

Die Besucher, die aus allen Teilen des Landes gekommen waren und für Tribünensitze bis zu 100 Dollar bezahlt hatten, sollen ihr Geld zurückerhalten. Als Trost für die von weither angereisten Teilnehmer, unter ihnen 45 Musikkapellen, wurde für sie eilig eine Ersatzveranstaltung in der Eissporthalle von Washington arrangiert.

Präsident Reagan war am Sonntag mittag bereits im Weißen Haus offiziell vereidigt worden. Der Eid sollte am Montag mit „Pomp and Circumstance" öffentlich wiederholt werden, weil das offizielle Inaugurationsdatum in diesem Jahr auf einen Sonntag gefallen war und öffentliche Feiern dieser Art den Sonntag nicht behelligen sollen.

Die viertägigen Inaugurationsfeiern gingen am Montag abend offiziell mit einer Serie von Galabällen in Washington zu Ende. Ronald Reagan und die First Lady hatten sich vorgenommen, allein neun von ihnen zu besuchen.

Kohl und Genscher sollen sich für Sacharow einsetzen

dpa, Frankfurt

Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher sollen bei ihrer heutigen Zusammenkunft mit dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Antonow in Bonn auch die Lage des in Gorki isolierten Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow zur Sprache bringen. Diese Aufforderung hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) gestern an die beiden deutschen Politiker gerichtet. Heute jähre sich zum fünften Mal der Tag, an dem Sacharow festgenommen und verschleppt worden sei.

Antonow hält sich noch bis zum Wochenende zu Gesprächen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bonn und Moskau in der Bundesrepublik Deutschland auf.

Papst-Attentäter in Syrien an Waffen geschult?

DW. Rom

Der türkische Papst-Attentäter Mehmet Ali Agca hat nach Darstellung der italienischen Zeitung „Corriere della Sera" ausgesagt, er sei 1978 in Syrien von bulgarischen Experten ausgebildet worden.

Agca habe vor dem römischen Untersuchungsrichter Ilario Martella erklärt, so heißt es in der in Mailand erscheinenden Tageszeitung, er sei Anfang jenes Jahres von bulgarischen Spezialisten in der syrischen Hafenstadt Latakia im Umgang mit leichten Waffen und Sprengstoff unterrichtet worden. Er habe auch eine ideologische Schulung erhalten. Martella hat im Oktober vorigen Jahres gegen drei Bulgaren und vier Türken Anklage wegen Komplizenschaft beim Papst-Attentat vom Mai 1981 erhoben.

Hupka sprach eine halbe Stunde mit dem Kanzler

DW. Berlin

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Rande der CDU/CSU-Fraktionssitzung in Berlin den Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, den Unionsabgeordneten Herbert Hupka, zu einem Gespräch über das Motto des Schlesiertreffens 1985 empfangen. Das bisherige Motto „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" war Kohl so mißverständlich erschienen, daß er eine Änderung wünschte. Wie es hieß, hatte der Vorstand der Landsmannschaft Hupka eine Liste von drei Themenvorschlägen mit auf den Weg zum Kanzler gegeben. Nach der rund halbstündigen Begegnung bemühte sich Hupka, das Gesprächsergebnis mit seinen Vorstandskollegen abzustimmen. Eine Festlegung auf ein Motto stand zu diesem Zeitpunkt offenbar noch aus.

Mit der „Transall" gegen den Hunger

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Hilfsflüge der Bundesluftwaffe in Äthiopien werden wahrscheinlich bis weit in den Sommer hinein fortgesetzt. Denn die Hungerkatastrophe im Afrika verlangt nach dem Urteil der Fachleute zuallererst die Linderung des akuten Mangels an Grundnahrungsmitteln, bevor später vom Ausland dazu beigetragen werden kann, den Menschen in den afrikanischen Dürreregionen „Hilfe zur Selbsthilfe" angedeihen zu lassen.

Auch der „Afrika-Tag", an dem die deutschen Hilfsorganisationen morgen die Bevölkerung zu Spenden aufruft, soll dazu dienen, den weiteren direkten Kampf gegen den akuten Hunger in Äthiopien zu finanzieren. Die Menschen brauchen Weizen, Mais und Reis. Seit November fliegt auch die deutsche Luftwaffe dort und hilft – neben Teams aus den USA, der Sowjetunion, Großbritannien, Italien und der „DDR" – dabei, die Nahrungsmittel, die mit Schiffen in den Häfen von Assab und Massawa gelöscht werden, auf dem Luftweg in den schwer zugänglichen Gebirgstälern zu verteilen.

Die Bundeswehr hat im Wechsel ständig zwei Transportflugzeuge vom Typ „Transall" im Einsatz. Bis Anfang Januar wurden die Maschinen vom „Lufttransportgeschwader 63" in Hohn bei Rendsburg gestellt. Seit knapp zwei Wochen kommen sie zusammen mit mehr als 40 Mann fliegerischem und technischem Personal vom Landsberger Geschwader „LTG 61". Von Diredawa aus, einem mit technischem Minimalstandard ausgestatteten Flugplatz, rund 350 Kilometer nordöstlich der äthiopischen Hauptstadt, operieren gegenwärtig die bayerischen Transporter. Jeden Tag zwischen sieben und neunzehn Uhr sind sie zwischen den beiden Hafenstädten und den Lagern in Aksum, Lalibela und Makalla unterwegs. Die Flugzeuge können bis zu knapp 300 Ein-Zentner-Säcke aufnehmen. Die Ladung besorgen äthiopische Helfer. Maschinen dafür gibt es nicht. Manchmal muß der Lademeister der Crew die Mannschaft antreiben. Ihm geht es darum, Zeit zu sparen, damit möglichst viele Flüge pro Tag sichergestellt werden können. Meist aber ist das gar nicht nötig. Die Äthiopier, ohnehin froh, Arbeit zu haben und nicht zu den Hungernden zu gehören, verrichten das Verladen mit Gesang.

HUNGERSNOT IN AFRIKA:
Schreckensbilder ohne Ende: In mindestens 22 Staaten Afrikas sind 30 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Auf einer Sonderseite zeigt das WELT-Ressort „Umwelt–Forschung–Technik" die Ursachen der Katastrophe auf. Welche Auswege gibt es? Bundesentwicklungsminister Jürgen Warnke gibt darauf in einem Interview Antwort.
Seite 6

Oberst Gutzeit, der Kommodore vom „LTG 63", zur WELT: „Die Motivation unserer Soldaten war außerordentlich." Selbst für die Weihnachtszeit fanden sich genügend Freiwillige für den nicht nur körperlich harten Job. Auch ans Gemüt geht den Soldaten das, was sie an Not in Äthiopien zu sehen bekommen, obwohl sie aus Zeitmangel nicht einmal Gelegenheit haben, die Lager selbst zu besuchen. Gutzeit berichtete von apathischen Kindern, die so kraftlos sind, daß ihre Stimmen kaum zu verstehen sind.

Solche bewegenden Begegnungen mit den Menschen sind allerdings selten. Sie landen mit ihrer Transall auf sehr kurzen und steinigen Pisten unter heißer Sonne, sehen zu, daß die Ladung schnell die Maschine verläßt, und sind bald wieder in der Luft zur nächsten Beladung an der Küste.

DER KOMMENTAR

Lehrgeld

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Smog-Alarm der Stufe III darf kein Profilierungsexperiment von Politikern sein, schon gar nicht im Vorraum von Landtagswahlen. Es wäre gut, wenn man sich wenigstens auf diese Einsicht verständigen könnte. Die kritische Aufarbeitung der im Ruhrgebiet gemachten Erfahrungen fiele dann leichter.

Die Industrie- und Handelskammern melden sich zu Wort. Ihr Hauptvorwurf ist, daß die Landesregierung in Düsseldorf die Herabsetzung der Grenzwerte ohne hinreichend gründliche Vorbereitung angeordnet habe. Es sei zu ungleicher Behandlung von Unternehmen gekommen, was heißen soll, daß manchen Unternehmen möglicherweise ungerechtfertigter Schaden verursacht wurde. Dieser Einwand macht deutlich: Smog-Alarm ist eine Güterabwägung zwischen der Abwendung von Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung einerseits und den wirtschaftlichen Auswirkungen andererseits. Aus der Wirtschaft wird geltend gemacht, der Smog habe in den Krankenhäusern des Reviers nicht zu auffallenden Zugängen an Patienten geführt.

Nachträglich stellt sich auch heraus, daß die regionale Stillegung des Autoverkehrs wahrscheinlich eine wenig hilfreiche Maßnahme war. Der Smog bestand aus Schadstoffen in der Luft, die aus den Schornsteinen und nicht aus dem Auspuff kamen. Für die Abgase der Autos wurden keine alarmierenden Werte gemessen. Da stellt sich die Frage: War es wirklich notwendig, ungezählten Autofahrern den Verzicht auf ihr geeignetstes Verkehrsmittel zuzumuten? Es geht nicht um die Klage, einem Teil der Deutschen sei das liebste Spielzeug zeitweilig vorenthalten worden; es geht auch nicht darum, daß da eine verdeckte Schlacht gegen das Privatauto zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs geschlagen worden sei. Viele Bürger haben jedoch wegen des Fahrverbots schwere Nachteile auf sich nehmen müssen, und das muß auch dann ernst genommen werden, wenn sich niemand die Mühe machen wird, sich im nachhinein wenigstens eine grobe Übersicht über diese unübersehbaren individuellen Schäden zu verschaffen.

Natürlich kann Minister Farthmann sagen, vorbeugen sei allemal besser als heilen. Doch das befreit nicht von der Pflicht, aus Erfahrungen zu lernen. Katastrophenstimmung ist ein schlechter Ratgeber für helfende Umweltpolitik.

Terrorist Thimme starb bei Bombenattentat in Stuttgart

Minister Eyrich: „Wir werden uns nicht erpressen lassen"

DW. Stuttgart

Die Sicherheitsbehörden sehen in den Anschlägen von Stuttgart-Vaihingen, Karlsruhe und Berlin einen Zusammenhang mit dem Hungerstreik inhaftierter Mitglieder oder Sympathisanten der RAF. Die CDU/-CSU-Fraktion erklärte, sie befürchte weitere schwere Terroranschläge. Baden-Württembergs Justizminister Heinz Eyrich (CDU) hat vor diesem Hintergrund versichert, ein Nachgeben gegenüber den Forderungen der im Hungerstreik befindlichen Terroristen komme „auf keinen Fall in Betracht". Wörtlich: „Wir wollen, dürfen und werden uns nicht erpressen lassen." Im Zuge der Terroristenfahndung wurden in der Nacht zu Montag sechs Wohnungen durchsucht, die von RAF-Sympathisanten bewohnt werden. Elf Personen wurden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und später wieder freigelassen.

Erstmalig ist seit den Terroranschlägen der letzten Wochen ein Todesopfer zu verzeichnen. Der in der Terrorszene nicht unbekannte 28jährige Johannes Thimme fand den Tod, als er am Sonntag abend in Stuttgart eine Bombe scharf machen wollte. Eine mutmaßliche Komplizin, die 23jährige Claudia Margarete Wannersdorfer, wurde bei dem Anschlag auf das Gebäude der Firma Rechenzentrum Bau GmbH schwer verletzt. Sie befindet sich jedoch außer Lebensgefahr. Bei dem Anschlag war Millionenschaden entstanden. Hohe Sachbeschädigungen richteten auch zwei Bombenanschläge auf Bürohäuser in Karlsruhe und Berlin an.

Im Vaihinger Industriegebiet am Wallgraben wurde am Sonntag gegen 18.15 Uhr eine heftige Detonation kilometerweit gehört. Vor dem Gebäude Nr. 28 in der Schulze-Delitzsch-Straße war ein schwerer Sprengsatz in die Luft gegangen. Nur 150 Meter vom Tatort entfernt befindet sich eine Polizeidienststelle des „Personen- und Objektschutzes", der möglicherweise der Anschlag galt. Nicht ausgeschlossen wird ferner, daß die Bombe, die offensichtlich zu früh explodiert war, einer Außenstelle der deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt gegolten haben könnte. Allerdings hat diese Forschungseinrichtung vor wenigen Wochen ihre Räume im vierten Stock eines Gebäudes in unmittelbarer Nähe des Tatorts verlassen.

Nach bisherigen Erkenntnissen wurde der Sprengsatz, bei dem es sich nach Angaben des Stuttgarter Staatsanwalts, Helmut Kronbacher, um eine „kleine selbstgebastelte Bombe" gehandelt haben dürfte, in einem Kinderwagen transportiert. Das umgestürzte Fahrzeug war am Tatort gefunden worden. Die Leichenteile von Thimme wurden in einem Umkreis von 50 Metern gefunden. Der durch die Explosion abgerissene Kopf des getöteten Terroristen wurde zum sechsten Stockwerk des Rechenzentrums geschleudert. Aufgrund von Schmauchspuren an einer ihm gehörigen Hand konnte festgestellt werden, daß der Tote auch der Täter sein mußte.

Seite 10: Alte Verbindungen?

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mehr Kernkraft, sofort!

Von Peter Gillies

Während des Smog-Alarms erhob der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) eine erstaunliche Forderung, nämlich die „sofortige Umstellung der Energieversorgung dahingehend, daß der Grundlastbereich der Stromversorgung von den emissionsgünstigsten Kraftwerken getragen wird“. Abgesehen von dem naiven Wunsch der Sofortigkeit ist die Äußerung aufschlußreich.

Hierzulande wird die kostengünstige Grundlast der Stromerzeugung vor allem aus drei Quellen gespeist: Braunkohle, Wasserkraft und Kernkraft. Die Braunkohle mit ihren hohen Emissionen kann nicht gemeint sein. Laufwasserkraftwerke, deren Stromanteil bei etwa vier Prozent liegt und die bei starkem Frost Probleme haben, bringen den erwünschten Durchbruch kaum. So fordern die Umweltschützer die „sofortige Umstellung“ auf Kernkraft – die Energiequelle, die sie jahrelang bis aufs Messer bekämpft haben. Nehmen die Ökologiebewegten den Vorzug einer der emissionsärmsten Energiequellen jetzt zur Kenntnis?

Vor einem Jahrzehnt wurden lediglich vier Prozent der Elektrizität aus der Kraft der Atome gewonnen. Heute liegt diese Quote bei gut fünfundzwanzig Prozent. Die Bundesrepublik ist ihrem Ziel eines vernünftigen Energiemix – jeweils ein Drittel aus Öl, eines aus Kohle und eines aus Atomenergie und anderen Trägern – nähergekommen. Wäre sie vor der Antikernkraft-Hysterie in die Knie gegangen, hätte das Smog- und das Waldproblem andere Dimensionen angenommen.

Der BBU macht einen Schritt aus der Ideologie in die Realität. Aber andere Umweltbewegte fordern, zum Beispiel in Hessen, das Abschalten von Kernkraftwerken. Aussteigen aus der Industriegesellschaft, aber mehr Wohlstand; Drosselung des Exports, aber mehr Arbeitsplätze – da gibt es noch einiges zu durchdenken. Vertrauen wir auf die Realität. Sie ist ein vorzüglicher Lehrmeister.

Raus Appetit

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Erfahrene Politiker huldigen dem Grundsatz, niemals „nie“ zu sagen; denn erstens kommt es anders, zweitens als man denkt. Andererseits wissen erfahrene Politiker, daß sie um eine Sache besser nicht drum herumreden; die Wähler mögen das nicht. In dieser Situation befand sich Johannes Rau, als er zwei Fragen zu beantworten hatte: Wie will er es in Düsseldorf mit den Grünen halten, falls es ihm bei der Landtagswahl am 12. Mai nicht gelingt, die absolute Mehrheit für die SPD zu holen? Und hat er vor, bei der Bundestagswahl 1987 als Kanzlerkandidat gegen Kohl anzutreten?

Rau hielt sich an den Grundsatz erfahrener Politiker: Er antwortete mit außerordentlicher Bestimmtheit – aber deutungsfähig. Eine Koalition mit den Grünen schloß er aus. Das Wort steht nun bis zu der Stunde, da am 12. Mai die Wahlergebnisse bekanntwerden. Doch just in jener Stunde kann er, wenn die absolute Mehrheit verfehlt sein wird, auf zwei eher beiläufige Anmerkungen im selben Interview zurückgreifen. Der SPD fehle es nicht an Koalitionspartnern, meinte er, was wohl heißen soll, daß mehrere Koalitionsmöglichkeiten offenstünden. Außerdem wollte er Hans-Jochen Vogel nicht widersprechen, der in einer Zusammenarbeit mit den Grünen Chancen der Reform für das System und die Partei erblickt hatte. In diesem Zusammenhang erteilte Rau nur den „Fundamentalos“ unter den Grünen eine klare Absage.

Mit ebenso eindrucksvoller Bestimmtheit erklärte Rau, er kandidiere am 12. Mai in Nordrhein-Westfalen nicht, um bessere Chancen für das Amt des Kanzlerkandidaten zu haben, sondern um Ministerpräsident in Düsseldorf bleiben zu können. Ein wenig später jedoch merkte er an, er habe es nie – hier sagte er tatsächlich „nie“! – als ehrenrührig empfunden, als möglicher SPD-Kanzlerkandidat genannt zu werden. In einigen Zeitungen ist ihm das so ausgelegt worden, als habe er mit dem zweiten Satz den ersten weggewischt.

Wähler, die es gern genau wissen wollen, werden Johannes Rau jetzt fragen: Ja – was ist nun ? Darauf könnte er wieder mit großer Bestimmtheit, aber deutungsfähig, antworten. Die Wahrheit ist simpel. Im Augenblick steuert Rau einen möglichst hohen Wahlsieg der SPD in Nordrhein-Westfalen an. Sobald das Wahlergebnis vorliegt, wird er sich – mit oder ohne Börners Dachlatte – an die alte Bauernregel halten: „Wie es kömmt, so wird's gefressen“. Der Appetit an der Macht ist allemal gut.

Machtwort eines Mufti

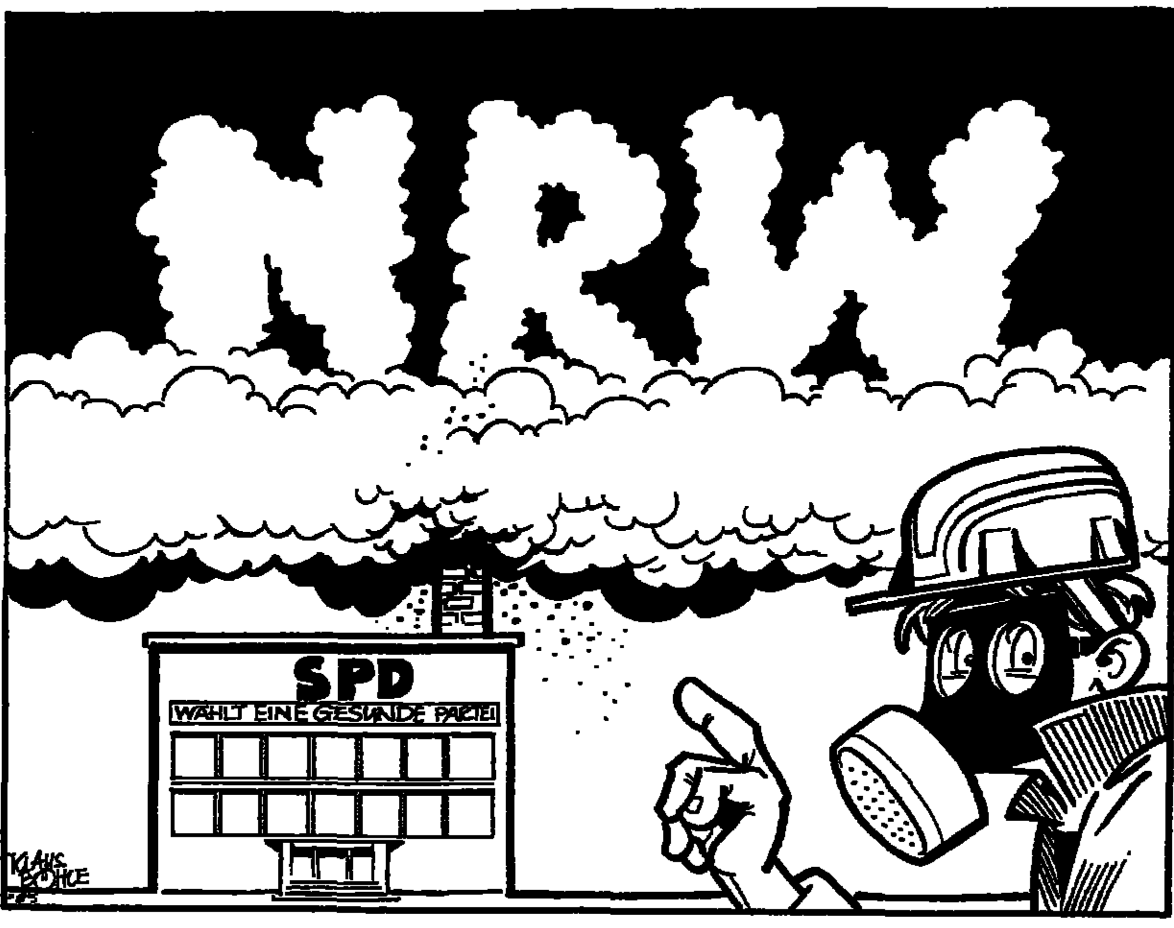
Von Peter M. Ranke

Welk sind die Vorschußlorbeeren, die UN-Generalsekretär Peres de Cuellar als Zypern-Vermittler gesammelt hatte. Das Gipfeltreffen zwischen Denktasch als Führer der türkischen Zyprer und Kyprianou als Präsident der geteilten Inselrepublik und Führer der griechischen Volksgruppe war schlecht vorbereitet. Oder wie ist es zu erklären, daß Denktasch nach vier Verhandlungstagen in New York behaupten konnte, er sei nur zum Unterzeichnen eines Dokumentes über die neue Verfassung gekommen, während Kyprianou meinte, er sei nicht zum Unterzeichnen, sondern zum Verhandeln da?

Wenn während einer Konferenz derartige Unklarheiten über das Procedere herrschen, muß sie scheitern. Die Türken haben zwar im Herbst einige Zugeständnisse für eine föderative Republik Zypern und damit für eine nominelle Wiedervereinigung gemacht. Aber jetzt von Kyprianou fast ultimativ zu verlangen, einen unfertigen Entwurf ohne Garantien zu unterzeichnen, erinnert denn doch an das Machtwort eines Mufti. *Oder brauchte Denktasch nur einen Vorwand zum weiteren* Ausbau seiner Separat-Republik in Nord-Zypern?

Die Griechen weisen darauf hin, daß ihr historisch verwurzeltes Mißtrauen und die gegenseitige Feindseligkeit nicht durch Papier zu überwinden seien. Sie fordern vereinbarte Zusicherungen über den stufenweisen Abzug der zwei türkischen Divisionen aus Nord-Zypern und eine Schutzmacht mehrerer UN-Staaten für ganz Zypern. Die Griechen lehnen die Türkei als „Schutzmacht“ ab, doch Denktasch besteht darauf. Aber dann könnten die Griechen nie sicher sein, daß sich Krieg und Besetzung von 1974 nicht wiederholen.

Eine Chance ist vertan. Eine neue Konferenz vor den Parlamentswahlen in Griechenland im Herbst macht wohl wenig Sinn. Denn jeder Politiker in Athen oder Nikosia muß den Vorwurf meiden, er unterstütze eine leichtfertige Regelung mit den Türken und „verrate“ die Griechen auf Zypern. Stacheldraht und trennende Mauern bleiben – und damit die Frage, ob Griechen und Türken auf der Insel überhaupt noch in einem Staat zusammenleben wollen und können.



Vorwarnung! Der nächste Smog kommt ganz bestimmt! KLAUS BÖHLE

Wir, das Volk

Von Fritz Wirth

Ein eisklirrender Wind wehte gestern die mit Millionenaufwand vorbereitete Parade für den Präsidenten von den Straßen Washingtons. Die zweite Inauguration Ronald Reagans hatte zu einem Schauspiel aus der Tiefkühltruhe zu erstarren gedroht. Um so erstaunlicher war es: Washington feierte diesen Präsidenten nicht mit klammen Händen und Gefühlen; es wärmte sich mit ihm an einem offenen Feuer der Emotionen, der gegenseitigen Zuneigung und des Patriotismus.

Dieses bemerkenswerte Phänomen wird nicht abgekühlt durch die Tatsache, daß bei dieser Inauguration die Republikaner zu einer Siegesfeier unter sich waren. Nicht erst die letzten Meinungsumfragen dieses Wochenendes belegen, daß dies kein republikanischer, sondern ein amerikanischer Präsident, nicht der einer Partei, sondern der Nation ist. Es hat mindestens seit Kennedys Tagen keinen Präsidenten mehr gegeben, mit dem sich so viele Amerikaner identifizierten. *Reagan hat in seinen ersten* vier Amtsjahren diesem seit zwei Jahrzehnten so mißbrauchten und verbrauchten Amt nicht nur neuen Glanz gegeben – er gab der Nation auch neuen Selbstrespekt.

Vor genau vier Jahren war die Inaugurationsszene vom Drama der Befreiung von 52 Geiseln überschattet, die fünf Minuten nach dem Eid Reagans und dem Abgang Carters vom iranischen Regime mit einem Kalkül freigegeben wurden, das die Ohnmacht dieser Weltmacht bloßstellen sollte. Die Erinnerung an dieses Ereignis zeigt, wie weit Reagan die Nation aus dem Tief der Depression und des Selbstzweifels herausgeführt hat.

Einige amerikanische Leitartikler nahmen diese zweite Inauguration zum Anlaß, die Erfolge und Mißerfolge Reagans in den letzten vier Jahren gegeneinander abzuwägen und danach das Urteil zu fällen, ob ihm ein Platz in der Geschichte zustehe. Die Übung ist müßig, die Methode anfechtbar. Ereignisse wie die Grenada-Invasion, der Rückzug aus Libanon und die Senkung der Inflations- und Arbeitslosenrate lassen sich nicht gegeneinander aufrechnen. Tatsache ist: Die Reagan-Ära war für eine von Watergate und Vietnam gebeutelte Nation ein Einschnitt, und allein diese Tat schon sichert Reagan einen Platz in der Geschichte.

Es gibt immer noch Kritiker, die seine Erfolge als das Ergebnis geschickten politischen Marketings deuten: viel Theater und wenig Regierung. Reagan hat wissen lassen, daß er mit solchen Interpretationen seiner Politik gelassen leben kann. Für die 59 Prozent der amerikanischen Bürger jedoch, die Reagan am 6. November ihre Stimme gaben und denen damit unterstellt wird, daß sie einem politischen Schauspiel zum Opfer fielen, ist es eine Provokation.

Die beginnende zweite Amtszeit hat zugleich ein politisches Geschöpf ins Gespräch gebracht, das versinnbildlichen soll, daß diese Inauguration kein Neubeginn, sondern der Anfang vom Ende sei, daß sich nun Schatten auf die „Reagan-Revolution“ senken werden. Die Rede ist von den „lame ducks“, den lahmen Enten. Zweite Amtszeiten haben in der amerikanischen Politik Vorzüge und Belastungen. Der Vorteil: der Präsident kann ohne Rücksichten auf eine Wiederwahl agieren. Der Nachteil: die Amtszeit wird zu *einem Wettlauf mit der Zeit.*

Das gilt außenpolitisch vor allem für den Abrüstungsdialog mit dem Kreml, dessen Ausgang viele Kritiker als das entscheidende Kriterium betrachten, ob Reagan wirklich zu einem „historischen“ Präsidenten zu werden vermag. Das Mißverständnis dieses Kalküls: Es unterstellt, daß Reagan den Rest seiner Amtszeit dem Ehrgeiz unterwirft, als Friedenspräsident in die Geschichte einzugehen. Die Wahrheit: Reagan will keine schnelle und billige, sondern eine gute Lösung dieses Konflikts.

Abgesehen davon hat die Fixierung auf den Abrüstungsdialog den Eindruck erweckt, als bewege sich die US-Außenpolitik auf einem Schmalspurgleis. Tatsächlich jedoch stehen eine Serie neuer interessanter Züge auf dem *außenpolitischen* Gleis. Die soeben beendete Blitztour des Sicherheitsberaters McFarlane durch fünf mittelamerikanische Staaten läßt auf eine Neueinschätzung dieses Krisenherdes durch die Regierung schließen. Die neueröffneten Handelsgespräche mit der Sowjetunion und der geplante Nahost-Dialog mit dem Kreml lassen politische Öffnungen vermuten, die weit über die bisherige Fixierung auf sicherheitspolitische Themen hinausgehen.



Auf ein neues: Reagan beim zweiten Amtseid, mit seiner Frau FOTO: AP

Innenpolitisch ist das gewaltige Budgetdefizit die größte und zugleich gefährlichste Erfolgsbremse für diese Regierung, zumal sich abzuzeichnen scheint, daß die gut gemeinten Vorsätze der letzten Monate, dieses Defizit energisch zu reduzieren, möglicherweise nur Vorsätze bleiben. Das Budgetproblem ist heute die verwundbarste Stelle der Reagan-Administration, jener Punkt, von dem aus lawinenartig die bisherigen Erfolge in der Anti-Inflations- und Beschäftigungspolitik der Regierung zugeschüttet werden konnten.

Reagan geht dennoch mit bemerkenswertem Optimismus in diese *nächsten vier Jahre, und es wird er*kennbar, aus welcher Quelle dieser Optimismus gespeist wird. Die Inaugurationsfeiern standen unter dem Motto „We the People“. Die Formel ist oberflächlich als ein Kontrastprogramm zur ersten Inauguration interpretiert worden, die extravagant eher ein Fest für die reicheren Stände war.

In Wahrheit läßt diese Formel etwas über die politische Strategie vermuten, mit der sich Reagan in den kommenden vier Jahren offensichtlich über bevorstehende Hindernisse hinwegzuheben gedenkt. „We the People“ ist ein Kampfruf, den er aus dem Wahlerfolg des 6. November ableitet. Er enthält die Botschaft und die Warnung, daß er sich in Zukunft mehr auf den amerikanischen Bürger denn auf vermeintliche Verbündete und laue Mitläufer zu verlassen gedenkt. Sein Echo und sein Respekt beim amerikanischen Bürger werden auch in den nächsten vier Jahren seine stärksten Trumpfkarten bleiben.

IM GESPRÄCH André Fontaine

Der Direktor der Welt

Von August Graf Kageneck



Von den Redakteuren gewählt: Fontaine FOTO: AP

Nach langem Marsch durch die Institution „Le Monde“ (Die Welt) ist André Fontaine am Ziel angekommen. Die Redakteure der Pariser Zeitung wählten ihn zum neuen Direktor des Blattes, was im Sprachgebrauch dieser eigenwillig konstruierten Zeitung soviel ist wie Ober-Chefredakteur, Herausgeber und oberster Administrator in einer Person. Über ihm gibt es jetzt nur noch die Nebelzone der Banken und der anonymen Geldspender und dann den lieben Gott.

Der 63jährige ist der vierte Boß des Blattes seit dessen Gründung im Dezember 1946, was auf Stabilität und Kontinuität hinweist. Mit der Stabilität ist es indes seit einigen Jahren nicht mehr weit her. Die ehrwürdige, nicht von Hochmut freie Zeitung, sie ist eine der besten der Welt, hat Schwierigkeiten: die Auflage sinkt, das Defizit steigt. Und interne Trubel des Blattes, lange respektvoll übersehen, wurden offenkundig, als es nach dem Abtritt Jacques Fauvets, des zweiten Chefs des Blattes nach Gründervater Hubert Beuve-Mery, 1982 zu Nachfolgekämpfen zwischen den Flügeln der Redaktionsversammlung kam.

Schon damals stieg Fontaine, geachteter Chef des diplomatischen Ressorts, in die Arena, aber man einigte sich auf den eher farblosen André Laurens als kleinsten gemeinsamen Nenner. Laurens scheiterte in aufrechtem Bemühen um die Sanierung der Zeitung. In fast auswegloser Situation wählten die Kollegen, bedroht vom Verkauf ihres Hauses in der Rue des Italiens und letztlich vom Konkurs, den Mann, der das Blatt vielleicht schon früher hätte wenden können, hätte die Linke des Hauses ihn, der Rechtsabweichung verdächtig, nicht zwei Jahre vom Chefsessel ferngehalten.

Fontaine war der eigentliche Kronprinz der Zeitung, dessen Wahl zum König in den Iden geschrieben stand, seit Fauvet den Griffel niedergelegt hatte. Er gehört dem „Monde“ seit 1947 an, nachdem er zwei Jahre Lehrzeit *in der christdemokratischen* „Temps Présent“ absolviert hatte. Beuve-Mery warf damals ein Auge auf den distinguierten Mann aus einem Pariser Kaufmannshaus, der neben seinen *Diplomen in öffentlichem* und Wirtschaftsrecht und seinem Philosophie-Doktor einen scharfen analytischen Verstand und eine brillante Feder mitbrachte.

Entsprechend steil war seine Karriere, die er ausschließlich im außenpolitischen Ressort zubrachte. Internationale Autorität wurde er mit Büchern über den Bruch der Kriegsallianzen, den Kalten Krieg, das Ver*hältnis der beiden Supermächte*, die Rolle Europas und die Geschichte der Entspannung.

Wie hoch man ihn einschätzt, zeigt das Angebot seines Freundes Jean François Poncet im Frühjahr 1979: Er wollte ihn als Botschafter nach Peking schicken. Fontaine lehnte ab. Er glaubte, an der Spitze eines Weltblattes mehr auf die internationale Politik einwirken zu können. Seine umfassenden *Analysen zur Lage* werden auch in Bonn aufmerksam gelesen, wo er, ebenso wie in Moskau oder Washington, häufig zu Gast ist: „Man kann Deutschland nicht ewig in den Abgrund stoßen, weil es einen Hitler hervorgebracht hat“, ist eine seiner Thesen zum Nachbarland. Seine ausschließliche Befassung mit der auswärtigen Politik ersparte ihm bisher Stellungnahmen im innenpolitischen *Spannungsfeld Frankreichs*. Das wird sich auf dem neuen Posten ändern. Daß seine Frau und seine drei Kinder ihn sehr selten zu Hause haben, wird sich nicht ändern.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Die Essener Zeitung zieht Smog-Bilanz

Das Ruhrgebiet, so lautet die wichtigste Erkenntnis nach dem Smog-Alarm, hat sich nicht in Krisenstimmung versetzen lassen. Das Leben ging weiter, die Arbeit auch, Autofahrer und Industrie zeigten Einsicht in das offenbar Notwendige. Auch ohne Zwang ließen viele ihren Wagen in der Garage und vertrauten sich Bussen und Bahnen an, die diese Bewährungsprobe gut bestanden. Am dramatischsten nahm sich das Ganze im Fernsehen aus. Daß es an den Straßensperren weit weniger Zoff gab als heißen Kaffee für die Polizisten, ging leider allzuoft unter, wenn wie von einem Kriegsschauplatz berichtet wurde.

Kölner Stadt-Anzeiger

Er verteidigt die Düsseldorfer Regierung:

Der Smog im Ruhrgebiet war noch nicht abgezogen, da wurde er schon dazu mißbraucht, politische Nebelkerzen zu werfen. Bonner Unionspolitiker erwecken den Eindruck, als wäre die SPD-Regierung in Düsseldorf schuld an der dicken Luft. Fehler in der Industrie- und Umweltpolitik mögen zwar gemacht worden sein. Aber niemand kann der Landesregierung vorwerfen, sie hätte in der letzten Zeit nicht den Versuch unternommen, für Besserung zu sorgen.

Neue Zürcher Zeitung

Sie kommentiert die indische Spionageaffäre:

Es ist nicht auszuschließen, daß die Ereignisse am Rande auch außenpolitische Auswirkungen haben werden. Sollte sich bestätigen, daß die CIA eine führende Rolle spielte, so könnte dies zumindest in der Öffentlichkeit den tiefliegeden Argwohn gegenüber den Vereinigten Staaten neu beleben. Bereits im Zusammenhang mit der Ermordung Frau Gandhis war von verschiedenen Zeitungen und Politikern scharfe Kritik an den USA geübt worden. Im Gegensatz zu seiner Mutter versuchte Rajiv Gandhi von Anfang an, gegenüber den Vereinigten Staaten einen freundlicheren Ton anzuschlagen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie meint zur Ernennung Kampelmans:

Ronald Reagan schickt einen Mann in die neue Abrüstungsrunde mit den Sowjets, der sich als überaus schwieriger Gesprächspartner erweisen dürfte. Max Kampelman wird garantieren, daß die Verhandlungen über Lang- und Mittelstreckenraketen sowie über Weltraumwaffen keinen *schnellen Erfolg bringen* werden. *In* den Augen der Amerikaner garantiert er aber zugleich auch, daß ein Verhandlungserfolg, wenn er erreicht wird, sich zu Hause sehen lassen kann.

Die Volkskammer vermeidet haarsträubende Fehler

Was für, was gegen Kontakte beider deutscher Parlamente spricht / Von Detlev Ahlers

Die Epoche des bürgerlichen Parlamentarismus ist beendet, die Epoche der Diktatur des Proletariats hat begonnen“, so steht es in Lenins Schrift „Der Radikalismus“. Dennoch sei es „ein haarsträubender theoretischer Fehler“, sich den bürgerlichen Parlamentarismus nicht zunutze zu machen. Der Marxismus-Leninismus kritisiert am Parlamentarismus der „formal gleichberechtigenden bürgerlichen Demokratie“, daß die juristischen Freiheitsgarantien zunichte gemacht seien durch ökonomische Ungleichheit – bürgerliche Parlamente seien darum Schwatzbuden (aus Hans-Georg Belz „Marxismus-Leninismus“).

In der Volkskammer in Ost-Berlin, *zu der nun auch Bundestagspräsi*dent Philipp Jenninger für sein Verfassungsorgan offizielle Kontakte knüpfen will, wird nicht durcheinandergeschwatzt. Sie tritt zweimal im Jahr im Palast der Republik zusammen, zuletzt am 30. November, um in vier Stunden den Etat zu verabschieden. Die seltenen Zwischenrufe beschränkten sich auf „Jawoll“. Gegenstimmen oder Enthaltungen gab es nicht. Laut Verfassung entscheidet die Volkskammer über die Grundfragen der Staatspolitik, wählt den Präsident den Staatsrates und andere Staatsorgane und legt „die Hauptregeln für das Zusammenwirken der Bürger, Gemeinschaften und Staatsorgane“ fest – in Wirklichkeit ist sie der Weisungsgewalt der SED-Parteigremien unterworfen. Die Sitzverteilung ist festgelegt, sie wird von den fünfjährlichen Wahlen nicht beeinflußt. Bei den letzten Wahlen, 1981, gab es eine Zustimmung von 99,86 Prozent zu den Listen. Die SED hat 127 Sitze; die CDU, die Demokratische Bauernpartei, die Liberal-Demokratische Partei und die National-Demokratische Partei je 52; au*ßerdem sind der Gewerkschaftsbund*, die FDJ, der Frauenbund und der Kulturbund vertreten, meist mit SED-Mitgliedern.

Für Kontakte zwischen dem Bundestag und der Volkskammer spricht das Argument, daß möglichst viele Gespräche auf möglichst vielen Ebenen a priori von Nutzen sind. Jenninger sagte in einem Interview der „Welt am Sonntag“: „Es geht uns darum, die Beziehungen unter den Menschen zu revitalisieren. Dazu gehören natürlich auch Begegnungen auf politischer Ebene.“ Zunächst müsse jedoch die Frage der Rechte der Alliierten geklärt werden; zu diesem Schritt hat er sich nun Ende vergangener Woche entschlossen. Hans Büchler (SPD) sagte, es gehe um die „Förderung des gegenseitigen Verständnisses“.

Horst Ehmke (SPD) verweist auf den Grundlagen-Vertrag, in dem der Ausbau der „gutnachbarlichen Beziehungen“ festgeschrieben ist. Es sei „Unsinn“, die gesetzgebenden Körperschaften dabei auszulassen. Allen in der Bundesrepublik ist bekannt, meint Ehmke, daß die Volkskammer *kein Parlament in unserem Sinne ist*, aber dieses Argument halte uns auch nicht davor zurück, zu andern, unseren Maßstäben nicht entsprechenden Parlamenten Beziehungen zu pflegen – etwa zum Obersten Sowjet, zu den türkischen und südkoreanischen Parlamenten.

Gegen Kontakte dieser beiden so unterschiedlichen deutschen Parlamente spricht zunächst der Verstoß der Volkskammer gegen das Vier-Mächte-Abkommen; sie behandelt ihre Berliner Abgeordneten – anders als der Bundestag – genauso wie die übrigen (siehe WELT von gestern). Es scheint, als entschließe sich der Bundestag, dies hinzunehmen, weil Ost-Berlin in einer anderen Berlin-Statusfrage Zugeständnisse zu machen bereit ist. Im Gegensatz zu früheren Diskriminierungen behandelte die „DDR“ die Westberliner Mitglieder einer SPD-Bundestagsdelegation im März 1984 genauso wie die Abgeordneten aus der Bundesrepublik.

Wie sehen solche Parlamentarier-Treffen aus? Eher zufällig traf der SPD-Abgeordnete Dietrich Sperling bei einem „privaten DDR-Besuch“ *im September 1977 auf die Volkskam*mer-Abgeordnete Christel Bednarek, die Gewerkschaftsleiterin in einem Betrieb ist,den er besichtigte. Auf dem Werkshof, so erzählte er später, fing er sie ab und fragte, ob sie Kontakte zwischen den Parlamenten befürworte. Sie antwortete unsicher und ausweichend. Als Sperling nachhakte, drängte der Reiseleiter zum Aufbruch – das Gespräch war beendet. Frau Bednarek hinterließ nicht den Eindruck einer souveränen Vertreterin des Volkes; eher den einer Weisungsempfängerin ohne Weisungen.

Im März 1982 reisten zwölf bayerische SPD-Abgeordnete durch die „DDR“. Sie trafen mit mehreren Abgeordneten der *Volkskammer und* von Bezirksparlamenten zusammen. Einmal in Leipzig, so sagte Delegationsleiter Manfred Schmidt nach der Reise, sei es ihm gelungen, die ihn dauernd beschattenden Staatssicherheitsleute abzuschütteln. Für die Volkskammer-Abgeordneten gab Karl Eberle den Besuchern einen Wunsch mit auf den Rückweg nach Bonn: Anerkennung der „DDR“-Staatsbürgerschaft. Ehmke brachte aus Ost-Berlin einmal die Forderung nach Abschaffung der Zentralstelle in Salzgitter mit. Insgesamt steht zu befürchten, daß die Volkskammer-Abgeordneten solche Treffs zu nichts weiter als zum Wiederholen der jeweils bevorzugten Regierungsforderungen nutzen. Denn es wäre „ein haarsträubender theoretischer Fehler“ (siehe Lenin), dies nicht zu tun.



Monsieur le Président, das bisher unbekannte Wesen

Wer ist François Mitterrand? Ein Sozialist? Marxist? Bürgerlicher Idealist? Ein Buch von Cathérine Nay über den französischen Präsidenten findet zur Zeit reißenden Absatz. Es zeichnet ein Bild des bislang unbekannten Mitterrand, der einer der undurchsichtigsten Politiker Frankreichs nach dem Krieg ist.

Von A. GRAF KAGENECK

Die Situation war ein wenig prekär. Der Fluchtweg zum Zaun des Oflag IX a in Treysa bei Kassel führte über die Latrine. Rittlings auf einem Balken sitzend, der in 2,50 Meter Höhe die Latrine überspannte, unter ihm im Halbdunkel, kaum einen Meter entfernt, ein deutscher Soldat, der seine Notdurft verrichtete – in dieser Lage befand sich der Unteroffizier der Kolonial-Infanterie François Mitterrand in der Nacht zum 29. November 1941. Mitterrand hatte zusammen mit zwei Kameraden *zum zweiten Mal seit seiner* Gefangennahme bei Verdun im Juni 1940 den Versuch gemacht, aus einem deutschen Gefangenenlager auszubrechen. *Auch dieses Mal hatte* er keine Chance. Nur einer der drei kam über den Zaun und konnte seinen Verfolgern entgehen.

Mitterrand versuchte es wenige Wochen später noch einmal, und diesmal hatte er Glück. Von Gießen aus konnte er einen Zug besteigen, der ihn über viele gefahrvolle Stationen bis Metz brachte. Dort nahm ihn eine Gruppe Widerstandskämpfer in Empfang und schleuste ihn weiter nach Paris, wo er noch im selben Jahr 1942 eine politische Karriere als Präsident der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener begann.

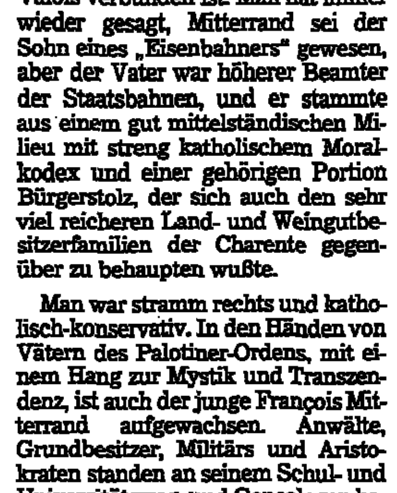
Diese Zeugnisse über einen bisher wenig bekannten Mitterrand stehen, neben vielen anderen, in dem neuesten Buch über den französischen Präsidenten. Es wurde von einer jungen Frau geschrieben, die seit Jahren zu den bestinformierten französischen Journalisten zählt. Cathérine Nay war in ihren jungen Jahren als Volontärin der Wochenzeitung „Express" wegen ihrer ungewöhnlichen Schönheit von ihren Chefs auf das Ausspionieren von Geheimnissen angesetzt worden, welche alle Politiker im Busen zu tragen glauben.

Es gelang ihr dank ihres verführerischen Charmes auf so glänzende Weise, daß sie eine der rasantesten Karrieren im französischen Journalismus machte. Allerdings war sie mehr auf die Chefs der Rechten, der Gaullisten vor allem, angesetzt, deren Schrecken sie wurde. Mit den Sozialisten hatte sie nicht viel im Sinn. François Mitterrand nahm sie erst richtig zur Kenntnis, als er, schon seit mehr als einem Jahr an der Spitze Frankreichs, auf dem Weltwirtschafts-Gipfel in Versailles „wie ein Bourbonenkönig" die Großen dieser Welt empfing.

Der Sozialist, der sich in den vergoldeten Stukkaturen des Spiegelsaals offensichtlich so wohl fühlte wie ein Fisch im Wasser, der so gar nicht zu dem Bild paßte, das sie sich von dem Wahlkämpfer Mitterrand gemacht hatte, dieser französische Dr. Jeckyll und Mister Hyde in Frack und Ordenskordon verblüffte Cathérine Nay so sehr, daß sie ihren Job beim Sender „Europa 1" an den Nagel hängte und ein Buch über „Frankreichs rätselhaftesten Politiker" zu schreiben begann. Es prangt heute mit seinem dostojewskisch anmutenden Titel „Le Noir et le Rouge" und dem Bild der attraktiven Autorin von allen Litfaßsäulen der Hauptstadt *und ist ein vorzügliches Instrumentarium* zur Auslotung des François Mitterrand.

Cathérine Nay hat ihr „Sujet" nicht ein einziges Mal getroffen noch etwa interviewt. Sie hat es mit unzähligen Zeugenvernehmungen und dem Wälzen von Tonnen von Dokumenten zwei Jahre lang eingekreist und gestellt, ohne es jedoch ganz greifen zu können. Auch die Nay muß, wie Dutzende anderer vor ihr, die den Mann beschrieben, am Schluß gestehen, daß Mitterrand für sie ein Rätsel bleibt.

Das beginnt mit der Geburt in Jarnac in der Charente, einem Ort, der geheimnisvoll mit der Geschichte der französischen Könige aus dem Hause Valois verbunden ist. Man hat immer wieder gesagt, Mitterrand sei der Sohn eines „Eisenbahners" gewesen, aber der Vater war höherer Beamter der Staatsbahnen, und er stammte aus einem gut mittelständischen Milieu mit streng katholischem Moralkodex und einer gehörigen Portion Bürgerstolz, der sich auch den sehr viel reicheren Land- und Weingutbesitzerfamilien der Charente gegenüber zu behaupten wußte.



Man war stramm rechts und katholisch-konservativ. In den Händen von Vätern des Palotiner-Ordens, mit einem Hang zur Mystik und Transzendenz, ist auch der junge François Mitterrand aufgewachsen. Anwälte, Grundbesitzer, Militärs und Aristokraten standen an seinem Schul- und Universitätsweg, und Genealogen haben sogar nachgewiesen, daß sich einer seiner Vorfahren Jean de Barbezières nannte, dessen Urenkelin Léonore zur Frau des Herzogs Georg-Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg wurde. François Mitterrand wäre damit ein sehr entfernter Vetter des künftigen englischen Königs *Charles* ...

Über Mitterrands Fluchtversuche im Zweiten Weltkrieg gab es bisher sehr widersprüchliche Angaben. Sie seien total erfunden, behauptete im Wahlkampf 1981 die rechtsextreme Pariser Postille „Minute". Im „Lexikon der Politik", einem Nachschlagewerk *über alle französischen Politiker*, wird angedeutet, Mitterrand sei von einem einflußreichen Freund seines Vaters bei den Deutschen freigekauft worden. *Cathérine Nay weist* als erste einwandfrei nach, daß der damals 24 Jahre alte Unteroffizier de facto unter Einsatz seines Lebens ausrückte (erst der dritte Versuch gelang).

Mitterrand selbst machte niemals ein Aufheben davon. Auch wenn die Autorin Nay andeutet, Mitterrand habe seine Tollkühnheit weniger aus patriotischen denn aus amourösen Triebkräften bezogen (er fürchtete, seine Braut werde mit einem anderen durchgehen) – der Nachweis einer authentischen „Widerstandstätigkeit" ist bis heute wichtig, um in Frankreich Karriere zu machen.

Wie kam der Mann, der Mitte 1943 für seine Tätigkeit zum Wohl entlassener Kriegsgefangener von Marschall Pétain mit der „Francisque", einem hohen Verdienstorden, ausgezeichnet wurde, zum Sozialismus? Laut Cathérine Nay war es seine spätere Frau, Danielle Gouze, und ihre Familie, die ganz im traditionell linken Milieu des mittleren Lehrerstandes verwurzelt war, die ihn allmählich, *halb hingezogen, halb hingesunken*, für die Ideale eines humanitären Sozialismus begeisterte.

Die hübsche kleine Danielle war es auch, die ihn mit Widerstandskämpfern in Verbindung brachte, rechtzeitig genug, um 1944 nach der großen Befreiung im richtigen Lager zu stehen. Und es begann eine der brillantesten Karrieren, die ein Franzose in diesem Jahrhundert in Politik und Literatur vollbracht hat.



François Mitterrand (X) kämpfte als Soldat der Kolonialinfanterie im 2. Weltkrieg gegen Deutschland. Er wurde gefangen und floh.
FOTO. LOCHON/STUDIO X

Als vor 25 Jahren in Bonn die Kostendämpfung verspielt wurde

Von ALBERT MÜLLER

Im Konzert der Kostenkritiker des Medizinbetriebs ist jetzt (endlich) auch die Stimme der Deutschen Bundesbank erklungen: Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 1984 um acht Prozent zu erhöhen, wenn die Einnahmen nur um 0,9 Prozent wüchsen, passe nicht in die konjunkturpolitische Landschaft. Ärzte, Pharmaindustrie, Krankenhäuser und Versicherte müßten finanziell an die Kandare genommen werden.

Die Ermahnung kommt 25 Jahre zu spät. Am 20. November 1959 hatte das Kabinett Adenauer dem Entwurf des Arbeitsministers Theodor Blank zur Reform der Krankenversicherung anstandslos zugestimmt. *Einen Monat* später folgte der Bundesrat, jedoch mit 138 Änderungswünschen. Am 4. Februar 1960 empfing der Bundeskanzler *die ärztlichen Standesführer* Rolf Berensmann, Ernst Fromm, Siegfried Häußler, Kaspar Roos und Friedrich Voges zur Entgegennahme ihres Protestes.

Der Vorgang war ungewöhnlich, weil das Gesetzgebungsverfahren schon lief. Blank vor der Presse: „Halten Sie mich für so töricht, daß ich die Absicht haben könnte, einen so wertvollen Berufsstand wie den *der Ärzte materiell zu drücken?* Nein, ich will, daß der Arzt genügend Zeit für seine Patienten hat und daß er dafür natürlich auch entsprechend honoriert wird. Und so glaube ich, daß die Ärzte eine Einkommensminderung gar nicht zu befürchten haben. Aber sie haben es nicht mehr notwendig, ihr Einkommen von der Zahl der Krankenscheine abhängig zu machen. Das ist mir der entscheidende Punkt." (Der Entwurf sah den Übergang von der Pauschal- zur Einzelleistungshonorierung vor.)

Über mehr als zehn Stunden erstreckte sich am 17. Februar 1960 die erste Lesung des Entwurfs im Bundestag. Vom Höhenflug seiner Überzeugungen fortgerissen, schloß Blank seine mit starkem Beifall aufgenommene Einführungsrede mit einer Gratulation an die Abgeordneten: „Ich glaube, daß wir mit dem heutigen Tage den Anfang gemacht haben, auf dem Wege der Sozialreform ein großes Stück fortzuschreiten. Zu der Arbeit, die jetzt vor Ihnen liegt, möchte ich Sie beglückwünschen."

WIE WAR DAS?

Doch war der Anfang schon das Ende. Eine Einigung ließ sich weder in der CDU/CSU-Mehrheitsfraktion noch zwischen den Fraktionen erzielen. Quälend schleppten sich die Ausschußberatungen hin. Eine zweite und dritte Lesung im Plenum gab es nicht mehr. Das Parlament brach, ein knappes Jahr war vergangen, die Beratungen ab.

Der Untergang Blanks hat *dazu* beigetragen, daß sich das so vielbeschworene Kostenbewußtsein aller Beteiligten im Medizinbetrieb auf ein literarisches Phänomen reduzierte. Dem Entwurf, von viel Dramatik begleitet, hat kein Politiker eine Träne *nachgeweint*. Das Gefühl, versagt zu haben, wurde verdrängt.

Persönliches Unbehagen formulierte gerade noch der CSU-Abgeordnete Hans Schütz mit den Worten, Theodor Blank sei seiner Zeit um eine Generation voraus.

Damals konnte das so scheinen. *Doch* die heutigen Politiker sind in dieser Frage machtloser als jene vor 25 Jahren. Mehr Selbstbeteiligung der Versicherten zu beschließen, wovor seinerzeit alle Fraktionen zurückschreckten, wäre vielleicht noch möglich. Aber hinter diesem aufgeblähten Schlagwort stand im Entwurf die viel wichtigere Umstrukturierung des Versicherungssystems, und dafür ist heute erst recht keine Mehrheit denkbar.

Nachdem im Anschluß an Blank im Lauf der Jahre alle Schleusen geöffnet worden waren, kam die Konzertierte Aktion, *um dem System* ein paar Bremsen einzusetzen. Die Kostenfluten spülten darüber hinweg. Natürlich mußten, schon wegen des *sich ändernden Altersaufbaus* und des diagnostisch-therapeutischen und medizintechnischen Fortschritts, die Ausgaben steigen. Aber in diesem *Maße?*

Blank raubten 1959 Gesamtkosten den Schlaf, die auf 8,3 Milliarden Mark gestiegen waren. Bis heute hat man sich bequem an den Zuwachs auf runde 100 Milliarden (ohne Entgeltfortzahlung) gewöhnt, und nur *wegen* der anhaltend hohen Steigerungsrate stößt die Bundesbank Alarmrufe aus.

Als die Politik sich der Aufgabe verweigerte, zu der Blank sie beglückwünschte, hätten Umsatzgrößen von heute ausgereicht, am Ver*stand der Prognostiker zu zweifeln*. Für die Zukunft läßt schon die Ärzteschwemme, die heranrollt, keine brauchbare Voraussage zu.





Seit Mai 1974 ist Wang Yanyi Hausherr des chinesischen Generalkonsulats an Hamburgs Außenalster FOTOS: KUJATH/BRINCKMANN

Hamburg – Chinas Tor nach Europa

Paris und London, München, Düsseldorf und Frankfurt bewarben sich; aber Hamburg machte das Rennen: Am 7. Februar eröffnet Peking in der Freien und Hansestadt das chinesische Handelszentrum für Europa. Höhepunkt der traditonell guten *wirtschaftspolitischen* Beziehungen zwischen Hamburg und dem Reich der Mitte.

Von DIETHARD GOOS

Die rote Flagge mit einem großen *und vier kleinen* gelben Sternen im linken Obereck kontrastiert markant mit der weißen Villa aus der Gründerzeit: Wem das Nationalemblem *fremd* ist, dem gibt ein großes Messingschild am Gartenzaun Auskunft über die Bewohner dieses Hauses am Harvestehuder Weg 39 im feinen Hamburger Stadtteil Eppendorf: Generalkonsulat der Volksrepublik China.

Mit tatkräftiger Unterstützung des *Senats haben sich die Chinesen in* dieser noblen Gegend an der Außenalster nicht weit von den Konsularkollegen Frankreichs und Großbritanniens etabliert. Im Mai letzten Jahres wurde das Generalkonsulat eröffnet, und jetzt kann Hausherr Wang Yanyi nicht ohne Stolz über eine bevorstehende bedeutende Ausweitung der Aktivitäten seines Landes in der Hansestadt berichten.

Im nächsten Monat eröffnet das *Chinesische Handelszentrum auf der* anderen Seite der Außenalster im Stadtteil Uhlenhorst.

Gegen schärfste nationale und internationale Konkurrenz ist es dem Hamburger Senat gelungen, in langen und zähen Verhandlungen die Regierung in Peking von den Stand*ortvorteilen der Hansestadt für dieses* bedeutende Handelszentrum zu überzeugen. Düsseldorf, Frankfurt/Main und München machten ihrerseits *ernst zu nehmende Offerten. Und* auch Paris und London bemühten sich intensiv. Denn das neue Zentrum wird für ganz West- und Nord*europa zuständig sein*. Der EG-Bereich ist den Chinesen ebenso wichtig wie die Efta-Staaten.

Bisher unterhält die Volksrepublik *Handelszentren in New York, zuständig* für die USA und Kanada, in Panama City für die Handelsbeziehungen mit Mittel- und Südamerika sowie in *Dubai* als ökonomisches Tor *in* die arabische Welt. Im Zuge einer stetigen Expansion des Außenhandels war es nach Darstellung von Generalkonsul Wang Yanyi nur konsequent, sich mit einem weiteren Handelszentrum auch in Westeuropa zu etablieren. Daß sich die Verantwortlichen in Peking schließlich für Hamburg entschieden, hat gute Gründe.

Wichtigen Anteil an dieser Entscheidung hat zweifellos der Gene*ralkonsul selber. Denn mit* Wang Yanyi entsandte das chinesische Außenministerium einen der fähigsten und erfahrensten Diplomaten für den deutschsprachigen Bereich an die Alster. Wang hat lange und gründliche Erfahrungen in beiden Teilen Deutschlands sammeln können. So studierte er in Leipzig von 1955 bis 1959 Germanistik. Anfang der sechziger Jahre kam er dann als junger Diplomat an die chinesische Botschaft in Ost-Berlin, lernte hier seine Frau Jiang kennen, die Heirat war 1962.

Nach zwei Jahren kehrte das Paar nach Peking zurück, sie als Journalistin in die Zentrale der Nachrichtenagentur Xinhua, er als „DDR"-Referent im Außenministerium. Im Jahre 1972 kamen dann neue Aufgaben für die Wangs.

In Bonn wurde der Diplomat Korrespondent für die Nachrichtenagentur, seine Frau unterstützte ihn bei dieser Arbeit. Wang war nicht nur Agenturjournalist, sondern auch diplomatischer Mittler zwischen beiden Regierungen mit wichtigen Sonder*aufgaben, wie der Begleitung hoher* deutscher Politiker und Wirtschaftsdelegationen bei ihren Reisen nach China. Nach weiteren Tätigkeiten im Außenministerium kam dann die Berufung auf den wichtigen Posten des Generalkonsuls in Hamburg. Sein Amtsbezirk umfaßt die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie Niedersachsen.

Aber es war nicht nur das diplomatische Geschick des Generalkonsuls, das schließlich den Ausschlag für Hamburg als Sitz des neuen Handelszentrums gab. Intensiver Handel mit China und dementsprechend vielfältige Beziehungen zu China haben in Hamburg lange Tradition. Seit Öffnung des Reiches der Mitte zum Westen hin Anfang der siebziger Jahre haben sich die Handelsbeziehungen neu belebt und für beide Seiten erfreulich entwickelt.

Aus einer langen Liste von Aktivitäten greift der Generalkonsul einige heraus: Seit Mai 1980 ist in Hamburg die Repräsentanz der chinesischen Außenhandelsgesellschaften tätig. Sie konzentriert sich auf Geschäfte mit Öl, Getreide, Produkte der chemischen Industrie und des Maschinenbaus. Dazu gehört auch „Chinacharts", die staatliche Schiffahrtagentur.

Zum 1. Januar 1983 nahm die „Sunry"-Gesellschaft im malerischen Waldschlößchen im Stadtteil Harburg jenseits der Elbe ihre Tätigkeit im Im- und Exportgeschäft auf, die Deutsche Sinochemie beschäftigt sich seit Oktober 1981 mit deutsch-chinesischen Joint-ventures, und bereits seit Frühjahr 1981 ist in Hamburg die Cosco, die staatliche chinesische Übersee-Schiffahrtsgesellschaft, ansässig.

Chinesische Handelsschiffe sind *im Hafen ständige Gäste. Am Die*stelkai in Waltershof wurde ein besonderer China-Terminal errichtet.

Wer den Elbtunnel in Richtung Süden passiert hat, sieht rechter Hand fast immer mehrere Frachter mit ihrem charakteristischen roten Band sowie den golden Sternen und Wellen am Schornstein an den Containerbrücken liegen.

Seit einigen Tagen ist Generaldirektor Li Shude in der Hansestadt, um die offizielle Eröffnung der „China United Trading Corporation GmbH", wie der offizielle Titel des Handelszentrums lautet, vorzubereiten. In den Büros mit einer Fläche von 1200 Quadratmetern in einem Hochhaus an der Mundsburg werden 55 Fachkräfte tätig sein. Die Inauguration findet am 7. Februar im Rahmen eines Empfangs im Hotel Atlantic statt.

Die chinesischen Gastgeber machen daraus ein großes Ereignis. Ehrengast aus Peking wird die stellvertretende Ministerpräsidentin und Minsterin für Außenhandel und Außenwirtschaft, Frau Chen Muhua sein. Erwartet werden zahlreiche Repräsentanten nicht nur aus der Bundesrepublik, sondern auch aus allen anderen EG- und Efta-Staaten.

Die Organisation des Handelszentrums ist gründlich vorbereitet worden, um möglichst effektiv arbeiten zu können. Generalkonsul Wang Yanyi berichtet: „*Das Zentrum hat* drei Abteilungen für Wirtschaft, Beratung und Verwaltung. Sie gliedern sich in insgesamt zehn Sektionen und vertreten sowohl unsere Außenhandelsunternehmen wie die wichtigsten chinesischen Provinzen und Städte." Neben Peking, Shanghai und Tientsin nennt Wang die Provinzen Heilougjiang, Jiangsu und Shandong. Dies ist das sichtbare Zeichen einer neuen Außen- und Außenhandelspolitik, in deren Rahmen die wichtigsten Städte und Provinzen mehr Selbständigkeit erhalten haben.

Zuständig ist das Handelszentrum für die breite Palette der Ein- und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen. Dabei setzen die Chinesen große Erwartungen in die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit gemeinsamen Projekten in China wie in Drittländern.

Mit Nachdruck widerspricht der Generalkonsul Besorgnissen in der Hamburger Wirtschaft, das Handelszentrum könnte das traditionelle Chinageschäft in Hamburg, an dem etwa hundert Firmen beteiligt sind, an sich ziehen. „Das Handelszentrum wird für sie keine Konkurrenz sein. Wir wollen vielmehr Partner werden." Für eine Ausweitung des chinesischen *Außenhandels* sieht der Generalkonsul in den nächsten Jahren große Möglichkeiten. Sein Land hat starkes Interesse daran, das noch be*stehende Außenhandelsdefizit mit* der Bundesrepublik Deutschland abzubauen.

Viele Anstrengungen sollen auf die Stärkung des chinesischen Exports gerichtet werden. Nach den Vereinigten Staaten, Japan und Hongkong ist die Bundesrepublik der viertwichtigste Handelspartner der Chinesen.

Wang Yanyi versichert, die angestrebte stärkere Industrialisierung seines Landes biete den deutschen Partnern attraktive Möglichkeiten. Und wieder fällt das Wort der Joint-ventures.

Von 1979 bis Juni letzten Jahres wurden mit den drei wichtigsten Handelspartnern insgesamt 362 gemeinsame Projekte begründet, die sich meist gut entwickelt haben. Als beispielhaft nennt Wang Yanyi ein Joint-venture des Haarkosmetikunternehmens Wella mit einem chinesischen Partner.

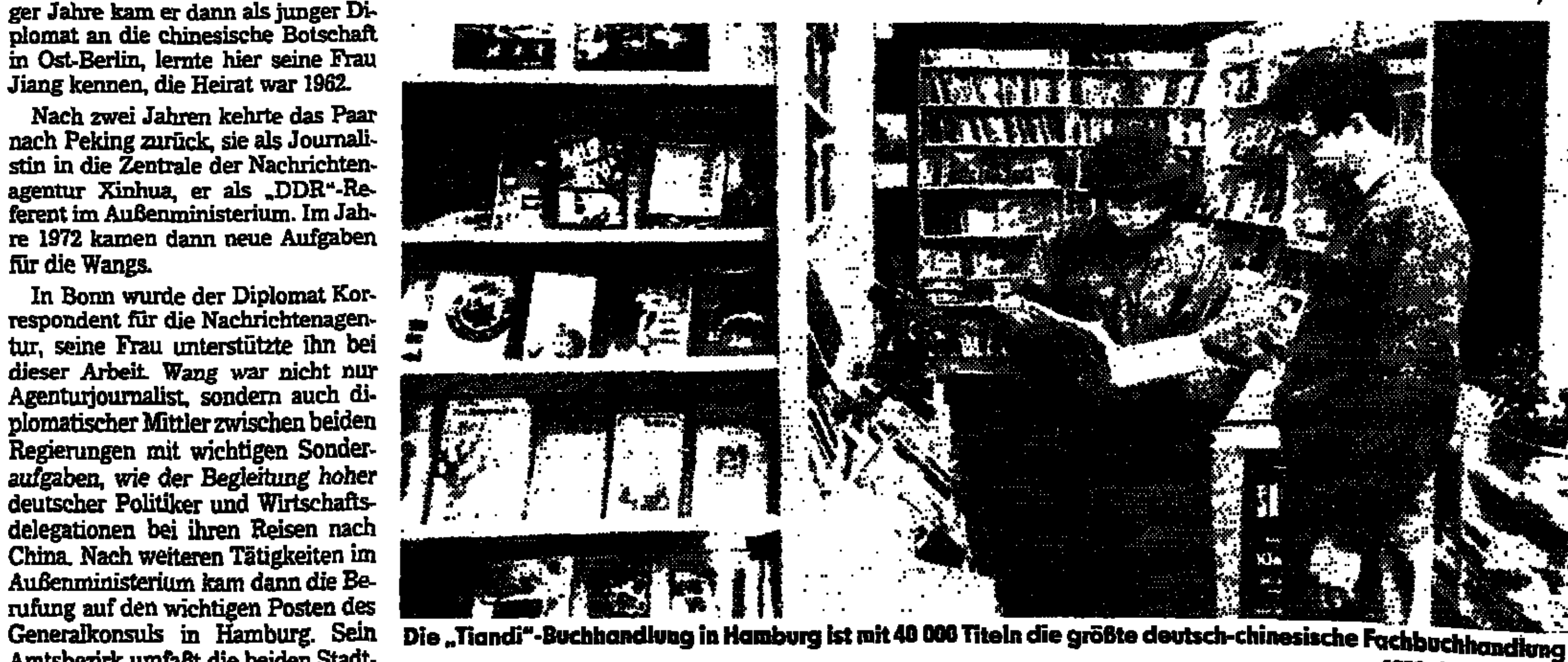
Am 29. März 1983 begann in China *die Produktion*, bereits *im ersten* Jahr wurde Gewinn erwirtschaftet. Ursprünglich sollte die Hälfte der Produktion in China verkauft und die andere Hälfte exportiert werden. Dank der großen Nachfrage für die Wella-Produkte in Fernost werden sogar 75 Prozent der Fertigung exportiert, „obwohl die Artikel von Wella in China sehr begehrt sind", wie der Generalkonsul versichert. Doch die Devisen seien im Moment wichtiger.

Auch wenn die Bundesrepublik noch an vierter Postion rangiert, hat sich der deutsch-chinesische Handel gut entwickelt. Im Jahre 1970 betrug der Wert der aus China importierten Waren 137 Millionen Mark, 1983 waren es bereits Güter im Wert von 632 Millionen Mark. Im vorletzten Jahr – *die endgültigen Zahlen für 1984* liegen noch nicht vor – erreichte die Warenausfuhr der Bundesrepublik nach China ein Volumen von 2,8 Milliarden Mark, ein Drittel der Exporte ging über Hamburg. Der Warenumschlag von und nach China im Hamburger Hafen erreichte fast 1,7 Millionen Tonnen, allein die Ausfuhr erreichte dabei 1,3 Millionen Tonnen. Knapp 30 Prozent des in Hamburg angelandeten Tees kommt aus China, 1983 waren das 4386 Tonnen.

Diese Zahlen zeigen nach Überzeugung führender Hamburger Wirtschaftsvertreter die richtige Standortentscheidung der Chinesen für ihr neues Handelszentrum. Bei der Beschaffung geeigneter Räume und Wohnungen sowie der Regelung komplizierter politisch-wirtschaftlicher Fragen haben sich die Hamburger Behörden einfallsreich und flexibel gezeigt. Sie hatten gelernt, denn mangelndes Engagement und auch ein gewisser Hochmut trugen vor Jahren entscheidend dazu bei, daß sich die Japaner gegen Hamburg entschieden und ihr großangelegtes Handelszentrum in Düsseldorf errichteten.

Generalkonsul Wang Yanyi beschränkt seine Tätigkeit nicht nur auf den politisch-wirtschaftlichen Bereich. Sein Konsulat betreut allein in Hamburg etwa 1800 Chinesen, und die Förderung der kulturellen Beziehungen ist dem exzellenten Deutschlandkenner ein besonderes Anliegen. Der Austausch von Wissenschaftlern und Studenten der Hamburger Universität mit entsprechenden Einrichtungen in China läuft reibungslos und wird weiter ausgeweitet. Eine chinesische Filmwoche im Oktober letzten Jahres fand in Hamburg großes Intersse, das jüngste Gastspiel der Peking Oper nach langer Abwesenheit war ein triumphaler Erfolg. Seit einigen Tagen läuft im Dritten Fernsehprogramm der Nordschiene eine Folge zur chinesischen Kultur. Die ersten Sedungen fanden bereits *ein großes Echo, wie der Generalkon*sul berichtet. Er freut sich auf die Sendung am 8. März um 20.15 Uhr mit Live-Übertragungen und Kor*respondentenberichten aus China*.

Die Chinesen in Hamburg sind also gut gerüstet für die Errichtung ihres Handelszentrums. Und auch die deutsche Seite knüpft daran große Erwartungen. So veranstaltet die in Hamburg ansässige Vereins- und Westbank als Außenhandelsbank mit *langer China-Erfahrung am 13.* Februar für Außenhandelsunternehmen aus Norddeutschland ein China-Seminar mit namhaften Experten. Diese Veranstaltung und weitere Aktivitäten der Hamburger Handelskammer sollen dazu beitragen, deutschen Kaufleuten für das interessante China-Geschäft das nötige Know-how zu vermitteln. Denn beide Seiten haben nicht nur große Erwartungen, sondern setzen auf eine beträchtliche Ausweitung der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen.



Die „Tiandi"-Buchhandlung in Hamburg ist mit 40 000 Titeln die größte deutsch-chinesische Fachbuchhandlung
FOTO: CHRISTA KUJATH

„Sowjetkampagne dient nicht der Entspannung“

DW. Kiel

Die Sowjetunion verfolgt nach Ansicht des Rechtswissenschaftlers Wolfgang Seiffert vor dem Hintergrund des heranrückenden 40. Jahrestages der Niederlage des Nationalsozialismus das Ziel, durch ihre Revanchismus-Kampagne die Stellung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis in Frage zu stellen.

Die Sowjetunion, so erläuterte Seiffert in seinem Referat auf einer Konferenz im Institut für Sicherheitspolitik der Universität Kiel, erkenne im westlichen Deutschland zunächst dessen überragende Bedeutung im atlantischen Verteidigungssystem.

Auch die wirtschaftliche Stärke des Landes innerhalb der EG werde nicht unterschätzt. Wichtig bleibe für die sowjetische Betrachtungsweise aber nicht zuletzt die Funktion der Bundesrepublik als „Startrampe amerikanischer Raketen“, wie der Kreml-Sprachgebrauch formuliert.

Aus diesen Einschätzungen heraus habe Moskau in den siebziger Jahren vor allem über eine starke wirtschaftliche Zusammenarbeit Wege der Einflußnahme gesucht. Die Methodik änderte sich nach dem Bonner Regierungswechsel und der planmäßig erfolgten Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden.

Seiffert schloß jedoch aus der sich abzeichnenden Schwächung der Sowjetunion, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, daß Moskau die deutsch-sowjetischen Beziehungen wieder zu normalisieren versuchen werde.

Er warnte in diesem Zusammenhang aber davor, daß mögliche Zugeständnisse in den deutsch-deutschen Beziehungen als ein weiteres sowjetisches Druckmittel zur Isolation der Bundesrepublik im westlichen Bündnis verwandt werden könnten.

Wie ein roter Faden zog sich durch die Diskussionen der Tagung, zu der der Direktor des Instituts, Werner Kaltefleiter, 45 Fachwissenschaftler aus Westeuropa und den USA geladen hatte, die Prämisse, daß die sowjetische Strategie der friedlichen Koexistenz immer als langfristiges und dynamisches Konzept globaler Machtentfaltung verstanden werden muß. Das stellt dieses Konzept in fundamentalen Gegensatz zu dem eher statisch ausgelegten Begriff der Entspannung.

Skandinavische Teilnehmer der Kieler Konferenz erinnerten daran, daß die nordeuropäische NATO-Flanke von 40 Prozent der gesamten sowjetischen Flotte und ca. 65 Prozent der sowjetischen nuklearen U-Boote bedroht sei. Heimathafen dieser Schiffe ist Murmansk. Die Region erhalte ihre Bedeutung auch durch die großen Erdölvorkommen im russischen nördlichen Eismeer.

Der Norweger Finn Sollie wies im Zusammenhang mit diesen Erdölreserven auf ein traditionelles Dilemma der sowjetischen Wirtschaft hin: Erst fehlten ihr die Technologien, um diese Vorkommen zu erschließen; habe sie die Technologien erhalten, fehlten Fachkräfte, um die neue Technik nutzen zu können.

Gericht: IG Metall soll im Fall Gaßmann zahlen

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Der wegen Agententätigkeit verurteilte Hamburger Gewerkschaftsfunktionär Hermann Gaßmann soll wegen der von der IG Metall ausgesprochenen Entlassung hoch entschädigt werden. Fachleute der Gewerkschaft haben errechnet, daß ein Vergleichsvorschlag des Arbeitsgerichts Hamburg die IG Metall rund 508 000 Mark kosten würde.

Die 24. Kammer des Arbeitsgerichts unter Vorsitz der Richterin Eveline von Hoffmann setzte den Parteien eine Frist bis zum 18. Februar. Bis dahin müssen sie erklären, ob Gaßmann bis August dieses Jahres weiterbeschäftigt und anschließend in den Vorruhestand versetzt werden kann. Der Bildungssekretär der Gewerkschaft wird dann 58 Jahre alt. Die Vorruhestandsregelung der IG Metall sieht eine Weiterzahlung von 75 Prozent des bisherigen Gehalts vor. Gaßmann bezog ein Bruttogehalt von 5600 Mark.

Über den Vergleichsvorschlag muß der Bundesvorstand der Gewerkschaft in Frankfurt beraten. Ihr Hamburger Bildungssekretär war von ihm fristlos entlassen worden. Das Hanseatische Oberlandesgericht hatte ihn im Februar 1983 wegen Agententätigkeit für die „DDR“ zu zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Die Richter sahen es als erwiesen an, daß Gaßmann seit 1968 bei Reisen in die „DDR“ regelmäßig Informationen über den DGB an den Staatssicherheitsdienst weitergegeben hat. Der Bundesgerichtshof bestätigte das Urteil. Doch Gaßmann saß nur von Januar bis Mai 1984 in Haft, dann wurde er vom Hamburger Senat begnadigt.

Bonner Erfolge zwingen Rau zu neuer Taktik

Von WILM HERLYN

*Überraschend hat die nordrhein-*westfälische SPD ihr Konzept für die Landtagswahl am 12. Mai geändert. Sie verzichtet auf die bundespolitische Komponente und will den Wahlkampf ganz auf ihren Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Johannes Rau zuschneiden. Außerdem räumt sie den landespolitischen Themen absoluten Vorrang ein. Zuvor hatte es in der SPD geheißen, die Sozialdemokraten im bevölkerungsreichsten Land müßten die Bonner Koalition von CDU/CSU und FDP auf den Prüfstand stellen. Nachdem die WELT ein Gespräch mit dem Oppositionsführer Bernhard Worms veröffentlicht hatte, der dabei zum ersten Mal bekanntgab, daß Bundeskanzler Helmut Kohl und die gesamte CDU-Führung den NRW-Wahlkampf „mit vollem Einsatz fahren wird“, will die SPD die



Konfrontation auf dieser Ebene jetzt offensichtlich vermeiden.

Rau selbst zeigte sich überrascht von dieser Entwicklung, denn auch der FDP-Bundesvorsitzende Hans-Dietrich Genscher bestätigte, seine Partei werde ebenfalls die Nordrhein-Westfalen-Wahl „mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln“ führen. Noch vor einer Woche erklärte Rau vor Journalisten in Bonn ungläubig: „Ich kann mir nicht denken, daß Bundeskanzler Helmut Kohl die NRW-Wahl zu einer Schicksalswahl für sich machen will.“

In diesem Schwenk der SPD zeigt sich deutlich, daß auch die Sozialdemokraten jetzt intern bekennen, daß die bürgerliche Koalition in Bonn durchaus Erfolg aufzuweisen hat. Vor allem sehen sie, daß die Wahlbevölkerung den beginnenden Aufschwung und die Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der CDU/CSU und der FDP gutschreibt. Das von ihnen gemalte Schreckgespenst von drei Millionen Arbeitslosen erwies sich in der Zwischenzeit als reine Propaganda. Dazu kommt eine derart niedrige Inflationsrate, wie sie die Bundesrepublik nach dem Krieg noch nicht erreicht hat. Auch auf dem empfindlichen Gebiet des Umweltschutzes wird der Initiative der Bundesregierung zugeschrieben, daß sie sich in der Frage des Katalysators durchgesetzt hat wie bei dem Problem der Luftreinhaltung durch die Großfeuerungsverordnung.

Entscheidend für den Sinneswandel ist aber auch der negative Trend, den die Bundespartei aufweist. Nach allen Umfragen stagniert die SPD im Bundesgebiet im Ansehen der Bürger bei 36 bis 39 Prozent. In Düsseldorf wird nicht ausgeschlossen, daß dieser Zustimmungsgrad eher noch sinkt. Dagegen bewegen sich die Umfragedaten für die Sozialdemokraten in NRW – vor allem dank der Popularität von Rau auch bei CDU oder FDP-Wählern – stets bei 45 Prozent. Aus diesem Grund gibt die Wahlkampfführung die Devise aus: Abkoppeln vom schlechten Image der Bundespartei, damit die NRW-SPD nicht in den Bonner Sog gerät.

Der rührige Landesgeschäftsführer Bodo Hombach sagte dazu, von Düsseldorf müßten jetzt die entscheidenden Impulse und Anregungen kommen, „die die Bonner Opposition befruchten“. Und Rau erklärte, in Bonn werde es keine Wende der Wende geben, „wenn wir es in Düsseldorf nicht schaffen“.

Hombach kündigte an, der SPD-Wahlkampf solle argumentativ mit „vorzeigbaren Leistungen“ geführt werden. Dabei nannte er Anstrengungen beim Umweltschutz auf Landesebene oder den Preisstopp für Sozialmieten.

Er verspricht sich von einer Telefonaktion eine besondere Mobilisierung: SPD-Mitglieder sollen zum Hörer greifen und für ihre Partei werben. In einer internen Anweisung heißt es: „Höflichkeit ist dabei selbstverständlich“ oder „Nicht zur Tagesschau- oder zur Abendbrotzeit anrufen“ oder „Ist aber ein eingefleischter CDU-Wähler am Apparat, Gespräch höflich und schnell beenden. Alles andere kostet zuviel Zeit und Nerven.“

Die Telefonaktion wurde schon bei der Bundestagswahl 1983 in Mülheim getestet. Dort schafften zwölf Mitarbeiter im Schichtdienst an sechs Telefonanschlüssen 6557 Gespräche – im Durchschnitt 312 Anrufe pro Mann und Tag.

Seite 2: Raus Appetit

Kants Aufklärung als Wegweiser für Manager

Edzard Reuter über die Pflichten des Unternehmers

PETER PHILIPPS, Bonn

Vor „Mythokraten und Technokraten“ unter den Managern hat das Daimler-Benz-Vorstandsmitglied Edzard Reuter gleichermaßen gewarnt. Denn „Wirtschaftsunternehmungen sind mehr als Instrumente einer partikularen Verstandesleistung von Technokraten“, mehr aber auch als die „Stilisierung des Unternehmers“. Reuter legte sein Bekenntnis ab zur „Unternehmerpersönlichkeit, die die Versöhnung von ökonomischer und politischer Macht verkörpert, von Denken und Handeln, von Idealen und Realitäten“. Er nannte als Beispiele Robert Bosch, Walther Rathenau und Matthias Erzberger.

Der Anlaß für Reuters „Reflexion zur Unternehmensführung, über Macht und Ohnmacht des Geistes“ war ein Festakt der Universität Hohenheim wegen des zehnjährigen Bestehens der dortigen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät. „Welchen Platz muß geistige Leistung in der Unternehmensführung haben“, stellte er als Frage ins Zentrum seiner Betrachtungen, „sind Unternehmungen zugleich geistige Veranstaltungen und ist wirtschaftlicher Erfolg der Maßstab dafür?“

Es wurde eine Absage an die „jeweiligen Missionare reiner Wahrheiten“. Ganzen Generationen von Studenten sei der „Glaube an den Determinismus klarer Zahlen und Indikatoren eingebleut“ worden. „Rationales Management jenseits von Matrix-Tabellen und Portofolio-Tafeln erscheint diesem Denken unerreichbar.“ Auf der anderen Seite stünden heute die Missionare, die mit „Untergangsvisionen“ ihre Zuhörer beeindruckten: „Mittels linearer Extrapolation wird jede Dialektik aus der Zukunft vertrieben, bis historische Schicksalsmythen konstruiert sind.“

Die ‚Weltgeister Hegels‘

Die gegebene Realität werde zur „Offenbarung eines Abgrunds an Unmenschlichkeit, geweiht einem verdienten Untergang“. Der Unternehmer sehe „wieder einmal die Weltgeister Hegels und die Bestien Nietzsches auferstehen, es Spenglerisch orgeln“, wieder werde „das Heil aus dem dunklen Raunen der Wälder geboren“, wobei allerdings „sehr handfest an das maßlose Leid erinnert“ werden müsse, „zu dem daraus abgeleitetes Handeln bisher noch immer geführt hat“.

Für Reuter ist die Antwort in der Aufklärung zu finden, „die Antwort Kants strahlt auch heute noch unverändert: Es ist die Vernunft, die sich vor neuen Herausforderungen immer neu zu bewahren hat“. Oder, anders ausgedrückt: „Seit der Grabrede des Perikles sind wir uns der moralischen Verantwortlichkeit bewußt geworden, daß wir die Folgen unseres Tuns mit zu denken haben.“ Für ihn sind Wirtschaftsunternehmungen „mehr als Instrumente einer partikularen Verstandesleistung von Technokraten“. Der Zweck ihres Handelns müsse „moralisch verstanden und darf moralisch, nicht nur wirtschaftstechnisch bewertet werden“. Der sozialdemokratische Manager zitierte Kant: Das Ziel sei „der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“.

Der Wille zur Vernunft

Für ihn zeigt sich „geistige Führungsleistung“ schon an der Fragebereitschaft, „ob das Haus, für das man Verantwortung trägt“, von dem „tiefgreifenden Strukturwandel“ berührt wird, in dem sich die westlichen Volkswirtschaften befinden. An dieser Stelle griff Reuter zugleich – ohne es auszusprechen – auch auf die Unternehmensphilosophie zurück, die Daimler Benz so erfolgreich gemacht hat:

Eine erste Analyse, sagte Reuter, würde bei vielen eher zu der Diagnose führen: „Es scheint ja alles in bester Verfassung, das Produkt ist erstklassig, die Vertriebsorganisation hervorragend, es gibt eine marktgängige Unternehmenstradition, die Finanzen glänzen in praller Schönheit. Warum denn nicht in Kapazitäten investieren, um Nachfragespitzen mitnehmen zu können? Warum denn nicht dem Betriebsrat endlich den uralten Wunsch nach einer Super-Kantine erfüllen? Warum sich denn nicht als generöser Unternehmungsführer in der Sonne der Macht baden, wo doch alle Erfolgsindikatoren der Öffentlichkeit den goldenen Schnitt vorführen?“

Doch: „Nur die Fähigkeit und der Wille zur Vernunft, auf der Grundlage des Mutes, sich den eigenen Kopf zu zerbrechen und mit Standhaftigkeit und Würde äußerem Druck zu widerstehen, kann die Unternehmung rechtzeitig auf neue Entwicklungen einstellen.“ Dies sei die Art von „geistiger Leistung“, die gefordert sei von einem, der alle Bestandteile unternehmerischer Verantwortung ernst nimmt, „insbesondere die Treuhänderschaft für das anvertraute Kapital und die Verpflichtung auf die legitimen Beschäftigungsinteressen der Belegschaft“.

Kohl: Es geht darum, ob auch in Zukunft der Kompaß stimmt

Großer Wahlkampfauftakt der Berliner CDU / Das „Wallmann-Syndrom“ sitzt tief

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Show und professionelle „action“ für ein Massenpublikum, aber eher Nachdenklichkeit und eine gewisse Besorgnis über den möglichen Wahlausgang am 10. März kennzeichneten am Sonntag den furiosen Kampf- und Sammel-Appell der Berliner CDU. Bundeskanzler Helmut Kohl warnte die rund 10 000 Besucher in der überfüllten Deutschlandhalle davor, auf rosaroten Wolken des Optimismus zu segeln: „So günstig die Prognosen auch sind – diese Wahl ist in gar keiner Weise bereits gewonnen!“

Kohl schloß an den immer mehr Boden gewinnenden Trend in der Berliner Union an, das gesamte bürgerliche Potential unter den 1,5 Millionen Wählern ausschließlich für die CDU auszuschöpfen und der FDP freiwillig nichts zu überlassen: „Der 10. März ist ein entscheidender Markstein der Zukunft Berlins“, rief Kohl aus: „Wir brauchen jede Stimme!“

Der Regierungschef machte deutlich, welche Wegstrecke auch bei einem erfolgreichen Wahlausgang vor einem CDU-geführten Senat läge: „Niemand sollte glauben, daß Berlin bereits in einer Lage sei, in der es sich irgendwelche Experimente erlauben könnte. Es geht auch nicht um irgendwelche Zahlenspielereien im Abgeordnetenhaus, sondern darum, ob auch in Zukunft der Kompaß stimmt!“

FDP wurde ausgespart

Der Kanzler sparte in seiner Rede sowohl die Liberalen als Komponente des Senatserfolgs als auch den Namen von Weizsäckers als Vorzeichner der Aufwärtslinie seit 1981 aus: „Der Erfolg ist keine milde Gabe des Himmels, sondern das Ergebnis harter Arbeit unserer Freunde nach Übernahme des Senats durch die CDU“, sagte er knapp. In der politischen Zukunft Berlins kommt seinen Worten nach die FDP nicht vor, denn: „Zukunft ist bei dieser Wahl sozusagen das Synonym für Eberhard Diepgen und die Mannschaft der CDU“, stellte der Kanzler ohne Seitenblick fest.

Die nach wie vor nicht mit letzter Klarheit entschiedene Frage, wie der Koalitions-„David“, der nach eigener Lesart den CDU-„Elefanten“ vier Jahre lang lenkte, behandelt werden soll, spielte am Wochenende in der Berliner CDU-Führung und bei Gesprächen mit Kohl und anderen Bonner Gästen eine wesentliche Rolle. An der Spree ist die Union durch Kenntnis einer allerjüngsten Umfrage aufgeschreckt, wonach die Liberalen zur Zeit unter drei Prozent Wählerzustimmung liegen sollen.

Den naheliegenden und von vielen Diepgen-Freunden forcierten Versuch des „Alleinmarschs“ dürfte jedoch der Kanzler schon mit Rücksicht auf die wechselseitige Bonner Abhängigkeit der Regierungspartner zu bremsen suchen.

Die Distanz zum Partner, dessen Name „FDP“ in den viereinhalb Stunden frisch-fromm-fröhlicher Familienfeier-Atmosphäre nicht einmal fiel, machte sich jedoch auch bei Eberhard Diepgen bemerkbar: Zweimal sprach er zwar von der „bürgernahen Koalition“, aber: „Wir kämpfen für eine starke Union. Nicht eine einzige Stimme haben wir zu verschenken, auch nicht an den Koalitionspartner. Wir sind nicht die Sänftenträger anderer. Wir lassen auch keine Wilderei in unseren Stimmen zu.“ Das „Wallmann-Syndrom“, sich selbst Wasser abzugraben, sitzt tief.

Diepgen, dessen Redeteil „vom Blatt“ vor einem nach Attacke und dosiertem Sentiment dürstenden Publikum nichts hergibt, ließ an einem keinen Zweifel: „Wer die Politik der Union will, der muß die Union auch wählen, gerade mit der Zweitstimme, mit der allein die Entscheidung getroffen wird.“ Eben an diese Zweitstimme auf hellgrünem Stimmzettel heftet die FDP, begünstigt durch das Berliner Wahlsystem à la Bundestag, ihre ganze Hoffnung ...

Diepgens umfangreiche Ansprache führte auch das Dilemma der CDU in diesem Wahlkampf vor Augen: Als früher von einer aggressiven, erfolgreichen Oppositionsrolle geprägter *Partei fällt ihr, nun im Amt, das „Um*schalten“ auf den staatstragenden, seriösen Part schwer, den nun einmal eine Regierungspartei angesichts ihrer Verantwortung für alle spielen muß.

Auch in der Deutschlandhalle vermißte womöglich die Basis das noch vor vier Jahren enthusiasmierende Gefühl, endlich die „Wende“ gegen einen verschlissenen SPD/FDP-Senat erzwingen zu wollen und es auch zu schaffen. Pflege des Gewonnenen statt Schläge auf die Häupter der Parteigegner lautet nun aber die Parole. Diepgens Wort von der „Zuversicht“, mit der die Union in den Wahlkampf ziehen könne, wurde durch seine erkennbare Sorge relativiert, die CDU-Anhänger könnten sich zu früh in Siegesgewißheit wiegen.

Viele Jugendliche

Die SPD-Taktik, im breiten Strom des Wohlwollens und des Optimismus gleichsam bis ins Wahllokal „mitzuschwimmen“, beunruhigt ihn wohl: „Das alles soll einschläfern“, sagte er in Richtung der „regierungsunfähigen“ SPD-Opposition. Ein rot-grünes Bündnis hätte „katastrophale Folgen“ für die Stadt. Von seinem Kontrahenten sprach Diepgen an diesem Nachmittag nur als von jenem „Herrn aus Hamburg“. Desto mehr bemühte sich Diepgen jedoch, die klassischen Ernst-Reuter- oder Schmidt-Wähler zu gewinnen.

Im berstenden Hallenrund fiel – neben Nerz und Stola, „Mittelalter“ und Rentner-Jahrgängen – der hohe Anteil an Jugend auf. Selbst rasierte „Skinheads“ und mild gefärbte Punker machten der Union ihre unauffällige Aufwartung.

Und die Applausstürme zeigten, wer die Favoriten der CDU-Basis sind: Heinrich Lummer und Hanna-Renate Laurien (Dregger: „Diese kluge und tapfere Frau“). Vor einem Jahr wollte Diepgen sie noch aufs Wahl-Tandem heben. Heute, wo es ums Ganze geht, wird die eigene Popularität nicht mehr geteilt.

„Stimmung eindeutig umgeschlagen“

Wirtschaftsminister Bangemann sieht eine „neue Welle an Berlin-Sympathie“

hrk. Berlin

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann sieht eine „neue Welle von Berlin-Sympathie“ bei einflußreichen deutschen Industriemanagern, Bankern und Unternehmern: „Die Stimmung in Westdeutschland gegenüber Berlin ist umgeschlagen, und zwar ganz eindeutig zum Besseren hin“, stellt der Ressortchef in einem Beitrag für das Berliner FDP-Blatt „Liberale Zeitung“ fest. Dies sei auf die Senatspolitik zurückzuführen, die „unter maßgeblicher Mitwirkung“ der FDP betrieben worden sei.

Bangemanns Bewertung der Stadt durch wichtige Geschäftsleute im übrigen Bundesgebiet lautet: „Berlin, das ist wieder was. Da kommt man wieder gerne hin. Da kann man wieder Geld verdienen. Da lohnt es sich wieder, zu arbeiten und zu investieren.“

Er habe diese neue Einordnung der Stadt und ihrer Eigentümlichkeiten „ohne jede Einschränkung“ auf der Berlin-Konferenz von Handel, Banken und Versicherungen im Dezember verspürt: Das war keine Subventionsveranstaltung. Da hat niemand gefragt, was er denn jetzt bekomme, wenn er in Berlin einkauft oder investiert.“

Er habe bei dieser Gelegenheit „keine Kritik mehr, keine Mäkeleien über angebliche Nachteile“ der Stadt bemerkt. „Sondern eine große Bereitschaft, aus rein geschäftlichen Erwägungen, sich in Berlin zu betätigen. Weil man inzwischen die Chancen erkennt, die es hier zu nutzen gilt.“

Wegen dieser Entwicklung registriere er auch ein „ungewöhnliches Interesse“ am Ausgang der Berliner Wahlen, schreibt der Minister. Jetzt komme es darauf an, die „unbestreitbaren Erfolge“ noch mehr auszubauen. Dies sei nur durch die Fortsetzung der bisherigen CDU/FDP-Koalition möglich: „Die rot-grüne Alternative würde alles neu geschaffene Vertrauen in Berlin zerstören. Deshalb darf es sie nicht geben.“

Bangemann strich zugleich das historische Verdienst der FDP heraus: „Sie hat die Politik, die in Berlin und weit darüber hinaus soviel Anerkennung findet, überhaupt erst ermöglicht.“ Ohne die Liberalen ginge es Berlin „schlechter“, erklärte Bangemann: „Der neue Aufschwung in Berlin wäre gar nicht möglich gewesen, wenn wir nicht unter Zurückstellung mancher innerparteilicher Bedenken bereit gewesen wären, die Koalition der Mitte auch hier einzugehen und zum Erfolg zu führen.“

Die Berliner FDP brauche sich vor dem Wähler „nicht zu verstecken“. Ein Mißerfolg der Koalition am 10. März würde „alles zunichte mache“, was in den vergangenen Jahren für Berlin erreicht worden sei. Es müsse verhindert werden, daß die Stadt in „politische und wirtschaftliche Trübsal“ zurückfalle.

Bangemann kündigte in seinem Beitrag an, sich in seinem Ressort weiterhin für die Belange der Stadt einzusetzen: „Als Bundeswirtschaftsminister sehe ich mit großer Sympathie den politischen Fortschritt, die anhaltende wirtschaftliche Belebung, das gewandelte Bild Berlins und unterstütze diese Entwicklung, wo immer ich kann. Dennoch bleibt viel zu tun.“

Weniger abhängig von Bundeshilfe

Scheidender Finanzsenator Kunz voller Optimismus / Berlin steigerte Leistungskraft

hrk. Berlin

Das seit Richard von Weizsäckers Amtszeit gewachsene Selbstvertrauen der Berliner in ihre Arbeit und ihre Zukunftserwartungen gründet sich auch darauf, weniger abhängig von Bonner Finanzquellen zu sein. Gegenüber 1981, dem ersten Jahr des damaligen CDU-Minderheitssenats, ging der Bundeshilfe-Anteil am Berliner Etat bis 1985 zurück. Ein Beweis für die nutzbringende Arbeit der vergangenen Jahre ist auch, daß die Stadt mehr Ausgaben als jemals zuvor aus den in Berlin bleibenden Steuereinnahmen bestreiten kann.

Einen politischen „Kassenbericht“, der diese positive Entwicklung beschreibt, legte jetzt der aus dem Diepgen-Koalitionssenat scheidende Chef der Finanzverwaltung, Gerhard Kunz, vor. Als Gast der „Deutsch-Amerikanischen Handelskammer“ entfaltete der erfolgsgewohnte und selbstbewußte CDU-Politiker – nach der Wahl wechselt er in die Privatwirtschaft – ein Panorama der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins. Kunz nannte folgende Zahlen:

„Belief sich der Bundeshilfe-Anteil am Berliner Etat noch 1981 auf 54,1 Prozent, so sinkt er in diesem Jahr auf 52,5 Prozent. Ebenso verhält es sich mit den Steuereinnahmen, die in Berlin bleiben: Ihr Anteil am Etat stieg von 22,8 Prozent im Jahr 1981 auf 24 Prozent 1985.“ Hierin gründe sich nicht nur der Erfolg des Senats: „Dies ist auch ein Teil des Fundaments für das in Berlin vorhandene neue Selbstvertrauen“, stellte Kunz fest. Energisch wandte sich der Politiker gegen die in Berlin noch keineswegs verschwundene Subventionsmentalität: „Wer den Erfolg der Finanzpolitik darin sehen wollte, eine immer höhere prozentuale Bundeshilfe zu erhalten und dabei eher geringere Steuereinnahmen in Kauf zu nehmen, der schlüge die völlig falsche Richtung ein! Der richtige Weg besteht vielmehr in der Steigerung der Leistungs- und Steuerkraft durch Berlin selbst!“

Kunz wies in seinem Vortrag mit dem Titel „Interaktion zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Finanzen am Beispiel Berlin“ auf zwei weitere wichtige Erfolgsgrundlagen des Senats hin: Es gelang, den in den Jahren zuvor wachsenden Anteil der Personalausgaben für den an der Spree besonders üppigen öffentlichen Dienst von 35 Prozent am Gesamtetat auf 32,5 Prozent zu drücken.

Es bedurfte harter Anstrengungen und der Kunstfertigkeit von Kunz, ein Drei-Milliarden-Loch bis 1985 zu schließen und den entscheidenden Investitionsanteil im Etat von 16,4 auf 17,3 Prozent zu steigern.

Der Finanzsenator traf eine Reihe weiterer Feststellungen, die den Umbruch in Berlin kennzeichnen:

– 38 000 Mitarbeiter in 180 Forschungseinrichtungen sollen zu einer „technologischen Offensive auf breiter Front“ von Berlin aus beitragen.

– 1983 wurde nach dem Berlin-Förderungsgesetz ein Gesamtumsatz von 34,8 Milliarden Mark(!) präferenziert.

– Berlin wird als künftiger Sitz des „Deutsch-Japanischen Zentrums“ in Deutschland den engsten Kontakt zur fernöstlichen Vormacht des weltweiten Know-how bekommen.

– Kunz kündigte die Einrichtung eines „Technologie- und Industrieparks“ (TIP) in unmittelbarer Nachbarschaft des neuen Nixdorf-Werks (geplant: 6000 Mitarbeiter) an. Eine Senatsgesellschaft kauft das entsprechende Gebäude für 83 Millionen Mark.

– Unternehmensvorstände sind in jüngster Zeit dazu übergegangen, ihre Finanzvorstände in Berlin anzusiedeln – jüngstes Beispiel: SEL.

– „Weil das Vier-Mächte-Abkommen funktioniert und sich dadurch die Spannungen um die Stadt stark vermindert haben, empfiehlt sich Berlin auch als Beobachtungsplatz für den Ost-West-Geschäftsverkehr für ausländische Banken“, sagte Kunz.

Kunz wandte sich eindringlich gegen die bekannten Oppositionsvorschläge wie Konjunkturprogramme, staatliche Investitionslenkung oder eine undifferenzierte Arbeitszeitverkürzung. „Diese angeblichen Patentrezepte können nicht funktionieren.“

Zugleich warnte er davor, in eine Art High-Tech-Euphorie zu verfallen: „Auch wenn heute erste Erfolge sichtbar sind, wird es doch Jahre dauern, bis die strukturpolitischen Impulse auch zu erheblich mehr Arbeitsplätzen und mehr Beschäftigung und damit zu erheblich weniger Arbeitslosigkeit führen.“

Lafontaine lehnt Tolerierung durch Grüne ab

dpa. Saarbrücken

Der saarländische SPD-Landesvorsitzende, Oskar Lafontaine, hat ein Tolerierungsangebot der Grünen bereits im Vorfeld der Landtagswahl am 10. März abgelehnt. Er sei nur zu einer Zusammenarbeit mit den Grünen bereit, wenn diese auch Regierungsverantwortung übernehmen wollten.

Nachdem die Grünen ein Koalitionsangebot der SPD bereits vor zwei Wochen abgelehnt hatten, sprach sich die Landesmitgliederversammlung am Sonntag für eine eventuelle Tolerierung aus, nannte aber drei unabdingbare Minimalforderungen für Verhandlungen mit der SPD. So verlangten sie ein sogenanntes „Entgiftungsprogramm“, das unter anderem die Stillegung von drei Kohlekraftwerken und zwei Müllverbrennungsanlagen sowie den Ausstieg der Saarbergwerke aus den Uran-Aktivitäten vorsieht. Überdies forderten sie einen sofortigen Stopp des Ausbaus der Saar zur Großschiffahrtsstraße und eine 40prozentige Erhöhung des Sozialhilfesatzes als Ausgleichsabgabe für Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.

Parteispenden: „Alle Instanzen ausschöpfen“

dpa, Bonn

Steuerzahler, die in den Parteispendenverfahren wegen Steuerhinterziehung strafrechtlich verurteilt werden, sollten nach Ansicht des Kölner Kriminologen Professor Günter Kohlmann alle Rechtswege ausschöpfen. Es sei nämlich „eindeutig“ festzustellen, daß Steuerzahler vom Strafgericht wegen Steuerhinterziehung verurteilt würden, das Finanzgericht später aber feststelle, daß gar keine Steuerhinterziehung vorliege.

Sei das Strafverfahren einmal rechtskräftig abgeschlossen und führe das Besteuerungsverfahren später zu einem geltenden Strafprozeßrecht kein Grund für eine Wiederaufnahme des Strafverfahrens, meinte Kohlmann. Gehe der Steuerzahler dagegen in beiden Verfahren durch alle Instanzen, habe er zumindest die Chance, daß sich ein für ihn positiver Richterspruch des Finanzgerichts auch auf das Urteil im Strafverfahren auswirkt.

Kohlmann forderte die Strafrichter auf, die Strafverfahren im Fall von Parteispenden auszusetzen, bis die steuerlichen Vorfragen im Besteuerungsverfahren rechtskräftig entschieden worden sind. Die Glaubwürdigkeit der Rechtsprechung stehe auf dem Spiel, wenn weiterhin Strafurteile in Parteispenden-Verfahren ergingen, ohne daß die steuerrechtlichen Vorfragen durch die Finanzgerichte abschließend geklärt seien.

Auf Distanz zu Jenninger-Vorschlag

dpa, Berlin

„Größte Skepsis“ gegenüber dem Vorschlag von Parlamentspräsident Philipp Jenninger (CDU), offizielle Kontakte zwischen Bundestag und „DDR“-Volkskammer aufzunehmen, hat der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans Klein (CSU), geäußert. Generell sei die CDU/CSU „für Kontakte mit jedem, der irgendwo etwas zu sagen hat“. Kontakte zur Volkskammer seien aber nicht mit solchen zu Parlamenten etwa Polens oder Bulgariens vergleichbar.

In einer Mitteilung an die WELT wies das Presse- und Informationszentrums des Deutschen Bundestages darauf hin, daß für Jenninger die Aufnahme offizieller Kontakte zur „DDR“-Volkskammer von bestimmten Voraussetzungen abhängig sei. Dazu gehörten die Abstimmung mit den drei Westmächten und die Klärung des Status der Berliner Abgeordneten. Jenninger habe betont, es könne „unter gar keinen Umständen hingenommen werden, daß sie wie Nichtmitglieder des Deutschen Bundestages behandelt werden“.

„Kritik aus Sorge um die Kirche“

DW. Bonn

Zahlreiche Gemeinden in der nordelbischen evangelisch-lutherischen Kirche haben inzwischen signalisiert, daß sie den „Aufruf an unsere Bischöfe“ durch Unterschriftensammlungen unterstützen werden. Die CDU-Bundestagsabgeordnete *Ingrid* Roitzsch erklärte für die elf Unterzeichner, die Behandlung des Aufrufs durch die Synode und die Kirchenleitung „hat uns sehr betroffen gemacht“. Die in dem Aufruf gestellten Fragen seien aus Sorge und Liebe zur Kirche gestellt worden und keineswegs aus „schwerem Mangel an Verantwortlichkeit“, wie dies auf der Synode behauptet worden sei.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Japan fürchtet Moskaus Spionagefischer

FRED de LA TROBE, Tokio

Die japanische Delegation hat die seit Mitte Januar in Moskau mit den Sowjets laufenden Fischereiverhandlungen bis auf weiteres abgebrochen und ist gestern nach Tokio zurückgekehrt. Die Russen hatten den bisherigen, seit 1978 zwischen beiden Staaten geltenden Vertrag Ende letzten Jahres gekündigt.

Die scharfen Differenzen bei den Verhandlungen drohen diesen Rest der Eintracht zwischen beiden Staaten in den Sog der übrigen Spannungen zu treiben. Für einen neuen Vertrag von diesem Jahr an hatten die Japaner für sich eine Fangquote von jährlich 700 000 Tonnen innerhalb der 200-Meilen-Zone der Sowjetunion und eine Quote von 640 000 Tonnen für die Sowjets in der japanischen 200-Meilen-Zone vorgeschlagen. Das hätte der bisherigen Regelung entsprochen. Zusätzlich war Tokio bereit, eine Summe von 30 Millionen Mark als Ausgleich für seine höhere Quote zu zahlen. Moskau forderte dagegen eine Begrenzung der Fangmengen für beide Seiten auf je 600 000 Tonnen und die japanische Gewährung von Landerechten für sowjetische Fischkutter in einem Hafen auf der Insel Hokkaido und im Großhafen von Yokohama. Sollte Japan das ablehnen, so würde Moskau auf der Kürzung der japanischen Quote auf 400 000 Tonnen bestehen.

Tokio befürchtet, daß die sowjetischen Fischdampfer das Einlaufen in die japanischen Häfen zu Spionageaktivität und zur Beobachtung des Verkehrs amerikanischer und japanischer Kriegsschiffe nutzen wollen. Die Japaner glauben feste Anhaltspunkte zu haben, daß russische Kutter schon im vergangenen Jahr geheimdienstlich tätig waren. Den fernöstlichen Gewässern fällt in der sowjetischen Nuklearstrategie eine vorrangige Rolle zu. Das Ochotskische Meer gilt als ideale Abschußbasis für mit Interkontinentalraketen bestückte U-Boote. Nahezu die Hälfte der sowjetischen Delta II nuklearbetriebenen U-Boote sind in dieser Region stationiert.

Mit dem drohenden Scheitern der Verhandlungen müssen die japanischen Fischer befürchten, vom Februar an ihre bisherigen Fanggründe in der 200-Meilen-Zone der Sowjetunion zu verlieren. Das würde allein auf Hokkaido 200 000 Arbeitsplätze gefährden. (SAD)

„Paris und Bonn sollten mehr Ehrgeiz entfalten"

Von EVI KEIL

Jean-Pierre Chevènement, Frankreichs Erziehungsminister, hat auch in Bonn seine „Lieblingsrolle" als Enfant terrible gespielt: Er scheute sich bei seinem jetzigen Besuch nicht, unangenehme Wahrheiten offen auszusprechen. Für Chevènement war es in Bremen und am Rhein die bittere Erkenntnis, daß „der Französisch-Unterricht in den deutschen Schulen einen immer niedrigeren Stellenwert hat". „Es ist mir sogar aufgefallen, daß man nicht einmal in der Bundeshauptstadt Bonn das Französische als erste Sprache wählen kann", klagte er.

Angesichts des dezentralisierten deutschen Bildungssystems bleibe nur ein Ausweg: „Heute mit einem klar definierten politischen Willen die Verantwortlichen zu mehr Anstrengungen für das Französische in den Schulen zu bewegen." Denn: „Jede enge Zusammenarbeit setzt doch die Kenntnis von Sprache und Kultur des anderen voraus."

Jean-Pierre Chévènement

Daß es aber nur wenig Ansatzpunkte für große Hoffnungen gibt, erfuhr der Gast bei seinen beiden Gesprächspartnern Dorothee Wilms und Hans Koschnick. Frau Wilms: „Unsere Eltern können oft besser Französisch als die Enkel. Man kann bei uns eben nicht alles mit gesetzlichen Regelungen machen." Die beiden Deutschen hatten mit dem Gast keine Verständigungsschwierigkeiten: Chevènement hat ein Diplom für Deutsch an der Universität in Wien erworben.

Die Person des französischen Erziehungsministers, der als Nachfolger von Alain Savary im Auftrag von Präsident Mitterrand den französischen Schulstreit vorerst beigelegt hatte , hielt auf Schloß Ernich, der französischen Botschafterresidenz, auch ein Plädoyer für die „Elitebildung" . Das ist nur auf den ersten Blick verwunderlich. Denn der schlaue Linke ist selbst das beachtliche Produkt einer elitären Erziehung. In Belfort 1939 geboren, ging er zunächst mit vier Jahren auf eine einklassige Zwergschule, in der nur seine Mutter Unterricht erteilte. Die Mutter, die der kleine Jean-Pierre, einer der ganz wenigen Schüler der Schule, mit „Madame" im Unterricht anredete, hatte mit ihrem Sohn viel im Sinne: Jean-Pierre Chevènement besuchte später die Verwaltungshochschule „ENA" und studierte Politische Wissenschaften.

„Wir müssen doch", sagte er zum Thema Elitebildung in einem WELT-Gespräch, „einen Unterschied machen zwischen guter und schlechter Arbeit. Ich spreche von republikanischer Elite. Für mich heißt das, daß alle Kinder, gleich wie der soziale Hintergrund aussieht, die gleichen Ausgangschancen haben sollen. Allen am Anfang die gleichen Chancen geben, das ist für mich der einzig wirksame Weg, um zu einer Erneuerung der Elite zu kommen und um eine solide Demokratie zu gründen."

Der frühere Minister für Forschung und Industrie bedauert es, daß sich die Bundesregierung bisher nicht für eine Beteiligung am Projekt der von Mitterrand vorgeschlagenen Raumstation „Hermes" ausgesprochen habe. Chevènement: „Die deutsche Entscheidung bestand bisher darin, keine Entscheidung zu treffen."

Er sagte weiter, „wenn das Projekt 12 Milliarden Franc kostet, drei bis vier Milliarden Mark sind natürlich nicht wenig, so sind diese Investitionen in die Entwicklung unserer Technologie und unserer Sicherheit in Wirklichkeit doch wenig. Es ist schade, daß Frankreich und Deutschland nicht zusammen einen größeren Ehrgeiz entfalten. Wir können es uns in Europa nicht erlauben, im Weltraum abwesend zu sein."

Managua wieder auf Konfliktkurs

Seit der Wahl zeigen Sandinisten keine Dialogbereitschaft mehr / Einsatz von Giftgas

W. THOMAS, Rio de Janeiro

Zwei Wochen nach der Einführung des bisherigen Junta-Chefs Daniel Ortega in das Präsidentenamt stehen die Zeichen wieder auf Sturm. Die Sandinisten beschuldigen die Vereinigten Staaten, „alle Türen zum Frieden geschlossen" zu haben. Die Vorwürfe beziehen sich auf die Entscheidung der Reagan-Regierung, die bilateralen Verhandlungen in der mexikanischen Pazifikmetropole Manzanillo abzubrechen, „weil sie uns bisher keinen Schritt weiterbrachten" – so ein Vertreter des State Department. Die Schlagzeilen, die diese Entscheidung lieferte, verdrängten die anderen Probleme der Comandantes.

So hat sich zum einen der Konflikt mit der katholischen Kirche zugespitzt. Nachdem Erziehungsminister Fernando Cardenal im Dezember aus dem Jesuitenorden ausgeschlossen worden war, wurde nun sein älterer Bruder Ernesto, der Kulturminister, seiner priesterlichen Funktionen enthoben. Sie dürfen sich auch nicht mehr Priester nennen. Möglicherweise werden auch Außenminister Miguel d'Escoto und Edgar Parrales, der Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten, jetzt ihren Priester-Status verlieren.

Zum zweiten haben sich die Hoffnungen der Comandantes auf eine Einigung mit dem gemäßigten Indianerführer Brooklyn Rivera zerschlagen. Rivera brach die von dem amerikanischen Senator Edward Kennedy vermittelten Gespräche mit Managua über eine Autonomie für die Indio-Bevölkerung an der Atlantik-Küste aus Protest gegen die „brutalen" militärischen Aktionen der sandinistischen Volksarmee in diesen Gebieten ab. Er berichtete nach einem Besuch in den von seiner Guerrilla-Organisation Misurasata kontrollierten Regionen über „Massaker" und den Einsatz von Giftgas durch die sandinistischen Truppen.

Zum dritten ist das Verhältnis der Sandinisten zu Costa Rica, dem demokratischsten Land der Region, durch den Fall Urbina schwer belastet. Sandinistische Sicherheitskräfte waren im Dezember in die costarikanische Botschaft in Managua eingedrungen, um einen politischen Flüchtling zu verschleppen, José Manuel Urbina (25). Sie verletzten das auf dem lateinamerikanischen Halbkotinent besonders geschätzte Asylrecht.

Die sozialdemokratische Regierung Costa Ricas will so lange die Verhandlungen der Contadora-Gruppe boykottieren, bis die Sicherheitskräfte den jungen Mann zurückbringen. Als sich vergangene Woche wieder Grenzzwischenfälle ereigneten, informierte Costa Ricas Außenminister Carlos José Gutierrez, seine Regierung erwäge die Bitte um Waffenlieferungen „befreundeter" Nationen. Costa Rica besitzt keine Armee. In der costarikanischen Hauptstadt San José werde mittlerweile die Entwicklungen in Nicaragua ähnlich beurteilt wie in Kreisen der Reagan-Regierung. Fidel Castros Besuch in Managua verstärkte den Eindruck, daß Nicaragua immer tiefer in das Ostblock-Lager abdriftet. Nirgendwo in der Region, auch nicht in Honduras und El Salvador, herrscht unter der Bevölkerung eine so feindselige Stimmung gegen das sandinistische System.

Der nun abgebrochene Dialog in Manzanillo, im Juni vergangenen Jahres nach einem überraschenden Besuch des amerikanischen Außenministers George Shultz in Managua eröffnet, war von den Sandinisten immer optimistischer geschildert worden als von der Reagan-Regierung. Die Verhandlungspartner hatten sich nie näherkommen und ihr tiefes Mißtrauen überbrücken können. Haupthindernis war die kubanische Präsenz (3000 Militärberater) in Nicaragua.

Diplomatische Beobachter der mittelamerikanischen Region befürchten nun eine weitere militärische Eskalation. Die Sowjets haben die sandinistische Volksarmee seit November letzten Jahres mit riesigen neuen Waffenlieferungen versorgt. Im Februar wollen die Comandantes zum ersten Mal die in Afghanistan erprobten sowjetischen Kampfhubschrauber Mi-24 Hind gegen die „Contra"-Rebellen einsetzen. In Washington beginnen gerade die Beratungen des Kongresses über eine Wiederaufnahme der gestoppten CIA-Hilfe für diese Guerrilla-Verbände. In den nächsten Wochen werden amerikanische Truppen in Honduras und Panama mit Soldaten dieser Länder gemeinsame Manöver durchführen. (SAD)

Kaledonien: Paris verstärkt Militär

dpa, Paris

Frankreich wird seine Militärbasis auf der Pazifikinsel Neukaledonien verstärken, um seine strategische Präsenz im südlichen Pazifik aufrechtzuerhalten. Das kündigte Staatspräsident François Mitterrand nach der Rückkehr von seiner Blitzreise nach Neukaledonien an. Mitterrand sagte in Paris, er habe mit der Reise sein Ziel erreicht, den Dialog zwischen den weißen Gegnern der Unabhängigkeit und den melanesischen Separatisten wieder anzuknüpfen. Wegen der gespannten Lage auf der Insel soll das Parlament in Paris aber bald über die Verlängerung des Ausnahmezustandes entscheiden.

Syrien: Minister verliert Parteiamt

rtr, Damaskus

Der syrische Innenminister Nassereddin Nasser und Sicherheitschef Ahmed Diab sind nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Sana ihrer Ämter in der Führung der sozialistischen Baath-Partei enthoben worden. Nach den offiziellen syrischen Informationen sind Nasser und Diab mit drei anderen Angehörigen der Parteiführung nicht wieder in das 21 Mitglieder zählende „Regionalkommando" gewählt worden. Sie behielten aber ihre Regierungsämter. Wie Sana weiter meldete, wurde eine Vergrößerung des Zentralkomitees von 75 auf 90 Mitglieder beschlossen.

UNO will neue Zypern-Runde

rtr, New York

Ohne Ergebnis sind die Gespräche über eine Wiedervereinigung Zyperns bei den Vereinten Nationen zu Ende gegangen. Zyperns Präsident Kyprianou und der Führer der türkischen Volksgruppe, Denktasch, machten sich gegenseitig für das Scheitern der Gespräche verantwortlich. UN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar, der Schirmherr des Treffens war, erklärte, er wolle Kyprianou und Denktasch im Februar zu einer neuen Verhandlungsrunde einladen. Die Aussichten für eine Lösung des Zypern-Problems beurteilte Pérez trotz des gescheiterten Verständigungsversuchs optimistisch.

Giscard will Opposition bis 1988 einigen

v. K. Paris

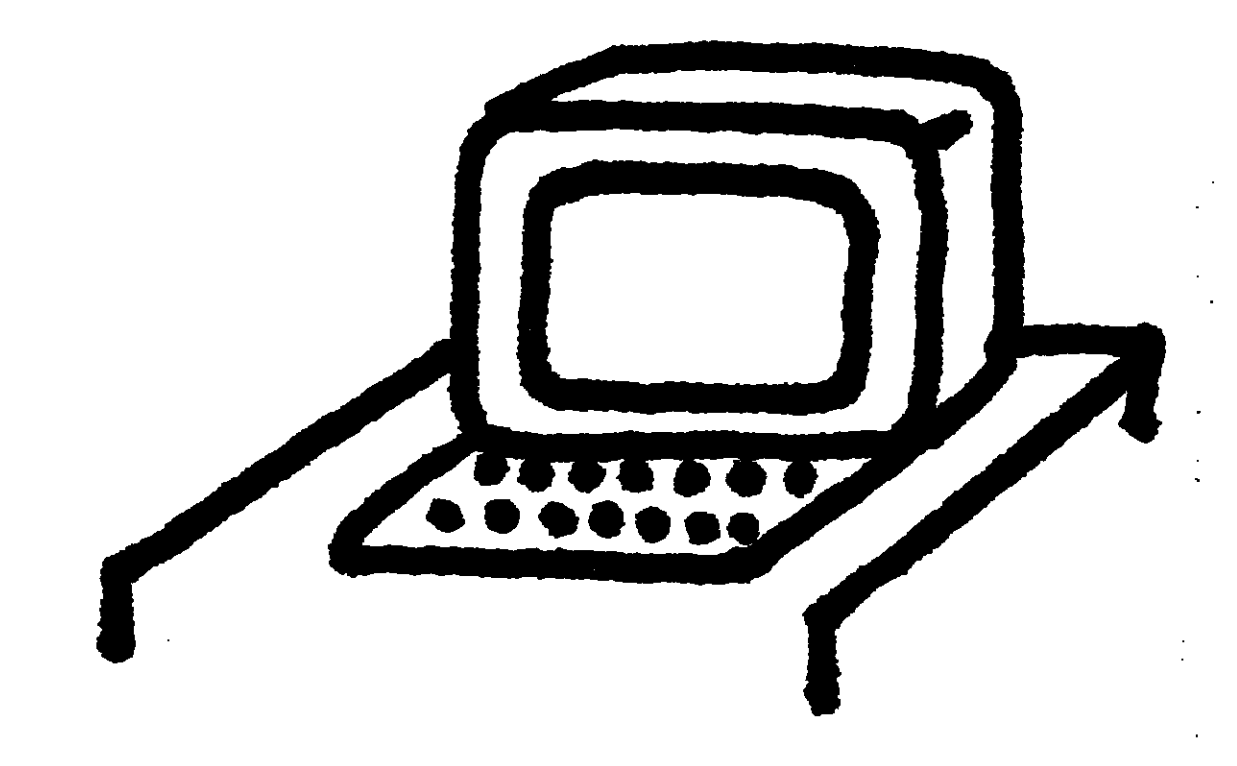
Der frühere Präsident der französischen Republik, Valérie Giscard d'Estaing, will im Falle eines Wahlsieges der Rechtsopposition bei den nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 1986 nicht Premierminister unter Mitterrand werden. Statt dessen schloß er auf einer Pressekonferenz eine neue Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 1988 nicht aus. Bis dahin will Giscard die Opposition auf ein Regierungsprogramm einigen und Maßnahmen vorbereiten, die zum „Liberalismus in Frankreich" führen sollen. Hierzu hat er seine Konkurrenten Chirac und Barre zu einer „Einigungskonferenz" im Juni eingeladen. „Die Franzosen haben in 400 Tagen die Möglichkeit, eine andere Politik herbeizuführen," sagte Giscard unter Anspielung auf den Wahltermin.

Warschau: Keine Hintermänner

dpa, Thorn

Der bisherige Verlauf des Prozesses um die Entführung und Ermordung des oppositionellen polnischen Priesters Jerzy Popieluszko hat nach Darstellung des polnischen kommunistischen Parteiorgans „Trybuna Ludu" gezeigt, daß die vier angeklagten Sicherheitsoffiziere keine Hintermänner gehabt hätten. Nichts lasse bei der Beweisaufnahme darauf schließen, „daß es außer den vier Angeklagten noch andere Personen gibt, die bewußt diese rechtswidrige Aktion unterstützten, befahlen oder bestätigten", so das Blatt.

Unterdessen hat auch Barbara Story, die Sekretärin des Hauptangeklagten Grzegorz Piotrowski, den jede Mitwisserschaft abstreitenden ranghöchsten Angeklagten Oberst Adam Pietruszka belastet. Sie gab zu, im Polizeiverhör anfangs verschiedene Dinge verschwiegen zu haben. Piotrowski habe am Tag der Tat frühmorgens das Büro verlassen und gesagt, Pietruszka wisse, wo der Priester sei. Die Zeugin sagte aus, nach der Tat habe sie im Auftrag von Piotrowski anonym bei der Polizei angerufen und versichert, sie habe Popieluszko zusammen mit drei Männern gesehen. Dieser Anruf sei Teil der Aktion zur Verwischung der Spuren gewesen.



Hungersnot in Afrika – der Höhepunkt der Tragödie ist noch nicht erreicht

Geht man von den Ressourcen aus, ist Afrika einer der reichsten Kontinente der Welt. Reich und trotzdem arm. Das Afrika von 1985 ist in ein völkervernichtendes Chaos verstrickt. Die „Freiheit", die das Ende der Kolonialzeit verhieß, hat die meisten Afrikaner nicht frei gemacht; vielmehr wurden sie in einen Strudel der Verelendung getrieben, durch Mißwirtschaft, Korruption und unbedachten Umgang mit der Natur. 30 Millionen Afrikaner hungern, sechs Millionen sind Treibgut zwischen den Grenzen. Ihnen muß geholfen werden, wichtig ist aber, daß die Ursachen des Hungers erkannt werden.

Korruption und Selbstsucht: „Watch the butter cup" (Achte auf die Butterdose) heißt das Motto vieler schwarzafrikanischer Herrscher. Sie achten darauf, daß es jenen nicht schlecht geht, die ihnen gefährlich werden könnten: Offiziere und Soldaten, Industriearbeiter, die Bildungselite und die Staatsfunktionäre. In Zeiten des Mangels haben jene Vorrang, die in Schußweite des Präsidentenpalastes wohnen. Die Landbevölkerung hat wenig Drohpotential und wird von den Machthabern vernachlässigt.

Das demographische Problem: Die afrikanische Agrarproduktion stieg im vergangenen Jahrzehnt um jährlich knapp zwei Prozent, die Bevölkerungszahl dagegen um drei Prozent. Viele Länder Schwarzafrikas müssen Lebensmittel importieren, die sie früher exportiert haben. Kinder werden häufig als einzige Alterssicherung betrachtet. Das Bevölkerungswachstum läuft der Nahrungsmittelproduktion davon. Mehr Kinder, das heißt mehr landlose Arme. Sie drängen vom Land in die Städte, die bereits überfüllt sind.

Die Agrarwirtschaft: Bis zum Jahr 2000, so schätzt man, werden sich 65 Prozent Schwarzafrikas nicht mehr aus eigener Kraft ernähren können. Viele Länder haben sich auf „cash crops" eingestellt, exportierbare landwirtschaftliche Güter, die Devisen einbringen. Außer „cash crops" haben diese Länder nichts mehr anzubieten. Schwierigkeiten gibt es selbst dann, wenn das Klima günstig ist. Erzeugerpreise sind so niedrig angesetzt, daß sich für die Landbevölkerung die Arbeit nicht mehr lohnt.

Die Dürre: Kaum ein Land, von der Sahelzone bis zum südlichen Afrika, ist verschont geblieben. Dürre hat es immer gegeben in Afrika, der Hunger wurde immer als Schicksal akzeptiert. Wenn Afrika seine Menschen nicht mehr ernähren kann, so liegt das nicht am Wetter, sondern an verfehlter Politik. Viel zu spät wurden „Grüne Revolutionen" gestartet, viel zu spät sah man ein, daß ehrgeizige Industrialisierungsprojekte auf Kosten der auf den inländischen Markt ausgerichteten Nahrungsmittelproduktion keine Lösung sind.

Wüstenbildung: Jedes Jahr verwandeln sich in Afrika rund sechs Millionen Hektar Land in Wüste. Insgesamt zeigen bereits 3,5 Milliarden Hektar Verwüstungserscheinungen. Damit ist die Lebensgrundlage von 135 Millionen Menschen gefährdet. Der Westen versucht zu helfen, der Erfolg jedoch ist gering. Von 4,8 Milliarden Dollar, die 1981 in die betroffenen Länder in Form von Entwicklungshilfe flossen, wurden von den Regierungen nur drei Prozent ausdrücklich gegen die Wüstenbildung eingesetzt.

Der mühsame Weg der Hilfe zum Mund der Bedürftigen

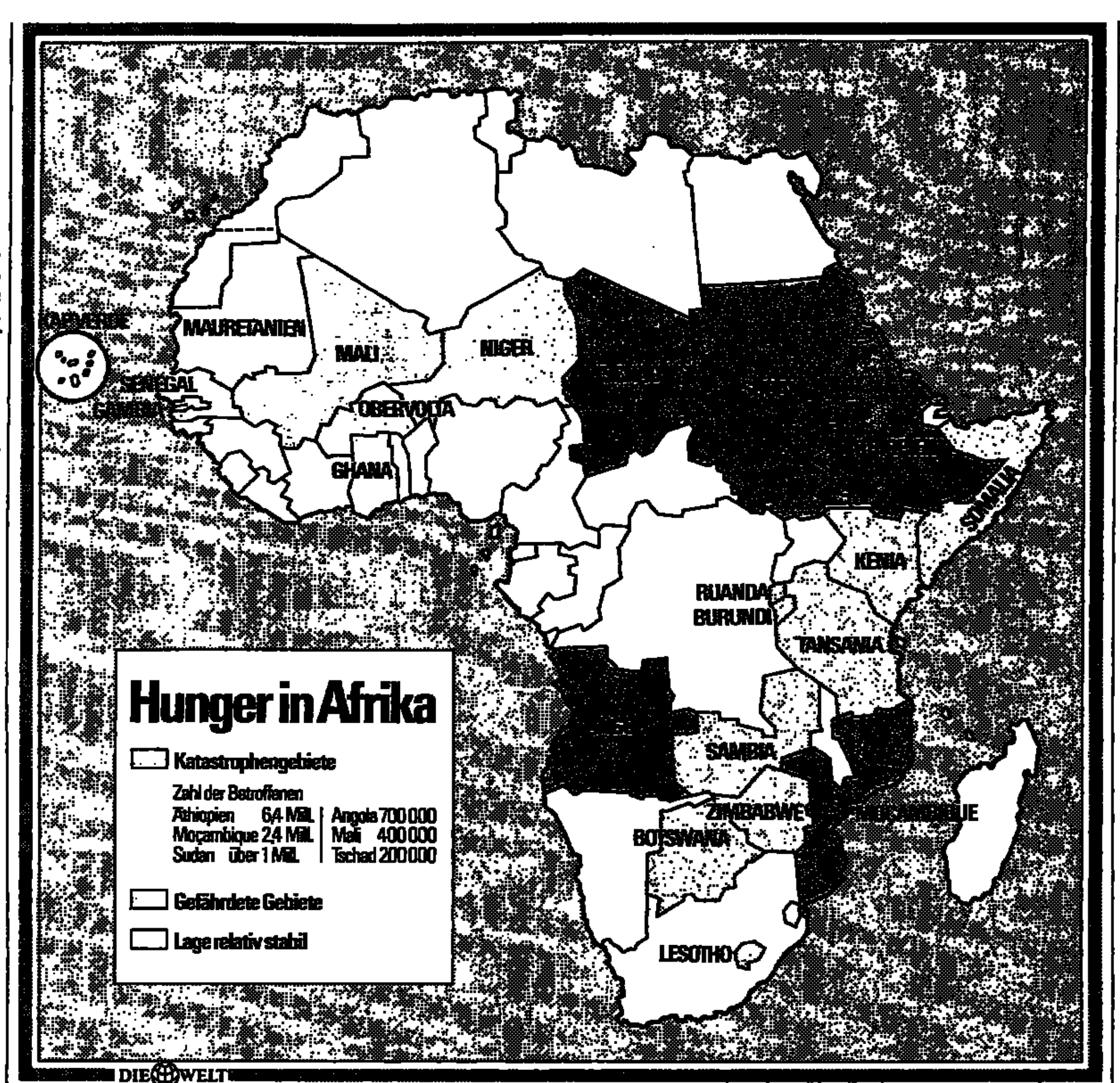
Erreicht die Nahrungsmittelhilfe für Afrika, die aus Spenden finanziert wird, in korrekter Abwicklung den Mund der Hungernden? Diese Frage wird von den großen Hilfsorganisationen, die häufig auch für die kleinen Hilfswerke den schwierigeren Teil der Transportleistung ab Schiff oder Flugzeug ins Landesinnere übernehmen, eindeutig positiv beantwortet.

Die Kombination Caritas/Misereor stützt sich bei der Endverteilung zum Beispiel in Äthiopien, wo derzeit 6,4 Millionen Menschen auf ausländische Lebensmittelhilfe angewiesen sind, auf das gemeinsame Büro der christlichen Kirchen in Addis Abeba. Lebensmittel werden, so ein Sprecher der Caritas, nach Möglichkeit nicht in Europa gekauft (von dort nimmt man nur geschenktes Getreide oder Pflanzenöl), sondern oft nur wenige hundert Kilometer vom Katastrophengebiet entfernt in Afrika. Das Problem der Milchpulverlieferungen – schwierig, da man nicht weiß, mit welcher Qualität Wasser das Pulver beim Verbraucher aufbereitet wird – umgeht die Caritas durch ein in Zusammenarbeit mit einer Keksfabrik entwickeltes Milchpulver-Bisquit, das Kindern zum Lutschen gegeben wird.

Finanziellen und materiellen Schwund beim Transport über lange Strecken versucht auch „Brot für die Welt" dadurch zu vermeiden, daß in Nachbarregionen von Hungerzonen Lebensmittel gekauft werden – falls das heute noch möglich ist. So habe man, erklärt die Leiterin der Katastrophenhilfe dieser Organisation auf Anfrage, zum Beispiel Hirse aus Niger nach Ghana geliefert. Das Milchpulver geht auch bei der Caritas nicht direkt an den Verbraucher. In Äthiopien zum Beispiel wird es in der Babynahrungsfabrik „Fafa" aufbereitet.

Da allein in Äthiopien zur Zeit Menschen in mehr als 200 riesigen „Speisungszentren" versorgt werden, bekräftigt auch das Deutsche Rote Kreuz aufgrund seiner vielfachen und langjährigen Erfahrung, daß die Nahrungsmittelhilfe den Mund der Hungernden erreicht. Der Leiter des Referats Katastrophen- und Entwicklungshilfe, Jürgen Kronenberger, hat festgestellt, daß der Ankauf von Nahrungsmitteln in Afrika selbst immer schwieriger wird. Weizenmehl, Protein-Nahrung, Milchpulver und Speiseöl – diese vier Hauptnahrungsmittel kommen aus Europa.

Das „Deutsche Aussätzigen-Hilfswerk" hat aufgeschlüsselt, was das kostet. Sieben Tonnen Basis-Lebensmittel für Äthiopien im Wert von 10 415 Mark erforderten 29 355 Mark Luftfracht; der Schiffstransport im Wert von 55 500 Mark kostet 36 000 Mark. EBERHARD NITSCHKE



„Sind sie schon tot?"

„Schon während der Fahrt von Addis Abeba in die Provinz Wollo werden wir mit der großen Not konfrontiert. Auf einer kilometerlangen Strecke wird unser Wagen von einer unübersehbaren Menge hungernder Kinder gestoppt. Sie werfen sich auf den Boden, küssen die Straße und verhindern die Weiterfahrt. Mit tief eingesunkenen Augen, abgemagert bis auf das Skelett, strecken sie uns flehend ihre Hände entgegen und jammern: ‚Rab, Rab' – ‚Hunger'.

Wo wir auch hinschauen, links und rechts der Straße, auf den Marktplätzen, in jedem Ort: Abertausende von Menschen, die vom Hunger gezeichnet sind. In zerrissene Lumpen gekleidet sitzen oder liegen sie apathisch auf den Straßen und warten auf den Tod. Zu Skeletten abgemagerte Säuglinge saugen an den trokkenen, schlaffen Brüsten ihrer Mütter. Siebenjährige Kinder ähneln in Größe und Gewicht Zweijährigen. Ihre greisenhaften Gesichter drücken mehr menschliches Leid aus, als wir je beschreiben könnten. Überall ist ein ständiges Schreien, Jammern und Weinen zu hören, doch sind die meisten bereits zu schwach, um noch zu klagen. Alte Menschen liegen halbnackt auf der Straße, unfähig, auch nur die Hand zu heben. Leben sie noch, oder sind sie schon tot?

Aus dem Bericht eines Delegierten des Deutschen Roten Kreuzes

Leere Speicher und verödete Felder

Schreckensbilder ohne Ende: Mindestens 22 Staaten Afrikas sind in den Sog der Hungerskatastrophe geraten. 30 Millionen Menschen drohen zu sterben. Die Ernährungskrise Afrikas hat sich in den letzten Wochen dramatisch verschlimmert. Eine Tragödie, die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat.

Afrikas Maisspeicher sind leer, die Felder verödet, die Bauern zermürbt und ohne Hoffnung. 1985 benötigt Afrika etwa sechs bis sieben Millionen Tonnen Nahrungsmittelhilfe. Am härtesten betroffen sind die Länder Äthiopien, Tschad, Sudan, Mali, Angola und Moçambique. Allein in Äthiopien sind über sechs Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Der Norden des Landes ist verwüstet, eine Landschaft des Sterbens. Auch das internationale Hilfsprogramm wird den Tod von einigen hunderttausend Menschen nicht verhindern.

Bürgerkrieg und politische Fehler der neuen Machthaber haben die Hungersnot eskalieren lassen. Aber auch in Äthiopien rächt sich der Mißbrauch an der Natur, an Wald und Boden, die ökologische Zerstörung der landwirtschaftlichen Reserven. Dürre und Umweltschäden, der ökologische Kollaps einer ausgezehrten Landschaft, Bodenerosion und Schädlingsbefall haben die Ernten ruiniert.

Diese Entwicklung hat zudem Länder erfaßt, die seit Jahren durch Guerrillakriege gelähmt sind und als politische Einheit oft nur noch auf der Landkarte existieren. So wird auch die Bekämpfung der Dürre und des Hungers für sie zu einem fast unlösbaren Problem.

Fast die Hälfte der Ernten Afrikas ist von Schädlingen vernichtet oder verfault bei Transport oder Lagerung. So bleibt der Hunger eine Bedrohung für Menschen, die seit Jahren unterernährt sind: Etwa 1500 Kalorien täglich erhielt ein Äthiopier in „guten Zeiten" – ein Mitteleuropäer hingegen nimmt pro Tag bis zu 4000 Kalorien zu sich.

Minister Warnke: Afrika bleibt noch lange unser Sorgenkind

Im vergangenen Jahr flossen 1,2 Milliarden Mark an technischer und finanzieller Hilfe aus der Bundesrepublik nach Afrika. Für 1985 sind 1,56 Milliarden eingeplant. In einem Interview der WELT erläutert Minister Jürgen Warnke die Ziele der deutschen Entwicklungshilfepolitik. Mit Warnke sprach Achim Remde.

WELT: Wie reagiert die deutsche Entwicklungspolitik auf die Katastrophenmeldungen aus Afrika?

Warnke: Schwarzafrika wird sicher bis zum Ende dieses Jahrhunderts unser Sorgenkind bleiben. Es ist unsere Pflicht, nicht zuletzt als Christen, auch den Völkern zu helfen, die im Augenblick noch keine erkennbaren Ansätze von Entwicklung zeigen. Hier bedeutet Hilfe zunächst einmal Überlebenshilfe, eine Art von Sozialhilfe. Mit fortschreitender Entwicklung wenden wir ein Instrumentarium an, das Entwicklungshilfeleistungen mit Eigenleistungen der Entwicklungsländer verknüpft, etwa in der Form der Mischfinanzierung.

WELT: Unterscheidet sich dabei die Politik dieser Regierung von der der vorhergehenden?

Warnke: Die deutsche Entwicklungspolitik ist entkrampft, entideologisiert und vom schlechten Gewissen befreit worden ... Wer die Länder der Dritten Welt in ihrer Unabhängigkeit ernst nimmt, muß ihnen auch das Recht zubilligen, Fehler zu machen. Wenn sie Fehler machen, tragen sie auch selbst die Verantwortung dafür. Ein großer Teil der Sorgen, die Schwarzafrika heute hat, sind auf politische Fehler der Regierungen zurückzuführen. Die Tendenz, uns dafür verantwortlich zu machen, Hilfe als eine Art Wiedergutmachung etwa für die Kolonialzeit anzusehen, weisen wir zurück.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit von Entwicklungshilfe ist es erforderlich, mit dem jeweiligen Empfängerland in einen politischen Dialog einzutreten mit dem Ziel, sicherzustellen, daß die Entwicklungshilfemittel im Rahmen einer vernünftigen Politik sinnvoll und möglichst optimal verwendet werden. Das bedeutet nicht, daß wir dem Empfängerland unsere politischen Vorstellungen aufoktroyieren wollen. Ich habe beispielsweise Präsident Mengistu von Äthiopien erklärt: „Wenn Sie sich zum Marxismus-Leninismus bekennen, so ist das Ihre Sache. Aber wenn Sie auf unsere Unterstützung bei der Entwicklung Äthiopiens Wert legen, müssen Sie eine Politik betreiben, die die Sicherstellung der Selbstversorgung Äthiopiens mit Nahrungsmitteln zum Ziel hat." Das bedeutet, daß Äthiopien nicht weiterhin aus ideologischen Gründen seine Wirtschaft so organisiert, daß der Anreiz zur Produktion bei der Landbevölkerung im Keim erstickt wird.

WELT: Deckt sich die Entwicklungspolitik Bonns in ihren Grundzügen mit der Politik des Internationalen Währungsfonds?

Warnke: Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird von den Entwicklungsländern mitgetragen und ist deshalb besser qualifiziert als ein einzelnes Industrieland, Ländern der Dritten Welt wirtschaftspolitische Ratschläge zu erteilen. Natürlich ist er nicht unfehlbar. Wir haben beispielsweise im Falle von Tansania eine vermittelnde Rolle gespielt, damit nicht durch allzu starre Bedingungen des IWF die Reformbereitschaft Tansanias überfordert wird.

WELT: Ist die Politik des IWF nicht durch eine unsoziale Komponente charakterisiert? In Nordafrika hat sie zu Brotunruhen geführt.

Warnke: Man darf nicht das Thermometer dafür verantwortlich machen, wenn die Temperatur unangenehm ist. Die Brotunruhen in Nordafrika waren die Folge einer langjährig verfehlten Politik. Es gibt dort Länder mit dem höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Weizen in der Welt. Brot hat dort in der Vergangenheit zum Teil als Viehfutter gedient, weil sein Preis so stark subventioniert war. Die Forderungen des IWF nach Streichung dieser Subventionen waren also vollkommen richtig. Eine andere Frage ist, ob es politisch möglich ist, sich von heute auf morgen von einer verfehlten Politik abzuwenden.

WELT: Muß Deckung der Grundbedürfnisse als Ziel jeder Entwicklungspolitik nicht weitgehend eine Illusion bleiben? Wir erleben tagtäglich, daß Menschen überall in der Welt ihre Prioritäten nicht nach ausschließlich rationalen Gesichtspunkten setzen.

Warnke: Unsere Politik ist es, dafür zu sorgen, daß die Menschen in der Dritten Welt sauberes Trinkwasser, genug zu essen und ein Mindestmaß an Behausung, Kleidung und Bildung haben. Wenn ein Land andere Prioritäten setzt, wollen und können wir ihm nicht hineinreden. Aber unser Angebot beschränkt sich darauf, bei der Erreichung eines menschenwürdigen Lebensstandards behilflich zu sein.

WELT: Wie kann Äthiopien die noch immer anhaltende Dürre überwinden?

Warnke: In Äthiopien wie in anderen Ländern der Sahelzone steht trotz der Dürre genug Wasser, genug landwirtschaftlich nutzbarer Boden sowie eine arbeitswillige und arbeitsfähige Bevölkerung zur Verfügung. Das Land könnte sich selbst ernähren. Das Wichtigste ist, daß die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit ein Anreiz zur Produktion entsteht.

Mit Waffen wird der Machthunger gestillt

Die Unabhängigkeit hat den afrikanischen Staaten nicht den Frieden gebracht. Es ist viel Blut geflossen in Afrika, seit die „Uhuru"-Rufe auf dem schwarzen Kontinent verhallt sind: in Stammeskriegen, Grenzkriegen, Guerrillakriegen und in jenen Kriegen, die Teil des Ost-West-Konflikts sind.

Die Spur der Gewalt zieht sich von Tschad bis hinunter nach Zimbabwe. In Zaire und in Nigeria sind die Narben auf dem Antlitz Afrikas besonders groß. Im kongolesischen Bürgerkrieg starben 20 000 Menschen, im Kampf um Biafra mehr als eine Million.

In den siebziger Jahren wurde Afrika mehr und mehr zu einem Nebenschauplatz des Ringens der Supermächte. Als Portugal über Nacht seine Zelte in Afrika abbrach, schlug die Stunde Moskaus: Mit Hilfe einer kubanischen Streitmacht von zeitweise mehr als 30 000 Soldaten wurde Portugals reichste Afrika-Provinz Angola erobert. Östliche Devise: „Kalaschnikow, nicht Coca-Cola, bringt Selbstbestimmung für Angola!" Sowjetische Waffen und kubanische Soldaten entschieden den zweiten äthiopisch-somalischen Grenzkrieg 1977/78. „DDR"-Verteidigungsminister Hoffmann zeigte sich 1979 sehr angetan davon, daß er in einem Ausbildungslager der äthiopischen Volksmiliz „Tausende Söhne der ehemaligen Sklaven und landlosen Bauern mit der Maschinenpistole und dem Stahlhelm aus der DDR den Sturmangriff üben sah".

Äthiopien – eines der zehn ärmsten Länder der Erde – hält mehr als eine Viertelmillion Bürger unter Waffen. Mindestens 500 000 Dollar pro Tag wenden die Machthaber in Addis Abeba für die Streitkräfte auf. Mit einem stetig anschwellenden Strom von Waffen versorgt Moskau auch seine Statthalter in Luanda und Maputo. Die Waffen vermögen den Vormarsch der Befreiungsbewegungen Unita und Renamo nicht zu stoppen, aber sie zementieren die Abhängigkeit.

Kaum weniger wichtig: Sie bringen dem Kreml Devisen. Im Zeitraum von 1975 bis 1982 lieferte die Sowjetunion 1580 Panzer nach Afrika, die USA 54, westeuropäische Staaten 110. Ähnlich das Zahlenverhältnis bei Artilleriewaffen: UdSSR 3450, USA 287, Westeuropa 300. Insgesamt 1830 von der Sowjetunion nach Afrika gelieferte Boden-Luft-Raketen stehen 210 aus westeuropäischen Staaten und nicht eine einzige Rakete aus den USA gegenüber. Gesamtbilanz der Exporte von schweren Waffen nach Afrika von 1975 bis 1982: UdSSR 9974; Westeuropa 2425; USA 531.

Seit 1970 sind die Waffenkäufe Schwarzafrikas um das Zwanzigfache angestiegen. Der Not gehorchend, reduzierten die Länder Schwarzafrikas ihre Militärausgaben während der letzten fünf Jahre allerdings um 20 Prozent. Eine gut gerüstete Armee dient jedoch nach wie vor vielerorts in Afrika einerseits als Prestigeobjekt, andererseits als Garant für das Überleben unpopulärer Regime.

Diktatoren kümmert es wenig, wenn die Bevölkerung hungert, solange der eigene Machthunger gestillt bleibt. Das ist sicher nicht allein in Afrika so. Aber in Afrika hat diese Entwicklung besonders verheerende Folgen. Die einzigen, die davon profitieren, sind die Lieferanten der Waffen. Sie machen – im wahrsten Sinne des Wortes – ein „Bombengeschäft".

HENNING VON LÖWIS

Malawis Weg aus dem Elend

„Food in the village" (Lebensmittel in den Dörfern) heißt das politische Motto des greisen Präsidenten Malawis, Kamazu Banda. Anders als die meisten schwarzafrikanischen Führer hat der Staatschef auf Lebenszeit konsequent die Schaffung eines gesunden Bauernstands betrieben. Und so konnte Banda Ende 1984, dem schlimmsten Jahr für Afrika seit der großen Depression, stolz verkünden, daß die 6,4 Millionen Malawier auch 1985 genügend zu essen haben werden.

Banda regiert das ehemalige britische Protektorat Njassaland seit 1966 in viktorianisch-puritanischer Denkart. Als einziger schwarzafrikanischer Politiker unterhält er diplomatische Beziehungen zu Südafrika. Pretoria dankte es ihm mit großzügiger Wirtschaftshilfe, trug wesentlich zum Aufbau der neuen Hauptstadt Lilongwe bei und baute den einzigen Schienenweg des Binnenstaates zum Seehafen Nacala im Norden Moçambiques.

Malawi verfügt über keine nennenswerten Bodenschätze. Als das Protektorat 1964 unabhängig wurde, hatte es auf dem Weltmarkt lediglich Tabak und Tee anzubieten, beides Güter, die Preisschwankungen unterliegen. Die Landwirtschaft wurde diversifiziert, beträchtliche Devisenbringer sind heute auch Baumwolle, Zucker, Erdnüsse und Reis. 92 Prozent der Bevölkerung ist von der Landwirtschaft abhängig, Bauern erhalten für ihre Erzeugnisse staatlich garantierte Mindestpreise.

Malawis Erfolg in der Landwirtschaft basiert auf modernen Produktionsmethoden, die der freien Marktwirtschaft angemessenen Spielraum lassen. Seiner innenpolitischen Stabilität und der damit erzielten Kreditwürdigkeit verdankt es hohen Investitionen westeuropäischer und südafrikanischer Firmengruppen. Für den Weltwährungsfonds ist das Land ein Musterbeispiel konsequent betriebener afrikanischer Wirtschaftsentwicklung. KJ/ni.

Angola hat seine Chance vertan

Der Guerrillakrieg gegen die portugiesische Kolonialmacht von 1961 bis 1974 konnte die Wirtschaft Angolas, eines der potentiell reichsten Länder Afrikas, nicht in die Knie zwingen. Immense Bodenschätze und eine florierende Landwirtschaft ließen Angola noch bei der Unabhängigkeit 1975 als eines der vielversprechendsten jungen Länder Schwarzafrikas erscheinen. Heute aber gehört es zu den großen Armenhäusern.

Die Wirtschaftsmisere hat viele Gründe. Die neuen Herrscher in Luanda setzten konsequent das marxistisch-sozialistische System und die Planwirtschaft durch. Hinzu kam die Massenflucht von 350 000 Portugiesen und der Ausbruch eines neuen Krieges, diesmal zwischen der marxistischen Regierung und der prowestlichen Untergrundbewegung Unita.

Angola muß horrende Summen aufbringen für Rüstungsgüter aus dem Ostblock und die bis zu 30 000 kubanischen Soldaten, die das Regime in Luanda an der Macht halten. Diese Posten verschlingen bis zu 60 Prozent aller Staatseinnahmen. Zusätzlich ist Angola noch mit 3,4 Milliarden Mark im Ostblock verschuldet.

1974 war Angola mit 300 000 Barrel täglich viertgrößter Erdölproduzent der Welt, 1983 war die Produktion auf 135 000 Barrel gesunken. Ähnlich verhielt es sich mit der Diamantenindustrie. Wurden 1974 noch jährlich rund zwei Millionen Karat geschürft, so sind es derzeit knapp 700 000. Die Kaffeeproduktion sank auf 20 Prozent des früheren Niveaus, die Weizenernte gar auf fünf Prozent. „Wann hört die Unabhängigkeit auf", fragte ein Schwarzer einen nach Deutschland zurückkehrenden Pflanzer. Und ein anderer sagte: „Früher waren wir Hurensöhne – und hatten was zu essen. Heute sind wir ‚Camaradas' – und haben nichts zu essen."

MONIKA GERMANI

Um Spenden bitten

DIAKONISCHES WERK/ BROT FÜR DIE WELT	
Sparkassen, Banken, Postgiro Köln	500 500 500
DEUTSCHES ROTES KREUZ	
Sparkassen, Banken, Postgiro Karlsruhe	41 41 41
CARITAS / MISEREOR DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE	
Sparkassen, Banken, Postgiro Köln	111
GEMEINSCHAFTSAKTION AFRIKA	
Bank für Gemeinwirtschaft Osnabrück	123

(Anm. d. Redaktion: Der Verwaltungsaufwand bei den großen Spendensammlern beträgt im Durchschnitt zwischen drei und sieben Prozent.)

Die vergebliche Suche nach einer Identität

Afrika ist ein Kontinent der Superlative: Ein Fünftel der Landfläche der Erde entfällt auf Afrika. In Afrika werden etwa 1000 Sprachen gesprochen. Ein Dutzend Großrassen und schätzungsweise 900 Stämme sind in Afrika zu Hause.

Steinzeit und Atomzeitalter existieren nebeneinander in dieser afrikanischen Welt. Da ist der Buschmann, der das erste Mal nach Windhuk kommt und vor einem Fahrstuhl steht. Er weigert sich hartnäckig, ihn zu betreten. Sein Argument: „Ich habe genau gesehen, was geschieht. Ein Mann steigt ein – zwei Frauen kommen wieder heraus." Afrikanische Realität 1985.

Es waren Weiße, die den Buschmännern zu einem politischen Mitspracherecht in Namibia verhalfen. Es sind Schwarze, die Buschmänner heute noch wie Sklaven halten. Afrikanische Realität 1985.

Ein Kontinent sucht seine Identität und muß erkennen, daß es keine spezifisch afrikanische Identität gibt. Bezugspunkt ist die Sippe, der Stamm, selten der Staat, nie der Kontinent.

Die Guerrilla-Organisation Swapo, die für die Unabhängigkeit Namibias kämpft, ist in erster Linie eine Organisation der Owambo. Für den Stamm der Herero kommt eine Herrschaft der Owambo unter keinen Umständen in Frage. In Zimbabwe sieht sich die Minderheit der Ndebele blutigen Verfolgungen durch das Mehrheitsvolk der Schona ausgesetzt.

Es ist ein Mythos, daß schwarze Afrikaner sich zu anderen schwarzen Afrikanern brüderlich verhalten. Das Gegenteil ist oft der Fall: Auch schwarze Afrikaner sind vor allem auf den eigenen Vorteil bedacht. Mit Gewalt und Korruption werden Machtpositionen errungen und verteidigt. Es ist ein Mythos, daß schwarze Afrikaner keine Rassisten sind. Als Kriterium für die Führung des Staates zählt für sie nicht primär Leistung, conditio sine qua non ist die dunkle Hautfarbe.

Ein Mythos schließlich auch der Traum von der Einheit Afrikas. Die gemeinsame Frontstellung gegenüber Südafrika reicht nicht aus, um einen von tiefen Gräben zerrissenen Kontinent zu einen. Will Afrika zu sich selbst finden, so muß es Abschied nehmen von Mythen – auch das wäre ein Schritt nach vorn im Kampf gegen den Hunger.

HENNING VON LÖWIS

Redaktion: Klaus Jonas

Willkommen an Bord.

Damit auch der kleinste Schluck zum Genuß wird, servieren wir nur aus großen Originalflaschen.

Der beste Tropfen fließt bekanntlich aus der echten Flasche. Deshalb werden Sie in unserer Executive Class, auch beim Wein, nur solche zu Gesicht bekommen. Mehr über uns in Ihrem IATA-Reisebüro. Oder unter: 0 69/25 01 31. Air Canada. ***Flüge, die wie im Flug vergehen.***



SKI-WM / Der Leidensweg des Steve Collins – Viel Ärger um deutsche Trainer

Ein Star kämpft um sich

MARTIN HÄGELE, Seefeld

Der Trainer nimmt den Burschen noch mal väterlich in die Arme, streicht ihm über die schwarzen Lokken. „Ja", sagt Bill Bakke, „wir sind sehr stolz auf Steve." Steve Collins lächelt, ein bißchen verlegen. 42. ist er geworden beim Spezialspringen von der 90-m-Schanze am Berg Isel. Früher hätte sich der Kanadier nach einem solchen Ergebnis grün und blau geärgert. Früher, mit 15 und 16 Jahren, war Steve ein großer Star auf den Schanzen gewesen. So berühmt wie der Finne Matti Nykänen oder Jens Weissflog aus der „DDR". Jetzt, als 19jähriger, nimmt Steve Collins den zweiten Anlauf zu seiner Karriere. Nach drei Jahren, die die Hölle gewesen sind.

„Über mich ist viel Mist geschrieben worden. Von Leuten, die mich nicht kennen, die nie mit mir geredet haben", sagt Steve und beginnt mit seiner Geschichte. Mit der Geschichte, die hinter den Schlagzeilen steckt vom „Indianerblut, das dem Feuerwasser erlag".

Es ist die Geschichte eines Wunderkindes. Stationen dieser Traumreise: Juniorenweltmeister, Weltcupsieg in Lahti, bei der Skiflugwoche in Harachov segelt Steve Collins 172 Meter weit. Das war Schanzenrekord. Alle Welt staunt über den mutigen Knirps. Steve leitet eine neue Entwicklung im Skispringen ein: die der leichten und kleinen Leute.

„Wir waren ein armer Verband zu jener Zeit", berichtet Bill Bakke. „Wir hatten nicht einmal ein Videogerät." Steve habe sich beim Fliegen lediglich auf seinen Instinkt verlassen. Mit Steves Erfolgen geraten die kanadischen Weitenjäger in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Der Verband kommt zu Geld, zu technischer Ausrüstung. Bill Bakke: „Da haben wir begonnen, Steves Sprünge mit Videoaufzeichnungen zu analysieren, aber ihm war das zu kompliziert."

Das Naturtalent wehrt sich gegen die Bevormundung durch die Technik, gegen alles Wissenschaftliche. „Ich hatte keinen Spaß mehr", so Steve. „Ich hatte häufig eine Wut auf mich und andere. *Alles klappte nicht* mehr so wie am Anfang. Aber ich wollte mehr Spaß haben."

Deshalb griff Steve zur Flasche, deshalb rauchte er auch Marihuana.

Steves Dilemma sei es gewesen, daß er in seinem Kopf alles negativ aufgefaßt habe, meint der Trainer. Die ständige Frage: „Was ist los mit Steve?" Wachstumsprobleme – aus dem Kind wurde ein junger Mann. Manchmal hat sich Bill Bakke selbst gefragt, ob man es verantworten konnte, Steve diesem Erfolgsdruck ausgesetzt zu lassen. Ein Wunderkind zu sein, das die eigenen und fremden Ansprüche nicht mehr erfüllen konnte. Drei Jahre litt Steve so, dann schickten sie ihn zu den Ärzten.

Die Entzugsanstalt in Minneapolis genießt einen außerordentlichen Ruf. Topmanager und amerikanische Profisportler gehören zur bevorzugten Klientel. Die Chance, hinterher von der Sucht befreit zu sein, liegt bei 70 Prozent. Dort hat Steve die letzten Tage des alten Jahres, dort hat er auch Weihnachten verbracht.

Der Dezember ist zwar der wichtigste Monat in der Saisonvorbereitung eines Springers. Doch für Bill Bakke zählten andere Dinge: „Als wir Steve in die Klinik schickten, ging es für uns in erster Linie um den Menschen Steve, nicht um den Athleten", sagt er. „Eine solche Therapie verändert die Persönlichkeit eines Menschen. Wir wußten also, daß Steve danach ein anderer Mensch sein würde. Und wir wußten nicht, ob er hinterher überhaupt noch Interesse am Springen haben würde."

Die 10 000 Mark für die Kur hätten die kanadischen Springer aus ihrem knappen Etat bezahlt. Sie mußten es nicht tun, weil eine Versicherung da*für einsprang. Bill Bakke*: „Wir müssen Steve helfen, weil er uns geholfen hat. Steves Erfolge haben unseren Sport ja in Kanada populär gemacht."

Der Trainer hofft, daß der Fall Steve Collins nicht nur in Kanada, sondern in der gesamten Ski-Szene zum positiven Beispiel wird. Steve sei in Kopf und Herz viel ruhiger geworden. Sein Gefühl sage ihm, meint Bill Bakke, daß sich Steve wieder zu einem guten Springer, jedoch nicht unbedingt zu einem Topmann entwickeln werde.

Das deutlichste Anzeichen dafür sei die Tatsache, daß Steve während seiner Behandlung, die wie ein Studium aufgebaut war, gelernt habe, zu diskutieren. Über sein persönliches Problem, über Filme, über alles. Bill Bakke: „Und das ist sehr untypisch für ihn."

Wie sieht Steve selbst seine Zukunft? „Ich möchte wieder so gut springen, wie ich das als Junge einmal konnte. Ich bin sicher, das Gefühl wird zurückkommen. Mit meinem kleinen Körper (1,68 m, 52 Kilo, die Red.) habe ich ja noch viel Zeit." Ob die Lust am und die Angst vorm Fliegen eine Rolle in Steves Suchtgeschichte gespielt hat, das bezweifelt Bill Bakke. Ein Rausch, glaubt er, könne höchstens einem Rennfahrer vermittelt werden – durch Geschwindigkeit.



Weitenrausch: Steve Collins
FOTO: RAUCHENSTEINER

Hilfe für Springer und Läufer aus der „DDR"?

HANS ALT, Seefeld

Funktionäre und Trainer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) haben in den letzten Tagen schlaflose Nächte gehabt. Einmal galt es, Weltmeister Hermann Weinbuch, dessen Sieg in der Nordischen Kombination viele Schwächen in der Mannschaft nur notdürftig verdeckt, zu feiern, zum anderen dreht sich das Personalkarussell. Da sind einmal die Springer, „Burschen, die brav gesprungen sind", wie BAL-Sportdirektor Eduard Friedrich an der Schanze feststellte und indirekt eine Ablösung von Bundestrainer Ewald Roscher forderte: „Ich glaube nicht, daß er die Kraft hat, dieser Mannschaft neue Impulse zu geben, obwohl er ein exzellenter Fachmann ist."

Als Ewald Roscher 1980 die DSV-Springertruppe übernahm, gab es bald ein Leistungshoch, dann wurde es aber immer schlechter. „Wir vom BAL haben in die Tätigkeit von Roscher große Hoffnungen gesetzt, haben alle Forderungen erfüllt, das nötige Geld steht zur Verfügung, und wir haben auch für Millionen-Beträge moderne Schanzen gebaut." Der BAL ist in Sachen Skispringen, aber auch im Langlauf-Bereich offensichtlich mit seiner Geduld am Ende und fordert, daß der DSV handelt. Nach Sarajevo wurde eine Analyse erstellt und alle Schwachpunkte dargestellt. Eine Reaktion des DSV, so Friedrich, sei nicht erfolgt. Dazu ein DSV-Trainer: „Vom Schreibtisch her sieht alles ganz anders aus als hier an der Front".

„Wenn jemand meinen Rücktritt fordert, dann kann dies nur der DSV sein, von dort habe ich noch nichts gehört, mein Vertrag läuft bis 1988", sagt der 57jährige Trainer, der nach wie vor die Meinung vertritt, daß seine Schützlinge mehr können, als sie bisher gezeigt haben. Nun klammert man sich beim DSV an die Hoffnung, daß der neue Skisprung-Weltmeister Per Bergerud aus Norwegen bereits 28 Jahre alt ist und man mit den jungen Athleten, wie etwa Andreas Bauer (20), nur Geduld haben muß.

Und im Langlauf-Bereich? Der Ausstieg des autoritären Trainers Toni Reiter hat bei Jochen Behle und Karin Jäger „den psychologischen Druck genommen". Der liberale Führungsstil von Detlef Nirschl „hat sich jetzt abgenutzt, wir haben nichts gegen Nirschl, er kann aber nicht führen", heißt es. Im Langlauf wird den Verantwortlichen des Ski-Verbandes angekreidet, daß sie die Entwicklung in der Technik verschlafen haben. Einen Vergleich mit der UdSSR und der „DDR", die ebenfalls in Seefeld den Schlittschuh-Schritt-Läufern hinterherrennen, läßt Friedrich nicht gelten. „Es stellt sich die Frage, warum es immer wir sein müssen, die etwas nicht haben oder können." Auch der nordische Sportwart des DSV, Dr. Dietrich Martin, steht im Kreuzfeuer der Kritik. Hier bietet sich mit Ex-Langlauftrainer Toni Reiter, heute Repräsentant einer großen Sportartikelfirma, bereits ein neuer Mann an, der von den Landesverbänden im DSV ins Gespräch gebracht wurde. „Ich könnte mir Reiter auf diesem Posten gut vorstellen", sagte Friedrich, der auch durchblicken ließ, daß man für den Langlauf-Bereich gute Fachleute in der Hinterhand habe. Aus der „DDR" sind im vergangenen Jahr zwei Trainer gekommen, die sich schon ins Gespräch gebracht haben. Hans-Peter Fleischer, ehemaliger Stützpunkttrainer für Langlauf und Kombination in Oberhof, und Biathlon- und Langlauftrainer Peter Häntzschel. Die nächsten Wochen werden das Personalkarussell im DSV heftig kreisen lassen, und man darf gespannt sein, wer dabei im Gleichgewicht bleibt.

SKI

Nordische Weltmeisterschaften in Seefeld, Frauen, 5 km Langlauf: 1. Böe (Norwegen) 15:14,8 Minuten, 2. Hämäläinen (Finnland) 15:25,1, 3. Nykkelmo (Norwegen) 15:26,6 ... 30. Jäger (Deutschland) 16:39,6 Minuten.

EISHOCKEY

Bundesliga: Köln – Landshut 6:3, Rießersee – Rosenheim 6:15, Düsseldorf – Iserlohn 9:2, Essen-West – Kaufbeuren 6:6, Mannheim – Schwenningen 9:2.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: SSF Bonn – München 2:3, Passau – Leverkusen 0:3, Gießen – Friedrichshafen 1:3, Hamburg – Berlin 3:0. – **Damen:** Feuerbach – Lohhof 0:3 (kampflos), Vilsbiburg – Stuttgart 3:1.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 12. Spieltag: Reinickendorf – Lemgo 19:19, Bergkamen – Essen 18:18.

FECHTEN

Deutsche Meisterschaften in Tauberbischofsheim, Herren-Florett, Mannschaft, Finale: Tauberbischofsheim – Bonn 9:7, Platz drei: Koblenz – Heidenheim 9:2, 5. Waldkirch, 6. Heidelberg, 7. Speyer, 8. Hannover. – Damen: Offenbach – Tauberbischofsheim 9:5, Platz drei: Heidenheim – Bonn 8:8, 58:60 Gegentreffer für Heidenheim, 5. Waldkirch, 6. Hannover, 7. Koblenz, 8. Frankfurt. – 4. **Weltcup-Turnier** der Junioren im Degen in Budapest um Platz eins: Martin (Frankreich) – Resegotti (Italien) 10:8, Platz drei: Pop (Rumänien) – Prumier (Frankreich) 11:9, ... 13. Wagner, ... 17. Schmitt (beide Deutschland).

TENNIS

Kingscup in Essen, Endspiel: Schweden – Schweiz 3:0 (Högstedt – Stadler 6:3, 6:2, Gunnarsson – Hlasek 7:5, 4:6, 6:2, Hans und Stefan Simonsson – Hlasek/Stadler 6:3, 3:6, 6:3).

FUSSBALL

Internationales Junioren-Turnier „Unter 18 Jahren" in Leningrad, vierter Spieltag: Deutschland – UdSSR B 0:2, Frankreich – Polen 2:1, UdSSR A – Belgien 3:1. – **Freundschaftsspiel:** Nationalmannschaft El Salvador – Köln 0:2. – **Nehru-Goldcup-Turnier,** Eröffnungsspiel: Indien – Jugoslawien 1:3.

REITEN

78. Turnier in Münster, Großer Preis, Springprüfung Klasse S: 1. Bettinger (Ägidienburg) Santa Cruz 0 Fehler/31,4 Sek., 2. Koof (Willich) Lovely Boy und Wiltfang (Thedinghausen) Piccadilly je 0/33,5. – Großer Dressurpreis: 1. Klimke (Münster) Pascal 1012 Punkte, 2. Schulten-Baumer (Mettingen) Slibovitz 987, 3. Hinnemann (Voerde) Malte 985.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 12, 19, 23, 25, 31, 37, Zusatzzahl: 17 (ausgelost). (Ohne Gewähr).

NACHRICHTEN

Anette Böe siegt erneut

Seefeld (dpa) – Die 27jährige Norwegerin Anette Böe gewann gestern ihre zweite Goldmedaille bei den Nordischen Skiweltmeisterschaften in Seefeld. Im 5-km-Langlauf-Wettbewerb *siegte sie in 15:14,8 Minuten* vor der finnischen Olympiasiegerin Marja-Lisa Kirvesniemi-Hämäläinen (15:25,1) und der Norwegerin Grete Nykkelmo (15:26,6). Karin Jäger (Hirschau) wurde als beste deutsche Läuferin 30.

Strecke ist präpariert

Garmisch-Partenkirchen (sid) – Die zum Ski-Weltcup zählenden 50. Arlberg-Kandahar-Rennen in Garmisch-Partenkirchen können am kommenden Wochenende ausgetragen werden. Die Strecke wurde in den vergangenen Tagen entsprechend präpariert.

Langer außer Form

Phoenix (sid) – Weit abgeschlagen auf dem 75. Platz beendete der Anhausener Golf-Profi Bernhard Langer das mit 450 000 Dollar dotierte offene Golf-Turnier in Phoenix (Arizona). Sieger wurde Clavin Pete (USA).

Lester Piggott hört auf

London (dpa) – Lester Piggott, der erfolgreichste britische Jockey (4315 Siege), wird sich im November vom aktiven Rennsport verabschieden und nur noch als Trainer arbeiten. In seiner Laufbahn hatte Piggott alle klassischen Rennen gewonnen.

Schweden holt Kingscup

Essen (sid) – Nach dem Gewinn des Davis-Cups gewann die schwedische Tennismannschaft auch den Kingscup. Mit dem 3:0-Erfolg gegen Aufsteiger Schweiz wurde Schweden zum 10. Mal Kingscup-Sieger.

Neugierig auf Zola Budd

London (dpa) – Weil Zola Budd bei den britischen Hallen-Leichtathletik-Meisterschaften zum ersten Mal nach den Olympischen Spielen wieder auf britischem Boden startet, ist die Kartennachfrage so groß, daß kurzfristig 2000 zusätzliche Sitzplätze errichtet wurden.

STAND PUNKT

Mit Erfolg ohne Arbeit

Vom Feinsten war es, was die deutschen Motorradrennfahrer 1984 boten – die Erfolge rissen gar nicht mehr ab. Doch Erfolge sind keine Garantie für weitere Erfolge. Dafür steht das Beispiel Hubert Abold, 26 Jahre alt, 1983 Europameister, 1984 Vizeweltmeister in der Kategorie bis 80 Kubikzentimeter, ehedem Werksfahrer bei Zündapp.

Abold ist seit der Zündapp-Pleite im Herbst vergangenen Jahres arbeitslos. Der Mann aus Dillingen an der Donau hat alles versucht: Er hat sich die Hacken abgelaufen, er hat sich die Finger fast wund telefoniert und geschrieben – doch nichts hat geklappt. Zurück in seinen Beruf als Kraftfahrzeug-Elektriker kann er auch nicht – entsprechende Stellen sind dort, wo er wohnt, äußerst knapp. Abold war deshalb schon einmal über ein Jahr lang arbeitslos. Das war 1982 auch einer der Gründe, vom Mechaniker- in den Rennfahrerberuf zu wechseln, was ihm zwar über die Maßen erfolgreich gelang, doch auch nicht vor Arbeitslosigkeit bewahrte.

Weil Motorradrennfahrer zwar wie Profis leben und arbeiten, mitunter aber nur wie Amateure verdienen, ist Hubert Abolds Lage ziemlich hoffnungslos. Seine Frau Ellen hält ihn und sich mit ihrer Anstellung als Bürokaufmann über Wasser. Aber das hat sie ja auch schon getan, als ihr Ehemann noch von Erfolg zu Erfolg raste ...

Wie kann es weitergehen? Abold versucht sich daheim als Hausmann, trainieren kann er nicht, denn er hat als arbeitsloser Motorradrennfahrer kein Motorrad. Er sucht jetzt nach Geldgebern, um als Privatfahrer an den Weltmeisterschaftsläufen teilzunehmen. Rund 100 000 Mark würde er dafür brauchen, das ist knapp kalkuliert. Anfangs meinte er, für einen Vizeweltmeister müßte das zu machen sein. Von wegen.

KLAUS BLUME

SKI ALPIN

Girardelli jetzt vorn

DW. Wengen

In der Weltcup-Gesamtwertung der alpinen Herren gibt es einen neuen Spitzenreiter. In Abwesenheit des verletzten Schweizers Pirmin Zurbriggen gewann der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli den Weltcup-Slalom in Wengen und setzte sich damit an die Weltcup-Spitze. Beim zehnten Slalom-Weltcup-Sieg seiner Laufbahn dominierte Girardelli schon im ersten Durchgang vor dem überraschend starken Schweden Ingemar Stenmark. Trotzdem fuhr Girardelli auch im zweiten Durchgang wieder risikofreudig und erzielte erneut absolute Bestzeit. Mit einer Gesamtzeit von 1:36,23 deklassierte er Stenmark (1:37,61) und den Österreicher Paul Frommelt (1:37,85) deutlich. Ingemar Stenmark, der in den Vorjahren die Slalom-Konkurrenz ebenso beherrscht hatte wie Girardelli in diesem Winter, erreichte mit dem zweiten Platz sein bestes Resultat in dieser Saison. Girardelli darf bei der WM übrigens nicht starten, weil er nicht Staatsbürger des Verbandes ist, für den er startet.

Mit dem Triumph der 19jährigen Schweizerin Michaela Figini endete der Riesenslalom in St. Gervais. Einen Tag nach ihrem Abfahrtssieg gewann die junge Ausnahmeläuferin auch den Riesenslalom, obwohl sie nach dem ersten Durchgang nur auf Rang sieben lag. Im zweiten Lauf erkämpfte sie sich mit der absolut besten Zeit den Sieg in 2:47,61 Minuten vor der Österreicherin Elisabeth Kirchler (2:47,85) und der Französin Anne Flore Rey (2:47,93). Für die größte Überraschung sorgten die 17jährige Österreicherin Ingrid Salvenmoser und Traudl Hächer aus Schleching, die mit Startnummern 45 und 46 ganz vorn landeten. Salvenmoser wurde 5., Traudl Hächer 8. hinter Maria Epple-Beck (Seeg) und vor Michaela Gerg (Lenggries), die nach dem ersten Lauf auf Platz zwei lag.

Die in diesem Winter bisher erfolgreichste deutsche Rennläuferin, Marina Kiehl aus München, war diesmal nicht am Start. Sie fuhr nach Hause, um eine Grippe auszukurieren.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Außenamt in Not

„Feuerwehrleute für den Auswärtigen Dienst"; WELT vom 11. Januar

Als ehemaliger Angehöriger des Auswärtigen Dienstes habe ich den Bericht mit großem Interesse gelesen. Die angeschnittenen Fragen sind zum großen Teil nicht neu. Sie haben mich (damals war ich Haushaltsreferent des Auswärtigen Amtes), meine Vorgesetzten, aber auch den Haus*haltsausschuß und den Auswärtigen* Ausschuß des Bundestags schon vor über 20 Jahren beschäftigt. Lösungen scheiterten damals, ebenso wie vermutlich 1985, am Zwang zu sparen, aber auch – wenn man ehrlich sein will – an der gewissen Abneigung, einer Behörde und ihren Angehörigen, die ohnehin als „bevorzugt" galten, zusätzliche Vorteile gegenüber den anderen Bundesbehörden zukommen zu lassen.

Die Forderung nach Schaffung einer „Personalreserve" ist alt. In der Praxis aber dürfte eine solche Reserve schwierig einzusetzen sein. Die kurzfristige Entsendung eines „Ersatzbotschafters" oder auch nur eines Ersatzmanns für einen erkrankten Wirtschaftsreferenten dürfte gar nicht so einfach sein. Einführung und Einarbeitung eines solchen Ersatzmanns brauchen Zeit.

Im übrigen haben die Botschafter normalerweise einen „Ständigen Vertreter", an den besser besetzten Botschaften gilt das auch für die Fachreferenten. Zur Vermeidung längerer Vakanzen erscheint es praktischer, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß bei Versetzungen freigewordene Posten unverzüglich wieder besetzt werden können, unabhängig davon, ob der bisherige Inhaber noch Urlaub, Heimaturlaub, eine Kur zu nehmen hat. Das Problem wäre zu lösen, wenn dem Auswärtigen Amt eine gewisse Anzahl sogenannter Leerstellen zur Verfügung stünden.

Auch die Frage der Einstufung der Botschafter kann nicht leicht beantwortet werden. Es liegt auf der Hand, daß die 136 Botschaften in ihrer Bedeutung höchst unterschiedlich sind. Entsprechend wird der Botschafter etwa in Washington rangmäßig und finanziell anders gestellt sein müssen als der Leiter einer „Minibotschaft" etwa in Katmandu oder in Ouagadougou. Gerade an den kleineren Botschaften sollten auch jüngere und daher in der Beamtenhierarchie noch nicht hochrangige Beamte die Chance haben, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

Berücksichtigt werden muß auch das Prinzip der Austauschbarkeit zwischen Auslandsposten und Tätigkeit in der Zentrale. Eine allzu hohe Einstufung vieler Botschafter würde es praktisch unmöglich machen, sie anschließend an eine Tätigkeit im Ausland in die Zentrale zurückzuberufen, da im Inland entsprechend hochrangige Stellen nicht in genügender Anzahl zur Verfügung stehen.

Mit diesen Bemerkungen soll nicht bestritten werden, daß es an der Zeit ist, die Situation der deutschen Diplomaten im Parlament zu diskutieren und zu beraten. Es sind dem Auswärtigen Amt in den letzten 30 Jahren zahllose neue Aufgaben zugewiesen worden. Viele neue Staaten sind entstanden, ebenso neue Vertretungen bei internationalen Organisationen. Nicht vergessen werden sollte auch, daß das Auswärtige Amt über mehr Beamte verfügen sollte, die bereit und in der Lage wären, innerhalb dieser internationalen Organisationen auf kürzere oder längere Zeit Aufgaben zu übernehmen. Ob sie dazu bereit sind, wird davon abhängen, wie man solche Tätigkeiten in der Zentrale bewertet und honoriert.

Ganz allgemein aber ist es an der Zeit, sich ein wahrheitsgetreues Bild vom Auswärtigen Dienst zu machen. Die Arbeit in diesem Dienst kann sehr hart sein, besonders auch für Frauen und Kinder der Diplomaten. Ihre Berufskleidung sind längst nicht mehr Frack und Abendkleid, ihre Arbeit erschöpft sich nicht in Empfängen und gutem Essen. Die Anforderungen an menschliche und sachliche Qualitäten müssen höher sein als früher. Das unterscheidet den Dienst von vielen anderen Tätigkeiten und sollte entsprechend gewürdigt werden.

Dr. H. Schwörbel, Gesandter a. D., Kiel 1

Mitgefühl

„Pershing-Unfall"; WELT vom 11. Januar

Sehr geehrte Herren,

die ausgewogene Darstellung und Kommentierung des Raketen-Unfalls von Heilbronn in der WELT hebt sich in vorteilhaftester Weise von den Verlautbarungen anderer Zeitungen bzw. des Fernsehens ab.

Das Ergebnis der Untersuchungen des Vorfalls steht noch aus, aber die Vorverurteilung ist schon erfolgt. Und sie geschieht mit solcher Häme und Bösartigkeit, daß man annehmen könnte, es handele sich um ein Ereignis bei feindlichen Streitkräften. Ganz unabhängig davon, wie das Untersuchungsergebnis ausfallen wird, sind zwei Tatsachen zu berücksichtigen.

Zum einen: Es fördert die Absichten der friedensfeindlichen Kräfte in unserem Land, zum Beispiel Terroristen und ihr Umfeld, wenn die hiesigen Medien journalistische Fairness gegenüber dem Verbündeten vermissen lassen.

Zum anderen: Bei dem Unfall sind Menschen in Erfüllung ihrer der Allgemeinheit dienenden Berufspflicht getötet oder schwer verletzt worden. Die Opfer und ihre Angehörigen haben – schon aus rein menschlichen Erwägungen – Anspruch auf unser Mitgefühl. Es wäre schön, wenn unsere Politiker diese Anteilnahme verdeutlichten.

R. v. Plessen, Bonn 1

Sie lebt noch

Sehr geehrte Herren Kollegen,

mit außerordentlichem Erstaunen lese ich in der WELT, Ausgabe vom 22. Dezember, Seite 19, unter der Überschrift „Heimatliches für die Emigranten", daß wir, i. e. die „Staats-Zeitung", bereits anno 1954 verschieden sind.

Diese Nachricht von unserem frühzeitigen Tod erscheint mir maßlos übertrieben: Wir leben noch immer und beabsichtigen auch in den kommenden Jahren munter am Leben zu bleiben und die Aufgaben zu erfüllen, die wir uns in dem Artikel „Die ‚Staats' in Deutschamerikas Zukunft" selbst gesetzt haben. Dieser Artikel erschien – neben vielen anderen und zahlreichen Grußworten von höchsten Stellen, auch bundesdeutschen – in der Sonderbeilage der ganz und gar nicht toten „Staats-Zeitung" vom 17./18. November.

Mit kollegialen Grüßen
Egon Stadelman, Managing Editor, Staats-Herold Corp., Long Island City, New York

Fahrprüfung eigener Art

„Blitzschnell, heimtückisch, tödlich: Nebel"; WELT vom 14. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

jedes Jahr lamentiert man über die Massen-Auffahrunfälle aufgrund von Nebel. Panzram schreibt, daß dieser „bei uns mehr Tote und Verletzte pro Jahr als alle Gewitter zusammen" fordert.

Das Aufkommen von Nebel ist aber keine akzeptable Entschuldigung für einen Autounfall. Nebel erfordert vielmehr, die Geschwindigkeit herabzusetzen, um „Blech küßt Blech" zu verhindern. Gleiches gilt für Schnee, Eis und andere Straßensituationen, die die Reifenhaftung mindern.

Was ist dagegen zu tun? Gesetzliche Geschwindigkeitsbegrenzungen genereller Art schaffen keine Abhilfe. Diese kann nur eine grundsätzliche Verhaltensänderung der Autofahrer bringen. Gekonntes Autofahren ist immer defensiv, niemals aggressiv. Das bedeutet keineswegs, daß man langsam fährt und dadurch den Verkehrsfluß behindert.

Warum führt man bei uns nicht eine zusätzliche Fahrprüfung für Fortgeschrittene ein, wie es das „Institut für Fortgeschrittene Kraftfahrer" (Institute of Advanced Motorists/IAM, England) ermöglicht und propagiert? Dort legten bereits etwa 250 000 Kraftfahrer diese Fortgeschrittenen-Fahrprüfung ab. Kosten je Fahrer circa 45 Mark.

Hersteller, Auto-Clubs, TÜV und Kfz-Versicherer könnten sich darum verdient machen, die Einführung einer ähnlichen Zusatzprüfung bei uns zu fordern.

Englische Kfz-Versicherer gewähren Fahrern, die sich dieser Prüfung unterzogen, bereits einen Rabatt in Höhe von 20 Prozent auf ihre Kfz-Versicherungsprämien.

Die Zahl der Unfälle und Unfallopfer ließe sich mit großer Wahrscheinlichkeit dramatisch senken.

Mit freundlichem Gruß
Dr. H. Kollai, Nürnberg 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Wenn man nur glücklich sein wollte, das wäre bald getan. Aber man will immer glücklicher sein als die andern, und das ist fast immer schwierig, weil wir die andern für glücklicher halten, als sie sind. Um glücklicher zu sein, darf man deshalb nicht begehren, glücklicher zu sein als die andern."

Charles de Montesquieu; französischer Autor (1689–1755)

Personalien

GEBURTSTAG

Der in Stuttgart lebende Professor **Manfred Pahl** feierte seinen 85. Geburtstag. Pahl ist der letzte noch lebende Meisterschüler von **Adolf Hölzel,** der im Jahre 1928 die „Stuttgarter Neue Sezession" gegründet hat. Während der Zeit zwischen 1933 und 1945 war Pahl zeitweise im Konzentrationslager. Nach dem Krieg entdeckte Pahl für sich die Landschaftsarchitektur und wurde in Berlin zum Leiter des Entwurfsbüros für Grünplanung berufen. 1947 kehrte er nach Stuttgart zurück, wo er bis 1966 Leiter der Abteilung Grünplanung war. Pahl baute von 1975 bis 1983 mit eigenen Mitteln das nach ihm benannte „Pahl-Museum" in Mainhardt-Gailsbach im Kreis Schwäbisch Hall.

AUSZEICHNUNGEN

Der mit 20 000 Mark dotierte Max-Ophüls-Preis 1985 der Stadt Saarbrücken ist dem österreichischen Wettbewerbsbeitrag „Raffl" von **Christian Berger** zuerkannt worden. Außerdem erhielt der Film über den Kleinbauern Raffl, der aus Not den Nationalhelden **Andreas Hofer** verrät, zusammen mit dem österreichischen Film „Malambo" von **Milan Dor** den mit 2000 Mark dotierten Hauptpreis der Interfilm-Jury.

*

Mit dem höchsten Orden des Großherzogtums Luxemburg ist Professor **Marcel Reding,** Gründer des Seminars für Katholische Theologie der Freien Universität Berlin, geehrt worden. Der luxemburgische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, **Adrien Meisch,** überreichte dem 71jährigen Theologen die „Décoration de Commandeur de l'Orde de Mérite du Grand-Duché du Luxembourg" in seiner Residenz in Köln. Mit dieser Ehrung hat das Großherzogtum die internationalen Verdienste Redings im philosophischen und moraltheologischen Bereich und in der Auseinandersetzung zwischen Katholizismus und Marxismus gewürdigt.

KIRCHE

Die Synode der Evangelischen Kirchen in West-Berlin hat ihren bisherigen Präses, Dipl.-Ing. **Helmut Reihlein** (50), mit großer Mehrheit wiedergewählt. Reihlein, 1934 in Bergisch Gladbach geboren, studierte von 1954 bis 1960 Eisenhüttenwesen an der Technischen Hochschule Aachen und der Bergakademie Clausthal bis zur Diplomhauptprüfung. Von 1960 bis 1970 war er bei der DEMAG-Aktiengesellschaft tätig und erhielt seine Promotion 1963. Reihlein ist Direktor des Deutschen Instituts für Normung (DIN). 1977 wurde er Mitglied des Verwaltungsrates der Stiftung Warentest.

VERÄNDERUNG

Walter Hesselbach, seit 1974 Vorstandsvorsitzender der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (BGAG), gibt nach seinem 70. Geburtstag sein Spitzenamt auf. Sein Nachfolger als Chef der Dachgesellschaft für die gewerkschaftseigenen Unternehmen wird vom 1. April dieses Jahres an der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, **Alfons Lappas.** Lappas – 1929 in Wiesbaden geboren – gehört seit 1977 dem BGAG-Vorstand an. Im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes war er von 1969 bis 1977 für Finanzen und Vermögensverwaltung verantwortlich. Als dritter Mann in der BGAG-Spitze – neben **Rolf-J. Freyberg** – ist **Manfred Wiesmeier** in den Vorstand der Holding aufgerückt. Bisher war er bei der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) – einer BGAG-Tochter – zuständig für Betriebsorganisationen.

Der Bonner Professor für Chirurgie, **Alfred Gütgemann,** ist im Alter von 77 Jahren in Bonn gestorben. Gütgemann, 1907 in Mehlem bei Bonn geboren, war seit seiner Habilitation 1941 bis zu seiner Emeritierung 1977 ununterbrochen an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität tätig, an der er auch selbst studiert und promoviert hatte. Der internationale Durchbruch gelang dem Mediziner 1969, als er zum erstenmal in der Bundesrepublik Deutschland eine Lebertransplantation vornahm. Er pflanzte damals einem an Leberkrebs erkrankten 30jährigen Mann die Leber eines Gleichaltrigen ein, der einem Gehirnschlag erlegen war.

Günter Kunerts Fernsehspiel „Der Schiedsrichter“

Anpfiff im Altersheim

Bereits 1959 hatte sich Günter Kunert mit „Der Kaiser von Hondu“ an einem Fernsehspiel versucht. Der Film „Der Schiedsrichter“, unter der Regie von Rolf von Sydow, weist ihn erneut als Fernsehautor aus. Es ist ein Thema nach der Art Kunerts, der mit nüchtern-logischen Befunden menschlichem Verhalten, Skepsis und nur gebrochener Zuversicht in seiner „DDR“-Heimat wiederholt bei parteiamtlichen Optimismuspredigern aneckte.

Die menschliche Natur hat der heute 55jährige Autor in seinen Gedichten wiederholt seziert. Das trug ihm durch Parteidoktrinäre den vernichtenden Ruf ein, er arbeite an der „Zerstörung der Vernunft, sei ein intellektuell hilfloser Spätbürgerlicher in einer „hochgradigen Isolierung“ von der „Menschengemeinschaft“.

Kunert hat derartige Dummheiten mit Fassung ertragen. Sind sie doch

Der Schiedsrichter – ZDF, 19.30 Uhr

gerade Ausdruck jener menschlichen Begrenztheiten, um die es auch in dem Film „Der Schiedsrichter“ mittelbar geht: man macht sich ein falsches Bild der Wirklichkeit und stellt jene an den Pranger, die frei von Scheuklappen und daher „unnormal“ sind.

Die zentrale Figur des Fernsehfilms ist der alte Schiedsrichter Karl Bisst. Seit er aus Versehen seine Frau mit dem Auto überfuhr, flüchtet er sich in die Scheinwelt des Fußballreglements, das er auf alle Lebensbereiche überträgt – mit sich selbst als unumstößlichem Interpreten. In den Gewölben unter einem alten Fußballstadion versteckt er sich. Als ihn dort Bauarbeiter aufstöbern, hält er sie für eine Abordnung des Internationalen Schiedsrichterverbandes und seine große Stunde der Reaktivierung für gekommen.

Die nun heranrollende Lawine des Grotesken lädt nur oberflächlich zum Schmunzeln über einen Dummkopf, über Komödiantisches ein. Denn der beachtlich starrsinnige Schiedsrichter, den Wolfgang Kieling mimisch prägnant verkörpert, ist auch unseren Schicksalen angenähert. Egoismus und die Flucht vor der eigenen Verantwortung lassen den Karl Bisst des Films nur zu besonders drastischen Mitteln greifen, um sich der übermächtigen Umgebung, der geglaubten Meute von Fußballfeinden, in triumphaler Einfalt zu wehren.

Etwa im Altersheim: ungläubig bis neugierig beäugen die Bewohner den Exoten, der in Schiedsrichterjoppe und einem Netz voller Bällen sein neues Domizil betritt. Der Anpfiff der Spiele der Altersmannschaften ist ihm ein schaler Ersatz für den herbeiphantasierten neuen Start in höchster Liga. Auf dem Wege zu einem erwarteten, höchst geheimen Qualifikationsspiel stößt Bisst erst einmal die Assistentin des Anstaltsleiters zu Boden.

Kein Wunder, daß Bisst sich auch mit der Staatsgewalt, mit Polizisten und Richtern anlegt und sich dabei immer mehr verrennt. Selbst seinen Pflichtverteidiger lehnt er ab: Schiedsrichterentscheidungen sind sowieso unumstößlich. Ein Fall für die Psychiatrie wäre das gewiß in der Wirklichkeit. Doch Kunert wäre eine derartige „Lösung“ zu platt – er läßt den unverwüstlich Kickenden und Pfeifenden in den Alltag entkommen.

Die Romanvorlage unter dem trokkenen Titel „Die Wahrheit des K. Bisst“ schrieb der 1945 geborene Schweizer Lorenz Lotmar, der sich 1980 in München das Leben nahm. Günter Kunert verspürte bei der Lektüre das Gefühl von Askese, Atemlosigkeit, als habe der Autor „keine Zeit gehabt“. Die Beschränkung auf das Wesentliche, auf eine Partitur mit Raum für Ausfüllung in der eigenen Phantasie erleichterte die Verwandlung im filmische Bilder.

HERMANN SCHMIDTENDORF

TV-Zuschauerforschung: Wer sieht was wie lange?

Eine Taste für die Gäste

Für morgen abend ist Konflikt programmiert: Während das Erste Programm den Sendeabend der Not in Afrika widmet, spinnt das „Denver-Biest“ Joan Collins auf dem zweiten Kanal weiter an seinen Intrigen. Wie viele Zuschauer um 21 Uhr aus der äthiopischen Elendswelt durch Knopfdruck hinüber in die Glitzerwelt von Denver flüchten, wissen die zuständigen Redakteure bereits am nächsten Vormittag um 10.45 Uhr: dank einem unauffälligen Meßgerät, das wie ein Radiowecker aussieht und von der Nürnberger „Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung“ (GfK) in 2613 Haushalten aufgestellt wurde.

Nacht für Nacht werden die in dem sogenannten „GfK-Meter“ gespeicherten Daten von der Nürnberger Computer-Zentrale telefonisch abgerufen. Das geschieht leise; die Testfamilien werden durch den diskreten Revisor ihres Sehverhaltens nicht gestört. Das Telefon klingelt nicht, es ist in dem „flexiblen Zeitfenster“ zwischen eins und fünf Uhr lediglich 30 Sekunden besetzt. Die Musterzuschauer werden für ihre Mitarbeit honoriert: die GfK bezahlt ihre monatlichen Fernsehgebühren in Höhe von 11,20 Mark.

In den Morgenstunden des 18. Januar erreichten die Zentrale zum Beispiel folgende Rückmeldungen: Die „heute-Sendung“ sahen am vorigen Abend 8,78 Millionen Bundesbürger, die „Tagesschau“ 5,84 Millionen. Nur 4,91 Millionen haben sich für die Dokumentation „Krieg der Bomber“ (ARD) interessiert, aber fast dreimal so viel (13,15 Millionen) vergnügten sich mit Schnellsprecher Heck und seinen „Hits des Jahres '84“ (ZDF).

Der Auftrag für diese seit 1. Januar laufende Zuschauerforschung stammt von der Medienkommission ARD/ZDF, doch die Einschaltquoten werden in der Bundesrepublik schon seit 1963, seit dem Sendebeginn des ZDF, ermittelt. Das jetzt noch präziser arbeitende GfK-System, das dieser Tage in Nürnberg der Presse vorgestellt wurde, reagiert auf die Neugestaltung der deutschen Fernsehlandschaft: Der GfK-Meter kann bis zu 98 Sender (also auch die Kabel-Programme) erfassen. Angenommen, ein Haushalt verfügt über vier Fernseh-Geräte, so werden alle registriert. Außerdem wird die Nutzung von Videorecorder, Telespielen, Home-Computer und Bildschirmtext erfaßt. Dem GfK-Meter entgeht auch nicht das „zeitversetzte Fernsehen“, also das Abspielen von Kauf-Kassetten oder selbst aufgenommenen Sendungen. Das Gerät wird fernbedient, sieben Familienmitglieder melden ihre Anwesenheit vor dem Bildschirm per Namen-Taste, die achte Taste ist für Gäste reserviert.

Man fragt sich nur, was diese so umfangreichen „pannenfrei und vollautomatisch“ ermittelten Ergebnisse bewirken. Führen denn bessere Meß-Methoden auch zu attraktiverer Programm-Gestaltung? Ist es nicht letzten Endes doch wieder die Werbewirtschaft, die davon profitiert und ihre Spots noch besser den Fernseh-Konsumenten verkauft? Im übrigen wird auch das neue System den Redakteuren nicht melden können, ob der Musterzuschauer, nachdem er sich angemeldet hat, interessiert vor seinem Bildschirm sitzt, ob er strickt oder gar schlummert.

Seit 1974 war mit der Zuschauerforschung das Bad Godesberger Institut „Teleskopie“ exklusiv beauftragt. Entscheidend dafür, daß die GfK (die älteste Marktforschungsfirma der Bundesrepublik, 1943 gegründet) dieses Monopol gebrochen hat, war ihr Kostenvoranschlag – für die fünfjährigen Dienste hat sie rund 31 Millionen berechnet. Die „Teleskopie“ hat wegen unlauteren Wettbewerbs bei der Angebotsabgabe Klage eingereicht. Sie wurde jedoch gestern vom Oberlandesgericht Stuttgart abgewiesen.

DANA HORAKOVA





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Jenseits der Morgenröte
Tödliche Taiga
11.25 Ruf der Wildgänse
Österreichischer Spielfilm (1961)
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Frauen unter einem Himmel
Indien: Sudesha
Frauen aus einem Dorf im unteren Himalaja kämpfen mit großem Einsatz gegen die Holzfällertruppen, die ihnen mit dem Abholzen der Bäume die Lebensgrundlage zu nehmen drohen. Dieser Film berichtet über eine dieser Frauen, die für ihren Protest bei einer Holzauktion ins Gefängnis mußte.
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Aufruf des Bundespräsidenten zur Aktion „Ein Tag für Afrika“
20.20 Der Sonne entgegen
Eine sechsteilige Fernsehserie
3. Teil: Der alte Mann und sein Schiff
21.05 Monitor
Die Hintergründe des Pershing-Unglücks / Urteile vom Fließband – Mutlangen-Blockierer vor Gericht / Zivilschutz oder Kriegsvorbereitung? – Die Bunkerpläne des Friedrich Zimmermann
Moderation: Klaus Bednarz
21.50 Magnum
Tod auf Probe
22.35 Tagesthemen
23.05 Kulturweltspiegel
Hansjürgen Rosenbauer berichtet diesmal über die Athener Kulturszene, stellt den international anerkannten deutschen Musiker Holger Czukay vor und geht der Frage nach, warum zunehmend mehr Filme in New York und immer weniger in Hollywood gedreht werden.
23.50 Tagesschau

9.25 Nordische Ski-WM
16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Eine Klasse für sich
19.00 heute
19.20 Aufruf des Bundespräsidenten zur Aktion „Ein Tag für Afrika“
19.30 Der Schiedsrichter
Fernsehfilm
21.05 Das Tierporträt
Der Alpensteinbock
21.15 WISO
Spenden gegen den Hunger: Was machen die Hilfsorganisationen mit unserem Geld? / Das Ruhrgebiet verändert sein Gesicht: Neue Wege – neue Hoffnungen / Das Wirtschaftsimperium des Pierre Cardin – Ein Name wird vermarktet
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Superriesenslalom der Herren in Todtnau
22.35 Europäisches Filmfestival im ZDF
Das Geld
Französischer Spielfilm (1983)
Von Robert Bresson
Als Yvon nach einem Banküberfall festgenommen wird, verteidigt er sich nicht und läßt sogar die hohe Strafe widerspruchslos über sich ergehen. Durch die grausamen Haftbedingungen wird er zu einem völlig anderen Menschen ...
Anschl. Ratschlag für Kinogänger „Einmal Kudamm und zurück“ von Herbert Ballmann
0.05 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Aufruf des Bundespräsidenten zur Aktion „Ein Tag für Afrika“
20.20 Auslandsreporter
Ulrich Wickert aus China: Reise in die Huang-Berge
20.50 Rückblende
Vor 40 Jahren gestorben: Else Lasker-Schüler
21.05 Formel Eins
21.50 Landesspiegel
Mit 70 fängt das Leben erst an
22.20 Monitor im Kreuzfeuer
23.05 Nigeria – Enttäuschung nach dem Coup
23.50 Letzte Nachrichten.

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Videomacher
19.00 Schach für jedermann
19.15 Beat-Club
20.00 Nachrichten
20.15 Aufruf des Bundespräsidenten zur Aktion „Ein Tag für Afrika“
20.20 Berliner Platz
Laborkinder – Fortschritt oder Frevel?
21.20 Task Force Police: Rache
22.10 Frauenforum
Behinderte Mädchen – Liebe – Zwangssterilisierung? Live-Diskussion
23.10 Offerte
Aktueller Kulturtip aus Berlin und Norddeutschland
23.25 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Musikinstrumente und ihre Geschichte (3)
Die Blockflöte
19.05 Formel Eins
20.00 Küsse, Kugeln und Kanaillen
Franz.-ital. Spielfilm (1955)
Mit Eddie Constantin u. a.
21.30 Drei aktuell
21.45 Filmmagazin
22.30 Weil ich weiß, so ist das gewesen und nicht anders
Der Maler Otto Dix
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
1985 – Ein gutes Jahr für Baden-Württemberg?
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Gast im Studio: Prof. Hans Matthias Kepplinger
Nur für das Saarland:
20.15 Max-Ophüls-Preis 1985
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der Sündenbock
Englischer Spielfilm (1959)
Mit Alec Guinnes, Bette Davis u. a.
22.45 Science Report (10)
23.00 Nachrichten

BAYERN

18.15 BR-Fenster
18.45 Rundschau
19.00 Zirkus Renz
Deutscher Spielfilm (1943)
20.30 Das gesunkene Unterseeboot
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
Wenn Tiere krank machen
21.30 Rundschau
21.45 Nachtvorstellung
... aus dem Kunst- und Antiquitätenschloß Haimhausen
23.10 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Der Verdacht
15.00 Indian River
Topper ist verschwunden
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Unvergeßliche Freunde
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Das Gold am Wasserfall
18.00 Hoppla Lucy
Polizeidienst
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Freddy und der Millionär
Deutsch-ital. Spielfilm (1961)
Mit Freddy Quinn, Grit Boettcher, Heinz Erhardt, Grete Weiser u. a.
Regie: Paul May
Der kleine Angestellte Meyer unternimmt seinen letzten Junggesellenurlaub und zieht Richtung Italien. Die zufällige Begegnung mit einem Millionär verschafft ihm Eintritt in die Kreise, von denen er am Schreibtisch immer geträumt hat. Ein aufregender Urlaub beginnt!
20.30 Der plötzliche Reichtum der armen Leute von Krombach
Teil 2
Deutscher Spielfilm (1970/71)
Mit Georg Lehn, Reinhard Hauff, Margaretha von Trotta, Rainer-Werner Fassbinder u. a.
Regie: Volker Schloendorff
Im Jahre 1821 versuchen sieben arme Bauern und Tagelöhner aus dem hessischen Krombach, durch Beraubung des „Geldkärrchens“, das monatlich mit den Steuergeldern von Biedenkopf nach Gießen fährt, ihre Situation zu verbessern. Fünfmal scheitert ihr Unternehmen an der eigenen Unbeholfenheit. Als es schließlich gelingt, werden sie sehr bald festgenommen, weil „Geld bei einem armen Mann Verdacht erregt“.
21.30 APF blick:
Aktuell, Rundblick, Sport und Wetter
22.15 Hochzeit auf italienisch
Italienischer Spielfilm (1964)
Mit Sophia Loren, Marcello Mastroianni, Aldo Puglisi u. a.
Regie: Vittorio de Sica
Jahrelang ist Filomenia Domenicos demütige Geliebte, bis sie erfährt, daß er ein junges Mädchen heiraten will. Nun stellt sich Filomenia sterbenskrank, um noch auf dem Totenbett die Ehe zu ertrotzen ...
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Direkt
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
19.00 heute
19.30 Menschen und Mächte
Stalingrad – 40 Jahre danach
Überlebende berichten
Film von Carl-Ludwig Paeschke und Dieter Zimmer
20.15 Ein Mann will nach oben
Nach Hans Fallada
13. Letzte Runde
Die Geschichte um Karl Siebrecht nähert sich ihrem Ende. Die „tollen Zwanziger Jahre“ beleben das Nachkriegs-Berlin. Rieke heiratet nun doch Kalli, zur Hochzeit erhalten die beiden von Karl die Kneipe „Zur Funzel“ als Geschenk. Er selbst wird wieder Kompagnon von Auto-Gollmer, der auf Flugzeuge umgestiegen ist. Nach dem Tod des alten Gollmer bleibt Karl als Chef der Flugzeugfabrik weiter auf dem Weg „nach oben“.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

KRITIK

Wer mordet hier mit wem?

In der Tat: Plötzlich und unerwartet (ZDF) kehrte das Hausmädchen Ruth aus dem Urlaub ins Heim seiner englischen Herrschaft zurück, scheinbar betroffen über den Mord an der Dame des Hauses und voll Sorge um das Wohlergehen des hinterbliebenen Gatten. Unerwartet aber nur für den Zuschauer. Denn Minuten später schmusen die beiden Ruchlosen miteinander.

Welch perfides Spiel, sagte man sich überrascht. Und sprach damit dem Krimi-Autor Francis Durbridge quasi ein Kompliment für seine geschickt ausgebaute Geschichte aus.

Denn bis dahin hatte er uns glauben lassen, es handele sich um ein Mordkomplott von Ehemann Glenn Howard und seiner hypernervösen, drogenabhängigen Geliebten Sheila. Aber sie war nur eine schamlos benutzte Komplizin. Der glatte Mr. Howard hatte sie und uns kräftig geleimt und zugleich gehofft, dem Hausfreund Sam als vermeintlichem Täter eine Falle stellen zu können. Sam aber durchschaut sehr schnell, wie abgefeimt man ihn hereinlegen will. Kommissar Zufall in Gestalt der düpierten Sheila hilft ihm, den Schuldigen in die Enge zu treiben.

Schade eigentlich nur, daß die arme Sheila das Urteil an dem Fiesling vollstrecken mußte. Denn an einem runden Krimi befriedigt doch nichts so sehr, als wenn der Herr Inspektor schließlich persönlich dem Missetäter die Handschellen anlegt.

Sei's drum. Mr. Durbridge bot gezielte Unterhaltung. Und hat – nach manch flauer Story in den vergangenen Jahren – mal wieder ein hübsches Stück Spannung geliefert.

BRIGITTE HELFER

Verklärung statt Aufklärung

Für die „DDR“ wünsche sie sich gute Freunde und treue Nachbarn. Ein fast beschwörender Appell der Oberkirchenrätin und hochrangigen CDU-Funktionärin Christa Lewek am Ende des deutsch-deutschen Plauderstündchens mit Günter Gaus, die „DDR“ doch endlich richtig zu verstehen.

Die „christliche Sozialistin“ hatte in der Sendung Deutsche (ARD) Gelegenheit, auf die Stichworte des einstigen bundesdeutschen Vertreters in Ost-Berlin breit und ohne Nachfragen zu antworten. Der Gegensatz zwischen Kirche und SED bestehe nur in der unterschiedlichen Stellung in der Gesellschaft. Der „schrankenlosen individuellen Freiheit“ im Westen wurde die „Freiheit mit sozialem Ausgleich“ in der „DDR“ gegenübergestellt. Störend am Pluralismus ist für Frau Lewek die „Vielzahl der Stimmen“, in der „DDR“ hätten die Kirchen da bessere Möglichkeiten. Grund für die Abneigung gegen den Kommunismus sei die bis heute nachwirkende Goebbels-Propaganda, einen Neuanfang habe es nach 1945 nur in der „DDR“ gegeben.

All dies ohne eine einzige kritische Nachfrage des Gastgebers Gaus. Die Gemeinden in der „DDR“ allerdings, so räumte sie ein, folgten ihren Einsichten nur zögerlich, schmerzhafte Erfahrungen blieben da nicht aus. Doch auch an dieser wohl einzigen realistischen Stelle faßte Gaus nicht nach. Mit dem „Bekenntnis zum real existierenden Sozialismus“ als Grundlage für die „deutsche Identität“ der „DDR“-Kirchenvertreterin schloß die von ihm zelebrierte Dreiviertelstunde deutsch-deutscher Verklärung.

GERD FRON

Dr. Dr. h. c. Alfred Gütgemann

o. Professor für Chirurgie und Urologie
ehem. Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik Bonn

* 14. 12. 1907 † 17. 1. 1985

In Liebe und Dankbarkeit
Ursula Gütgemann geb. Gaede
Dietrich und Elke Gütgemann
Volker und Monika Weiß geb. Gütgemann
Jochen Gütgemann
Ulrich und Iris Gütgemann
und sieben Enkelkinder

5300 Bonn 1, Bodelschwinghweg 20

Auf Wunsch des Verstorbenen findet die Beisetzung im engen Kreise statt.

An Stelle zugedachter Blumen wird um eine Spende zugunsten des wissenschaftlichen Kontos der Chirurgischen Klinik Bonn gebeten. Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 110 725 579.

Der Smog kam nicht aus dem Auspuff

● Fortsetzung von Seite 1

DW. Essen

Die Ruhrwirtschaft äußerte sich weitgehend unzufrieden mit dem Ablauf des Smog-Alarms. Der Hauptgeschäftsführer der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer, Theo Pieper, hält es für unmöglich, daß unterschiedliche Grenzwerte für die einzelnen Ballungsgebiete gelten. Die Thyssen Stahl AG forderte, das Stufenkonzept noch einmal zu überdenken. Bei der Smog-Alarmstufe III habe man es mit Grenzwerten zu tun, die früher für Katastrophenfälle gedacht gewesen seien. Es hätten sich aber an keiner Stelle katastrophale Situationen ergeben. Auch die meisten Krankenhäuser im Revier berichteten nicht von außerordentlichen Patientenzugängen als Folge des Smogs, betonte Thyssen. Durch eine dpa-Umfrage wurde dies bestätigt.

Die Industrie- und Handelskammern in Essen und Bochum sehen in den ausgerufenen Alarmstufen eine „beträchtliche Rufschädigung" des Reviers. Kammerhauptgeschäftsführer Klaus Schilling (Bochum) warf der Landesregierung vor, sie habe mit ihrem Alleingang bei der Grenzwertfestsetzung das Ruhrrevier wieder zum „Problemfeld" hochstilisiert. Gespräche über Neuansiedlungen brauche man im Moment gar nicht mehr zu führen.

FDP für Regeln bei Arbeitskämpfen

dos, Hannover

Für mehr Demokratie bei Streikbeschlüssen hat sich Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann ausgesprochen. Bangemann, der Ende Februar auf dem Bundesparteitag der FDP in Saarbrücken zum Vorsitzenden gewählt werden soll, erklärte gegenüber der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse", auch im Bereich der Regelungen bei Streiks werde seine Partei dafür sorgen, daß „der einzelne seine Rechte verteidigen kann".

Mit der Einführung eines Verbändegesetzes habe die angestrebte Neuregelung nichts zu tun, versicherte der Bundeswirtschaftsminister.

Ein innerkatholischer Konflikt in Polen

Ukrainer fordern von Glemp eine eigene Hierarchie

KNA/DW. Warschau

Wird ein in Polen seit langem schwelender Konflikt zwischen der mit Rom unierten griechisch-katholischen Kirche, der dort vor allem Ukrainer angehören, und dem polnischen Episkopat bald ein Ende finden? Die Antwort müßte der polnische Primas, Kardinal Jozef Glemp, finden. An ihn richteten die unkrainischen Katholiken in Polen bereits im vergangenen Jahr ein Schreiben, in dem sie den Wunsch äußerten, bald eine eigene Hierarchie zu erhalten, wie es ihnen nach dem Unionsvertrag von Brest aus dem Jahre 1596 zusteht. Der Brief wurde erst jetzt bekannt.

Die Ukrainer bilden in Polen eine Minderheit, die praktisch ihre kirchliche Eigenständigkeit fast verloren hat. Die ukrainischen Katholiken haben keinen eigenen Bischof, auch kein eigenes Priesterseminar, in dem ihre Priester ausgebildet werden könnten, die die Liturgie nach östlichem Ritus feiern. Auch das Recht, Verheiratete zu Priestern zu weihen, steht ihnen – wie den Orthodoxen – zu. Diese und andere Rechte waren seinerzeit Grundbedingung für den Abschluß der Union. In Polen unterstehen sie hingegen Kardinal Glemp, einem „Lateiner", während sie kirchenrechtlich eigentlich ihrem eigenen Oberhaupt, dem Erzbischof von Lemberg, der heute in Rom residiert, zugeordnet sein müßten. Der Papst wird von ihnen als Nachfolger Petri und oberster Leiter der Kirche anerkannt.

Bischof für Warschau

In dem Schreiben an Kardinal Glemp machen die ukrainischen Katholiken in Polen den Vorschlag, der Papst möge die im 10. Jahrhundert gegründete Diözese Przemysl als griechisch-katholische Diözese erneuern und einen ukrainischen Bischof sowie Weihbischöfe, möglichst auch für Warschau, ernennen. Diese Bischöfe würden dann dem Oberhaupt der griechisch-katholischen Kirche in Rom, letztendlich aber dem Papst unterstehen. Gleichzeitig sollten sie – wie in der Weltkirche üblich – dem Episkopat des Landes, in dem Falle also Polen, angehören. Weitere Anliegen der Ukrainer an den polnischen Primas signalisieren die seit langem strittigen Punkte zwischen ihnen und den „Lateinern". So wird der Wunsch geäußert, die aus griechisch-katholischen Familien stammenden Priester wieder in den Gemeindedienst der ukrainischen Gläubigen zu stellen. Demzufolge leiden die griechisch-katholischen Gemeinden an Priestermangel, weil ihr Nachwuchs von den „Lateinern" in ihrer Seelsorge eingesetzt wird.

Deutsche als Vermittler?

Weiterhin wird in dem Schreiben von Kardinal Glemp gefordert, er solle die Priester des lateinischen Ritus anweisen, die Sakramente der Taufe, der heiligen Kommunion, der Beichte sowie das Ehe-Sakarament nicht den Katholiken des östlichen Ritus zu spenden, sondern sie an Priester dieses Ritus zu verweisen. Offensichtlich liegen die Dinge auch hier im argen. Die griechisch-katholische Kirche, die in der benachbarten Sowjetunion seit 1946 verboten ist und nur noch im Untergrund existiert, wo sie sich gegen das atheistische Regime behaupten muß, sieht sich auch in Polen in ihrer Existenz bedroht – nicht vom Regime, sondern von den eigenen Glaubensbrüdern, die ihrer Eigenständigkeit offenbar wenig Verständnis entgegenbringen.

In den Erklärungen der griechisch-katholischen Kirche kommt auch Skepsis gegenüber Primas Glemp und dessen kirchenpolitischem Kurs zum Ausdruck. Die Auseinandersetzungen haben auch eine deutsche Komponente. Auf dem Kongreß „Kirche in Not" 1983 in Königstein im Taunus waren die Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland aufgefordert worden, ihre guten Kontakte zu ihren polnischen Amtsbrüdern zu nutzen, um eine befriedigendere Regelung für die Angehörigen der griechisch-katholischen Kirche in Polen zu erreichen. Wie verlautet, wurden entsprechende Vorstöße immer wieder verschoben.

In einer Weihnachtsbotschaft hatte der neue Großerzbischof von Lemberg, Miroslaw Iwan Lubatschiwskij, auf die psychischen und moralischen Leiden des ukrainischen Volkes hingewiesen und an die Zwangsrussifizierung erinnert.

Nutzt die RAF alte Verbindungen?

Stuttgarter Bombentäter Thimme gehörte wahrscheinlich seit 1977 zur „Haag-Mayer-Bande"

WERNER KAHL, Bonn

Ein scheinbar zufällig über die Straße rollender Kinderwagen täuschte im Herbst 1977 die Leibwächter des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hanns-Martin Schleyer. Jahre zuvor hatte Ulrike Meinhof als „Schwangere", mit einer auf den Bauch gebundenen Bombe, das Verlagshaus Axel Springer in Hamburg betreten. Bei dem heimtückischen Anschlag wurden 17 Rotationsarbeiter verletzt.

Der Assoziationsbereich „schwangere Frau, Mutter mit kleinen Kindern" ist am Sonntag in Stuttgart erneut von linksterroristischen Gewalttätern zur Tarnung mißbraucht worden. Ein Kinderwagen, den Mann und Frau am Sonntag abend durch die Vaihinger Straße zum Anschlagplatz schoben, sollte vor Argwohn und Kontrolle schützen. Die an Stelle des Babys im Wagen liegende Bombe war zur Erpressung des Staates gedacht: Ein geglückter Anschlag hätte eine nicht absehbare Zahl unschuldiger Opfer gefordert und die Ohnmacht des Staates demonstriert.

In diesem Punkt ist die skrupellose Rechnung nicht aufgegangen. Es bleibt abzuwarten, wer von denjenigen Politikern, Wissenschaftlern und Pastoren, die den erpresserischen Streik von Häftlingen aus der „Rote Armee Fraktion" unterstützen, diese Art von „Solidaritäts-Bekundungen" weiterhin in Kauf nimmt. Zumindest der männliche Teil des Stuttgarter Kinderwagen-Pärchens gehörte seit Mitte der siebziger Jahre zu einer der Banden, die Staat und Gesellschaft den Krieg erklärt hatten. Der Karlsruher Johannes Thimme geriet in den Kreis der Anwälte, die nach dem Scheitern der RAF-Gründer 1972 Nachfolgeorganisationen aufbauten.

Die „Haag-Mayer-Bande"

Sie bildeten Stützpunkte in Hamburg (zentrales Infosystem), Frankfurt (Kontakte zu den 1973 etablierten „Revolutionären Zellen"), Stuttgart (Büro Croissant) und Heidelberg. In der Universitätsstadt am Neckar entstand eine Gruppierung um den Rechtsanwalt Siegfried Haag, die als „Haag-Mayer-Bande" in die Annalen der Verfolgung terroristischer Verbrechen aufgenommen wurde. Haag war im März 1975 als Nachfolger des Stuttgarter Anwaltes Klaus Croissant zum Pflichtverteidiger Andreas Baaders bestellt worden. Anfang Mai wurde er unter dem Verdacht festgenommen, den Anschlag auf die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland mitgeplant und Waffen beschafft zu haben. Bei dem Anschlag waren zwei deutsche Diplomaten getötet worden.

Der Ermittlungsrichter ließ den Anwalt jedoch wieder frei, weil kein Fluchtverdacht vorlag. Haag aber tauchte unter. Über das Infosystem der terroristischen Gruppierungen verbreitete er die Begründung, „im Kampf gegen den Imperialismus" habe er wichtigere Aufgaben übernommen als die Verteidigung von Häftlingen aus der „Rote Armee Fraktion".

Die Sicherheitsbehörden vermuteten damals, daß Haag zu den Anstiftern der sogenannten „Revolutionären Zellen" (RZ) gehöre, einer Gruppierung neuartigen Stils, die sich zum Teil aus Anhängern des Anfang der siebziger Jahre enttarnten Heidelberger „Sozialistischen Patientenkollektivs" (SPK), zum anderen Teil aus dem engeren Terrorismus-Umfeld in Berlin, Rhein-Main und Norddeutschland sowie einigen Orten des Ruhrgebietes zusammensetzte. Der Schwerpunkt dieser auch als „Feierabend"-Terroristen apostrophierten Gewalttäter lag in Süd- und Südwestdeutschland.

Haag selbst hatte nach Ermittlungen der Sicherheitsbehörden Kontakte zu militanten Gruppen der Palästinenser im Nahen Osten; in Trainingscamps der marxistisch orientierten Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP) wurden teilweise unter seiner Aufsicht deutsche und niederländische „Rekruten" gedrillt. Die damaligen Verbindungen versucht die RAF auch für den gegenwärtigen Hungerstreik nutzbar zu machen, um die verhältnismäßig schwache Logistik für die Anschlagstrategie zu stärken.

Der Tod in Vaihingen am vergangenen Sonntag macht es für die Polizei schwieriger, wenn nicht unmöglich festzustellen, ob der Bombentransporteur Johannes Thimme bereits auf dem Trainingsfeld Nahost für den Kampf in Deutschland ausgebildet wurde. Die Polizei rechnet ihn mindestens seit 1977 – nach der Ermordung von Hanns-Martin Schleyer und Generalbundesanwalt Siegfried Buback – zur „Haag-Mayer-Bande". Es heißt, auch die Planung für den Anschlag auf Buback gehe auf Vorschläge aus dieser Gruppe zurück.

In einer Untergrundzeitung war zuvor der „Moralismus" gemäßigter Linker gerügt worden, die Terrorakte wie die Erschießung des Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann mißbilligten und sich von dem Bundeswehrdeserteur Manfred Grashof vorsichtig distanzierten, weil dieser bei seiner Festnahme in Hamburg den Kriminalkommissar Eckhardt erschossen hatte. „Was die gewaltsamen Formen jedoch betrifft, so ist natürlich klar, daß wir ebenfalls Waffen verwenden und mit Revolvern und Bomben und Erpressung und Entführung arbeiten müssen ... Alle Angehörigen der herrschenden Klasse sollen in ihren Villen unsicher sein, sie haben lange genug ruhig geschlafen. Sie sollen gezwungen werden, wirklich alles und jedes Objekt mit ihrem Aufgebot von Bullen zu schützen."

Vorbild „Carlos"

Es scheine, als solle das „Defizit an Theorie durch ein um so größeres Maß an Brutalität ausgeglichen werden", bemerkte damals die „Zeit". Und es würde nicht wunder nehmen, wenn sich die deutschen Terroristen der „dritten Generation" ihre Vorbilder allein unter palästinensischen Kommandoführern und in den Unternehmungen des internationalen Terroristen Ramirez Sanches, genannt „Carlos", suchten.

Einige Erkenntnisse bieten Grund zu der Vermutung, daß es von der Haag-Gruppe auch Kontakte zu „Carlos" gab. Unter den Deutschen, die der Venezolaner für Überfälle wie den Anschlag auf die Wiener OPEC-Konferenz 1975 und die Entführung eines Flugzeuges in Entebbe einsetzte, waren einige mit Mitgliedern der Gruppe um Haag bekannt. So ist anzunehmen, daß Johannes Thimme 1977 in Frankfurt mit dem linksradikalen Verlagsbuchhändler und derzeitigen Carlos-Begleiter Johannes Weinrich zusammenkam. Der Bombenleger aus Karlsruhe diente seitdem als Mitglied in einer „Internationale des Terrorismus", deren Fäden den Sicherheitsbehörden bis heute nur bruchstückhaft bekannt sind. Über den Anwalt Siegfried Haag, der heute eine 15jährige Haft verbüßt und Johannes Thimme in den siebziger Jahren für die neue Terrorgruppe geworben hatte, urteilte ein hoher Polizeibeamter: „Das tödliche Gehirn am Zeichenbrett."

Bonner Protest gegen Kampagne der Sowjets

Mk. Bonn

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat die Eröffnung der 13. Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission zum Anlaß genommen, den Kreml vor einer Fortsetzung der Revanchismus-Kampagne zu warnen. In einer Tischrede betonte er, an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexej K. Antonow gewandt: „Keine verantwortliche Kraft in unserem Lande hegt revanchistische Gedanken." Die Bundesrepublik Deutschland halte sich an geschlossene Verträge und verfolge ihre Politik der Friedenssicherung konsequent. „Deshalb empfinden wir die Revanchismus-Vorwürfe als ungerecht und unverdient."

Bangemann forderte Antonow auf, zum Abbau von Mißtrauen und damit zu einem besseren Vertrauen zwischen den Völkern beizutragen. Der Wirtschaftsminister zählte zu den vertrauensbildenden Maßnahmen die Pflege der Wirtschaftsbeziehungen zwischen West und Ost.

Nach dem Verlauf des ersten Tages der Kommissionssitzung gab sich Bangemann zuversichtlich, daß der Handelsaustausch und die Zusammenarbeit intensiviert werden könnten. Bereits zu Beginn der Tagung hatte der Minister darauf hingewiesen, daß es wieder um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen deutschen Importen und Exporten gehe. Immerhin sei der sowjetische Überschuß im Handel mit der Bundesrepublik von Januar bis Oktober 1984 auf 2,8 Milliarden Mark angeschwollen. Ansatzpunkte dafür seien die Beteiligung der deutschen Industrie an sowjetischen Großprojekten während des nächsten Fünfjahresplans, der 1986 anläuft. Überdies sollten die mittelständischen Unternehmen verstärkt in den Handel einbezogen werden. Möglichkeiten seien im Energiebereich, beim Nahrungsmittel- und Konsumgüterprogramm und bei der Modernisierung sowjetischer Betriebe gegeben.

Die sowjetischen Teilnehmer wiesen in den Gesprächen auf die Bedeutung von Kompensationsgeschäften hin. Eine Ansicht, die von deutscher Seite nur geteilt wird, wenn solche Kontrakte im beiderseitigen Nutzen liegen. Indirekt gingen die Sowjets auch auf die Beschränkungen des Technologietransfers durch das Cocom ein. Sie sahen darin jedoch ein internes Problem des Westens.

Falsche Sympathie

fu (London) – Der große Krach zwischen der Staatsbahn British Rail und den beiden Eisenbahnergewerkschaften „Nur" und „Aslef" ist wieder einmal vorprogrammiert. Zu Recht will sich die Bahnverwaltung nicht länger gefallen lassen, daß sie Verluste in Höhe von mehreren hundert Millionen Pfund hinnehmen muß, nur weil sich einige Lokomotivführer und Rangieraufseher weigern, ihre Sympathiestreiks für die Bergleute aufzugeben.

Schon jetzt sind mindestens 120 Bahn-Arbeitsplätze verlorengegangen, weil Straßenfuhrunternehmen die bestreikten Kohletransporte übernommen haben. Mehrere hundert werden folgen, warnt die Bahn. Doch die Antwort der beiden Gewerkschaften war niederschmetternd: Sie organisierten zur Unterstreichung ihrer „Rechte" einen Aktionstag und legten in der vergangenen Woche weite Strecken des Bahnnetzes lahm.

Die Staatsbahn hat den Gewerkschaften jetzt angedroht, sie unter dem neuen Gewerkschaftsrecht von 1984 für die aus den Streikaktionen entstandenen Schäden haftbar zu machen, falls die Sympathieaktionen nicht aufgegeben werden. Die Reaktion der Gewerkschaften: Kommt es zu einer solchen Klage, wird das gesamte Bahnpersonal in den Ausstand gerufen.

Daß ein Bahn-Frachtgeschäft bei British Rail vor allem wegen der unzähligen Streiks in der Vergangenheit heute kaum noch existiert und daß der Reiseverkehr arg herumkrebst, spielt bei diesen Gewerkschaftsüberlegungen natürlich keine Rolle. Es wird Zeit, daß die neuen Gewerkschaftsgesetze hier durchgefochten werden.

Schnee-Freuden

hdt. – Der allgemeinen Meinung nach scheinen die Bauern grundsätzlich mit dem Wetter auf dem Kriegsfuß zu stehen. Mal ist es ihnen zu warm, mal ist es ihnen zu trocken, mal zu naß. Gewiß mag dies oft übertrieben dargestellt werden, zumal solches Klagen manchmal wohl auch berechtigt ist, aber *gerade deshalb fällt es auf*, wenn wie in diesen Tagen aus landwirtschaftlichen Kreisen positive Aussagen zum Wetter kommen. Die Agronomen unseres Landes bezeichnen die ungewöhnlich starken Schneefälle als geradezu goldrichtig. Damit sei bei Wintergetreide und Raps für einen ausreichenden Schutz vor Auswinterungsschäden gesorgt, die sonst bei extrem tiefen Temperaturen drohen. Die bundesweit ausgebreitete Schneedecke erfreut also nicht nur die Wintersportler, sondern wegen ihrer Kälteschutzfunktion auch die Landwirte, die somit nicht Ernteausfälle durch Kahlfröste befürchten müssen wie zuletzt 1982. Schnee kann also auch wirtschaftlich ein positiver Faktor sein.

RUHRGEBIET / Strukturprogramm der Industrie- und Handelskammern

Eine „Technologiestraße" soll dem Montan-Revier neue Impulse geben

HANS BAUMANN, **Dortmund**

Mit einer „Neuen Wirtschaftspolitik" wollen die Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebietes dem Revier aus seinen montanen Verkrustungen lösen und neue Investitionsimpulse geben. Zum „Tag der Ruhrwirtschaft" wird den rund 700 Delegierten das Strukturprogramm heute *in Dortmund vorgelegt. An der Veranstaltung* nehmen auch Außenminister Genscher und Landeswirtschaftsminister Jochimsen teil.

Die Kammern stellen fest, daß jede erfolgreiche Umstrukturierung einen hohen Bedarf an wirtschaftlichen Initiativen, politischen Entscheidungen, an Kapital und öffentlicher Flankierung hat. Um das Ziel der Umstrukturierung zu erreichen, fordern *die Kammern eine institutionalisierte* Kooperation zwischen Staat (Bund/Land/Gemeinden) und Wirtschaft. „Vor dem Hintergrund der Schwerfälligkeit bürokratischer Abläufe *und auch der Trägheit des politischen* Raumes bedarf es der Initialzündung durch Einzelleistungen und Initiativen der Wirtschaft, die um so eher unterstützende politische Entscheidungen nach sich ziehen, je größer die Beteiligung der maßgeblichen Kräfte des Reviers ist", lautet die Grundsatzphilosophie der Aktion unter Federführung der IHK Duisburg.

Als Instrument der „Neuen Wirtschaftspolitik für das Ruhrgebiet" schlagen die Kammern vor:

- Gründung einer privaten Gesellschaft zur Erneuerung des Ruhrgebietes, finanziert aus Mitteln der Wirtschaft,
- Aufbau und Ausbau einer „Technologiestraße Ruhr"
- und dazu eine begleitende öffentliche Rahmenkonzeption.

Die private Gesellschaft soll von Banken, Unternehmen und Kammern gegründet werden. Ihre Aufgaben sollen sein: die Gewinnung von Investoren, worunter Neuansiedlungen und Neugründungen, Produktionsumstellungen und -erweiterungen und Betriebsverlagerungen verstanden werden; die Beratung der Unternehmen; die Beratung des Landes beim Aufkauf und bei der Erschließung von Industriebrachland; die Beratung von Firmen bei der Standortsuche sowie die Vermittlung der besonderen Ruhrmittel des Landes und des Bundes.

Als Ziel der Aktion wurde die Befreiung wachstumswilliger ansässiger Industrie von städtebaulichen und Umweltschutzhemmnissen und die Schaffung von Möglichkeiten zur Betriebsverlagerung, die die Unternehmen wieder investitionsfähig machen sollen, definiert. Die private Gesellschaft übernimmt wesentliche Finanzierungsfunktionen.

In Kooperation zwischen Land und Wirtschaft soll darüber hinaus eine Technologiestraße Ruhr gebaut werden. Diese „Straße" verläuft von Dortmund über Bochum und Essen nach Duisburg. Hier gibt es bereits beachtliche Ansätze von High-Tech-Betrieben, die von anwendungstechnischen Unternehmen entlang der Emscher-Lippe-Zone von Hamm über Recklinghausen, Gelsenkirchen nach Oberhausen flankiert werden. Diese High-Tech-Firmen sollen enger an die zehn Hochschulen in Nordrhein-Westfalen herangeführt werden.

Zum öffentlichen Rahmenkonzept soll nach Kammervorstellung gehören:

- Bürgschaftsrahmen des Landes mit Sonderkonditionen (etwa Risikoübernahme für 90 Prozent des Ausfalls und Zulassung von drei tilgungsfreien Jahren); die Abwicklung soll über die Treuarbeit erfolgen;
- Sonderkreditplafond der Banken ohne Subventionscharakter;
- Einsatz der regionalen Förderungsmaßnahmen für Betriebsverlagerungen.

Um die Landnot für Gewerbezwecke zu beseitigen, soll aus dem *Landesbodenfond Ruhr Industrie*brachland nutzbar gemacht werden, dessen Altlasten die öffentliche Hand tragen soll. Die Mittel des Landesbodenfonds sollen durch den Einsatz *von Wohnungsbauförderungsgeldern* „um ein Mehrfaches verstärkt" und für die Wiederaufbereitung von Brachland und die Deckung von Altlasten verwendet werden.

US-HAUSHALT

Baker: Defizit-Abbau durch Einfrieren der Ausgaben

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Präsident Reagan wird dem Kongreß am 4. Februar einen Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1986 vorlegen, der die Bundesausgaben auf dem Vorjahresstand einfriert. Das bestätigte der Chef des Stabes im Weißen Haus, James A. Baker, der in Kürze nach Zustimmung des Senats Donald Regan als Finanzminister ablösen wird. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen nach seinen Angaben alle Etats mit Ausnahme der Verteidigung und des Zinsendienstes um 50 Mrd. Dollar (etwa 158 Mrd. Mark) zurückgeschnitten werden.

Auch wenn die Kürzungen im Kongreß durchzusetzen sind, was laut Baker „schwierig, aber machbar ist", würde das Defizit im US-Haushalt *nur auf 180 Mrd. Dollar sinken.* Ohne weitere Korrekturen steigt es jedoch auf 225 Mrd. Dollar. Baker ließ keinen Zweifel daran, daß auch er Steuererhöhungen ablehnt. Mit diesem Versprechen, *so betonte er, seien die* Wahlen gewonnen worden. Nach Baker wird die Administration auch nicht über ihre Streichofferte im Militärbereich – 8,7 Mrd. Dollar – hinausgehen.

Bei der Haushaltskonsolidierung stellen schon jetzt die Zinsen für Washingtons rapide wachsende Schulden das größte Hindernis dar. Sie machten in den Finanzjahren 1983 und 1984 bereits 89,7 und 111 Mrd. Dollar aus. 1985 reichen sie an 130 Mrd. Dollar heran, wobei sich die Bundesschuld gegenüber 1981, Reagans erstem Amtsjahr, auf etwa *1800 Mrd. Dollar verdoppelt. Ohne* den Zinsendienst müßten demnach die Ausgaben 1986 mit 820 Mrd. Dollar zu Buch schlagen. Baker machte keinen Hehl daraus, daß die Haushaltsbeschlüsse bis zum Herbst gefaßt werden müssen, weil dann der Wahlkampf für die Zwischenwahlen im November 1986 beginnt. Es ist nicht auszuschließen, daß die Republikaner dann ihre Mehrheit im Senat verlieren, so daß beide Häuser von den Demokraten beherrscht würden.

Nach einem Arbeitspapier, das vom Haushaltsbüro des Weißen Hauses erstellt worden ist, erwägt die Administration, den Zugang zur Gesundheitsfürsorge der Rentner zu erschweren. Die Kassen des Medicare-Fonds sind leer und gefährden das gesamte Sozialversicherungssystem. Möglich ist eine Anhebung des Anspruchsalters von 65 auf 67 Jahre; außerdem sollen vermögende Amerikaner höhere Prämien zahlen. Zusätzliche Mittel werden durch eine Verdoppelung der Alkohol- und Tabaksteuer beschafft. Aus dem allgemeinen Steuertopf erhält der Fonds bereits 18 Mrd. Dollar.

Aufgegeben haben die Republikaner den Plan, die automatische Inflationsanpassung der Renten für ein Jahr auszusetzen. Statt dessen wird jetzt ein Vorschlag von Martin Feldstein diskutiert, der die Indexierung auf den Teuerungsteil beschränkt, der drei Prozent übersteigt.

Wieder nur ein Programm?

Von HANS BAUMANN

Es ist wieder einmal so weit: Das Ruhrrevier rappelt sich zum ungezählten Male auf, aus dem Sumpf der Monokulturen herauszukommen und die verkrusteten Strukturen, die seit der Gründerzeit mit engen Kapitalverflechtungen über das Land gelegt wurden, aufzubrechen. Wieder einmal sind es die Kammern, die Selbstverwaltungen der Wirtschaft, die das Heft in die Hand nehmen.

Daneben schmieden aber auch schon wieder die politischen Gruppierungen links von CDU und FDP an verwaltungswirtschaftlichen Plänen, den „kranken Mann an der Ruhr" mit Investitionsplänen aus dem Steuersäckel – dem leeren – auf die Beine zu bringen, ohne wahrzunehmen, daß diese Therapie den Puls des Patienten noch nie hat höher schlagen lassen.

Die Kammern dagegen setzen wieder auf Selbstheilung und auf Hilfe dazu. Die öffentliche Zahlungsunfähigkeit, so scheint es, hat endlich die richtige Medizin verordnet. „Technologiestraße Ruhr" heißt das Motto des Programms, das zum Magneten werden soll. Diese Straße gibt es längst quer durchs Ruhrgebiet.

Doch nun sollen die einzelnen Straßenabschnitte miteinander verknüpft werden, soll die Intelligenz der Jugend des größten Hochschulballungsraumes Europas in industrielle Innovation umgesetzt werden. Aus dem bisherigen Nebeneinander von Wissenschaft und Wirtschaft soll ein Miteinander werden, was schon damit beginnen könnte, daß an den Hochschulen dieses Landes auch Dinge gelehrt werden, die im Revier praktisch anzuwenden wären, was bei weitem nicht überall der Fall ist und der eigentliche Grund, warum der Mittelstand an der Ruhr mit Hochschulabgängern immer noch nichts anzufangen weiß.

Überregionale Industrieparks sollen dieses Miteinander beflügeln, die technische und technologische Infrastruktur verbessern, vornehmlich im immer noch siechen Bereich der Information und Kommunikation. Wie will ein so großes Industrieland mit starken Auslandsbindungen morgen noch existieren, wenn es sich nicht der Geschwindigkeit moderner Medien bedient?

Was ist das für eine Landesregierung, die die Verkabelung des Monoliten Ruhr verhindert, die in geradezu islamischer Rückorientierung seit Jahrzehnten die Anwendung der Kerntechnologie blockiert und stoisch zusieht, wie stromintensive Betriebe des Landes gegen die ausländische Konkurrenz zurückfallen.

Der Zeitpunkt für einen neuen Vorstoß der Kammern, Wirtschaft und Politik aus ihrer Lethargie zu reißen, ist gut gewählt. Die Konjunktur verschafft ein wenig Luft, was allerdings in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Anlaß war, erst recht die Hände in den Schoß zu legen, weil das Pflaster der Auftragseingänge die Symptome der eigentlichen Krankheit verdeckte. Dazu trugen die Montanindustrien mit ihrem politischen Durchgriff heftig bei. Sie duldeten keinen Aufbruch zu neuen Ufern. Sie hielten „ihr" Gebiet mit Zähnen und Klauen fest, sie verketzerten den Gedanken des Fortschritts.

Doch auch hier stehen die Kammern vor neuen Tatsachen. Das Stahlmonument zeigt fragile Züge, die Steinkohle richtet sich darauf ein, noch einen Schritt zurück zu tun. Die Statistik beweist es: In den traditionellen Bereichen der Industrie gingen von 1977 bis 1984 über 100 000 Arbeitsplätze verloren – heute sind es nur noch 561 000. Die Arbeitslosigkeit erreichte im Oktober 1984 mit 14,1 Prozent ihren Höhepunkt.

Dabei sagt es überhaupt nichts, daß dieses Revier mit 1204 Personen je Quadratkilometer das am engsten besiedelte in Europa ist. Menschen an sich machen noch keine blühende Wirtschaft. Intelligenz ist gefragt. Und die wandert nach wie vor ab, obwohl an der Ruhr die höchsten *Löhne der Bundesrepublik gezahlt* werden, was aber auch bald Vergangenheit sein wird, wenn die Umwelteuphorie gerade dieses Land der Energie weiter so zukunftsblind zur Ader läßt.

Erkannt sind die Probleme alle – bis hin zu den Wüsten des Industriebrachlandes, die nur die Politik wieder fruchtbar machen kann. So gut die neue Initiative der Kammern gemeint ist, ihr fehlt in Düsseldorf der starke Mann, der ihr Schneisen ins dichte Unterholz der Besitzstände und der Egoismen schlägt. Gelingt das nicht, so erhält das Revier-Marathon um neue Strukturen irgendwann einen neuen Starttermin.

AUF EIN WORT

„Investitionen in der Energiewirtschaft und für Umweltschutz müssen für 30 Jahre im voraus geplant werden. Soll dabei nicht jede ökonomische Überlegung über Bord gehen, ist das wichtigste Anliegen der Industrie an den Staat: Wir müssen wissen, was er will."

Helmut Wiehn, Vorsitzender des Vorstandes der Deutsche Babcock AG, Oberhausen FOTO: WOLF P. PRANGE

Mehr Tilgungen von Rententiteln

cd. **Frankfurt**

Der Brutto-Erstabsatz inländischer Rentenwerte hat 1984 zwar mit 227,4 Mrd. DM das bisherige 1983er Rekordvolumen (226,7 Mrd. DM) noch leicht übertroffen, doch haben die Tilgungen fälliger Titel von 139 auf 155 Mrd. DM so stark zugenommen, daß der Nettoabsatz mit 72,2 Mrd. DM deutlich unter das Vorjahresergebnis (87,6 Mrd. DM) rutschte und sogar niedriger ausfiel als 1982 (74,5 Mrd. DM). Auch der Aktienabsatz blieb mit 6,2 Mrd. DM merklich hinter dem '83er Spitzenergebnis (7,3 Mrd. DM) zurück. Der Absatz von Publikums-Investmentfonds erhöhte sich von 3,8 auf 4,2 Mrd. DM.

BESTEUERUNG

BDI-Präsident fordert Entlastung der Unternehmen

SABINE SCHUCHART, **Köln**

Eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung hat der neue Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, zu Beginn seiner Amtszeit von der Bundesregierung gefordert. Nach erfreulichen Fortschritten bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte komme es nun vor allem darauf an, „den Unternehmen nicht zuletzt auch über eine Kostenentlastung mehr Freiraum und Flexibilität für risikoreiche Zukunftsinvestitionen zu eröffnen".

Nach Auffassung von Langmann ist es für ein Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland nicht länger tragbar, die gewerblichen Gewinne deutlich höher zu belasten als die anderen Einkommen. Auch sei in den Hauptkonkurrenzländern der deutschen Industrie eine Tendenz zur *drastischen Senkung der Unternehmenssteuern* zu beobachten, und das, obwohl diese schon heute weit unter der deutschen Steuerbelastung lägen.

Insgesamt könne die deutsche Industrie trotz teilweise erheblicher Schwierigkeiten in einigen Branchen zuversichtlich in das Jahr 1985 gehen, erklärte der BDI-Präsident weiter. Denn vieles deute auf eine Fortsetzung und Verbreiterung des gesamtwirtschaftlichen Erholungsprozesses. Dazu sei es allerdings unerläßlich, daß die Bundesregierung auch in Zukunft an ihrem „Kurs der marktwirtschaftlichen Erneuerung" konsequent festhalte. Sie stehe weiterhin vor der Aufgabe, die Wirtschaft wieder langfristig auf „einen noch keineswegs gesicherten verläßlichen Wachstumspfad zurückzuführen und die Arbeitslosigkeit beschleunigt abzubauen".

PRIVATISIERUNG

DIHT: Die Lufthansa darf nicht ausgeklammert werden

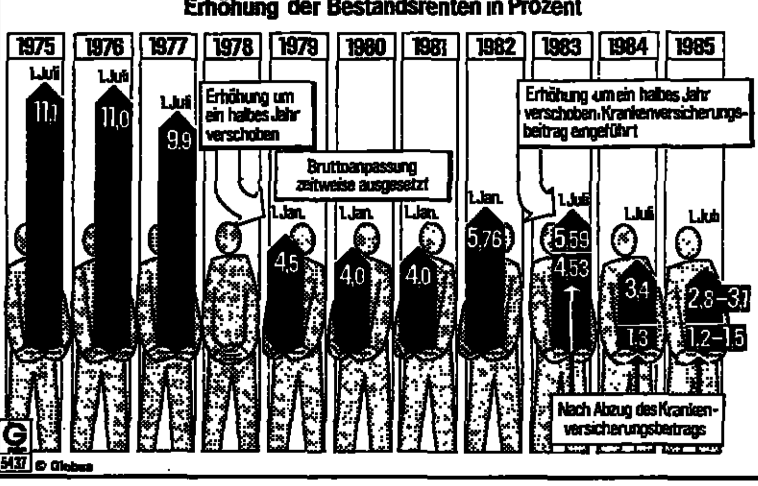
PETER JENTSCH, **Bonn**

Bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen soll die Bundesregierung nach Auffassung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) „endlich Nägel mit Köpfen machen". *Das gelte insbesondere für die Lufthansa*, deren Ausklammerung aus den derzeitigen Privatisierungsplänen „nicht gerechtfertigt" sei. Dies um so mehr, als die beabsichtigte Bundesbeteiligung an der Lufthansa von 51 oder 55 Prozent noch nicht das sei, „was man eigentlich unter Privatisierung verstehen müsse".

Der DIHT bekräftigt die Auffassung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, daß es einer Beteiligung des Bundes in der gegenwärtigen Höhe nicht mehr bedürfe, um die luftverkehrspolitischen Interessen der Bundesrepublik international zu vertreten. Die Lufhansa habe keine Bedienungspflichten, die weiter reichten als jene, die jedes Linienverkehrsunternehmen nach dem Luftverkehrsgesetz beachten müsse. Im übrigen sei auch die Vermischung von luftverkehrs- und industriepolitischen Interessen abzulehnen. Da die *Lufthansa allein keinen ausreichenden* Markt für den Airbus bieten könne, solle man nicht von ihr verlangen, sich in investitionspolitische Abhängigkeiten zu begeben.

Nach Auffassung des DIHT sind die Einzelvorschläge des Bundesfinanzministers ein „erster entscheidender Schritt zum Abbau des großen Staatseinflusses auf die Wirtschaft". Die Forderung nach Privatisierung ziele nicht auf eine Schwächung des Staates in der sozialen Marktwirtschaft, sondern diene der Sicherung des Wettbewerbs durch eine gesamtwirtschaftliche Rahmensetzung.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Es ist noch keine zehn Jahre her, da hat es zweistellige Erhöhungssätze für Renten gegeben. Seitdem ist der Rentenversicherung finanziell der Atem kurz geworden. Je nachdem, welche Lohnerhöhung die Statistiker für 1984 ermitteln, wird das Rentenplus 1985 nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrages zwischen 1,2 und 1,5 Prozent liegen. QUELLE: GLOBUS

Kartellamtsverfahren gegen Philips eingeleitet

Bonn (hg) – Gegen den niederländischen Philips-Konzern hat das Bundeskartellamt ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Es bestehe der Verdacht, daß Philips vor der Übernahme von Grundig dem Amt die wahre Höhe seiner Beteiligung an der Loewe Opta GmbH verschwiegen habe, heißt es dazu in Berlin. Philips hatte dem Amt schriftlich zugesichert, daß seine Beteiligung lediglich 15 Prozent betrage; alle indirekten Beteiligungen seien verkauft worden. In der Wettbewerbsbehörde scheint man sicher zu sein, daß Philips zum Zeitpunkt der Grundig-Übernahme über schweizerische und luxemburgische Töchter noch Mehrheitsgesellschafter bei Loewe Opta gewesen ist.

Abwanderungspläne

Hannover (*dpa/VWD*) – Die Hanomag Baumaschinen Produktion und Vertrieb GmbH, Hannover, die Nachfolgegesellschaft der in Konkurs geratenen Hanomag GmbH, trägt sich *mit Abwanderungsgedanken.* Dies wurde von Mitgesellschafter Horst Gassmann auf Anfrage bestätigt. Betroffen von einer Betriebsverlagerung wären knapp 1 000 Mitarbeiter. Zur *Zeit wird laut Gassmann über mehrere* Standorten verhandelt. Dabei habe das das Unternehmen die Nutzung von nicht unerheblichen Investitionsmitteln des Landes Niedersachsen im *Zonenrandgebiet mit berücksichtigt.* Diese Mittel seien bedeutend höher als die Förderungen am Standort Hannover, wo außerdem die Gewerbesteuer erheblich höher liege.

Finanzierung gesichert

Frankfurt (cd.) – Die Finanzierung des deutschen Bauanteils an der Se*rienfertigung des Airbus ist langfristig* durch die Verlängerung eines 2,4-Mrd.-DM-Konsortialkredits bis 1996 sichergestellt, der von 50 inländischen Banken gegeben wird.

Marktnische gefunden

Frankfurt (adh) – Mit dem „Preis für innovatives Produktmanagement" zeichnet die WGF Deutsche Gesellschaft für Wagniskapital das Ziegelwerk Ernst Jungk & Sohn GmbH, Wöllstein, aus: Jungk hat mit *der von ihm 1983 errichteten* Produktionsanlage zur Herstellung von Ziegel-Fertigdecken eine ausbaufähige Marktnische gefunden. Dank der kostengünstigen industriellen Fertigung kann das Unternehmen, das auf rund 22 Mill. DM Jahresumsatz kommt, wieder mit Betondecken konkurrieren, die die Ziegeldecke vom Markt verdrängt hatten.

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf (Py.) – Die Metropolitan Estate & Property International N. V., Amsterdam, will eine 100-Mill. DM-Anleihe begeben. Sie soll bei einer Laufzeit von sieben Jahren mit einem Zinssatz von 7,5 Prozent und einem Ausgabekurs von 99,5 Prozent ausgestattet werden (Rendite: 7,59 Prozent). Die Anleihe wird von einem internationalen Konsortium unter Federführung der Westdeutschen Landesbank übernommen. Die Republik Österreich begibt über ein internationales Bankenkonsortium unter der Federführung der Deutschen Bank AG *eine 300-Millionen-DM-Anleihe.* Der Zinssatz der Anleihe mit einer Festlaufzeit von sieben Jahren beträgt sieben Prozent. Der Emissionskurs ist 100 Prozent.

Neue Kassenobligationen

Frankfurt (cd.) – Der Bund bietet im Ausschreibungsverfahren Kassen*obligationen mit dreijähriger Laufzeit* (Nominalzins 6,375 Prozent) und vierjähriger Laufzeit (Nominalzins 6,625 Prozent) an, für Zeichnungen über 5000 DM oder einem Vielfachen davon, *die bis heute um 11 Uhr bei den* Landeszentralbanken eingereicht werden müssen.

Musikmesse in Frankfurt

Frankfurt (dpa/VWD) – Zur internationalen Musikmesse vom 9. bis zum 13. Februar in Frankfurt werden etwa 750 Aussteller aus 32 Ländern erwartet. Nach einem Bericht der Messe Frankfurt GmbH werden die neuesten Angebote an Musikinstrumenten, Orchesterelektronik, Musikzubehör und Musikalien gezeigt. Dem Thema Musik und Computer sei eine eigene Sonderschau gewidmet.

Constructa vorverlegt

Hannover (dpa/VWD) – Die alle vier Jahre stattfindende Internationale Bau-Fachmesse Constructa in Hannover ist um eine Woche auf den 12. *bis 19. Februar 1986* vorverlegt worden. Dies teilte die Messe AG Hannover mit.

RENAULT

Hanon tritt zurück – Besse als Nachfolger erwartet

JOACHIM SCHAUFUß, **Paris**

Die Regie Renaults hat gestern in einem Kommuniqué mitgeteilt, daß Bernard Hanon auf der heutigen Verwaltungsratssitzung des staatlichen französischen Automobilkonzerns sein seit Dezember 1981 bekleidetes Präsidentenamt niederlegt. Sein Nachfolger würde morgen vom Ministerrat ernannt. In Paris erwartet man, daß dies der Präsident des verstaatlichten Pechiney-Konzerns, Georges Besse, sein wird. Das wäre ein Novum in der Geschichte des Konzerns.

Bisher hatten sämtliche Renault-Präsidenten dem Unternehmen in anderen Funktionen gedient. Außerdem erfreuten sie sich – vor allem Pierre Dreifus – einer sehr weitgehenden Autonomie gegenüber der Regierung. Dies könnte sich jetzt schlagartig ändern. Vielen Beobachtern erscheint Besse als Regierungs*kommissar, der mit einem rigorosen* Sanierungsplan das Unternehmen aus den roten Zahlen bringen soll.

Im Grunde hat die kommunistische CGT-Gewerkschaft Hanon gestürzt, *indem sie dessen im letzten* Herbst vorgelegten verhältnismäßig milden Sanierungsplan kategorisch ablehnte. Danach sollte die Belegschaft durch Umschulungen abgebaut und die Mitarbeiter sollten im Rahmen einer großen Mobilitätsaktion in denjenigen Werken eingesetzt werden, wo sie gerade benötigt werden.

Entlassungen hatte dieser Plan nicht vorgesehen, obwohl die Regierung dem privaten Peugeot-Konzern schließlich solche erlaubte. Peugeot-Präsident Calvet hatte aber schon damals erklärt, daß Renault mit solchen halben Maßnahmen nichts erreicht.

AGRARPOLITIK / Heereman fordert von Brüssel positive Signale für die Bauern

„Preispolitik darf nicht untergehen"

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

„Eine Nullrunde bei den Brüsseler Preisbeschlüssen darf es in diesem Jahr nicht geben", sonst, so der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman, in einem Gespräch mit der WELT, werde die Unruhe unter den *Landwirten noch wachsen.* Es müßten wieder „positive Signale" gesetzt werden, um den Bauern ihre Zukunftsangst zu nehmen.

Die Preisbeschlüsse des vergangenen Jahres hätten „Wunden geschlagen, die noch nicht verheilt sind". Die Einkommen der Landwirte sind im am 30. Juni abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1983/84 nach seiner Analyse um 14 bis 16 Prozent gesunken. „Wie solide wir gerechnet haben, zeigt sich daran, daß im Ernährungsministerium der Rückgang auf 18 bis 20 Prozent veranschlagt wird", betonte Heereman im Vorfeld der „Internationalen Grünen Woche", die am Freitag ihre Tore öffnet. Trotz der guten Ernte 1984 rechnet er für das laufende Wirtschaftsjahr nur mit einer leichten Verbesserung um „wenige" Prozente.

Mit einer präzisen Forderung für die Preisrunde hält sich der Bauern-Präsident zurück. Er erwähnt zwar die Forderung des europäischen Dachverbandes nach einer Aufbesserung um sieben bis acht Prozent. Zugleich weist er jedoch darauf hin, daß auch die Besonderheiten jedes Landes, vor allem die unterschiedlichen *Inflationsraten*, berücksichtigt werden müßten. Mehr als die Inflationsrate müßte herauskommen.

Eine Milchquotenregelung sei ohne höhere Preise nicht durchführbar. Die Senkung der Getreidepreise, die von den Landwirtschaftsministern bereits 1981 für den Fall einer solchen Superernte wie 1984 beschlossen worden war, lehnt er kategorisch ab. Allerdings sieht er die Notwendigkeit, zu einem besseren Marktgleichgewicht zu kommen. Ein Vorschlag: die Förderung der Alternativproduktion.

Ausgleichsmaßnahmen der Bundesregierung wie die Anhebung der Mehrwertsteuerpauschale von acht auf 13 Prozent, höhere Zuschüsse im sozialen Bereich und die aufgestockte *Ausgleichszulage für benachteiligte* Gebiete hätten ein Sinken der Einkommen verhindert. Für Heereman steht jedoch fest, „die Preispolitik muß vorn bleiben". Wenn die Marktgleichgewichte wiederhergestellt seien, müßten die Preise kostenorientiert angehoben werden. Staatliche Hilfen sollten nur flankierend in den Bereichen eingesetzt werden, „wo das Klassenziel nicht erreicht werden kann". Eine Renationalisierung der Agrarpolitik würde zu einer Schwächung der europäischen Integration führen. „*Die Preispolitik darf* nicht untergehen", so die Forderung Heeremans.

LINOTYPE / Übernahmeangebot an Stempel-Aktionäre

Engere Zusammenarbeit

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Mit einem Übernahmeangebot an die freien Aktionäre der D. Stempel AG, Frankfurt, kommt heute die Mergenthaler Linotype GmbH, Eschborn, die seit Jahren gut 60 Prozent des Stempel-Grundkapitals (6,04 Mill. DM) hält: Linotype bietet 220 DM je 50-DM-Aktie. Das Angebot mit der Bedingung, daß mindestens 20 Prozent der freien Aktionäre annehmen, gilt einen Monat. Die Aktien der Stempel AG, die zuletzt 4 DM Dividende gezahlt hatte, waren vor der Kursaussetzung am Freitag mit 174 DM notiert worden (Kurs gestern 219 DM).

Linotype, der größte europäische Hersteller von Fotosatzmaschinen und EDV-Systemen für die grafische Industrie, arbeitet seit gut 80 Jahren mit der Stempel AG, einst größte Schriftgießerei der Welt, zusammen. Nach dem Vorrücken des Fotosatzes verlor dieser traditionelle Bereich an Bedeutung.

Stempel macht heute 80 bis 85 Prozent seines Umsatzes mit dem Mehrheitsaktionär Linotype und hat sich darauf konzentriert, Schriftträger für die Fotosatzmaschinen von Mergenthaler Linotype zu produzieren. Nach der Übernahme will Linotype Stempel mit Anlagen und Mitarbeitern im eigenen Betrieb integrieren.

Linotype, seit Anfang des Jahrhunderts mit seinen Bleisatzmaschinen in den Druckereien zu Hause, hat seit Anfang der siebziger Jahre konsequent auf den elektronischen Fotosatz gesetzt und 1976 die Produktion der Bleisatzmaschinen eingestellt. Daß dies richtig war, signalisiert die Umsatzentwicklung der letzten Jahre.

Nach einem großen Sprung in 1983 ist Linotype auch im vergangenen Jahr um rund 40 Prozent gewachsen; der Umsatz in Deutschland liegt jetzt bei rund 250 Mill. DM und macht damit die Hälfte des weltweiten Gruppenumsatzes aus, wie auch die Hälfte der 2000 Beschäftigten in der Bundesrepublik arbeiten.

Das Unternehmen gehört zwar zum amerikanischen Mischkonzern Allied Corp., der weltweit auf etwa 11 Mrd. Dollar Umsatz kommt, die jetzt angestrebte Übernahme von Stempel bezeichnet Wolfgang Kummer, Vorsitzender der Geschäftsführung von Mergenthaler Linotype, aber als „rein deutsche Angelegenheit". Ohnehin liege die Funktion als Konzernspitze für Linotype in Eschborn.

Die Stempel-Übernahme wird bei Linotype als konsequenter Abschluß einer Entwicklung gesehen, die die beiden Unternehmen in den letzten Jahren immer enger zusammenwachsen ließ. Die Schriftenentwicklung und -produktion, die Linotype selbst in den USA und in Kooperation in Japan betreibt, wird auch künftig beibehalten.

FREUDENBERG / Gruppenumsatz ist auf drei Milliarden Mark gestiegen – Dem Sog der Nachfrage gefolgt

Investitionstempo wird deutlich beschleunigt

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

„Wir empfinden es als heilsamen Zwang, keinen Geldhahn anzapfen zu müssen. Vorläufig können wir mit der Haftung noch gut schlafen." Mit einem Schuß Selbstironie formulierte Reinhart Freudenberg, persönlich haftender Gesellschafter der Firma Carl Freudenberg, Weinheim/Bergstraße, vor dem Stuttgarter Wirtschaftspresse-Club eine der unternehmerischen Leitlinien dieser aus einer großen Ledergerberei hervorgegangenen und inzwischen breit diversifizierten (z. B. Kunstleder) Unternehmensgruppe.

Unter Hinweis auf die relativ hohe Eigenkapitalquote von 36 bis 37 Prozent (per Ende 1984), der noch elf Prozent Pensionsrückstellungen hinzuzurechnen seien, argumentierten Reinhart Freudenberg und seine persönlich haftenden Gesellschafter-Kollegen Hermann Freudenberg und Siegfried Hinz, man sehe keine Notwendigkeit für einen Schritt an die Börse. Bisher habe man alle Investitionen mit Eigenmitteln finanzieren können.

Zur Zeit ist Freudenberg dabei, sein Investitionstempo kräftig zu beschleunigen. Während in den Jahren 1981 bis 1983 in der Gruppe jährlich in der Größenordnung der Abschreibungen von jeweils etwa 130 Mill. DM investiert wurde, sind die Investitionen 1984 auf über 200 Mill. DM hochgezogen worden, und für 1985 sind 250 Mill. DM eingeplant. Ein Großteil davon geht in Vliesstoff-Produktions-anlagen in den USA sowie in den Sektor technischer Produkte, der sich sehr dynamisch entwickelt. Hier wird beinahe jede zweite Umsatzmark hereingeholt.

Der konsolidierte Gruppenumsatz von Freudenberg (einbezogen sind 120 bis 130 Gesellschaften) wird für 1984 mit etwa drei Mrd. DM angegeben, nachdem für 1983 ein Umsatz von 2,62 Mrd. DM genannt worden war. Auf die größte Tochter, die Carl Freudenberg (KG), Weinheim, entfallen allein rund 1,3 Mrd. DM Umsatz. 60 Prozent der Produktion der Gruppe wird im Inland erbracht (wovon ein Drittel in den Export geht), 22 Prozent in den USA, 13 Prozent im übrigen Europa und der Rest in Lateinamerika und Südafrika. Bei Freudenberg sei man immer dem Sog der Nachfrage gefolgt. Berücksichtigt dabei sind nicht die Freudenberg-Aktivitäten in Japan, wo Minderheitsbeteiligungen an zwei Gesellschaften bestehen, die auf zusammen umgerechnet 1,5 Mrd. DM Umsatz kommen.

Für die Entwicklung von Umsatz und Ertrag der Freudenberg-Gruppe 1985 zeichne sich, wie es heißt, eine positive Entwicklung ab. Schon im vergangenen Jahr sei der Ertrag besser ausgefallen als im Jahr davor. Genauere Angaben hierzu waren nicht zu entlocken. Immerhin bereitet das Unternehmen für 1984 erstmals die Veröffentlichung einer Weltbilanz (allerdings ohne G + V) vor. Für Forschung und Entwicklung wende man zwischen vier und fünf Umsatzprozente auf.

Die Firmengruppe zählt im Inland rund 13 000 und im Ausland etwa 9000 Mitarbeiter. Die Beschäftigtenzahlen tendierten im laufenden Jahr eher leicht nach oben.

Das 1849 gegründete Unternehmen, einstmals größte europäische Gerberei, hat sich – ausgehend von den Schwierigkeiten der Lederindustrie in den dreißiger Jahren – seitdem Zug um Zug auf neue Produktfelder begeben. Man begann bei Wursthüllen, stieg dann bei Lederdichtungen ein, die Basis wurden für großangelegte Aktivitäten (z. B. mit Synthesekautschuk) im Bereich der Zulieferteile für die Autoindustrie.

Ein breites Spektrum an Vliesstoffen kam hinzu. Nicht zuletzt ist Freudenberg auch mit flexiblen Leiterplatten ein bedeutender Zulieferant für die Elektronikindustrie. Fast ein Drittel des Umsatzes geht in den Fahrzeugbau, 19 Prozent werden mit dem Groß- und Einzelhandel getätigt, 17 Prozent gehen in die sonstige Investitionsgüter-Industrie, zehn Prozent in die Bekleidung, neun Prozent in Schuhe und Leder.

Zur Gruppe zählt u. a. die Elefanten-Schuh-Gruppe. Das oberste Management der Dachgesellschaft Carl Freudenberg & Co und ihrer größten Tochter, der Firma Carl Freudenberg (KG), besteht aus sechs persönlich haftenden Gesellschaftern, darunter sind drei von außerhalb der Gründerfamilie.

Horst Münzner wird 60 Jahre


FOTO: DIE WELT

Seinen 60. Geburtstag feiert heute Horst Münzner, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Volkswagenwerk AG. Der gebürtige Sachse war nach Kriegsende in der Schiffbauindustrie tätig, bevor er 1963 als Leiter des Einkaufbereichs Betriebsmittel nach Wolfsburg kam. Im VW-Vorstand, dem er seit 1969 angehört, ist Münzner für das Ressort Einkauf und Logistik zuständig. Im Unternehmen gilt der passionierte Bergsteiger als harter Arbeiter.

Unter seiner Leitung wird seit geraumer Zeit ein neues umfassendes Logistik-Konzept erarbeitet, das die Auftragsdurchlaufzeiten verkürzen und die Bestände auf allen Stufen der Beschaffung und Fertigung reduzieren soll. Münzner ist ferner Vorsitzender des Triumph-Adler-Aufsichtsrates, der sanierungsbedürftigen VW-Tochter und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der eisen- und metallverarbeitenden Industrie und des Rohstoffausschusses im Verband der Automobilindustrie sowie Präsident der Industrie- und Handelskammer Braunschweig. (dos.)

NAMEN

Gerhard Beier, Vorstandsvorsitzender der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft AG, Bremen/Bremerhaven, wird *am 23. Januar 65 Jahre* und tritt Ende 1985 in den Ruhestand.

Hans-Joachim König, Alleingeschäftsführer der Letron GmbH, Aschaffenburg, eine hundertprozentige Herberts-Tochter, vollendet am 23. Januar das 60. Lebensjahr.

Eberhard Paech, Hauptgesellschafter von Paech GmbH Brot und Backwaren, Berlin, feiert am 23. Januar den 75. Geburtstag.

Dr. **Bernhard Schlegtendal**, bisher Sprecher der Geschäftsführung TGW Thyssen Getriebe- und Kupplungswerke GmbH, trat am 1. Januar 1985 als Partner in die Colonia Management & Personal-Beratung GmbH, Köln, ein.

Martin Grübl, bisher Leiter des Geschäftsbereichs Schwäbisch Gmünd der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG, wurde zum alleinigen Vorstand der Lemförder Metallwaren AG bestellt. Dr. **Jürgen Ulderup**, bis zum 31. Dezember 1984 Vorstand der Gesellschaft, ist in den Aufsichtsrat der *Lemförder Metallwaren AG* berufen und zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt worden.

Klaus Friedrich (49), bis Ende 1984 Bergwerksdirektor der Preußenelektra, ist am 1. Januar 1985 als Vorstandsmitglied in die Unternehmensleitung der Braunschweigische Kohlen-Bergwerke AG (BKB), Helmstedt, eingetreten. Er wird den Aufgabenbereich von Bergwerksdirektor **Helmut von Unruh** (65) nach dessen Ausscheiden aus dem aktiven Dienst am *1. Mai 1985 übernehmen.*

Hans J. Schüttlöffel (45) ist als Vorsitzender der Geschäftsleitung für die Gesellschaften Burroughs Deutschland GmbH, Eschborn und Burroughs Datenverarbeitung Ges. m. b. H., Wien, eingetreten. **Winfried Hoffmann**, bisheriger Geschäftsführer, verläßt Burroughs im gegenseitigen Einvernehmen.

Italo Morgera wurde zum Bezirksdirektor für Mittel- und Osteuropa, Frankfurt, der Alitalia ernannt. Er löst Dr. **Enzo Cardinale** ab, der in die Bezirksdirektion für Mittel- und Südamerika nach Rio de Janeiro überwechselte.

Dr. **Gerd Müller-van Ißem** (38) hat zum Jahresbeginn 1985 die Geschäftsführung der Industrievereinigung Gartenbedarf IVG, Düsseldorf, übernommen.

Dr. **Heinz Gentz**, Mitglied des Vorstands der Veba AG, wurde zum Vorsitzenden der Aufsichtsräte der Veba Wohnstätten AG, Bochum, und der *Westdeutschen Wohnhäuser AG*, Düsseldorf, gewählt. Er ist Nachfolger von **Hermann Russe**.

Bernd Gerken, bisher bei der Deutsche BP AG tätig, übernahm zum 1. Januar den Vorstandsvorsitz bei der Thyssen Brennkraft GmbH, Duisburg. **Peter Wiede** wurde zum Mitglied der Geschäftsführung der Thyssen Rheinstahl Technik GmbH, Düsseldorf, bestellt.

FRANKREICH / Löhne geringer als Preise gestiegen

Ertragslage wieder besser

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Stabilisierungspolitik der sozialistischen Regierung hat der französischen Wirtschaft erlaubt, ihre finanzielle Lage fühlbar zu verbessern, stellt das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) fest. Ende letzten Jahres hätten die Industrieunternehmen aller Größenordnungen mit Ausnahme der Stahl- und Automobilindustrie insoweit ihren Status von Anfang 1980 wiedererlangt. Er hatte sich auf Grund der steuerlichen und sozialen Unternehmensbelastungen unter Präsident Mitterrands ersten Regierungsmonaten verschlechtert.

Besonders große Fortschritte waren nach Angaben des INSEE im zweiten Halbjahr 1984 erzielt worden. Trotz der schwachen Binnenkonjunktur konnten dank verstärkter Exporte und des hinter der Inflation zurückgebliebenen Lohnkostenanstiegs durchweg höhere Erträge (geringere Verluste) verbucht werden. Dies erlaubte den meisten Unternehmen, ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten zu reduzieren.

Obwohl sich im letzten Jahr die Investitionstätigkeit der französischen Industrie belebt hat, nahm auch ihre mittel- und langfristige Verschuldung nicht mehr zu. Dies lag allerdings nicht nur an der größer gewordenen Selbstfinanzierungsquote. Darüber hinaus wurden mehr Investitionsgüter im Leasing angeschafft. Die eigentlichen Investitionsaufträge haben sich dagegen laut INSEE verlangsamt – auch mit der Folge, daß die Kreditnachfrage der Industrie schwach blieb.

Der (rechts stehende) Unternehmerverband (CNPF) selbst räumt ein, daß es der Industrie inzwischen besser geht. Aber ihre finanzielle Lage sei immer noch weniger gut als in anderen Ländern. In verschiedenen Sektoren, insbesondere der Bauwirtschaft, sei die Lage ausgesprochen beunruhigend. Für die nächsten Monate erwartet das INSEE eine Stabilisierung der Finanzlage.

Allerdings sind im Staatshaushalt für 1985 die Unternehmenssteuern gesenkt worden. Außerdem dürfen Unternehmen Steuern, die in den letzten fünf Jahren auf Gewinne gezahlt wurden, auf künftige Verluste anrechnen.

US-THINK-TANKS

Steuerreform hat Vorrang

H.-A. SIEBERT, **Washington**

In einer ersten gemeinsamen Studie kommen Amerikas „Think Tanks" zu dem Schluß, daß Präsident Ronald Reagan in seiner zweiten Amtszeit der Reform des Steuersystems Vorrang einräumen muß. Die Konzentration auf den Abbau der Haushaltsdefizite sei politisch falsch, da sich dadurch die notwendigen Fiskalkorrekturen nicht erreichen ließen. Die wichtigsten Forschungsinstitute gehen davon aus, daß sich der Kongreß niemals auf ausreichende Ausgabenschnitte einigen wird. Vielmehr läßt sich die gigantische Einnahmenlücke nur durch steuerliche Eingriffe schließen.

Unter Führung des berühmten Hudson Institute, das von dem verstorbenen Herman Kahn gegründet wurde, schlagen das Institute for Research on the Exonomics of Taxation, die Hoover Institution, die Heritage Foundation, die Brookings Institution und das American Enterprise Institute eine weitgehende Steuervereinfachung vor. Dabei sollen die Freibeträge erhöht und das Sparen durch Steuerverzicht gefördert werden. Angestrebt wird „ein neutrales Steuersystem, das der US-Wirtschaft keine Kosten in Form eines gebremsten Wachstums, niedriger Beschäftigung und höherer Zinsen auferlegt".

Den Autoren schwebt ein Einkommenssteuersystem vor, in dem nach einer stufenweisen Einführung über mehrere Jahre nur noch Privatpersonen Abgaben leisten. Als unsinnig wird die Besteuerung von Unternehmen bezeichnet. Empfohlen werden möglichst niedrige Einheitssteuern. Zugleich sprechen sich die Institute für mehr Markt in der Gesundheitsfürsorge aus, um die Kostenexplosion einzudämmen. Außerdem müsse die Sozialversicherung durch private Alternativen ergänzt werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: ASAS-Immobilien GmbH; **Aschaffenburg:** Aviation Supplies Handelsges. mbH, Miltenberg OT Mainbullau; **Augsburg:** 1. Martin Arnold 2. Klaus Michael Schöneck; **Bielefeld:** Bixe & Co. GmbH, Fahrrad- u. Motorrad-Fabriken; **Detmold:** Friedel Ackermeier *GmbH & Co. KG, Lügde-Rischenau;* Ackermeier Verwaltungsges. mbH, Lügde-Rischenau; **Düren:** Bauunternehmung Zimmer GmbH u. Co. KG, Niederzier; **Frankfurt/M.:** Nachl. d. Kurt Alfred Kleiner, Bäckermeister; **Gelsenkirchen:** CPA Computer-Anwendungen GmbH, Haltern 1; **Herford:** Thermo Bau GmbH, Kirchlengern 1; **Nördlingen, Donauwörth:** Friedrich Hager jun., Zimmermeister, Hürnheim; Ferdinand Grimm, Schreinermeister, Wallerstein, Inh. d. Holz Grimm, Marktoffingen; **Norderstedt:** Otto Edmund Beutler, Kaufm.; **Rotenburg a. d. F.:** Georg Sandrock, Inh. Rolf Sandrock, Ziegelwerk, Alheim-Baumbach; **Stuttgart:** KF Konservenfeinkost Import- u. Vertriebs GmbH, Nürtingen; Nachl. d. Andreas Hölter; **Worms:** Guske u. Jäger, Inh. Paul Jäger, Alsheim.

Konkurs beantragt: Mainz: Küleg, Kühlmöbelfabrik u. Apparatebau GmbH, Heidesheim-Uhlerborn.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Detmold: Richard Koch KG (Möbelfabrik), Oerlinghausen; **Frankfurt:** AIG Ges. f. Ingenieurleistungen mbH; **Hagen:** a) Autohaus Schildberg GmbH & Co. KG, b) Walter GmbH.

Vergleich beantragt: Itzehoe: Maren Löfflers Laden GmbH, Kellenhusen; **Osterholz Scharmbeck:** KG i. Christian Schmidt-Prestin GmbH & Co.; **Warburg:** Ing. grad. Erwin Stelzer.

Risikokapital für bayerische Firmen

sz, **München**

Eine Venture-Capital-Gesellschaft für Bayern haben zehn bayerische Banken und zwei Versicherungen gegründet. Die „Bayerische Wagnisbeteiligungsgesellschaft mbH", München, ausgestattet mit einem Eigenkapital von 18 Mill. DM, soll die Entwicklung und Vermarktung neuer Technologien und Innovationen nur bei in Bayern ansässigen mittelständischen Unternehmen fördern. Im Einzelfall soll eine Beteiligung an solchen Firmen zunächst 1 Mill. DM nicht übersteigen.

Der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann, auf dessen Initiative diese Gründung zurückgeht, erwartet von der Tätigkeit der Gesellschaft weitere Impulse für die Innovationstätigkeit im Freistaat. Gesellschafter der Wagnisbeteiligung, die mit einem Stammkapital von 9 Mill. DM ausgestattet wurde, sind die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, Bayerische Landesbank, Bayerische Raiffeisen-Zentralbank, Bayerische Vereinsbank, Bayerische Volksbanken, Merck Finck & Co., Bankhaus Reuschel, Bankhaus Karl Schmidt, Fürst Thurn und Taxis Bank, Bayerischer Versicherungsverband und die Bayern-Versicherung.

Karstadt durch Töchter belastet

dpa/VWD, **Essen**

Der größte deutsche Warenhauskonzern, die Karstadt AG, Essen, konnte 1984 das gute Vorjahresergebnis nicht erreichen. Die gedämpfte Geschäftsentwicklung habe sich erst kurz vor Weihnachten belebt, erklärte das Unternehmen. Außerdem hätten die zum Konzern gehörenden Firmen NUR Touristic GmbH und Neckermann Versand AG Sonderbelastungen verursacht. Der Umsatz des Konzerns (ohne Reisegeschäft) ging 1984 den Angaben zufolge um 2,9 Prozent auf 9,1 Mrd. DM zurück. Die Reisebüros kamen auf einen Umsatz von 413,1 Mill. DM (plus 10 Prozent).

Die Verkaufsfläche der AG in insgesamt 163 Häusern blieb mit rund 1,3 Mill. Quadratmeter fast unverändert. Die Zahl der Mitarbeiter ging – auf volle Arbeitszeit umgerechnet – um 1500 auf 53 880 zurück. Der Umsatz der NUR Touristic GmbH verringerte sich im Geschäftsjahr 1983/84 (31. Oktober) um 2 Prozent auf 1,1 Mrd. DM, während die Zahl der Buchungen um 0,8 Prozent auf rund 913 000 sank. Die Neckermann Versand AG setzte einschließlich Mehrwertsteuer mit 1,6 Mrd. DM 0,4 Prozent weniger um als 1983. Flächenbereinigt habe sich jedoch noch ein Plus von 0,6 Prozent ergeben.

HANDEL / Institut für Selbstbedienung: Die Zahl der Cash-und-Carry-Märkte sinkt

Deutliches Nord-Süd-Gefälle

HANNA GIESKES, **Bonn**

Die Konzentrationswelle, die derzeit durch den Einzelhandel geht, hat den Cash-und-Carry-Großhandel schon vor Jahren erfaßt: Eine Untersuchung des Instituts für Selbstbedienung (ISB), Köln, bestätigt, daß die Zahl der C+C-Märkte in der Bundesrepublik deutlich kleiner wird, während die durchschnittliche Verkaufsfläche immer weiter ansteigt.

Rund 350 Selbstbedienungs-Großhandelsmärkte zählten die ISB-Forscher im Sommer 1984 in der Bundesrepublik Deutschland; im Jahr 1972 waren es rund 700 Märkte. Die durchschnittliche Verkaufsfläche sei von 3012 Quadratmeter im Jahr 1972 auf inzwischen 4355 Quadratmeter gestiegen, heißt es weiter.

Die Forscher ziehen Parallelen zur Entwicklung im Einzelhandel: So nehme auch dort die Zahl der Selbstbedienungsmärkte bei steigender Verkaufsfläche ab, „aber im C+C-Bereich ist diese Tendenz deutlich ausgeprägter". Unterschiede ergäben *sich allerdings* bei der Entwicklung der Gesamtverkaufsfläche; im Großhandel gehe sie leicht zurück, „während der SB-Einzelhandel vermutlich sein Maximum erreicht hat".

Die Cash-und-Carry-Landschaft ist durch ein deutliches Nord-Süd-Gefälle geprägt, heißt es weiter. Nach Ermittlungen der Kölner Forscher gibt es die meisten Betriebe in Bayern (86), aber es sind auch die kleinsten. Die größten Märkte exsistieren in Nordrhein-Westfalen, wo Objekte von 10 000 Quadratmeter und mehr keine Seltenheit sind: Sie allein stellen 55 Prozent der C+C-Verkaufsfläche.

In Baden-Württemberg fällt der Anteil der Verkaufsgiganten auf unter 21 Prozent ab; hier liegen die bescheideneren Objekte – 3000 bis 4999 Quadratmeter – deutlich vorn. In Bayern sind die Betriebe bis zu 2000 Quadratmeter am erfolgreichsten. In Berlin hingegen gibt es nur drei „Riesen": einen mit einer Fläche von knapp 8000 Quadratmeter, die beiden anderen mit jeweils über 10 000.

Schwerpunkt in den Umsatzerlösen der Selbstbedienungs-Großhändler bilden die Lebensmittel; ihr Umsatzanteil liegt *in Märkten bis zu 5000* Quadratmeter bei 84 Prozent. In größeren Märkten sinkt er bis auf 50 Prozent. Die Kölner Forscher haben sich sogar mit der Größe der Parkplätze beschäftigt und herausgefunden, daß sehr kleine Märkte je 100 Quadratmeter Verkaufsfläche durchschnittlich 4,7 Parkplätze bereithalten, während diese Ziffer in größeren Betrieben auf 3,2 sinkt.

Cash- und Carry-Märkte können wegen ihrer Großhandelseigenschaft außerhalb der gesetzlichen Ladenschlußzeiten verkaufen, und sie können die Ware zum Nettopreis ohne Mehrwertsteuer auszeichnen. Von den Einzelhandelsverbänden wird ihnen immer wieder vorgehalten, daß sie ihre Kunden nicht sorgfältig kontrollierten und in großem Maße an Endverbraucher verkauften.

Aus diesem Grund wird zur Zeit die Behandlung der neuen Preisangaben-Verordnung im Bundesrat verzögert. Sollten die mittelstandsorientierten Handelsverbände den C+C-Betrieben ihre Großhandelseigenschaft erfolgreich absprechen, dann vergrößert sich der Kapazitätsüberhang im deutschen Einzelhandel auf einen Schlag um 1,5 Millionen Quadratmeter.

Renten stabilisiert

Auf dem Rentenmarkt konnten die am Wochenende eingetretenen kräftigen Kurssteigerungen im allgemeinen erfolgreich verteidigt werden. Es kam zwar zu Schwankungen, sie lagen aber überwiegend zur Plusseite hin. Es fehlte vor allem an Kaufaufträgen aus dem Ausland. Das machte sich auch bei der neuen 7½prozentigen Bahnanleihe bemerkbar, zumal deren Konditionen nach Meinung der Rentenhändler nicht ganz in die Zinslandschaft passen. Bei den Pfandbriefen überwiegend schleppendes Geschäft zu wenig veränderten Notierungen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		21. 1.	18. 1.
7 dgl. 77	2.87	101,45	101,46G
6 dgl. 77	9.87	99,45	99,5
6 dgl. 78 II	7.88	98,6	98,5

	21. 1.	18. 1.
M 7 dgl. Pf 20	100bG	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5bG	102,5bG
7 dgl. Pf 31	101G	101G
8 dgl. Pf 34	98,25	98
6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15G
Ha5 Bnhyp. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	95,25G	95,25G
7½ dgl. Pf 87	100,5G	100,5G
6 dgl. KS 29	86,25G	88,25G
7 dgl. KS 30	101,35G	101,35G

	21. 1.	18. 1.
Ha8 dgl. Pf 10	100,1bG	100,1bG
9 dgl. KO 53	100,75G	100,75G
7½ dgl. IS 6	102,3G	102,3G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	89,9G	90,1G
6 dgl. Pf 85	85G	85G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	129G	129G
5½ dgl. K	107G	107G
4 dgl. Pf 18	104G	104G

	21. 1.	18. 1.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 84	100,35	100,35G
7 dgl. 89	100,15G	100,15G
8 dgl. 101	103,5G	103,5G
7½ dgl. 102	102,25G	102,25G
9½ dgl. 126	105,9G	105,9G
D 8 LAS TS 76	101,3G	101,3G
6¾ dgl. TS 77	100,2	100,2
5½ dgl. 78	97,3G	97,3G
7 dgl. 79	101	100,95

	21. 1.	18. 1.
F 7½ Jap. Synth. 82	200G	200G
7½ dgl. 82 oO	102,5G	102,75bB
5¾ Jusco 83 mO	143G	142B
5¾ dgl. 83 oO	96,4G	96,4
3½ Kansai Paint 84 mO	97,5	97,5
3½ dgl. 84 oO	88,75bG	88,75G
3½ Mitsubishi 84 mO	103,8	103,5
3½ dgl. 84 oO	90,85	90,7bB
3½ Nippon Flour 84 mO	107,75	107,25
3½ dgl. 84 oO	87	88T
5¾ Ryobi Watch 83 mO	133G	133G
5¾ dgl. 83 oO	97,25	96,5G
4¾ dgl. 84 mO	105,5G	105,5
4¾ dgl. 84 oO	92bB	91,6G
3¾ Tsumura Juntendo 84 mO	98T	94,5
3¾ dgl. 84 oO	87,75bG	87,9T
4 Veba 84 mO	122G	122B
4 Veba 84 oO	83,25	83,4
F 6½ Wells F. 73 mO DM	155T	155T
6½ dgl. 73 oO DM	98T	98,4G
F 8½ BASF 74 mO	153,25	153,25
8½ BASF 74 oO	102,05	101,85
3¼ Bayer 84 mO	130,5	131,35
3¼ Bayer 84 oO	79	79
5 Conti 84 mO	135,25	136
5 Conti 84 oO	88	86

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Leicht abgeschwächt schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Kräftige Gewinne verzeichnete dagegen Kupfer. Während Kaffee deutlich fester schloß, kam es bei Kakao nur zu bruchteiligen Aufschlägen.

Getreide und Getreideprodukte

	18. 1.	17. 1.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	350,75	353,00
Mai	343,25	344,75
Juli	332,50	333,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	249,19	249,19
Amber Durum	249,49	249,49
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	140,50	140,50

Kakao New York ($/t)	18. 1.	17. 1.
Terminkontr. März	2184	2183
Mai	2208	2200
Juli	2185	2181
Umsatz	2818	4595
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	4,08	4,22
Mai	4,44	4,57
Juli	4,85	4,93
Sept.	5,12	5,17
Okt.	5,30	5,36

Genußmittel

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	18. 1.	18. 1.
schw. Sarawak spez.	460,00	460,00
weißer Sarawak	690,00	690,00
weißer Muntok	700,00	700,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	72,30	71,25
März	72,60	71,90
Mai	74,00	73,35

Rohöl, (fob 100 kg) roh Niederl. fob Werk	236,00	230,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	885,00	895,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	203,00	300,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Kautschuk London (p/kg)	18. 1.	17. 1.
Nr. 1 RSS loco	64,00-65,00	64,00-66,00
Febr.	63,50	64,00
März	59,50-64,50	69,50
April	61,00	61,50-66,00
		Tendenz: ruhig

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Edelmetalle

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	21. 1.	18. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	423-424	434-424
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	458	458
MS 63	455-462	456-461

Internationale Edelmetalle

Platin (£-Feinunze) London	18. 1.	17. 1.
fr. Markt	245,56	243,85
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	106,30	105,15

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Zink (£/t) Kasse	728,00-728,50	718,50-715,00
3 Monate	723,00-724,00	714,00-715,00
Zinn (£/t) Kasse	9770-9780	9710-9720
3 Monate	9755-9760	9730-9740
Quecksilber ($/Fl.)	–	300-305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	65-70

Wir trauern um

Norbert Heberer

stv. Vorsitzender der Geschäftsführung der Saarberg Öl und Handel GmbH

Er wurde plötzlich am 18. 1. 1985 aus dem aktiven Leben in seinem 59. Lebensjahr abberufen.

Während 7 Jahren hat er die Mineralölsparte der Saarbergwerke geleitet und die Gründung unseres Hauses entscheidend mitgestaltet.

Herr Heberer hat unserem Unternehmen mit seiner großen Erfahrung, seinem profunden fachlichen Können, seinem unternehmerischen Gestaltungswillen und seiner Zielstrebigkeit in schwieriger Zeit wichtige Impulse gegeben.

Wir verlieren einen guten und fairen Kollegen, einen gerechten Vorgesetzten, dessen Aufrichtigkeit und Humor wir sehr vermissen werden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung
Betriebsrat und Mitarbeiter der
SAARBERG ÖL UND HANDEL GMBH

6600 Saarbrücken, 21. Januar 1985
Ursulinenstraße 67

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, 23. Januar 1985, um 9.30 Uhr auf dem Hauptfriedhof Saarbrücken in der alten Einsegnungshalle statt.

Herausgeber: *Axel Springer, Matthias Walden†* Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 30 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 28,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

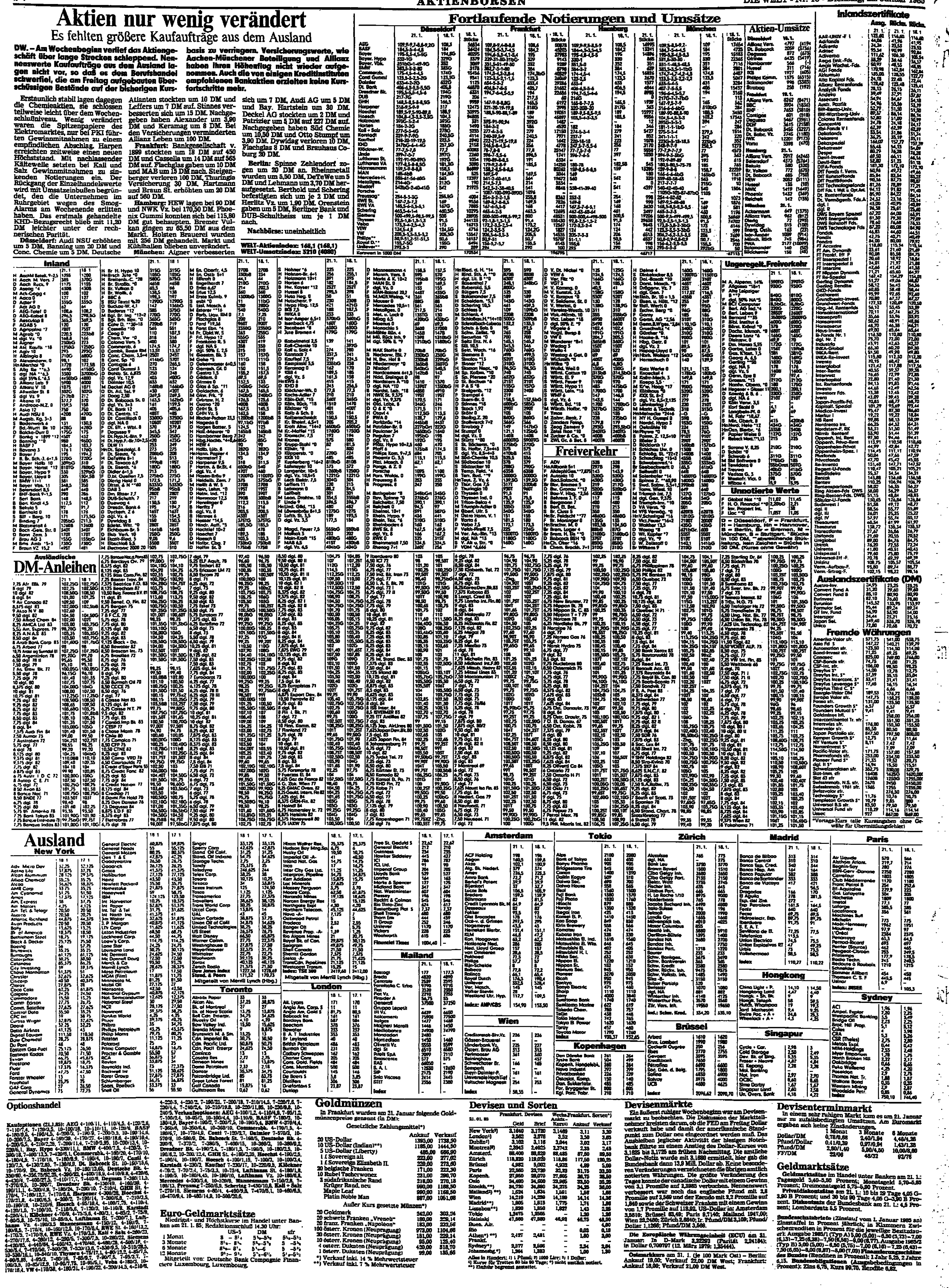
Herstellung: Werner Kozlak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6



Aktien nur wenig verändert

Es fehlten größere Kaufaufträge aus dem Ausland

DW. – Am Wochenbeginn verlief das Aktiengeschäft über lange Strecken schleppend. Nennenswerte Kaufaufträge aus dem Ausland lagen nicht vor, so daß es dem Berufshandel schwerfiel, die am Freitag aufgebauten überschüssigen Bestände auf der bisherigen Kursbasis zu verringern. Versicherungswerte, wie Aachen-Münchener Beteiligung und Allianz haben ihren Höhenflug nicht wieder aufgenommen. Auch die von einigen Kreditinstituten empfohlenen Bankaktien erzielten keine Kursfortschritte mehr.

Erstaunlich stabil lagen dagegen die Chemieaktien, sie schlossen teilweise leicht über dem Wochenschlußniveau. Wenig verändert waren die Spitzenpapiere des Elektromarktes, nur bei PKI führten Gewinnmitnahmen zu einem empfindlichen Abschlag. Harpen erreichten zeitweise einen neuen Höchststand. Mit nachlassender Kältewelle setzten bei Kali und Salz Gewinnmitnahmen zu sinkenden Notierungen ein. Der Rückgang der Einzelhandelswerte wird mit Umsatzeinbußen begründet, den die Unternehmen im Ruhrgebiet wegen des Smog-Alarms am Wochenende erlitten haben. Das erstmals gehandelte KHD-Bezugsrecht blieb mit 11,20 DM leichter unter der rechnerischen Parität.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten um 5 DM, Banning um 20 DM und Conc. Chemie um 5 DM. Deutsche Atlanten stockten um 10 DM und Leffers um 7 DM auf. Stinnes verbesserten sich um 15 DM. Nachgegeben haben Alexander um 3,90 DM und Keramag um 8 DM. Bei den Versicherungen verminderten Allianz Leben um 100 DM.

Frankfurt: Bankgesellschaft v. 1899 stockten um 18 DM auf 450 DM und Cassella um 14 DM auf 565 DM auf. Flachglas gaben um 10 DM und MAB um 15 DM nach. Steigenberger verloren 100 DM, Thuringia Versicherung 30 DM. Hartmann und Braun St. erhöhten um 20 DM auf 560 DM.

Hamburg: HEW lagen bei 90 DM und NWK Vz. bei 170,50 DM. Phoenix Gummi konnten sich bei 115,80 DM gut behaupten. Bremer Vulkan gingen zu 65,50 DM aus dem Markt. Holsten Brauerei wurden mit 256 DM gehandelt. Markt und Kühlhallen blieben unverändert.

München: Aigner verbesserten sich um 7 DM, Audi AG um 5 DM und Bay. Hartstein um 30 DM. Deckel AG stockten um 2 DM und Patrizier um 5 DM auf 227 DM auf. Nachgegeben haben Süd Chemie um 10,50 DM und Otto Stumpf um 3,90 DM. Dywidag verloren 10 DM, Flachglas 8 DM und Brauhaus Coburg 20 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf zogen um 20 DM an. Rheinmetall wurden um 5,50 DM, DeTeWe um 5 DM und Lehmann um 3,70 DM heraufgesetzt. Berthold und Schering befestigten sich um je 2 DM und Herlitz Vz. um 1,90 DM. Orenstein gaben um 5 DM, Berliner Bank und DUB-Schultheiss um je 1 DM nach.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 168,1 (168,1)
WELT-Umsatzindex: 3210 (4080)

Optionshandel

Kaufoptionen (21.1.85): AEG 4-100/11, 4-110/4,5, 4-120/2,8, 7-110/7,4, 7-120/3,5, 10-100/18, 10-110/11, 10-120/6, **BASF** 4-180/9,5, 4-190/4,5, 4-200/3, 7-190/9, 7-200/5,5, 10-190/14,8, 10-200/7,5, **Bayer** 4-160/39, 4-170/27, 4-180/18,6, 4-190/10,4, 4-200/5,5, 4-210/2,25, 7-200/11,4, 7-210/5,95, 10-200/13,4, 10-220/6,1, **Bay. Hypo** 4-330/11,1, **BMW** 4-400/7,5, 4-420/3, 7-390/18, 7-400/13,5, 7-420/6,1, **Commerzbk.** 4-160/20, 4-170/10, 4-180/4,5, 7-170/16, 7-180/8,9, 7-190/4, 10-190/7, **Conti** 4-120/7,5, 4-130/2,85, 7-130/8,9, **Dt. Babcock St.** 10-160/15,6, 10-170/9, **Dt. Babcock Vz.** 10-180/13,65, **Deutsche Bk.** 4-350/60, 4-356,75/52,25, 4-390/23, 4-400/18,9, 4-410/9,8, 4-420/6, 4-430/4, 7-400/27,5, 7-410/17,7, 7-440/6, **Degussa** 7-360/11,5, 7-370/6,5, 10-380/7, **Dresdner Bk.** 4-150/49, 4-160/39, 4-190/11,1, 4-200/4,9, 7-180/24, 7-200/10, 7-210/4, **GHH St.** 4-170/4, 7-160/12,7, 7-170/6,6, **Harpener** 4-300/28, **Hoechst** 4-170/21,8, 4-190/6,5, 4-200/2, 7-190/14, 7-200/6,8, 7-210/3,5, 10-190/18, 10-210/6, **Hoesch** 4-95/10,4, 4-100/7,75, 4-110/4, 4-120/1,5, 7-100/10, 7-110/5,6, 7-120/3, 10-110/8, **Karstadt** 4-250/4,1, **Klöckner** 4-70/9, 4-75/5,8, 4-80/3,1, 4-85/2, 7-75/8, 7-80/5,8, 10-75/10, 10-85/5,4, **Lufthansa St.** 7-200/7,1, **Lufthansa Vz.** 4-190/3,5 **Mannesmann** 4-150/12, 4-160/5, 7-160/8,5, 7-170/4, 10-160/12,5, 10-170/8,4, **RWE St.** 4-160/13,2, 4-170/5, 7-170/8,4, **RWE Vz.** 4-170/3,5, **Kali + Salz** 4-260/23, 4-270/17,6, 4-280/12, 4-290/5, 7-300/7,5, 10-280/22, **Siemens** 4-420/85, 4-440/64, 4-460/43, 4-470/40, 4-480/28, 4-500/18, 4-530/5,4, 7-470/50, 7-500/29, 7-520/13,6, 7-530/9,5, 10-510/28,5, 10-530/16,1, 10-540/10, **Thyssen** 4-75/17,1, 4-80/12,2, 4-85/7,5, 4-90/5,85, 4-95/3, 7-80/16, 7-85/9,7, 7-90/7,5, 7-95/3,7, 7-100/3,5, 10-85/12,9, 10-90/7,75, 10-95/5,1, **Veba** 4-180/3, 10-170/16,4, **VW** 4-170/38, 4-180/31, 4-190/22, 4-200/14,5, 4-210/8, 4-220/5, 4-230/2, 7-180/21, 7-200/18, 7-210/14,5, 7-220/7,6, 7-230/4,4, 7-240/2,4, 10-210/19,8, 10-220/11,85, 10-230/9,8, 10-240/5. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-100/1,2, 4-110/4,9, 7-95/1,2, 7-100/2,4, 10-95/2, 10-100/4,4, 10-110/9, **BASF** 7-180/3, 10-180/4,9, **Bayer** 4-190/2, 7-200/7,5, 10-190/5,4, **BMW** 4-370/4,4, 7-360/6, 10-350/6,4, 10-360/10, **Commerzbk.** 4-170/1,5, 4-180/6,7, 10-170/4,9, **Conti** 7-120/2,7, **Daimler** 7-570/3, 10-570/8, 10-590/9, **Dt. Babcock St.** 7-160/5, **Deutsche Bk.** 4-390/8, 7-370/2, 7-380/5, 7-400/15, 10-360/3, 10-380/9,2, **Dresdner Bk.** 4-190/2,4, 7-180/1,5, 7-190/5, 10-180/2,5, 10-190/6,2, 10-200/12,4, **GHH St.** 4-160/2,35, **Hoechst** 4-190/2,5, 7-190/4, 10-190/7, **Hoesch** 4-100/1,15, 7-100/3, 10-100/3,4, **Karstadt** 4-230/2, **Kaufhof** 7-230/17, 10-220/9,5, **Klöckner** 4-70/2, 7-70/2,4, 7-75/3,3, 10-75/4, **Lufthansa St.** 4-180/1,8, 4-190/5, 10-180/4,45, 10-190/10, **Lufthansa Vz.** 10-180/6,8, **Mercedes** 4-530/5,4, 10-520/6, **Mannesmann** 7-150/2,8, 7-160/13, **Preussag** 7-250/6,9, **Schering** 7-450/10,8, **Kali + Salz** 7-270/10, **Siemens** 4-80/4, 4-490/9,8, 7-470/5,1, 10-460/6,5, 10-470/9,4, 10-480/14,9, 10-500/20,6.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21. 1. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8 – 8¼	5 5/16–5 7/16	5¼–5½
3 Monate	8⅛– 8⅜	5⅝–5⅞	5 –5⅜
6 Monate	8⅜– 8⅝	5¾–6	5 –5½
12 Monate	9⅛– 9⅜	5⅞–6⅛	5⅛–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1395,00	1738,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1185,00	1444,50
5 US-Dollar (Liberty)	485,00	666,90
1 £ Sovereign alt	223,00	277,02
1 £ Sovereign Elizabeth II.	220,00	273,60
20 belgische Franken	171,00	222,30
10 Rubel Tscherwonez	231,00	290,70
2 südafrikanische Rand	218,00	270,18
Krüger Rand, neu	990,00	1168,50
Maple Leaf	990,00	1168,50
Platin Noble Man	887,00	1061,08
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	242,00	303,24
20 schweiz Franken „Vreneli"	180,00	229,14
20 franz. Franken „Napoléon"	183,00	232,56
100 österr. Kronen (Neuprägung)	973,00	1104,66
20 österr. Kronen (Neuprägung)	181,00	229,14
10 österr. Kronen (Neuprägung)	95,00	125,40
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	420,00	518,70
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	99,00	135,66

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

21. 01. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Ankfz.-Kurs4)	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York3)	3,1640	3,1720	3,1469	3,11	3,20
London1)	3,562	3,576	3,52	3,50	3,65
Dublin1)	3,102	3,116	3,044	3,02	3,17
Montreal3)	2,3945	2,4025	2,3742	2,35	2,45
Amsterd.	88,400	88,620	88,485	87,50	89,50
Zürich	118,820	119,020	118,86	117,50	120,25
Brüssel	4,982	5,002	4,932	4,89	5,09
Paris	32,560	32,720	32,23	31,75	33,50
Kopenh.	27,950	28,070	27,605	26,75	28,50
Oslo	34,480	34,600	33,985	33,50	35,25
Stockh.**)	34,720	34,880	34,275	34,25	36,00
Mailand2) **)	1,624	1,634	1,591	1,56	1,66
Wien	14,219	14,259	14,189	14,14	14,36
Madrid**)	1,805	1,815	1,775	1,74	1,86
Lissabon**)	1,830	1,850	1,827	1,43	2,25
Tokio	1,2475	1,2505	–	1,20	1,28
Helsinki	47,660	47,880	46,92	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,80
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,427	2,491	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,577	2,595	–	2,34	2,84
Johannesbg.*)	1,364	1,383	–	1,00	1,30

Alles in Hundert: 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Ein äußerst ruhiger Wochenbeginn war am Devisenmarkt zu beobachten. Die Diskussion der Marktteilnehmer kreisten darum, ob die FED am Freitag Dollar verkauft habe und damit der amerikanische Standpunkt zum Dollar neu eingeordnet werden muß. Das Ausbleiben jeglicher Aktivität der hiesigen Notenbank führte zu einem Anstieg des Dollar-Kurses von 3,1625 bis 3,1725 am frühen Nachmittag. Die amtliche Dollar-Notiz wurde mit 3,1680 ermittelt, hier gab die Bundesbank dann 13,9 Mill. Dollar ab. Keine besonderen Veränderungen verzeichneten die übrigen amtlich notierten Währungen. Die größte Veränderung des Tages konnte der canadische Dollar mit einem Gewinn von 3,1 Promille auf 2,3985 verbuchen. Nennenswert verbessert war noch das englische Pfund mit 2,8 Promille auf 3,569 und der Escudo mit 2,2 Promille auf 1,840 sowie der Schweizer Franken mit einem Gewinn von 1,7 Promille auf 118,92. US-Dollar in: Amsterdam 3,5810; Brüssel 63,49; Paris 9,7140; Mailand 1947,00; Wien 22,2480; Zürich 2,6640; Ir. Pfund/DM 3,109; Pfund/Dollar 1,1266; Pfund/DM 3,569.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 21. Januar: In D-Mark 2,22293 (Parität 2,24184); in Dollar 0,700797 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 21. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

In einem sehr ruhigen Markt kam es am 21. Januar nur zu zufallsbedingten Umsätzen. Am Euromarkt ergaben sich keine Zinsänderungen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,78/0,68	2,40/1,94	4,48/4,28
Pfund/Dollar	0,41/0,39	0,97/0,94	1,43/1,38
Pfund/DM	2,80/1,40	5,80/4,50	10,00/8,60
FF/DM	22/06	48/32	92/76

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21. 1.: Tagesgeld 5,40–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 21. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 21. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich; in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,09) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.

Ein Salon für Picasso

he. – Tom Wolfe liebt es, heilige Kühe zu schlachten. Denn er ahnt den Trend ein wenig eher als die anderen. So folgen dem ersten Protestgeschrei stets die Nachbeter. Nicht anders war es, als er in New York ein Blutbad unter dem Motto „Die große Wende" ankündigte.

Mit weißen Schuhen und weißem Regenschirm war Wolfe vor sein Publikum getreten und orakelte, am Ende des Jahrhunderts werde Picassos Bedeutung der des französischen Salonmalers Adolphe Bouguereau vergleichbar sein, der zu seiner Zeit, Mitte des vorigen Jahrhunderts, hoch geschätzt war, dann aber aus der Mode kam. Tom Wolfe meint, die Jahre, da alle Welt nur darauf versessen war, den Künsten jegliche Bürgerlichkeit auszutreiben, wären nun vorbei. Jetzt seien wieder die bourgeoisen Elemente – Realismus, Inhalt, Struktur und Form – auf dem Vormarsch.

Tom Wolfe sagte voraus, daß es *im nächsten Jahrhundert* in allen Museen einen großen Saal geben werde, mit dem Namen „Salon de Picasso". *Dann werde man* Kunststudenten herumführen, ihnen die einst bahnbrechenden Werke des Katalanen zeigen. Die Studenten würden, wie sich's gehört, hinter vorgehaltener Hand verächtlich kichern, und ihre Lehrer würden ihnen erklären: „Die meinten es ernst. Die meinten es wirklich ernst!"

Wolfe, der manch einem Kunsthändler und Sammler mit seiner *Prognose die Hoffnung aufs erst*klassige Investment zerstörte, sieht auch in der Architektur einen neuen Trend. Man stehe an der Schwelle zu einer Rückkehr zum Theatralischen. Das neue Telefonamt an der New Yorker Madison Avenue sei, so Tom Wolfe, nicht *zuletzt deshalb bemerkenswert*, weil es das erste große öffentliche Gebäude seit vierzig Jahren sei, das wieder eine richtige Haustür habe.

Sollte Tom Wolfe (wieder) einmal recht haben, müssen sich diejenigen beeilen, die noch nicht bei Picasso angekommen sind. Sonst ist der Zug schon wieder abgefahren. Aber auch Tom Wolfe muß aufpassen. Denn offensichtlich hat er noch nicht gemerkt, daß Bouguereau – nach der großen Ausstellung in Paris – stetig an Beliebtheit gewinnt.

Ein Führer der Schwankenden: Zum 850. Geburtstag von Moses ben Maimon erschien sein „Codex Maimuni" als Faksimile

Was Affen in einem Talmud-Kommentar suchen

Daß Bücher ihre Schicksale haben – und die Autoren, Sammler, Sachwalter derselben auch –, wird so recht an dem Faksimile des „Codex Maimuni" aus der Kaufmann Sammlung, die jetzt von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest bewahrt wird, deutlich. Es handelt sich um eine Abschrift der „Mishne Tora" des Rabbi Moses ben Maimon, die, 1296 vollendet, in den folgenden zwei Jahrzehnten illuminiert und um 1413 mit kommentierenden Glossen versehen wurde. Vom April 1295 bis zum August 1296 hat, wie das Kolophon verrät, Nathan, Sohn des Rabbi Shim'on Ha-Levi, diese wichtige Gesetzessammlung abgeschrieben.

Viele Einzelheiten deuten darauf hin, *daß das in Frankreich geschah*. Die Marginalien wurden dann ein gutes Jahrhundert später in Köln hinzugefügt, wie sich aus einem zweiten Kolophon ablesen läßt. Der Codex gelangte bald darauf nach Italien. Das verraten vier Verkaufskontrakte aus den Jahren 1482 bis 1520 auf der letzten Seite. Außerdem finden sich auf verschiedenen Blättern italienische Zensurmarken von 1592, 1597 und 1612.

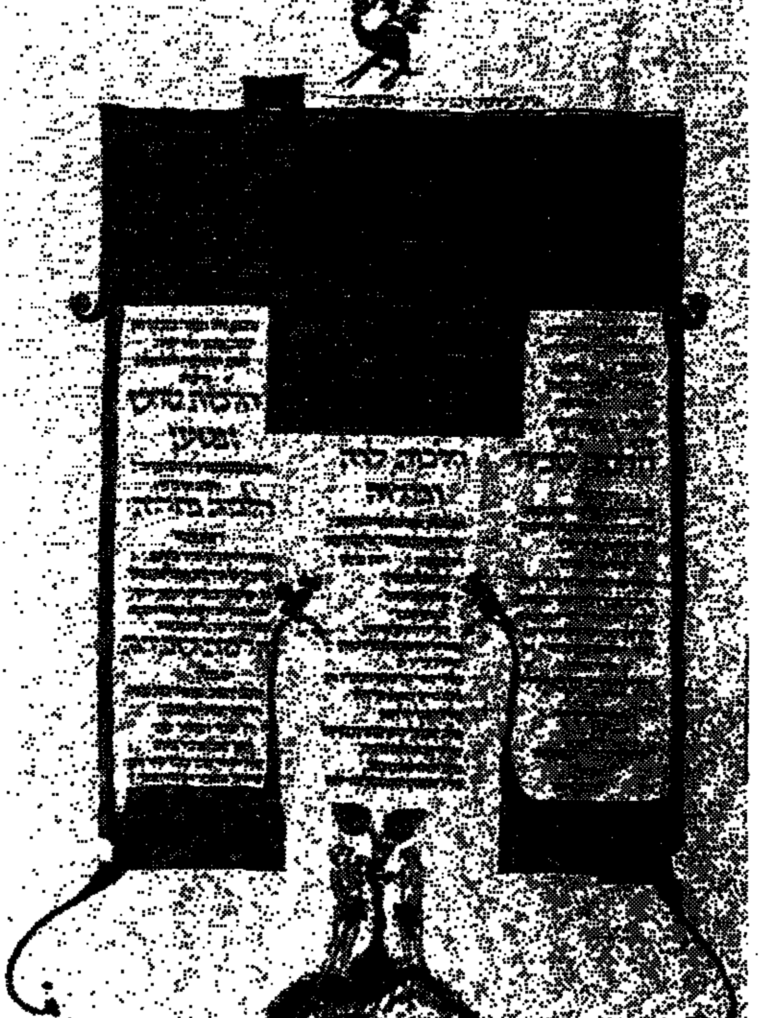
Obwohl David Kaufmann nichts über die Herkunft des Manuskripts hinterlassen hat, besteht die Vermutung, daß er es – wie ein zweites illuminiertes Manuskript der Mishne Tora – von einem Paduaner Kloster erwarb. David Kaufmann, 1852 im mährischen Kojetein geboren und 1899 in Karlsruhe gestorben, war ein ungewöhnlich vielseitiger Gelehrter. Seit *1877 lehrte er an der Landesrabbiner*schule in Budapest Geschichte, Religionsphilosophie und Homiletik. Er veröffentlichte daneben wichtige Werke zur jüdischen Familien- und Gelehrtengeschichte.

Ihm ist die Entdeckung der Memoiren der Glückel von Hameln, einer resoluten jüdischen Handelsfrau aus dem 17. Jahrhundert (s. WELT v. 21. 9. 82) zu verdanken. Und weil er sich schließlich der jüdischen Kunst zuwandte – er gründete die „Gesellschaft zur Sammlung und Bewahrung von Kunstgegenständen und historischen Denkmälern des Judentums" in Wien –, trug er eine erstaunliche Bibliothek zusammen, deren Glanzstück der jetzt faksimilierte Codex Maimuni ist.

Dieses Faksimile entstand auf Anregung von Bert W. Strassburger, einem Juden aus Arad in Rumänien, der an der Yeschiwa *in* Budapest lernte, in Bukarest studierte, den Krieg überstand, nun als Geschäftsmann in Frankfurt lebt und der seit seiner Jugend von Maimonides fasziniert ist.

Es ist die älteste und – wie Kenner meinen – schönste illustrierte Ausgabe seiner Mishne Tora. Denn der Einleitung und den 14 Teilen des Werkes ist jeweils eine reichilluminierte Seite vorangestellt.

In einem phantasievoll ornamentierten, blauroten Feld stehen jeweils „Sefer" (Buch) und die entsprechende Nummer des Buches in großen hebräischen Buchstaben, die seltsame Fabelwesen umfassen. Von diesem Feld gehen Ranken *nach oben und un*ten aus, die in Pflanzen oder Phantasietieren enden. Sie bilden den Sokkel für Szenen, die in Beziehung zu dem jeweiligen Buch stehen.



Mit Adam und Eva fing alles an: Titelseite des „Buches der Gerichtsbarkeit" aus dem „Codex Maimuni" FOTO: DIE WELT

Da sieht man David und Goliath, Samson im Kampf mit dem Löwen, Adam und Eva, das Opfer Abrahams oder Moses, der den in einem Berg eingeschlossenen Israeliten die Gesetze bringt. Aber *es gibt auch gro*teske Bilder, die sich nur schwer deuten lassen. Einen Affen, der auf einem aus vielen Tierformen zusammengesetzten Fabelwesen reitet, einen Zentaur mit zwei Schwertern, eine Frau mit geschürztem Rock, die einen Fuchs verfolgt, der einen Hahn gestohlen hat, oder einen Mann, der mit dem Bogen auf eine Frau schießt, die ihm den nackten Hintern zeigt. Die Glossen und Marginalien sind häufig in symbolischen Formen geschrieben, als Krug, als Kette von Rhomben, *als Schachbrettmuster, als heral*dische Lilie. Und schließlich gibt es noch die Pläne des Tempels von Jerusalem. Die Faksimile-Ausgabe beschränkt sich auf die dekorativen Seiten, die auch dem, der den Text nicht lesen kann, eine Augenweide sind.

Darüber dürfen natürlich nicht die Bedeutung der Mishne Tora, des im Mittelalter wohl am weitesten verbreiteten jüdischen Buches, und seines Autors, des Rambam, vergessen werden. Rabbi Moses ben Maimon wurde 1135 in Cordoba geboren. Er gehört zu den hochgerühmten jüdischen Gelehrten, die meist nur mit den Initialien ihres Namens genannt werden. So der Raschi – Rabbi Salomon ben Isaak aus Troyes, der besonders in Worms geehrt wird –, der Bescht – Rabbi Israel ben Elieser genannt Baal Schem tow, der Begründer des Chassidismus – und der Ramban – Rabbi Moses ben Nachman, ein Gegner des Rambam.

Moses ben Mai*mon wurde wahr*scheinlich 1135, also vor 850 Jahren, in Cordoba geboren. Nach der Eroberung der Stadt durch die Almohaden 1148 mußten sich die Juden zum Islam bekehren oder *auswan*dern. *Die* Familie des Maimonides zog durch Spanien, vielleicht auch Südfrankreich, ehe sie sich um 1160 in Fez niederließ. Doch nach fünf Jahren brach sie ins Heilige Land auf und fand schließlich in Fostat (Alt-Kairo) eine Wohnung auf Dauer.

Zuerst ernährten der Vater, der um 1165 starb, dann der jüngere Bruder *David mit einem Juwelenhandel die* Familie. Doch als der Bruder auf einer Reise nach Indien bei einem Schiffsuntergang um 1170 ums Leben kam, mußte Moses ben Maimon, der bis dahin nur studiert hatte, einen Beruf ergreifen. Da er sich neben Naturwissenschaften, Mathematik und Logik auch intensiv mit Medizin beschäftigt hatte, begann er eine ärztliche Praxis. Sie war so erfolgreich, daß Maimonides 1185 zum Leibarzt von Sultan Saladin und seinem Sohn und Nachfolger Alafdal ernannt wurde.

Unter den Werken des Moses ben Maimon ragen drei besonders heraus. Zuerst der Mischna-Kommentar, der zwischen 1165 und 1175 entstand, dann die Mishne Tora und schließlich More newuchim, der „Führer der Schwankenden", ein schwieriges philosophisches Werk, nur „für einen Mann unter zehntausend" verständlich, wie er selbst einmal schrieb, ein Buch, das Albertus Magnus, Thomas von Aquin, Duns Scotus, Leibniz und Spinoza *beeinflußte*.

Die Mishne Tora, das einzige Werk, das der Rambam, der sonst arabisch schrieb, in Hebräisch verfaßte, ist eine Kompilation der Regeln und Gesetze des Talmud nach Sachgruppen. Sie sollte denen, die nicht den Talmud in allen Einzelheiten studieren konnten, bei richterlichen und rituellen Entscheidungen helfen. Das erste Buch, das „Buch der Erkenntnis", handelt von der Einheit Gottes und dem Götzendienst, das dritte ist das „Buch der Festzeiten", das vierte das „Buch der Frauen" (über die Ehe, die Scheidung, die Leviratsehe), das dreizehnte das „Buch der Gerichtsbarkeit" usf. Dabei geht es immer um klare Regeln und Entscheidungen, also nicht um Ausdeutungen und Auslegungen.

Maimonides galt unter den sephardischen Juden als unbestrittene Autorität, während unter den Aschkenasim – vor allem nach seinem Tode 1204 – Widerspruch laut wurde. Aber das hat seine Wirkung nicht wesentlich beeinträchtigt. Davon zeugen nicht zuletzt die Sorgfalt, mit der seine Werke abgeschrieben, und die Mühe, die auf ihre Ausschmückung – wie die vorzüglich reproduzierten Tafeln in dem großformatigen Faksimile zeigen – verwendet wurde. Denn Rabbi Moses ben Maimon lehrte bereits vor 800 Jahren, was einer modernen, wissenschaftsorientierten Zeit gemäß ist: „Der Verstand ist der Träger des Glaubens." PETER DITTMAR

„Codex Maimuni", Moses Maimonides' Code of Law, ed. Corvina/Helikon/Strassburger, 176 S., 88 Abb., 380 Mark, Vertrieb: Strassburger & Co, Rossertstr. 2, 6000 Frankfurt/Main.

Theateraustausch zwischen Saarbrücken und Tiflis: Brecht und Tolstoi

Wenn ein Pferd einmal nachdenkt

Angeblich ist das Pferd des Menschen klügster vierbeiniger Genosse. *Warum sollte also ein solches* Tier nicht auf den Gedanken kommen, einmal über seinen merkwürdigen Herrn nachzudenken? Was dabei herauskommen könnte, hat Leo Tolstoi in seiner Novelle „Der Leinwandmesser" aufs trefflichste dargestellt: Der Mensch ist ein ziemlich mieses Stück Schöpfung, lautet die Quintessenz.

Erstaunlicherweise scheint dieses Thema sowjetische Theaterregisseure besonders zu faszinieren. Vor vier Jahren gastierten die Leningrader mit einer Dramatisierung der Tolstoi-Novelle in Hamburg, und jetzt *inszenierte der georgische Regisseur* Alexander Mrevlishvili seine eigene Bearbeitung auf der Bühne des Saarländischen Staatstheaters in Saarbrücken.

Der *seltene* Fall, *daß sich in* Deutschland auch einmal ein Regisseur vorstellt, der nicht aus den Metropolen Moskau oder Leningrad kommt, sondern aus dem südlichen Tbilissi (Tiflis), ist in der Städtepartnerschaft zwischen Saarbrücken und der Hauptstadt der Sowjetrepublik Georgien begründet. Lothar Trautmann, der Theaterchef aus Saarbrükken, hat im vergangenen November in Tiflis Bert Brechts „Leben des Ga*lilei*", *von Mrevlishvili ins Georgische* übersetzt, inszeniert. Im Gegenzug kam nun der Leiter des dortigen Metechi-Theaters in die Bundesrepublik.

Das Ergebnis ist durchaus des Anschauens wert. Alexander Mrevlishvili stellt sich als Regisseur ganz eigener Prägung vor. Sein Theater – sofern man das aus einer einzelnen Inszenierung überhaupt ablesen kann – zielt nicht so sehr auf psychologische Charakterisierung, sondern läuft als illustrierender Bilderbogen gleichsam parallel neben dem Text her. Das hat in diesem Fall zwei unbestreitba*re Vorzüge. Erstens bleibt Tolstois* Text weitgehend unangetastet. Und zweitens gewinnt das Geschehen eine Eigendynamik, mit deren Hilfe beklemmend klar wird, wie weit Handeln und Reflexion auseinanderfallen können.

Die Geschichte des Pferdes Leinwandmesser (so genannt wegen seiner präzisen Schrittlänge), das als Außenseiter nie zur Realisierung seiner eigentlichen Fähigkeiten kommt, sondern immer das wehrlose Opfer menschlicher Vorurteile und Launen bleibt – diese Geschichte wird in der Interpretation des georgischen Regisseurs zu einer Tragödie der sprachlosen Kreatur. Selbst wenn dieses Pferd spricht, ist es stumm. Die Sprache teilt sich nicht mit, sie bleibt Monolog.

Daß dies in Saarbrücken so treff*lich gelang, ist neben dem Regisseur* wohl auch der außergewöhnlichen darstellerischen Leistung von Egon Reimers in der Rolle des Pferdes zu danken. Reimers schaffte es mühelos, das kreatürliche Leiden einerseits, das Staunen, die Güte und das Verstehen andererseits so bruchlos miteinander zu vereinen, daß die Tragödie ein Gesicht bekam: ein trauriges, liebevolles Pferdegesicht, in dem gerade das moralische Versagen der Menschen seine schärfste Anklage fand.

Zwischen den einfachen Holzbalken eines Pferdestalles (das Bühnenbild stammt ebenfalls aus Georgien, nämlich von Michail Tschawtschawadse) wurde die Menschenwelt zur *Zirkusarena, in der das Opfer* über seine Peiniger zu Gericht saß. Es gab einen langen, begeisterten Beifall mit vielen Bravos, für den Regisseur gleichermaßen wie für den Hauptdarsteller.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Massenet in Stuttgart: Ein hinreißender „Werther" unter Leonard Slatkin

Als würde man auf Tristan zielen

Es ist nicht übertrieben, von einem Genuß zu sprechen, wenn es *heißt, über die Premiere von Jules* Massenets „Werther" an der Stuttgarter Staatsoper zu berichten. Dieser Premierenabend entwickelte seine eigene Dynamik. Der Amerikaner Leonard Slatkin legte vom Dirigentenpult aus forsche Tempi vor und spornte das Orchester zu gewaltigen Lautstärken an, so daß einem anfangs angst und bange wurde. Man wurde hin und her gerissen zwischen der *Dramatik, die der Orchestergraben* schuf, und dem lyrischen Charakter des Werkes.

Doch Slatkin veredelte den Klang in der Mondscheinszene zu sphärischer Reinheit, durchdrungen von jenem feinsinnigen französischen Esprit, wie er beispielsweise in Ravels Allegro für Harfe in Reinkultur erscheint. Neil Wilson als Werther und Marilyn Schmiege als Charlotte *betäubten das ganze Haus mit ihren* schmachtenden Kantilenen, bezaubernd wie Düfte aus einem Flakon der Coco Chanel.

Damit nicht genug: Slatkin griff auch noch nach den Sternen. Sänger und Orchester gerieten in einen wahren Taumel, berauschten sich an Massenets kunstfertiger Partitur. Alles schien den leidenden Werther hochleben lassen zu wollen. Marilyn Schmiege, die reizende Charlotte mit *Konfektionsgröße 38*, und der lokkige, gutgewachsene Neil Wilson als blendend aussehender Werther waren in Hochform. Die Wechselbäder der Stimmen, aus ekstatischen Liebeskraftakten hinein in melancholische Verzweiflung, gingen spurlos an den beiden vorbei, als hätten sie Stimmbänder aus superelastischem Kautschuk.

Yasuko Kozaki als Sophie, Tero *Hannula, der griesgrämige* Albert, und Karl-Friedrich Dürr als pedantischer Amtmann standen den beiden hinreißenden Liebenden, Charlotte und Werther, in nichts nach. Die Begeisterungsstürme des Publikums trieben die Darsteller zu Höchstleistungen an. Das Doping des Applauses gab die nötige Rückendeckung für einen wirklich großen Opernabend.

Dirigent Slatkin hat einen Jules Massenet entdeckt, der seinem Idol Wagner ungleich näher als seinem Lehrer Ambroise Thomas steht. Die Sforzati-Einwürfe des Orchesters donnern, als trüge man einen Siegfried zu Grabe. Die Bögen im dritten und vierten Akt spannt Slatkin, als wären es englische Armbrüste, die auf Tristan gerichtet sind. Eine ähnliche musikalische Prägnanz und Dramatik wird man schwerlich auf anderen Bühnen zu hören bekommen. Nach der blendenden „Pelléas-und-Melisande"-Produktion hat Stuttgarts Operndirektion ihr Flair für die französische Oper mit diesem „Werther" nachdrücklich unter Beweis gestellt.

Der Bühnenbildner Michael Scott hat für die Inszenierung, für die Giancarlo del Monaco verantwortlich zeichnet, ein räumliches Gemälde in Werthers Farben Gelb und Blau entworfen, ansehnlich, aber auch etwas puppenstubenhaft. Während die Musik Fesseln sprengte, engte Scott die Handlung eher ein.

Del Monaco ging mit der Musik und schärfte den „Werther" zur Tragödie, in der gleich zu Anfang das Ende gezeigt wird, in der Werthers suizidaler Schuß in das Vorspiel des vierten Aktes fällt. Die Ausleuchtung der Bühne, die Wechselspiele von hell und dunkel sind exzellent gelungen. *Die eher ungeschliffene Personenre*gie del Monacos hinkt der musikalischen Qualität freilich leicht hinterher. Alles in allem aber ist der Stuttgarter „Werther" glänzend und mitreißend gelungen.

FERRY KEMPER

Was einst in Stettin zu sehen war: Mainz zeigt einzigartige Kunstwerke aus der Sammlung Pommern

Nach Irrwegen konnte die Hälfte gerettet werden

Im Mittelrheinischen Landesmuseum Mainz sind rund 100 Aquarelle und Zeichnungen der Sammlung Pommern zu sehen. Das hohe Niveau dieser Ausstellung lenkt die Aufmerksamkeit auf die Sammlung Pommern überhaupt, die allgemein wenig bekannt ist und die nicht die verdiente Wertschätzung genießt. Es handelt sich um eine Stiftung des öffentlichen Rechts, bestehend aus Gemäldegalerie, Graphischer Sammlung und kulturgeschichtlichen Sammlungen, wozu auch die regional bezogene Bibliothek und ein etwa 10 000 Fotos zählendes Bildarchiv gehören. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, pommersches Kulturgut zusammenzutragen, *wissenschaftlich* auszuwerten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch ein Gesetz des schleswig-holsteinischen Landtags im Dezember 1966 ins Le*ben gerufen*, fand die Stiftung Pommern vier Jahre später in dem sogenannten Rantzaubau des Kieler Schlosses ihre würdige Unterkunft.

Im wesentlichen handelt es sich, *zumal bei der Gemäldegalerie und* den Zeichnungen, um die aus den Kriegswirren geretteten Bestände des Stettiner Stadtmuseums, die kurz vor Kriegsende noch nach Coburg ausgelagert wurden. Bei der offenbar überhasteten Rettungsaktion wurde vermutlich nicht der gesamte Museumsbestand erfaßt; Aufstellungen über die Verluste gibt es nicht. *Die* Stettiner Kunstammlungen hatten ohnedies unter den Nazis schon arge Einbußen zu beklagen; mehr als 300 Kunstwerke, Gemälde, Zeichnungen, Grafik und Kleinplastik, fielen damals der „Säuberung" zum Opfer und sind seitdem verschollen. Man wundert sich daher, in der Gemäldegalerie immerhin noch ein Pechstein-Gemälde vorzufinden; freilich hätte an diesem „Sonnenuntergang" von 1926 auch der böswilligste NS-*Kunstfunktionär nichts „Entartetes"* entdecken können. Aber was besagt das schon? Pechstein war Expressionist, und Expressionismus galt eo ipso als entartet.

*Mit Max Pechstein ist eine doppel*te Ausnahme angesprochen, denn moderne Malerei spielt im heutigen Bestand kaum eine Rolle. Die Bedeutung der Sammlung beruht auf ihrem *stattlichen Besitz an Werken älterer* Kunst vom 17. bis zum frühen 20. Jahrhundert, mit Schwerpunkten im holländischen 17. Jahrhundert (z. B. Frans Hals), in der deutschen Klassik, Romantik und dem Biedermeier (von Tischbein über Feuerbach bis zu Blechen und Koch) und vor allem natürlich bei den „zwei Großen" aus Pommern: *Caspar David Friedrich* und Philipp Otto Runge. Für die Moderne stehen Derain, van Gogh, Utrillo oder Weisgerber; und aus Weisgerbers Pariser Freundeskreis vom Café du Dôme ist die Malerin Augusta von Zitzewitz mit einem bemerkenswerten Ensemble von rund dreißig Bildern vertreten.

Die Graphische Sammlung des Stettiner Museums, mit Blättern von Schongauer, Dürer, Rembrandt und mit den (in Auswahl) in Mainz gezeigten Zeichnungen und Aquarellen, wurde offenkundig als Ergänzung und zur mehr oder weniger notdürftigen Abrundung der Gemäldegalerie angelegt. Kleinere Museen können *solcherart aus ihrer* finanziellen Beschränkung eine Tugend machen. Das zeigt sich auch hier wieder, obwohl die Stettiner Sammlung noch vielerlei Lücken aufweist. Der Muse*umsmann mag verständlicherweise*, wie es im Ausstellungskatalog geschieht, den fragmentarischen Charakter der Sammlung – deren Vorkriegsbestand schätzungsweise zur Hälfte verlorenging – aus seiner Sicht beklagen, *der Ausstellungsbesucher* aber erwartet ja keine Vollständigkeit; er zeigt sich im Gegenteil aufs angenehmste überrascht von der Qualität dieser umfangreichen Auswahl insgesamt und dem exzellenten Rang einzelner Blätter. Auch hier bilden Friedrich und Runge die Schwerpunkte. Auch die Brüder *Jacob Phi*lipp und Johann Gottlieb Hackert sind hervorragend vertreten, ebenso Adam Friedrich Oeser, bei dem Goethe gelernt hat, und Carl Blechen (mit neun kostbaren Blättern).

Die Ausstellung ist nach Kunstregionen gegliedert. Aus Berlin sieht man, neben Blechen, beispielsweise Menzel und Hertel, Hamburg ist natürlich durch Runge, Johann Joachim Faber und Friedrich Wasmann vertreten; Dresden durch Friedrich, Anton Graff und Johann Philipp Veith. Das Münchner Klima vermitteln Wilhelm von Kobell, Carl Rottmann, Schnorr von Carolsfeld und Spitzweg. Hans Thoma vertritt mit *August Lucas*, J. W. Schirmer, Steinle und Hausmann den südwestdeutschen Raum. (Bis Anfang Februar; Katalog 15 Mark.) EO PLUNIEN



Die Flucht nicht ohne Knicke und Risse überstanden: „Bildnis der Mutter Heiden" (um 1801) von Caspar David Friedrich FOTO: KATALOG

JOURNAL

Große Kollwitz-Sammlung wird in Köln aufgebaut

dpa, Köln

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich *die* Kölner Kreissparkasse eine der nach Umfang und Qualität größten internationalen Sammlungen von Arbeiten der Künstlerin Käthe Kollwitz (1867–1945) aufgebaut, die vom 22. April an erstmals vorgestellt werden soll. Die Sammlung – sie umfaßt fast 100 Handzeichnungen, 15 Bronzeplastiken sowie etwa 60 Graphiken – wird voraussichtlich von Anfang 1986 an in der Sparkassenverwaltung am Kölner Neumarkt einen permanenten *Ausstellungs*platz erhalten.

Proteste gegen israelische Beteiligung an Buchmesse

dpa, Kairo

Aus Protest gegen eine israe*lische Teilnahme* an der 17. Kairoer Buchmesse, die heute beginnt, boykottieren mehr als 20 ägyptische Verlagshäuser die Messe und bereiten eine eigene Ausstellung vor. Israel ist erstmals seit zwei Jahren wieder auf der größten Buchmesse des Nahen Ostens vertreten, zu der sich 120 Verlage aus 49 Ländern angemeldet haben. Im Vorjahr hatten die Veranstalter Israel eine Beteiligung wegen angeblicher Überschreitung der Anmeldefrist verweigert.

Geschichts-Atlas für Hessen *jetzt* komplett

wm. Marburg

Ein für die Geschichte des Landes Hessen wichtiges Sammelwerk, der „Text- und Erläuterungsband zum Geschichtlichen Atlas von Hessen", ist jetzt komplett. Von 1960 bis 1978 erschienen in zwölf Lieferungen 79 großformatige und mehrfarbige Karten zur politischen und administrativen Geschichte, der Siedlungsentwicklung, der Kirchen- und Rechtsgeschichte sowie der Wirtschafts- und Sozialentwicklung, der Volkskunde, der Sprachwissenschaft und der Namenskunde. Dazu kam nun ein Handbuch (338 S., 85 Mark) mit den wissenschaftlichen Kommentaren heraus.

Londoner Kulturbetriebe von der Pleite bedroht

dpa, London

Die Zukunft von rund 400 Londoner Kulturbetrieben könnte in Gefahr geraten, wenn der Stadtrat von Groß-London ihnen, wie angekündigt, die bisherigen Subventionen entzieht. Wie der Vorsitzende des Kulturausschusses im Groß-Londoner Stadtrat, Peter Pitt, sagte, werden die Folgen der Einsparungen wahrscheinlich „katastrophal für den Kulturbereich" sein. Laut Pitt muß der Stadtrat im kommenden Finanzjahr 1985/86 bis zu 20 Millionen Pfund (73 Millionen Mark) einsparen, so daß eine Streichung sämtlicher Subventionen durchaus wahrscheinlich sei.

Zum dritten Mal Schülerfilm-Festival

dpa, Hannover

Filme, die von Jugendlichen in eigener Regie gedreht wurden, werden beim „Dritten bundesweiten Schülerfilm-Festival" vom 24. bis zum 27. Januar in Hannover gezeigt werden. Mehr als 400 Filme und mehr als 100 Videos sind aus dem Bundesgebiet und West-Berlin an das „Büro Schülerfilm-Festival" gesandt worden. Der ausgesetzte Video-Preis soll vor dem Hintergrund *der aktuellen Entwicklung* am Medienmarkt Jugendliche animieren, Video nicht passiv zu konsumieren, sondern kreativ damit umzugehen.

Auflagenhöhe der „Prager Volkszeitung"

rst. Prag

Nach neuesten Prager Angaben hat die deutsch erscheinende Wochenzeitschrift „Prager Volkszeitung" zur Zeit eine Auflage von 25 000 Exemplaren. Die Zeitschrift ist – wie es *in der* tschechoslowakischen Hauptstadt heißt – vor allem für die „60 000 tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität" bestimmt. Ein Teil der Auflage wird jedoch auch in die „DDR" vertrieben. Für Besucher aus der Bundesrepublik und Leser in westeuropäischen Ländern wird die „Prager Neue Presse" herausgegeben.

Eric Voegelin †

dpa, Palo Alto

Der Politologe Professor Eric Voegelin ist an seinem amerikanischen Wohnsitz Palo Alto in Kalifornien kurz nach seinem 84. Geburtstag gestorben. Der Wissenschaftler, in Köln geboren und in Wien aufgewachsen, war 1938 in die USA emigriert und begründete nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik im Jahre 1958 das Institut für Politische Wissenschaften an der Universität München (heute Geschwister-Scholl-Institut). Bekannt geworden ist Voegelin mit seinen Werken „Die Neue Wissenschaft der Politik" (1952) und seinem mehrbändigen Hauptwerk „Order and History" (1956/57).

Gefahr eines Hochwassers nicht in Sicht

MARIA GROHME, Bonn

Nach der wochenlangen Frostperiode bestimmen jetzt fast frühlingshafte Temperaturen in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland das Wetter. In Baden-Württemberg stieg die Quecksilbersäule auf plus acht Grad und selbst im Bergland kletterte das Thermometer auf Null.

„Wie mit dem Baggerrad" schaufelt ein Sturmtief über den Britischen Inseln die Wärme über Europa, meldete der Deutsche Wetterdienst gestern in Offenbach. Die Folge: Es taut. Überall tropft's, das Wasser rieselt von den Dächern, und auf den Straßen und Gehwegen zerfließt der schmutziggraue Schnee zu Pfützen. Bereits am Wochenende warnten die Meteorologen auch vor Hochwasser: der gefrorene Boden könne das Wasser nicht mehr aufnehmen. Statt zu versickern, fließe es auf den oberen Bodenschichten direkt in die Flüsse.

9,96 Meter Wasser führte am 30. Mai des vergangenen Jahres der Rhein bei Köln, und auch in den Jahren zuvor versanken die Uferstraßen der Domstadt und an der Mosel mehrmals im Wasser. Trotzdem sehen die für Hochwasser zuständigen Behörden an den beiden Flüssen momentan noch keine Hochwassergefahr. „Es taut ganz gemächlich", versicherte der Leiter des Wasserschiffahrtsamtes in Köln, Heinz Hintzsche. Gefährlich werde es erst, wenn der Schnee schnell zu tauen beginne und es zusätzlich regne. Rhein und Mosel führen außerdem zur Zeit nicht viel Wasser, so daß kleinere Hochwasserwellen aufgefangen werden können.

Der langjährige Mittelwert für Januar liegt für den Kölner Pegel bei 3,03 Meter, jetzt führt der Rhein 1,83 Meter Wasser. Auch die Mosel hat Niedrigwasser und kann noch ohne weiteres Schmelzwasser aus der Eifel und den Ardennen aufnehmen. Erst bei 5,50 Meter (Meßstelle Trier) wird Hochwasser gemeldet, bei acht Meter wird die Situation kritisch.

Trotzdem habe man alle Vorkehrungen für den Notfall getroffen, versicherte ein Sprecher der Abteilung für Katastrophenschutz des rheinland-pfälzischen Ministeriums des Innern und für Sport. Für die Helfer in der Not lagern Spezialausrüstungen, Pumpen und Gummistiefel. Ein bundesweit einheitlicher Ansagedienst gibt unter der Rufnummer 19 722 Auskunft über die Pegelstände.

Als „eingefahrenes Spiel" bezeichnete die Stadt Köln ihre Hochwasser-Vorsorge. Im Amt für Stadtentwässerung erwartet man jedoch für diese Woche noch kein Hochwasser. Trotzdem beobachtet die Zentrale *aufmerksam die Rheinwasserstände* und fragt zudem die Pegel von Oberrhein, Mosel, Neckar und Lahn ab. Eine Hochwasserwelle bei Karlsruhe braucht 72 Stunden, ehe sie in Köln Schaden anrichten kann.

Für diesen Fall sind die zuständigen Behörden gerüstet: Sollte der Rhein so hoch steigen wie in den vergangenen Jahren, dann wird die Innenstadt mit mobilen Hochwasserwänden geschützt, die tiefliegenden Abwässersysteme gegen Rückstau abgeschottet, Stege gebaut. Meldet Köln „Land unter", wird ein rund um die Uhr besetzter Warndienst eingerichtet. Unter der Rufnummer 2211 6161-2 können dann die Rheinanlieger in und um Köln Hochwassertendenzen abfragen.

Nach Nordrhein-Westfalen hatte sich gestern auch in Hamburg eine Smog-Lage gebildet. Die Umweltbehörde hat daraufhin die Vorstufe zum Smog-Alarm erklärt und die Hamburger Kraftwerke aufgefordert, ihre Produktion herunterzufahren. Wie vor ein paar Tagen an Rhein und Ruhr sind die Bürger der Hansestadt gebeten worden, ihre Heizungen zu drosseln und das Autofahren einzuschränken. Das Seewetteramt Hamburg rechnete gestern abend jedoch mit auffrischendem Wind, der eine rasche Änderung der Wetterlage herbeiführen dürfte.

Den Glauben an die Gerechtigkeit nicht verloren

ARMIN RECK, Bonn

„Ich vertraue auf die rechtsfindende Kraft der Gerichte." Justizminister Engelhard und Bundestagspräsident Jenninger müßten Peter V. eigentlich einen Orden für hervorragende staatsbürgerliche Haltung an seine Gärtnerschürze hängen. Für 14 Jahre Langmut, 14 Jahre unerschütterlichen Glauben an die deutsche Justiz und die Bürgernähe deutscher Parlamente. Daß Peter V. diesen Glauben nicht verloren hat, ist unglaublich. So unglaublich, daß Verteidigungsminister Manfred Wörner sich der Sache annehmen mußte.

Am Tag als der Regen kam, schrieb man Juni 1970 und Hunderttausende Tulpenzwiebeln versanken in den Wassern, aufgestaut durch eine NATO-Straße. Gebaut 1966 vom Land Nordrhein-Westfalen im Auftrag des Bundes, 1967 übergeben an die Vorgänger der Gemeinden Neuss und Grevenbroich. Peter V., als Rheinländer eher mit den Aufgaben des Kölner Dreigestirns als mit der Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vertraut, wollte zusammen mit seinem Kollegen, Horst D., dessen Tulpen ebenfalls die Köpfe hängenließen, das große Blumensterben gerichtlich klären lassen. Geologen, Meteorologen, Architekten, Juristen und weitere Experten stapften durch die Sümpfe und waren sich nach drei Jahren einig: Seit dem Straßenbau eigne sich das Gelände zu Regenzeiten eher zum Reisanbau.

Es wurde Dezember 1973, als gegen Bund, Länder und Gemeinden Klage erhoben wurde; Schadenersatzforderung damals: eine halbe Million Mark. Die Mühlräder der Justiz und der Verwaltungen drehten sich zwei Jahre knirschend weiter. Die Klage gegen den Bund wies das Landgericht Düsseldorf ab, da dieser nicht mehr zuständig sei. Im Falle des Landes sei die Sache nach drei Jahren verjährt. Zumindest das Ergebnis war klar: Den Schaden bezahlen die Gemeinden.

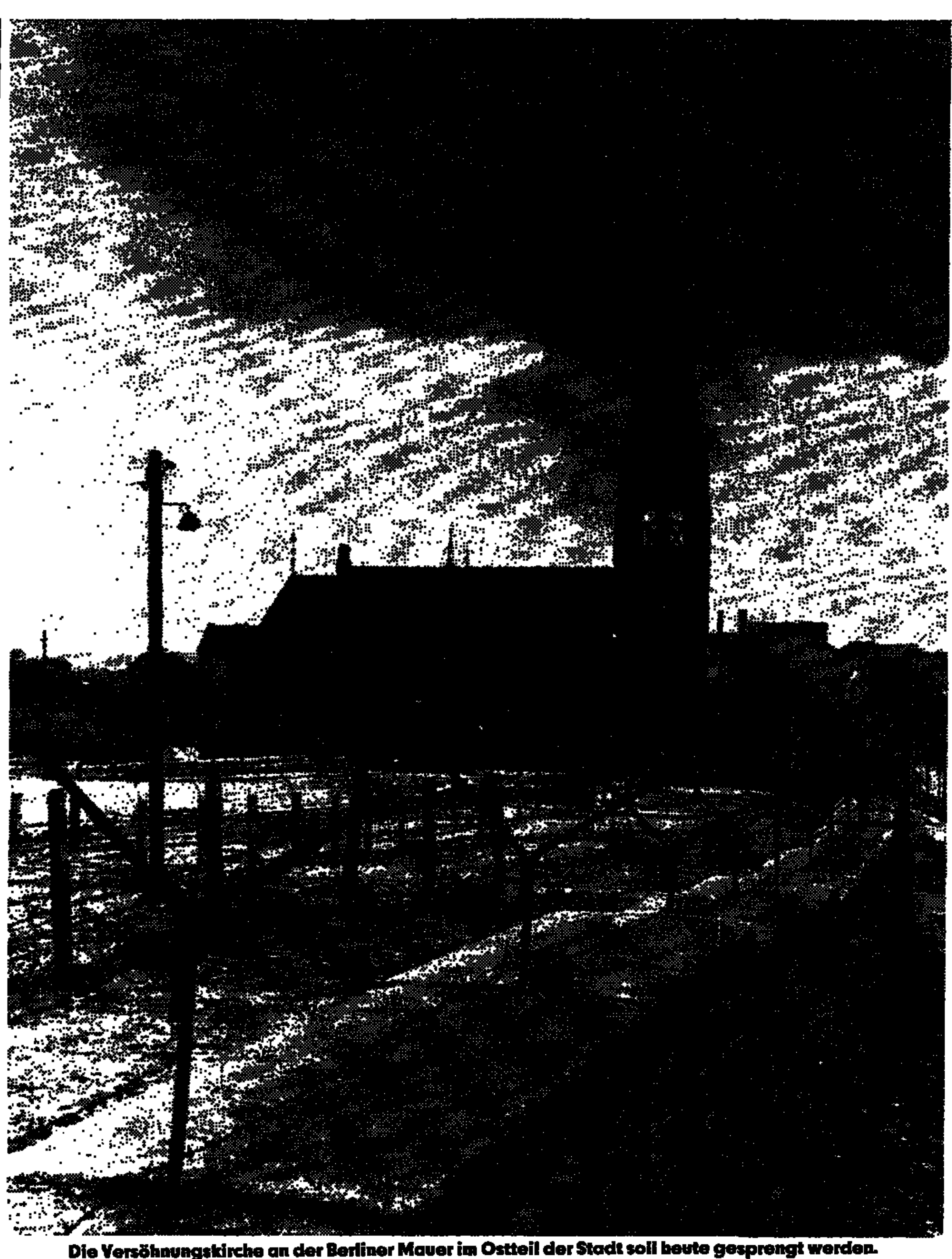
Damit wären Bund und Länder die Tulpenzwiebel-Frage los gewesen, wenn nicht das Oberlandesgericht das Urteil von 1976 und ein weiteres von 1981 wieder aufgehoben hätte. Damit waren die Gemeinden zwar noch nicht aus dem Schneider, aber Bund und Länder karteten gezwungenermaßen wieder mit. Nur, Justitia hatte ausgespielt. Die Tulpengärtner waren soweit wie zehn Jahre vorher. In ihrem unerschütterlichen Glauben wandten sich Peter V. und Horst D. an den Petitionsausschuß des Landtages von Nordrhein-Westfalen.

Dieser versuchte es mit Vergleichsverhandlungen und brachte alle Gebietskörperschaften wieder in den Ring. Ein Jahr später brach der Landtag den Kampf ab. Dem Schiedsrichter war die Luft ausgegangen. Er übergab den „Tulpenzwiebel-Fall" dem Petitionsausschuß des Bundestages.

Ausschußvorsitzende, Frau Lieselotte Berger (CDU), sah mit ihrem durch fast 14 000 Fälle pro Jahr geschärften Blick für die Sorgen der Bürger den Fall. Die Sache wurde jetzt politisch, dadurch aber beileibe nicht einfacher. Stritten sich bis jetzt die drei Gegner Bund, Länder und Gemeinden, so waren es jetzt der Bundesverteidigungs-, der Bundesfinanz- und der Bundesbauminister. Die Hardthöhe stellte sich quer, die beiden anderen wollten zahlen. Am 19. 4. 1984 stellte Minister Stoltenberg fest, er sehe sich „an einer positiven Lösung gehindert, da das BMVg den Fall federführend betreut und anderer Meinung" sei. Die Staatssekretäre verhandelten und der Petitionsausschuß konstatierte: „Die unterschiedlichen Auffassungen der beteiligten Ressorts konnten durch die Staatssekretäre nicht in Übereinstimmung gebracht werden."

Frau Berger platzte der Kragen. Sie lud Manfred Wörner vor. Damit stand erstmals seit einem Jahr wieder ein Minister vor dem Ausschuß. Wörner, gerade mit der NATO-Planung '85 befaßt, zeigte sich beim Lesen der Ladung unwirsch: „Jetzt muß ich mich auch noch um Tulpenzwiebeln kümmern." Doch Manfred Wörner erschien vor dem Ausschuß und tat, was alle Beteiligten bisher versäumt hatten. Er versetzte sich in die Lage der Petenten. Die Vorstellung, 14 Jahre auf sein Recht warten zu müssen, war für den geraden Mann unerträglich. Bei jahrelangem Gezerre, wer innerhalb des Staatsapparats für einen Schaden aufkomme, werde jegliches Vertrauenskapital beim Bürger verspielt. Hier müsse „über alle rechtlichen Hemmnisse hinweg" geholfen werden.

Damit hatte Frau Berger den Minister am Portepee – besser am Portemonnaie – gefaßt. Das Verteidigungsministerium überweist jetzt an die beiden Petenten 288 300,18 Mark, ein Drittel des angenommenen Schadens. Und die restlichen zwei Drittel? Land und Gemeinden sind jetzt gefordert. Peter V. und Horst D. sind weit über 70 Jahre alt.



Die Versöhnungskirche an der Berliner Mauer im Ostteil der Stadt soll heute gesprengt werden.
FOTO: KLAUS LEHNARTZ

Symbol der Versöhnung in Schutt und Asche

Neugotische Kirche an Berliner Mauer wird abgerissen

F. DIEDERICHS, Berlin

In ihrem Schatten spielten sich Tragödien ab, an die heute nur noch die schlichten braunen Holzkreuze auf Westberliner Gebiet erinnern: Die „Versöhnungskirche" im Berliner Stadtteil Wedding – die einzige Kirche Deutschlands, die nicht nur unmittelbar an die Mauer grenzt, sondern auch mitten im sogenannten „Todesstreifen" der „DDR"-Grenzer liegt. Das 1894 erbaute Gotteshaus, das seit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 verwaist war und immer mehr verwitterte, soll heute endgültig in Schutt und Asche versinken. Mit dem Gemäuer wird auch der beziehungsreiche Name der Kirche verschwinden, die an wohl keinem anderen Ort einen besseren Standort gefunden hätte als an der Trennlinie zwischen Freiheit und Unterdrückung.

Der einstige Zufluchtsort für Hungernde, wo um die Jahrhundertwende jeden Tag eine heiße Suppe für die Armen ausgegeben wurde, fällt den Anforderungen Ost-Berlins an einen totalen Überwachungsstaat zum Opfer. Nicht weit vom Standort der Versöhnungskirche gelang zwei jungen „DDR"-Bewohnern im vergangenen Jahr die tollkühne Flucht. Nach Sprengung des Gotteshauses werden die Wachposten der „Nationalen Volksarmee" jedoch wieder ausreichend Schußfeld haben, um die Kasernierung der Bürger weiter zu perfektionieren.

Dabei wäre der Versöhnungskirche eine Zukunft in symbolträchtiger Lage sicher gewesen, hätte nicht die im Westteil der Stadt ansässige „Versöhnungsgemeinde" das noch in ihrem Besitz befindliche Gotteshaus am 31. Mai vergangenen Jahres dem Ostberliner Konsistorium der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg geschenkt. Die Ostberliner Kirchenväter hatten daraufhin nichts Eiligeres zu tun, als das frisch erworbene Bauwerk dem Ostberliner Magistrat anzubieten: Zum Tausch gegen ein langersehntes Grundstück im Ostberliner Stadtteil Hohenschönhausen, wo jetzt der Neubau eines Gemeindezentrums entstehen wird. Der Magistrat zeigte sich natürlich hoch erfreut. Im Juli – nur zwei Monate nach der Schenkung der Kirche durch die Westberliner Gemeinde – war das Tauschgeschäft zwischen Kirche und Staat perfekt.

Das in Backstein ausgeführte neugotische Gotteshaus war ein Bauwerk von Gotthilf Ludwig Möckel (1838–1915), der in Zwickau geboren wurde und seit 1885 den Kirchenbau in Mecklenburg leitete. Sein bekanntester und schönster Bau, die Johanniskirche in Dresden, ging 1945 in Flammen auf und wurde abgebrochen. Für die Berliner Versöhnungskirche hatte er sich ein „patentiertes Verfahren" zur Abstützung der Tragebögen in den Ecken der Vierung ausgedacht, das die Zeitgenossen „eigenartig" nannten. In dem säulenlosen Bau – er ist fast so breit wie lang – stand der Pastor inmitten der Gemeinde und war von allen 1060 Plätzen „gut zu hören und zu sehen".

Kaiserin Auguste Victoria hatte persönlich das Patronat für den Bau übernommen – sie kam auch zur feierlichen Einweihung am 28. August 1984, bei der ihr der leitende Maurermeister Köppen und Baurat Möckel den goldenen Schlüssel überreichten. 273 500 Goldmark hatte das Gotteshaus gekostet, Kaiser Wilhelm II. hatte der Gemeinde dafür ein „Gnadengeschenk" von 80 000 Mark gemacht. Erst im Jahre 1961, als die Mauer auch die Gemeinde teilte und sich die in Ost-Berlin wohnenden Kirchgänger einer neuen Gemeinde anvertrauten, kehrte Ruhe in das Gemäuer der Versöhnungskirche ein.

Wenn heute eine Detonation das Stein für Stein mit Kunstsinn und Handwerkerfleiß errichtete Bauwerk zerreißt, wird diese Boschaft um die Welt gehen: Aus der Gnade der Obrigkeit ist menschen- und kunstverachtende Planung geworden. Das Haus der Versöhnung muß einem Schußfeld weichen.

Der Traum des J.M.S.

KURT POLLAK, Wien

Er gehört ab heute zu den 600 „goldenen Wienern", die seit dem Jahre 1967 von ihrer Heimatstadt mit dem „Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien" ausgezeichnet wurden. Während andere diese Auszeichnung anläßlich eines „runden" Geburtstages bekamen, belohnt Wiens Bürgermeister Helmut Zilk den Schriftsteller Johannes Mario Simmel (Jahrgang 1924) für 23 geschriebene Bücher, die, in 26 Sprachen übersetzt, eine Weltauflage von 55 Millionen Exemplaren erreichen. In der Ehrenurkunde heißt es: „Johannes Mario Simmel erhält die Auszeichnung für seine Leistungen, die ihn über die Grenzen unseres Landes und damit zur Ehre Wiens bekannt gemacht haben . . ."

1947 erschien Simmels erster Erzählband „Begegnung im Nebel" im Verlag Zsolnay, und ein Jahr später folgte sein erster Roman „Mich wundert's, daß ich so fröhlich bin", der wie die meisten seiner späteren Werke verfilmt wurde.

Der „gelernte" Journalist Simmel scheute sich nie, in seinen Büchern „heiße Eisen" anzupacken: „Ich finde es in dieser Zeit unbedingt notwendig, über Dinge zu berichten, die unsere Gesellschaft gefährden. Und ein Thema, von dem ich nie loskommen werde, ist die Nazizeit und ihre Verbrechen, weil das das einschneidendste Erlebnis meines Lebens war."

Jedes Thema, das Simmel anpackt, wird zum Bestseller. Für ein Buch, sagt er selbst, benötigt er zwei Jahre. Sein Erfolgsrezept: „Ich habe aus meiner Reporterzeit Freunde in aller Welt. Die rufen mich an oder schreiben mir, wenn sie eine Geschichte für mich haben. Darüber schreibe ich ein Exposé – etwa 150 Seiten –, das ich anschließend von Anwälten prüfen lasse, um Prozesse zu vermeiden, und erst dann fahre ich mit meinem Tonband los, um an den Originalschauplätzen zu recherchieren."

Trotz seiner Welterfolge hat Simmel noch einen Traum: „Ich verehre Ernest Hemingway sehr und wünschte, ein Buch wie ‚Der alte Mann und das Meer' schreiben zu können . . ."

Das Faß wurde für den Stuntman zur Todesfalle

SAD, New York

Seine letzte Show stand unter dem Motto „Erregung und Zerstörung". Aus dem Risiko machte er ein Geschäft, doch diesmal ging die Rechnung nicht auf: Der kanadische Stuntman Karel Soucek (37), der im vergangenen Sommer als erster Mensch seit 23 Jahren den Sturz über die Niagarafälle in einer Tonne unversehrt überlebte, kam jetzt bei einer tollkühnen Vorführung vor großem Publikum in der Sportkampfstätte von Houston (US-Bundesstaat Texas) ums Leben.

Der aus der Tschechoslowakei stammende Stuntman starb, als ein Faß, in dem er sich aus 54 Meter Höhe in einen 3,60 Meter breiten und 2,70 Meter tiefen Wassertank stürzte, das Ziel knapp verfehlte und auf dem Rand des Beckens zerbrach. Der Kanadier lebte zwar noch und konnte die Sanitäter ansprechen, die ihn aus der auseinandergebrochenen Tonne herausschneiden mußten. Wenig später erlag er den schweren Verletzungen: Er hatte einen Schädelbruch und tödliche Quetschungen an Brust und Unterleib.

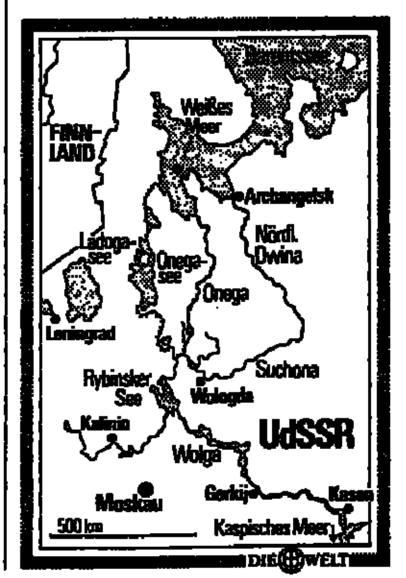
Techniker, die die Vorstellung betreuten, berichteten von Schwierigkeiten schon vor Beginn der Show. Sie hatten das Faß zur Kuppel des Sportpalastes hochgezogen und bemerkten, daß das Faß in der Verankerung zu rotieren begann. Während des Sturzes drehte es sich erneut, statt pfeilgerade in das Becken zu stürzen. Deshalb schlug es knapp neben dem Ziel auf. Soucek hatte es abgelehnt, statt des kleinen Wasserbeckens einen wesentlich breiteren Luftsack als Zielfläche zu benutzen.

Ändert Umleitung der Flüsse in Sibirien unser Klima?

dg. Frankfurt

Zu den Plänen der Sowjets, die Wassermassen der nordrussischen Ströme Suchona, Nördliche Dwina und Onega in die Wolga und das Kaspische Meer umzuleiten, haben jetzt erstmals deutsche Klimaforscher Stellung genommen. Im Gespräch mit der WELT vertraten die Forscher die Meinung, daß die Auswirkungen der vor wenigen Tagen angekündigten ersten Baustufe auf das Weltklima und speziell auf Europa vermutlich gering sein werden. Doch weder die Amerikaner und der übrige Westen, noch erst recht die Russen verfügten über die notwendigen „riesigen Rechner", um die tatsächlichen Folgen der „vielleicht ganz winzigen Veränderungen" zuverlässig beurteilen zu können.

Nach einer ersten Modellrechnung



am Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg meinte Institutsleiter Professor Klaus Hasselmann, die geplante Umleitung von sechs Kubikkilometern Flußwasser pro Jahr nach Süden werde das Klima nur im Rahmen normaler Schwankungen berühren. Der nördlichen Barentsee würden damit nur ein Prozent des Gesamtzuflusses an Süßwasser vorenthalten.

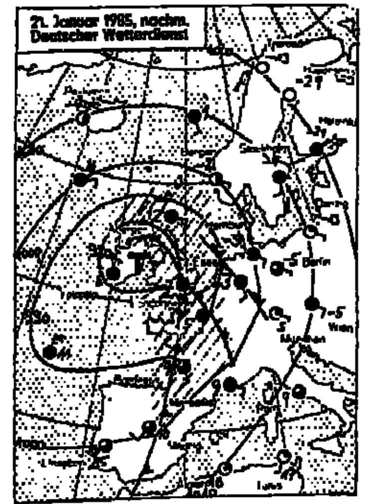
Selbst die in einer zweiten Baustufe geplante Umleitung von weiteren 300 Kubikkilometern Süßwasser aus den sibirischen Strömen Ob und Jenisej sei gemessen an der riesigen Fläche des Polarmeeres ein „kleiner Betrag". Die 30 Meter dicke Zone von oben schwimmendem, süßerem „Pufferwasser", das für den Eispanzer des Meeres und damit für das Weltklima entscheidend ist, werde dadurch nur in einer Höhe von sechs Zentimetern verändert.

Professor Ernst Augstein vom Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung in Bremerhaven hält die Auswirkungen für „nicht so gewaltig". Aber die Klimatologen seien sich „international einig, daß das, was wir in der Hand haben, nicht ausreicht, um solche Maßnahmen einzuleiten".

Der Bonner Klimatologe Professor Hermann Flohn, der sich ebenfalls auf eigene Modellrechnungen beruft, ist der Ansicht, für sich allein würde sich die Umleitung der Ströme erst in Jahrhunderten, vielleicht Jahrtausenden auf das Klima auswirken. Er rechne freilich mit anderen Effekten wie der Aufheizung der Atmosphäre unter der dicker werdenden Kohlendioxidglocke. Dann würden Klimafolgen schon in 100 Jahren zu spüren sein.

WETTER: Weiterhin mild

Wetterlage: Die Ausläufer eines Sturmtiefs bei den britischen Inseln überqueren Deutschland, dabei kann sich die herangeführte milde Meeresluft endgültig bis zum Boden durchsetzen.



Vorhersage für Dienstag:
Meist stark bewölkt bis bedeckt, zum Teil neblig trüb. Von Osten Übergang der Niederschläge von Schnee in Regen, stellenweise Glatteisgefahr. Im Laufe des Tages von Westen her Bewölkungsauflockerung. Temperaturen zwischen 6 bis 8 Grad im Westen und 2 bis 5 Grad im Osten. Nachts nur vereinzelt unter null Grad. Mäßiger bis frischer Südwestwind.

Weitere Aussichten:
Wechselhaft und vereinzelt Schauer, leichter Temperaturrückgang.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	-5°	Kairo	18°
Bonn	3°	Kopenh.	-4°
Dresden	-2°	Las Palmas	20°
Essen	3°	London	7°
Frankfurt	3°	Madrid	10°
Hamburg	-5°	Mailand	1°
List/Sylt	-5°	Mallorca	15°
München	5°	Moskau	-24°
Stuttgart	3°	Nizza	7°
Algier	18°	Oslo	-7°
Amsterdam	2°	Paris	5°
Athen	15°	Prag	-4°
Barcelona	11°	Rom	9°
Brüssel	5°	Stockholm	-4°
Budapest	-6°	Tel Aviv	15°
Bukarest	-9°	Tunis	17°
Helsinki	-21°	Wien	-5°
Istanbul	7°	Zürich	-1°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 8.13 Uhr, Untergang: 16.56 Uhr; **Mondaufgang:** 9.53 Uhr, Untergang: 19.29 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Nach versuchter Notlandung: Alle Passagiere tot?

AP, Reno

Ein Flugzeug der US-Fluggesellschaft Galaxy mit 68 Personen an Bord ist nach Angaben der Flugsicherheitsbehörde gestern kurz nach dem Start in Reno (US-Bundesstaat Nevada) abgestürzt. Es befand sich auf dem Rückflug nach Minneapolis (US-Bundesstaat Minnesota). Den Angaben zufolge hat wahrscheinlich nur der Pilot den Absturz überlebt. Die Turboprobmaschine von Typ Lockheed Electra schlug in der Nähe der Innenstadt von Reno auf dem Parkplatz eines Möbelzentrums auf. Augenzeugen berichteten, eine Person sei lichterloh brennend und um Hilfe schreiend aus den Trümmern gelaufen. In der Nähe der Aufschlagstelle liegt ein Wohnhaus, doch wurde niemand verletzt. Der Pilot hat nach Auskunft der Behörde kurz nach dem Start gemeldet, daß die Maschine vibriere und angekündigt, er werde zum Flughafen zurückkehren.

Countdown läuft

AFP, Cape Canaveral

Um zehn Uhr Mitteleuropäischer Zeit (MEZ) begann gestern der Countdown für die erste rein militärische Weltraummission der amerikanischen Raumfähre „Discovery". Sie soll den 300 Millionen Dollar teuren und perfektesten amerikanischen Aufklärungssatelliten „Sigint" über der Sowjetunion plazieren. Um eine Überwachung des Starts durch sowjetische Satelliten zu verhindern, gab das Washingtoner Verteidigungsministerium lediglich bekannt, die Raumfähre werde am Mittwoch zwischen 19.15 Uhr und 22.15 Uhr MEZ starten.

Neue Telefonnummern

AP, Bonn

Heute ändern sich einige wichtige Rufnummern der Telefonsonderdienste der Deutschen Bundespost. Die Auskunft ist unter 1188, die Zeitansage unter 1191, Telegrammaufnahme und Auftragsdienst unter 1131 beziehungsweise 1141 zu erreichen. Die Notrufnummern 110 der Polizei und 112 der Feuerwehr ändern sich nicht.

Explosion im Tempel

dpa/UPI, Jakarta

Die 1100 Jahre alte Borobudur-Tempelanlage auf Java, das berühmteste Bauwerk Indonesiens und beliebte Touristenattraktion, wurde gestern durch eine Bombenexplosion schwer beschädigt. Menschen wurden nicht verletzt. Das Ministerium für Erziehung und Kultur schreibt das Attentat Terroristen zu. Die Tempelanlage mit ihren lebensgroßen Buddha-Statuen ist in einer internationalen Hilfsaktion für mehrere Millionen Dollar in den vergangenen 20 Jahren restauriert worden.

Bilaterale Studienangebote

AFP, Stuttgart

Die deutsch-französische Zusammenarbeit bei Studiengängen wird jetzt auch auf den Bereich des Wirtschaftsstudiums ausgeweitet. Die „Ecole Supérieur des Sciences Commerciales" in Angers und die Fachhochschule für Wirtschaft und Technik in Reutlingen vereinbarten bilaterale Studienangebote und erkennen beiderseitig Leistungsnachweise an.

Sicherheitsmängel

AP, Neu-Delhi

Erste Untersuchungen des Giftgasunglücks vom Dezember in Bhopal haben ergeben, daß in der Chemiefabrik des US-Konzerns Union Carbide angemessene Sicherheitsvorkehrungen fehlten. Es habe nur ein einziges Sicherheitssystem ohne Ersatz für Notfälle besessen und keine Frühwarneinrichtung. Bei dem Unglück entwich Gas ungefiltert, tötete mehr als 2000 Menschen und vergiftete Zehntausende.

40 000 Mark erbeutet

dpa, Höxter

Zwei noch unbekannte, mit Revolvern bewaffnete und mit Pudelmützen getarnte Räuber erbeuteten gestern in der Volksbank in Ottbergen (Kreis Höxter) 40 000 Mark Bargeld. Nach dem Überfall, der kaum eine Minute dauerte, flüchteten die beiden Täter zunächst zu Fuß und machten sich dann vermutlich mit einem in der Nähe abgestellten Auto davon.

Unfallursache unbekannt

rtr, Bonn

Die Ursache der Explosion und des nachfolgenden Brandes in den Rheinischen Olefinwerken (ROW) ist noch nicht ermittelt. Die Äthylenanlage brennt an einzelnen Stellen noch immer und kann darum nicht betreten werden. Bei dem Unglück am vergangenen Freitag wurden 26 Menschen zum Teil schwer verletzt.

ZU GUTER LETZT

„Müssen die Esel auf der kenianischen Insel Lamu künftig Windeln tragen?" Dieser Frage ging gestern die Nachrichtenagentur dpa nach. Um des Mistes auf dem verträumten kleinen Tropen-Eiland unweit des Badeortes Malindi Herr zu werden, wollen die Insel-Politiker jetzt diesen ungewöhnlichen Vorschlag zur Sauberhaltung machen.

WIRTSCHAFTLICHER ÜBERBLICK / Trotz schweren Erbes auf dem Weg nach oben

Neuer Wirtschaftskurs bedeutet keinen Bruch mit der Vergangenheit

Von MAX THURN

Mit seinen 756 624 qkm (ohne die in der Antarktis beanspruchte Fläche miteinzubeziehen), hat Chile nur etwa ein Viertel der argentinischen und nicht einmal ein Zehntel der brasilianischen Fläche. Das Verhältnis der Einwohnerzahl mit diesen beiden Ländern ist ungefähr das gleiche. Was das Pro-Kopf-Einkommen betrifft, ist es laut Weltbankbericht 1983 mit 2460 Dollar nicht niedriger als das argentinische und brasilianische. Es ist aber nur ein Viertel des österreichischen und noch viel geringer im Vergleich zum deutschen.

Trotzdem wird die Entwicklung in Chile, seit Allende 1970 Präsident wurde, in ganz Europa mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Chile ist ein Reizwort geworden, mit dem man jederzeit Leidenschaften entfachen und eine Polemik auslösen kann. Einer Analyse und objektiven Beurteilung der Lage ist das nicht zuträglich.

Ein leerer Sack war teurer als ein voller

Über die Wirtschaftspolitik des Präsidenten Allende kann nicht viel Gutes gesagt werden. Mit seinen Verstaatlichungen und Interventionen in Betriebe, mit seinen Preiskontrollen und uferlosen staatlichen Ausgaben (das Defizit war 30 Prozent des B. N. P.) und der allgemeinen Wilkür und Unsicherheit brachte er das Land an den Rand des Ruins. Ein Detail: 1973 war ein leerer Sack Mehl auf dem schwarzen Markt mehr wert als ein voller zum offiziellen Preis (unerhältlich natürlich).

Die Übernahme der Macht durch die Militärs in diesem Jahr wurde allgemein als eine Erlösung empfunden. Sogar die Christdemokraten, die zwei Jahre vorher bei den Stichwahlen im Kongreß für Allende gestimmt hatten, begrüßten sie.

1975 übergaben die Militärs die Wirtschaftsressorts den viel genannten „Chicago Boys", liberalen, bei Friedman in Chicago graduierten Ökonomen. Die von ihnen durchgeführten Reformen ließen an Radikalität nichts zu wünschen übrig. Schlagartig wurden alle Preis-, Miet- und Pachtkontrollen aufgehoben, der Zahlungsverkehr mit dem Ausland liberalisiert und die Zölle generell auf 10 Prozent gesenkt. Im weiteren Verlauf wurden die unter Allende enteigneten und intervenierten Unternehmen den Besitzern zurückgegeben und das Budget durch Ausgabenkürzungen ausgeglichen. Es waren das alles Maßnahmen, die sich, nach der herkömmlichen Theorie, ein Industrieland, aber keinesfalls ein Entwicklungsland, leisten durfte und konnte.

Der Erfolg war durchschlagend. In den Jahren 1977 und 1980 wurden Wachstumsraten von rund 8 Prozent erzielt, dies bei gleichbleibenden Auslandsschulden. 1981, das erste Jahr der Rezession, waren es immer noch beachtliche 5,3 Prozent. Die Inflationsrate war 10 Prozent. Sie von 1000 Prozent im letzten Jahr der Präsidentschaft Allendes auf diesen Stand herunterzudrücken, ist bisher keinem südamerikanischen Land gelungen. Der Lebensstandard der Menschen, und nicht nur der Reichen, besserte sich in diesen Jahren rapide. Das Chicagoer Modell der wirtschaftichen Freiheit fand damit seine volle Bestätigung.

1982 trat der Rückschlag ein. Er war von einer unerwarteten Heftigkeit. Die Wachstumsrate wurde mit – 14 Prozent negativ und die Arbeitslosigkeit stieg auf 25 Prozent. Was ging da schief? Hatte „der Markt" versagt? So wollten es die Planer und Dirigisten auf der ganzen Welt. In zahllosen Berichten und Kommentaren konnte man von einem Scheitern der extrem liberalen Wirtschaftspolitik lesen.

Die Ursachen waren andere. Obwohl intern in der Wechselkurs-, Kredit- und Lohnpolitik manche Fehler begangen wurden, muß man die externen Ursachen, nämlich den Verfall der Kupferpreise und die hohen Zinsen auf Dollarkredite als ausschlaggebend betrachten.

Der Kupferpreis – Kupfer ist das Hauptexportprodukt Chiles – fiel von 1 Dollar das Kilo in den frühen siebziger Jahren auf 65 Cents. Gleichzeitig stiegen die Zinsen. Chile muß heute für Dollarkredite 12 Prozent mehr bezahlen. Es ist eigentlich erstaunlich, daß das Zusammentreffen dieser Faktoren nicht zu einem noch schwereren Einbruch geführt hat.

Was Chile 1982 traf, hat mit „Markt" und „Liberalisierung" überhaupt nichts zu tun. Es war eine Finanz- und Zahlungsbilanzkrise, erstere hervorgerufen durch Versäumnisse bei der Bankenaufsicht, letztere durch externe Faktoren, die sich der Beeinflussung durch chilenische Stellen entzogen. Hätte man die Liberalisierung auf den Devisenmarkt (durch Freigabe der Wechselkurse) ausgedehnt, hätte man sich den Rückschlag nicht erspart, er wäre aber weniger heftig gewesen.

Wie ist die derzeitige Wirtschaftslage Chiles und was sind die Perspektiven? Das Bruttoinlandsprodukt nahm im ersten Halbjahr 1984 gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 6,9 Prozent zu. Löhne und Gehälter verzeichneten in dieser Zeit einen realen Anstieg von 2,7 Prozent. Die Arbeitslosenrate ist von 25 Prozent am Höhepunkt der Krise auf 16 Prozent gesunken.

Was die Inflationsrate betrifft, war sie für die esten 10 Monate 1984 20, im September nur noch 15 Prozent im jeweiligen Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Für europäische Verhältnisse ist das sehr hoch, für Südamerika aber extrem niedrig, besonders wenn man berücksichtigt, daß im September 1984 der Einheitszoll von 20 auf 35 Prozent erhöht und der Peso nochmals um 20 Prozent abgewertet wurde.

Die Handelsbilanz war in den ersten drei Quartalen 1984 mit 328 Mill. Dollar aktiv und die Währungsreserven nahmen gegenüber dem Vorjahr um 200 Mill. Dollar zu. Es geht somit wieder aufwärts in Chile. Die Erholung wird aber wegen Kapitalmangels eine langsame sein.

Umschuldung mit amerikanischen Banken

Erwähnenswert ist das Umschuldungsabkommen mit US-Banken. Chile war das erste Land, das ein solches Abkommen abschloß. Es ergaben sich dabei ungleich anderen Ländern keine Probleme.

Zum Abschluß soll noch etwas über eine Maßnahme gesagt werden, die von Chile als bisher einzigem Land der westlichen Welt ergriffen wurde, um den Schwierigkeiten in der Finanzierung sozialer Leistungen zu begegnen. Das Sozialversicherungssystem in Chile beruhte bis 1980 auf dem Umlageverfahren. Es war auf die Dauer genauso unfinanzierbar wie in vielen anderen Ländern. Man begnügte sich aber in Chile nicht mit der Erhöhung der Beiträge und dem Stopfen von Löchern, sondern reformierte das System von Grund auf. Zunächst wurden reine Transferzahlungen wie Familienbeihilfen aus dem System herausgenommen und vom Budget übernommen. Die Alters-, Invaliditäts-, Kranken- und Hinterbliebenenversicherung übertrug man an private, das Kapitalsammelverfahren anwendende, „Administradoras" genannte Fonds.

Der Arbeitnehmer ist nach wie vor zwangsversichert, 10 Prozent werden ihm für seine Pensionen, 4 Prozent für Krankheit und 3 Prozent für Invalidität von seinem Lohn bzw. Gehalt abgezogen. Leistungen erfolgen nach Maßgabe der individuellen Beiträge, über deren Stand sich der Versicherte jederzeit informieren kann.

Der Staat garantiert lediglich eine Mindestpension (100 Dollar). Die Administradoras unterstehen der staatlichen Aufsicht. Verluste, die sie bei ihren Veranlagungen erleiden, übernimmt der Staat.

Der Beitritt zum neuen System ist völlig freiwillig. Ein Anreiz hierfür wurde in einem 6 Prozent geringeren Lohnabzug geboten. Bisher (Ende 1983) haben sich elf private Fonds konstituiert. Sie stehen miteinander in Konkurrenz, über die Hälfte der Arbeitnehmer sind dem neuen System beigetreten.

Bis Februar 1984 sind den Fonds Mittel in der Höhe von 1,1 Milliarden Dollar zugeflossen. Bis 1990 werden es schätzungsweise 4,6 Milliarden sein. Die Gelder wurden bisher zur Hälfte in Schatzscheinen und zur Hälfte in Pfandbriefen angelegt. Die Administradoras sollen jetzt ermächtigt werden, auch Aktien zu kaufen.

Mit der Veranlagung in Schatzscheinen und anderen staatlichen Schuldverschreibungen werden die Ausfälle, welche die alten Sozialversicherungsinstitute dadurch erleiden, daß immer mehr Arbeitnehmer dem neuen System beitreten, die Pensionen aber im bisherigen Umfang weiter bezahlt werden müssen, zum Teil ausgeglichen. Die Ausfälle und damit die Mehrbelastung des Budgets sind aber temporär. Einmal wird das System nach seiner Konstruktion selbsttragend sein.

Das neue System wird im Laufe der derzeitigen Entwicklung seine Vorteile zeigen können. Es ist ein in seiner Art einzigartiger Versuch aus der Krise, in welcher sich die Sozialversicherungen fast überall befinden, herauszukommen. Leider genügt der Name „Chile", um der Reform in Europa die Beachtung zu nehmen, die sie verdient. Auf der Suche nach einer Lösung wird man aber auch bei uns nicht umhinkommen, den von Chile beschrittenen Weg auf seine Gangbarkeit zu prüfen.

Es wird heute von einer völligen Abkehr der chilenischen Wirtschaftspolitik von den Grundsätzen der Chicagoer Schule der Nationalökonomie gesprochen. Das ist nicht wahr. An dem neuen Sozialversicherungssystem wurde nicht gerüttelt. Auch nicht an der Gewerbefreiheit. Die Preisbildung auf den Märkten ist nach wie vor frei. Die Einheitszölle auf Einfuhren wurden wohl auf 35 Prozent erhöht. Das bedeutet aber keinen Bruch mit der Vergangenheit. Die stufenweise Anpassung der Wechselkurse an das Inflationsdifferential zum Dollar ist auch keine dirigistische Maßnahme. All dies rechtfertigt die Annahme, daß es in Chile weiter aufwärts gehen wird.



Blick auf Santiago de Chile, die Hauptstadt des Landes FOTO: CAMERA PRESS

Wirtschaft in Text und Zahlen

ALLGEMEIN

● Mit einer bedeutenden verarbeitenden Industrie gehört Chile zu den am stärksten industrialisierten Ländern Lateinamerikas. Herausragende Bedeutung kommt dem Reichtum an Bodenschätzen zu, insbesondere dem überwiegend verstaatlichten Kupferbergbau, der dem Land rund 50 Prozent der Exporterlöse erbringt. Zu den weiteren im Lande vorhandenen Bodenschätzen zählen Molybdän, Eisenerz, Gold, Silber, Blei, Zink, Mangan und Uranerz. Chile verfügt darüber hinaus über Erdöl- und Kohlevorkommen. Auf dem Erdgassektor ist Chile Ausfuhrland, während der Bedarf an Öl etwa zur Hälfte im Ausland gedeckt werden muß.

Beitrag zum BIP 1983

Landwirtschaft	9,4 %
Bergbau	8,9 %
Industrie und Bau	25,0 %
Handel und Verkehr	22,8 %
Finanzsektor	16,2 %
Sonstige Dienstleistungen	17,7 %

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

● Von der Staatsfläche sind 7 Prozent Ackerland (= 5,5 Mill. ha, davon 1,3 Mill. ha bewässert), 16 Prozent Weideland, 21 Prozent Wald und 56 Prozent sonstige Flächen.

INDUSTRIE UND BERGBAU

● Chile ist der größte Kupferexporteur der Welt und verfügt über rund 40 Prozent der Kupfervorkommen der Welt.

● Von den rund 3,85 Mill. Erwerbstätigen (= 32 Prozent der Bevölkerung) sind rund 70 Prozent in Industrie, Gewerbe und Bergbau tätig.

FINANZEN

Leistungsbilanz

1.-9.1984: 73 Mill. Dollar Überschuß
1.-9.1983: 691 Mill. Fehlbetrag

● Die Umschuldung der 1983 und 1984 fälligen Verbindlichkeiten des öffentlichen und privaten Finanzsektors ist weitgehend abgeschlossen. 1985 benötigt Chile etwa 800 Mill. US-Dollar, um den Schuldendienst 1985 bedienen zu können.

AUSSENHANDEL

Handelsbilanz in Mill. US-Dollar

	Einfuhren:	Ausfuhren:	Saldo:
1982	4094	3706	– 388
1983	3178	3851	+ 673
Jan.–Sept. 1984	2532	2859	+ 327

Hauptexportprodukte Anteile 1983 in %

Kupfer	48
Holz, Papier, Zellulose	8
Fischmehl	8
Obst	6

Rätselhafter Charakter eines nahen Landes

Von ERIK KÜHNHELT-LEDDIHN

Was bedeutet Chile? Das kann sich wahrscheinlich nicht jeder leicht vorstellen. Es ist wie Norwegen ein gebirgiges Land am Meer, das sich mehr als 4000 Kilometer von Norden nach Süden erstreckt, auf unsere Verhältnisse bezogen wie vom Nordkap nach Kreta – und wenn man den Anteil an der Antarktis noch miteinbezieht, dann eben noch viel weiter. In westlicher Ferne liegen die zu Chile gehörenden Osterinseln mit ihren geheimnisvollen, aus Stein gemeißelten Riesenköpfen, und diese drücken symbolisch den rätselhaften Charakter dieses Landes aus, das aber mehr als die meisten Staaten Lateinamerikas unserem Kulturkreis wesenshaft angehört, und dies, wenn es auch nicht immer vom typischen europäischen Klischeedenker leicht dechiffriert werden kann.

Es ist aber trotzdem erstaunlich, daß man über dieses so ausgedehnte „lange und dünne Land", das sich von der Atacama-Wüste bis zum polar angehauchten Feuerland erstreckte, als von einem integralen Ganzen reden kann, das dreimal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland ist, aber doch nur 11 Millionen Einwohner zählt, von denen ein Drittel in der Hauptstadt Santiago und Umgebung lebt.

Unter den Spaniern, die das Land ursprünglich kolonisierten und die heftigsten Kämpfe mit den tapferen Araukaniern auszufechten hatten, galt dieses Land als Reino, als Königreich, während das viel reichere Peru nur als Vizekönigtum eingestuft worden war.

Das war ein hartes und strenges Land, das mit Fleiß bebaut werden mußte und in dem man sich nicht durch Gold und Silber mühelos bereichern konnte – und zähmen ließen sich die Araukanier nicht leicht. Wo aber sind sie heute? Zum größten Teil fließt ihr Blut in den bäuerlichen Schichten, aber Chile ist leibhaftig kein „Indianerstaat". Es ist mit seinen Superstraßen, Wolkenkratzern und Untergrundbahnen mindestens so „modern" wie Argentinien und Uruguay.

Finis Terrae und doch nicht

Chile liegt aber am Ende unserer Welt, am westlichsten und zugleich am südlichsten Rand. Finis Terrae war der Titel einer konservativen, recht „hispanisch" orientierten Zeitschrift, die der verunglückte Jaime Eyzaguirre herausgegeben hatte. Und da Chile so organisch zur westlichen Welt gehört, nimmt es auch an unseren Problemen und Wirren, Sorgen und geistigen Kämpfen teil.

Wir leben zwar alle im 20. Jahrhundert, aber die Ideen des 19. Jahrhunderts mit seiner Nähe zur Französischen Revolution und seinen angelsächsischen Versuchungen, die bei uns stets teils durch Mißverständnisse, teils durch naive Nachahmungen schmerzliche Folgen zeitigten, haben auch Chile nicht verschont.

Im benachbarten Argentinien sieht man die Jakobinermütze im Wappen und dies wiederholt sich auch in einer ganzen Reihe anderer lateinamerikanischer Staatssymbole – was um so erstaunlicher ist als die Unabhängigkeitskämpfe dieser Länder gegen die Madre Patria gegen Spanien, von einer aristokratischen Oberschicht ausgefochten wurden. Britische Propaganda und das Beispiel der USA wirken hier aneifernd.

Lateinamerikanische Unreife? Das wäre ein sehr schnelles Urteil, das gerade uns nicht zusteht, denn wir haben auch in Europa gesehen, wie „westliche" Ideale zwischen Portugal und dem Ural sich in ihr Gegenteil verkehrten.

Hatte uns doch schon der Sozialist Harold Laski gewarnt, daß der Parlamentarismus nur in einem echten Zweiparteiensystem mit gemeinsamem weltanschaulichem Nenner zu realisieren sei – was schon bei uns selten vorkommt, in Lateinamerika nie.

Zwar haben die Chilenen immer ehrliche Anstrengungen gemacht, nach anglo-amerikanischen Rezepten politisch zu leben, doch die Ideologien verhinderten dies in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts noch viel mehr als früher, als der konservativ-liberale Gegensatz eine friedliche Koexistenz mehr oder weniger möglich gemacht hatte – eine Chance, die es nach dem Zweiten Weltkrieg in keiner Weise mehr gab. Da kamen die verschiedenen Marxismen ins Spiel, bei dem sich die Sozialisten noch arger gebärdeten als die Kommunisten, die wenigstens eine globale Erfahrung hatten und Allende zu bremsen versuchten.

Mit dem Klischeedenken ist uns eben im Falle Chile nicht gedient. Da hat es keinen Kampf zwischen „Arm und Reich" gegeben, denn die verschiedenen roten Überzeugungen reichten bis in die höchsten sozialen Schichten hinauf und teilten ganze Familien, während Kleinbürger und selbst Arbeiter oft im „gegenrevolutionären" Lager standen.

Hausfrauen an der Spitze der Reaktion

An der Spitze der „Reaktion" standen (wie in Brasilien anno 1964) die Hausfrauen. Die radikalen Agrarreformen, die die wirtschaftliche Krise so richtig vorbereiteten, fanden sogar noch vor Allende, unter dem Christdemokraten Frei statt.

Und das Eingreifen der Militärs in Chile, nach deutschen Muster stets so unpolitisch, wurde durch den totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch (den Allende freimütig zugab) bedingt.

Die Militärs sprangen völlig ideologielos und unvorbereitet in die Bresche. Zum Totalitarismus neigten sie ebensowenig wie früher einmal der programmlose Franco. Auch heute kann man in fast jeder Buchhandlung die Werke von Pablo Neruda kaufen, der früher einmal dithyrambische Hymnen an Stalin geschrieben hatte.

Soviel über das Politische. Wie aber ist das Volk? Der Unterschied zwischen Reich und Arm, Gebildet und Ungebildet, ist hier sicherlich weniger sichtbar als anderswo in Lateinamerika. (Analphabeten im Landesurchschnitt zählen weniger als 6 Prozent.)

Es gibt hier eine äußerst kultivierte Oberschicht mit vielen baskischen, deutschen, britischen ja auch französische Elementen, die kosmopolitisch orientiert ist, Fremdsprachen ausgezeichnet spricht und ihre Kinder nicht in ausländische Universitäten zu schicken braucht, da es gute Hochschulen mit Tradition (wiewohl nicht frei von linksdralligen Verirrungen) auch im Inland gibt.

In Chile haben wir ein gebildetes Bürgertum und zugegebenermaßen auch große Armut, hauptsächlich aber durch einen differenzierten Fleiß verursacht. Wie überall in Lateinamerika gibt es auch in Chile Slums.

Aber um solche zu sehen, brauchen wir nur die Alpen und Pyrenäen zu überqueren, wo die Gesellschaften auch weniger acquisitiv sind als im Norden. Die feste Überzeugung, daß der Luxus der wenigen den Armen das Brot wegnimmt ist allerdings ein allgemein geglaubter volkswirtschaftlicher Unsinn. Verwandt mit diesem Aberglauben ist auch die Ansicht, daß wirtschaftliche Krisen ausnahmslos immer der Politik der Regierungen zuzuschreiben sind. Das kann der Fall sein. (Ebenso sind Regierungen manchmal auch am Wohlstand unschuldig.)

Die Wirtschaft Chiles ist in den letzten zwei Jahrzehnten durch alle möglichen Phasen durchgegangen. Sie ist zu gutem Teil von den Exporten abhängig, wobei viel weniger die Landwirtschaft als die Kupferproduktion und vor allem der Kupferpreis am Weltmarkt ausschlaggebend sind.

Geographie stört die Wirtschaft

Die außerordentliche Ausdehnung des Landes mit schwierigen Verkehrsverhältnissen ist der wirtschaftlichen Entwicklung nicht gerade förderlich. Nicht ein (stets arbeiterfeindlicher) Sozialismus, sondern erstklassiges Management, großer Fleiß, Werktreue und ein gesteigerter internationaler Handel wie in Japan, Taiwan oder der Schweiz, alles ausgesprochene Bergländer mit wenig naturgegebenen Rohprodukten müssen hier als Modell dienen.

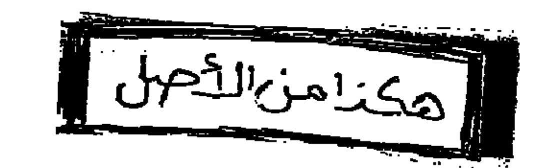
Der Einfluß der deutschen Einwanderung war in Chile zwar nie entscheidend, in der Politik spielten die deutschen Kolonisten nur selten eine führende Rolle, aber als landwirtschatlich produktive (und sehr patriotische) Elemente sind Deutsche und auch Österreicher (besonders in der Landwirtschaft) nicht wegzudenken.

Im Heer begegnet man nicht zu oft deutschen Namen (eher in der Flotte), wohl aber waren deutsche Instruktoren im Aufbau der Armee von entscheidender Bedeutung. Daher hatte die Armee (anders als in Argentinien und Brasilien) politisch stets eine bescheidene Rolle gespielt und das Eingreifen der Generäle im Jahr 1973, zwar lange ersehnt, war dennoch unerwartet gewesen.

Erst als die wirtschaftliche Not am höchsten war und sich der Kongreß gegen Allende (der nur eine Minderheit hinter sich hatte) gewandt hatte, konnte sich die Exekutive von den Frauen nicht mehr weiter beschämen lassen.

Chile ist für den freien Westen ein Land von großer Bedeutung. Das weiß man selbst in den Vereinigten Staaten, wo man in der Geopolitik nicht immer sehr erfahren ist. Der Panama-Kanal ist höchst verwundbar und seine Alternative ist die Magellan-Straße, die wie das Kap Horn den Pazifik mit dem Atlantik verbindet: beide sind im chilenischen Besitz.

Chile ist tatsächlich für uns viel mehr als ein prächtiges Gefilde für den Skisport während des Sommers auf der nördlichen Erdhälfte, mit einem Mond, der dort „verkehrt" am Himmel hängt. Es ist ein gastliches und offenes Land, das aber auch für die freie Welt in jeglicher Beziehung eine gewichtige Rolle zu spielen hat.



BERICHT EINES ZEUGEN / Der Rechtsstaat in Chile stand im Jahre 1973 vor dem Zusammenbruch

Zur Daseinsberechtigung und Aufgabe der gegenwärtigen Regierung

Von W. THAYER-ARTEAGA

Am 10. September 1973 war die verfassungsmäßige, politische, wirtschaftliche und soziale Lage des Landes unhaltbar geworden. Er sei nicht „Präsident aller Chilenen, sondern der Volksfront (Unidad Popular)", hatte das Staatsoberhaupt erklärt.

Ein von der Regierung eingereichter Verfassungstext war vom Kongreß für ungültig erklärt und zurückgewiesen worden; die Abgeordnetenkammer hatte geäußert, der Rechtsstaat stehe vor dem Zusammenbruch, der Oberste Gerichtshof protestierte gegen die Regierung, weil seine Beschlüsse unzählige (über 3000) Male nicht befolgt wurden. Die wachsende Inflation von jährlich 1000 Prozent drohte in eine Hyperinflation auszuarten; nur noch für drei Tage stehe Weizen zur Verfügung, gab der Präsident bekannt; die Reserven der Zentralbank waren erschöpft; Nahrungsmittel nur erhältlich, wenn die von der JAP (Preiskontrolle und Nahrungsmittelausschuß der Regierung) ausgegebenen Lebensmittelkarten vorgewiesen wurden; die Bevölkerung mußte nächtelang anstehen, um lebensnotwendige Artikel zu bekommen.

Das Land stand unmittelbar vor dem Schicksal, die erste kommunistische Diktatur auf dem südamerikanischen Kontinent zu werden und somit die demokratische Staatsform zu *verlieren.*

Mehr als 16 000 Kubaner waren im Land

Die über 16 000 vorzugsweise kubanischen Aktivisten, die sich im Lande befanden, zerstreuten jeglichen Zweifel über den Abgrund, der sich auftat. Das Schicksal, seine Freiheit aufgeben zu müssen, akzeptierte das Land nicht. Die unmittelbare Gefahr eines – vom kommunistischen Ausland unterstützten – Bürgerkrieges hatte die chilenische Demokratie gelähmt und machte ein Eingreifen der Streitkräfte unabdingbar. Der Aufstand wurde von den meisten politischen Kräften unterstützt. Die Christdemokraten, die Sozialdemokraten, die Konservativen und die Radikale Partei sowie andere demokratische Parteien – die im April 1973 mit großer Mehrheit die Parlamentswahlen gewonnen hatten – im Verein mit mächtigen, über die Volksfrontregierung enttäuschten Gruppen erkannten ihn als einzige Möglichkeit, um einer *unwiderruflichen* Diktatur zu entrinnen.

Wir wußten alle, daß die vorübergehende Regierungsform eine Militärdiktatur sein würde; die einen *wähnten* sie *kürzer, andere* länger, aber daß die Streitkräfte die Demokratie nicht vernichten, sondern retten wollten, darüber herrschte Einigkeit.

Präsident Frei war davon überzeugt, daß mindestens drei Jahre Diktatur vonnöten seien, bevor man an die Wiederherstellung der Demokratie denken könne. Diejenigen, die *ähnliche Auffassungen teilten*, glaubten ebenfalls an einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren, wogegen Andrés Zaldivar, Freis letzter Wirtschaftsminister, erklärte, das Land würde viele Jahre brauchen, ehe es sich wieder erholte.

Mit Gewißheit kann auch behauptet werden, daß die gewaltige Mehrheit der Christdemokraten den Aufstand unterstützt hat, obwohl sie als Partei weder Regierungsaufgaben übernahm noch dazu aufgefordert wurde. Sie ging sogar so weit, ihren Mitgliedern die Bekleidung von Regierungsposten zu verbieten (insbesondere die Ämter eines Staatssekretärs, Bürgermeisters oder Botschafters), andere Aufgaben durften sie jedoch übernehmen. So wurde Andrés Zaldivar unter der Militärregierung Vizepräsident für das Bausparwesen. Máximo Pacheco Dekan der Fakultät für Sozial- und Rechtswissenschaften an der Staatsuniversität, und Juan Hamilton Hauptgeschäftsführer des Verlags Editorial Juridica de Chile, Guillermo Videla Vial wurde „Director del Trabajo" im Arbeitsministerium.

Frei richtete ein Schreiben an den internationalen Präsidenten der Christdemokraten, Mariano Rumor, in dem er die unausweichliche Notwendigkeit des Aufstandes vertrat.

Aylwin, seinerzeit Präsident der Christdemokratischen Partei, äußerte ähnliches, wobei er seiner Eigenschaft als wesentlicher Verfasser einer Verlautbarung der Abgeordnetenkammer vom 22. August, welche die Unrechtmäßigkeit der Regierung Allende festtellte und somit den Aufstand ermöglichte, *nur* gerecht wurde. An Einzeltatsachen kann man erwähnen, daß Gonzala Prieto Justizminister wurde, Max Silva Unterstaatsekretär des gleichen Amtes und *Lamberto Cisternas Unterstaatssekretär* im Arbeitsministerium. Dessen ungeachtet gab es innerhalb der Christdemokratischen Partei eine Minderheit – Tomic, Fernando Castil*lo Velasco, Domingo Santa Maria,* Bernardo Leighton und andere – die sich von Anbeginn dem Aufstand widersetzt hatte und der Meinung war, ein Einvernehmen mit der Volks*frontregierung sei noch möglich.*

Ich stand zu jenem Zeitpunkt diesem Minderheitssektor näher. Ich glaubte damals, daß man Allende zwingen könne, ein mit dem Rückhalt der Streitkräfte gebildetes Militärkabinett zu ernennen, was ein vorzeitiges Ende der Volksfrontregierung zur Folge gehabt hätte. Ich hielt es nicht für wünschenswert, eine Krise von außen her zu bewirken, sondern wollte Allende zu einer Stellungnahme für die Demokratie zwingen und dieses mit der Garantie einer Militärregierung. Mit anderen Worten: entweder gab er den Marxismus-Leninismus auf, oder er dankte ab.

Allerdings kam ich nach entscheidenden Unterredungen mit Kardinal Silva Henriquez, mit dem Innenminister Orlando Letelier und mit Carlos Briones – der jenem in diesem Amte folgte – zu dem Schluß, daß nichts mehr zu tun sei, als auf den Staatsstreich zu warten. Die Unterredung mit Kardinal Silva Henriquez bewirkte eine Zusammenkunft von Aylwin und Allende in einem letzten Versuch der Annäherung zwischen Regierung und Opposition. Mit Letelier und Briones erreichte ich eine Lösung in dem Konflikt mit dem Kanal 9 – dem Fernsehsender der Staatsuniversität –, welche am 11. September noch in der Presse veröffentlicht wurde, während die Streitkräfte ihr Ultimatum an Allende richteten.

Ich entsinne mich einer am 6. September 1973 mit Patricio Aylwin ge*führten Unterredung, kurz nach* meinem Gespräch mit Briones, in deren Verlauf ich ihm klarzumachen suchte, daß meiner Ansicht nach kein freundschaftlicher Vergleich mit der Regierung zu erwarten sei, etwa im Sinne einer Kompromißlösung. Er solle mich nicht zu jenen, die sich einer Stellungnahme enthielten, zählen. Ich riet ihm vielmehr, meiner damaligen Einstellung gemäß, er solle, in seiner Eigenschaft als Präsident der Christdemokratischen Partei, jegliche Initiative unterstützen, die Allendes Regierung zu Fall bringen könne. Allende wolle inzwischen nur noch Zeit gewinnen, fügte ich hinzu, denn meiner Ansicht nach habe er keine Gewalt mehr über das Land.

Ich kann mit absoluter Überzeugung behaupten, daß der Umsturz als ein legitimer Ausdruck historischer Notwendigkeit zu verstehen ist, als allgemeiner Wille des Volkes, politische Freiheit und Souveränität (seit 1810 Grundlagen unserer republikanischen Tradition) zu retten. So urteilten zumindest zwei Drittel des Landes, unter anderem das Parlament, die rechtsprechende Gewalt, der Rechnungshof, die Kirche – diese im besonderen wegen eines beabsichtigten Gesamtschulprojektes – und natürlich die Streitkräfte im Verein mit der Polizei. Alle fürchteten sie den unwiderruflichen Untergang Chiles im Schlunde einer kommunistischen Diktatur.

Wie kommt es nun, daß eine Regierung mit solch klarem, demokratischem Willen und einem solchen Rückhalt von Seiten der Bevölkerung bis zum heutigen Tage 11 Jahre lang an der Macht blieb?

Die 1973 an die Macht gekommene Militärregierung hätte abzudanken, sobald eine zivile Regierung jene zwei Gefahren zu beschwören in der Lage ist, die den Umsturz bedingt haben: Verlust der politischen Freiheit durch den Totalitarismus und Verlust des Selbstbestimmungsrechtes.

Inbegriff dieser Gefahren war die *kommunistische Partei Chiles, die* treu zu Moskau hielt. Mit nur 16 Prozent der Wählerstimmen war es ihr gelungen, an die Macht zu kommen, und zwar dank einer Reihe von Bünd*nissen mit den marxistisch gesinnten* Sozialisten und mit Parteien, welche es vorzogen, Bündnisse mit den Marxisten als mit demokratischen Kräften konservativer oder gemäßigter *Einstellung zu schließen.*

Auf diese Weise wurde die Allianz zwischen Kommunisten, Sozialisten und anderen, kleinen Parteien ähnlicher Gesinnung mit etwas über einem *Drittel der Wählerstimmen* die führende politische Kraft Chiles, gefolgt vom „Alessandrismo", während die Christdemokraten bei den Präsidentschaftswahlen von 1970 auf den *dritten Platz zurückfielen.*

Es ist eine Sache elementarer Arithmetik, sich auszurechnen, daß allein eine Verständigung zwischen den zivilen Kräften, die den Aufstand gestützt haben – im wesentlichen jene, die ihrerseits für Alessandri und die Christdemokraten gestimmt hatten – es ermöglichen konnte, die Militärregierung durch eine demokratisch-zivile Regierung zu ersetzen.

Bündnis mit der Rechten bot Chance für Einheit

Mit anderen Worten: Da die chilenische Linke vom Marxismus-Leninismus beherrscht wurde, war nur in *einem Bündnis der demokratischen* Rechten (Alessandri) mit dem Zentrum (Frei und die radikale Partei) die Grundlage für die notwendige politische Einheit zu finden, die zu einer *Abkürzung der Militärregierung führen konnte.*

Zu jener Einigung kam es aber während dieser 11 Jahre nicht. Als es darum ging, den Aufstand selbst zu unterstützen, kam sie zwar zustande, nicht aber, um die Alternative einer Zivilregierung zu ermöglichen. Statt dessen sahen sich die Christdemokraten gespalten: einerseits Frei, der sich *1964* mit der Rechten geeinigt hatte, um Allende zu besiegen, andererseits Tomic, der in der Rechten „den gemeinsamen Gegner aller derer, die für Neuerungen sind" sah.

Alle Versuche, das Militär dafür verantwortlich zu machen, es habe die Einigung zwischen der Rechten und den Kräften des Zentrums verhindert, sind unhaltbar. Ebensowenig kann ernsthaft aufrechterhalten werden, die Rechte hätte sich einer Verständigung mit dem Zentrum, um eine neue Regierung Freis als Alternative zur *Militärregierung* zu ermöglichen, widersetzt. Wenn dieses Bündnis nicht zustande kam, so liegt es vielmehr an dem starken Linksdrall der Christdemokraten und an ihrer Abneigung gegen die Rechte.

Ein weiterer Faktor, der zu dieser Situation beigetragen hat und sowohl als Ursache als auch als Folge aufgefaßt werden kann, ist das in den Anfangsjahren dieser Regierung erfolgte Verbot jeglicher politischer Aktivität. Die Christdemokratische Partei hat den Aufstand zwar unterstützt, offiziell dazu bekannt hat sie sich aber nie. Die Verantwortung dafür blieb ausschließlich dem Militär vorbehalten. Und das an die Macht gekommene Militär wußte um die Zwistigkeiten innerhalb der Christdemokratischen Partei, die unbeugsame Opposition Tomics und Leightons und die Belastung, die es für die Partei bedeutet, bei den Präsidentschaftswahlen von 1970 ihre Kandidatur auf die Unmöglichkeit einer Verständigung mit der Rechten ausgerichtet zu haben. Folglich beschlossen sie, die antidemokratischen Parteien aufzulösen und den demokratischen ihre ordentliche Tätigkeit zu untersagen.

Dieses Verbot ist von den Christdemokraten niemals akzeptiert worden. *Die Folge war ein zunächst* wachsender Abstand und schließlich eine offene Feindschaft gegen die Militärregierung. Sie verbot, wie schon erwähnt, ihren Mitgliedern zehn Tage *nach dem Aufstand am 21. September* 1973, höhere Regierungsämter zu besetzten. Hiermit verweigerte sie der Regierung die politische und technische Erfahrung derer, die unter der *letzten* demokratischen Regierung Chiles gedient hatten.

Den Rückhalt der Militärregierung bildeten somit ausschließlich die Rechtsparteien, die unabhängigen, die antipolitisch eingestellten Körperschaften (Gremialismo), der politische Nationalismus, der Wirtschaftsliberalismus und die abtrünnigen Christdemokraten, deren Namen aus den Parteiregistern gestrichen worden waren.

Meiner Ansicht nach hat die Christdemokratische Partei einen schweren Fehler begangen, als sie sich weigerte, vorübergehend ihre politische Tätigkeit einzustellen. Wenn sie Minister oder sonstige Funktionäre von hohem persönlichem Ansehen gestellt hätte, die ohne Parteiverantwortlichkeit, aber mit klarer christlich-sozialer Gesinnung der Regierung eine Ausrichtung zu geben in der Lage gewesen wäre, so hätte einer Wiederherstellung der Demokratie in dem Sinne, wie sie seinerzeit während der Kandidatur Freis vertreten wurde, nichts im Wege gestanden.

Denn Frei wäre kraft seiner staats*männischen Größe notwendigerweise* der demokratische Nachfolger einer militärischen Übergangsregierung geworden.

Wäre Frei zusammen mit den ehe*maligen Präsidenten Allessandri* und Gonzalez Videla dem Staatsrat beigetreten, so wäre es leicht möglich gewesen, eine neue Verfassung einzuführen oder die Verfassung von 1925 zu reformieren. Auf diese Weise hätte man bereits vor 1980 über eine Verfassung verfügt. Ich wiederhole, Frei war dazu bestimmt, Erbe jener zwei Drittel der Bevölkerung, die der Verfassung von 1980 zur Gültigkeit verholfen hatten, zu werden.

Weder Alessandri noch Gonzalez Videla wären gesundheitlich in der Lage gewesen noch hätten sie das Verlangen gespürt, Frei die Präsidentschaft streitig zu machen. Niemand hätte ihn aufhalten können. Einzige Voraussetzung hierfür wäre ein stabiles Bündnis der demokratischen Kräfte gewesen, daß der kommunistischen Partei den Weg hätte versperren können.

Hätte besagtes Bündnis der Zentrums- und Rechtsparteien um Frei die kommunistische Gefahr gebannt, dann hätte man sogar mit einer gewaltigen Niederlage Pinochets rechnen dürfen. Allerdings halte ich diese Möglichkeit für reine Spekulation. Pinochet hätte die Streitkräfte niemals in einen politischen Wahlkampf dieser Ausmaße verwickelt.

Die übermäßig lange Zeitspanne bis zum endgültigen Inkrafttreten der Verfassung und die Tatsache, daß während dieser Jahre auf Ziele statt auf Fristen bestanden wurde, beruhen auf einem absichtlichen Hinausschieben der Machtübergabe von Seiten des Militärs, bis ein mehrheitlicher, stabiler und demokratischer Volkswille dem Kommunismus in den Weg treten kann.

Abgrenzungsprobleme von Zentrum und Rechten

Auch heute, nach einer Zunahme der politischen Freiheit, läßt die Entwicklung des politischen Alltags das bisher Gesagte augenscheinlich wer*den. Das größte Zugeständnis in die*sem Zusammenhang ist eine Erklärung der Christdemokraten, keinen Pakt mit den Kommunisten einzugehen. Was die Rechte anbetrifft, so hat *sich die Christdemokratische Partei* lediglich dazu bereit erklärt, sich mit der Rechten als eine Gruppe unter verschiedenen anderen zu verständigen, um ein Bündnis der zivilen Kräfte gegen die *Regierung zu* errichten. Jedoch bis Oktober 1984 hat sie sich nicht dazu bereit gefunden, eine Regierungsalternative zu bilden, die die Rechte mit einschließt. Im Grunde genommen fürchtet sie bis zum heutigen Tage, vor das Land als eine mit der Rechten gebildete Regierungskoalition zu treten.

Nach wie vor will sie nicht verstehen, daß die Verfassung von 1980 jeglicher Einzelpersonen oder Gruppe die Bildung einer totalitären Partei untersagt. Es handelt sich demzufolge hierbei nicht um ein diskriminierendes Verbot für eine bestimmte Gruppe, wie etwa die Kommunisten.

Die Daseinsberechtigung und Aufgabe der heutigen Regierung besteht darin, Chile ein Fortbestehen im Rahmen der westlichen Demokratien zu sichern. Daraus folgt, daß sie der kommunistischen Partei jegliche Möglichkeit nehmen muß, im Rahmen der Verfassung wieder an die Macht zu kommen, sei diese auf Grund einer Unterlassungssünde oder kraft der bewußten Einwirkung von Seiten demokratischer Gruppen. Für den Präsidenten Pinochet würde ein verfassungsmäßiger Sieg des Kommunismus die Anerkennung des Totalitarismus als eine gleichwertige Alternative zur Demokratie bedeuten. Der Kampf für den Totalitarismus hätte den gleichen Wert wie der Kampf für die Freiheit. Ein Sieg des kommunistischen Totalitarismus würde außerdem den Verlust der politischen Unabhängigkeit bedeuten.

William Thayer-Arteaga war von 1964 bis 1968 Arbeits- und Sozialminister der Regierung Frei und ist nun Mitglied der Akademie für Sozialwissenschaften am Instituto de Chile.

AUF EINEN BLICK

GEOGRAPHISCHE LAGE
Chile liegt an der südwestlichen Küste Südamerikas, von der nördlichen *Grenze mit Peru bis zum Südpol*, ca. 8066,7 km lang; Breitengrad 17°30' S –56°30' S

GESCHICHTE
Der erste Europäer, der die Küste Chiles betrat, war Fernando de Magallanes, am 21. Oktober 1520. Als portugiesischer Seemann fuhr er unter spanischer Flagge.
Er kam durch die Meeresstraße, die heute noch seinen Namen trägt.

FLÄCHE
2 006 626 km², davon 756 626 auf dem amerikanischen Kontinent (inklusive Osterinseln und andere Inseln im Pazifik, wie Sala y Gómez I, San Félix I, San Ambrosio und der Archipel Juan Fernandez) und 1 250 000 km² in der Antarktis.

SPRACHE
Spanisch



EINWOHNER
11 435 000

EINWANDERER
*Spanier, Deutsche, Engländer, Ita*liener, Juden, Tschechen, Jugoslawen und Araber.

VERWALTUNG
13 Regionen, davon jede in Provinzen *aufgeteilt, diese wiederum in Kom*munen.

SCHULWESEN
Umsonst, bis zum 8. Schuljahr obligatorisch.

ALPHABETISMUS
94,4 Prozent.

SCHULJAHR
März bis Dezember

VORSCHULE
Kinderhort oder Kindergarten, für Kinder im Alter zwischen 1 und 5 Jahren.

GRUNDSCHULE
Diese dauert 8 Jahre, für Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren.

HAUPTSCHULE
Diese dauert 4 Jahre für Schüler im Alter zwischen 14 und 18 Jahren.

UNIVERSITÄTEN
Es gibt 17 Universitäten, die sämtliche Studienmöglichkeiten bieten in *der Dauer von 4 bis 7 Jahren.*

WICHTIGE ANSCHRIFTEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Botschaft der Republik Chile; Kronprinzenallee 20, 5300 Bonn 2, Tel. 0228-363089, 363080, 365561
Konsulat in Bundesplatz 12, 1000 Berlin 31, Tel. 030-8532193,
Honorargeneralkonsulate in Frankfurt und München,
Generalkonsulat in München
Wirtschaftsabteilung der Botschaft; Chilehaus B, 2000 Hamburg 1, Tel. 040-335835/13

IN ÖSTERREICH
Botschaft von Chile; Lugeck 1 III/IX, 1010 Wien, Tel. 523370, 522353

IN CHILE
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland; Casilla 9949, Calle Agustinas 785, Tel. 35031–35
Konsulat in Concepcion, *Casilla* 41, Calle Ó Higgins 445, Tel. 25978
Deutsch-Chilenische Handelskammer in Santiago de Chile; Casilla 9980, Ahumada 131, Tel. 64494
Österreichische Botschaft; Barrios Errazuris 1968, Casilla 16.196, Santiago de Chile 9, Tel. 2234774, 2234281
Büro des Handesrates; Ismael Valdes Vergara 368, Casilla 165 – d, Santiago de Chile. Tel. 391151

DEUTSCHE IN CHILE / Beginn einer Aristokratie

Kolonisatorisches Werk

Rund 40 000 Chilenen zählt die Regierung, die ihre „Muttersprache" mit Deutsch angeben, obwohl sie einen Chile-Paß haben und ihren Namen nur auf spanisch angeben. Chilenen deutscher Abstammung mag es etwa 200 000 geben.

Bleibende Erinnerung an die deutschen Siedler ist ihr kolonisatorisches Werk, das aus einem Urwald die Speisekammer Chiles gemacht hat. Sie haben den Provinzen Cautin, *Valdivia*, Osorno und *Lianquihue* (65 317 Quadratkilometer groß) ihren Stempel aufgedrückt. Einer der ersten Deutschen kam aus Nürnberg: Bartholomäus Blum. Schnell erkannte der Zimmermann seine Chancen. 1530 heiratete er die Tochter des Arrukaner-Häuptlings Talazente. Fortan nannte er sich Bartolome Flores, kümmerte sich um die Belange der Spanier in Chile, brachte Ordnung in die Verwaltung und stieg 1541 zum ersten Prokurator von Santiago de Chile auf.

Flores ließ nicht nur die erste Mühle in Vina del Mare bei Valparaiso anlegen, sondern auch den ersten Weinberg. Er gab ihm den Namen Anesta de Aleman – Anhang der Deutschen. Seine Tochter gab er einem (deutschen) Feldhauptmann. Aus dieser Ehe stammten eine Vielzahl von Kindern und Kindeskindern, die eine traditionsreiche Großfamilie, ihre eigene „Aristokratie" begründeten. Aus dieser Familie stammen drei Präsidenten des Landes.

Südchile war bis 1890 fast ausschließlich von deutschen Kolonisten besiedelt, woran Bernardo Philippi aus Berlin großen Anteil hatte.

Philippi war um 1840 als Beauftragter Preußens in Chile gewesen und hatte danach eine starke Auswanderung in dieses Land befürwortet. Er entschied sich selbst für Chile als seine *zweite Heimat und wurde unter* Präsident Bulnes Adjutant für Einwanderungsfragen. Mit seiner Hilfe kamen rund 3000 Deutsche aus Hessen, Hannover und Hamburg

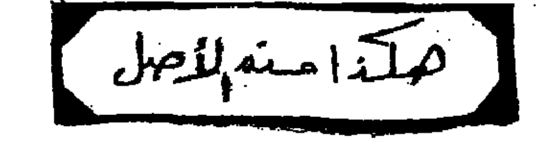
Einige Gründungsdaten der „Deutschen Schule" geben Aufschluß über die Zeitfolge der Besiedlung: 1854 Oserno, 1858 Valparaiso, 1858 Valdivia, 1869 Puerto Montt, 1887 Concep*cion, deutsche Siedlungen bestehen* um 1880 in Los Angeles, Temuco, Villarrica und Rio Bueno.

Während Südchile vor allem landwirtschaftlich orientierte Bevölkerung *anzog, siedelten in Mittelchile* vor allem Lehrer, Händler und Angestellte aus akademischen Berufen. Daneben kamen vermehrt Offiziere.

Nur zwei Jahre später kam eine andere Spezies aus deutschen Landen nach Chile – die Bierbrauer! Das wurde lange Zeit die Hauptindustrie des Landes. 1890 gab es 63 deutsche Brauereien in 29 Gemeinden.

Mit dem Jahr 1933 wurde der deutsche Einfluß in Chile stark abgebaut. Erst nach 1945 gab es zaghafte Ansätze für eine stärkere Wiederbeachtung des deutschen Volksgutes in Chile. Aus der Industrie, dem Handel und dem Gewerbe sind die Deutschen weitgehend verdrängt worden oder haben sich gänzlich assimiliert.

U. S.



NATIONALHELD / Bürger O'Higgins

In Irland wäre er ein Bauer geworden

Amerika ist nun frei. Von heute an existiert General O'Higgins nicht mehr; er ist nur noch der Bürger O'Higgins." Diese Worte richtete der Befreier Chiles, der am 1. Januar 1819 die Unabhängigkeit seines Heimatlandes ausgerufen hatte, nach der Schlacht von Ayacucho an Simón Bolivar, der in ganz Südamerika als „Libertador" verehrt wird.

Auf den Schlachtfeldern von Ayacucho trug General Antonio José Sucré am 9. Dezember 1824 den Endsieg über die Spanier davon. Mit der Kapitulation des spanischen Vizekönigs hörte ihre Herrschaft in Südamerika unwiderruflich auf. Bernardo O'Higgins konnte befriedigt feststellen: „Unser Werk ist vollendet."

O'Higgins, Chiles Nationalheld, wurde am 20. August 1776 in der Stadt Chillán, rund 400 Kilometer südlich von Santiago, geboren. Sein Vater Ambrosio O'Higgins stammte aus Irland und war im Dienste der spanischen Krone zum Statthalter in Chile und zum Vizekönig von Peru aufgestiegen. Mit 52 Jahren heiratete er ein kaum 15jähriges Mädchen.

Aus dieser Verbindung ging Bernardo hervor. Der Vater, der später den Titel eines Marqués de Osorno trug, ließ ihn standesgemäß in England erziehen. Dort lernte er die revolutinären Gedanken der europäischen Geistesgrößen wie Bacon und Locke, Montesquieu und Rousseau sowie Voltaire kennen, die seine nationalen Gefühle erweckten.

Schwärmend für die Revolution

Im Alter von 24 Jahren kehrte O'Higgins nach Chile zurück; er schwärmte für die Französische Revolution. Begeistert schloß er sich 1810 der Freiheitsbewegung an. „Die göttliche Vorsehung hat unsere Unabhängigkeit vorausbestimmt", erklärte der junge Mann aus Chillán, „und mein einziger Ehrgeiz ist es, ein eigenes Vaterland zu haben."

Die Criollos – Chilenen spanischer Abstammung – waren damals in zwei Lager gespalten: Die einen hielten dem spanischen Königshaus die Treue, während die anderen den Umstand, daß Bonaparte den Thron usurpiert hatte, zum Anlaß für ihre Auflehnung nahmen. O'Higgins stellte sich auf deren Seite.

Während am 18. September 1810 in Santiago die erste Junta zusammentrat, bereitete O'Higgins auf seinem Landgut nahe Chillán den Aufstand gegen die spanischen Kolonialherren vor. Später bezeichnete er sich als einen „Gelegenheitsstrategen, der zu den Waffen gegriffen hat, um die Kämpfer für die Befreiung in gefahrvoller Stunde anzuführen".

Um ihn scharten sich hauptsächlich Leute vom Lande. Der Zulauf wurde von Tag zu Tag stärker. O'Higgins wurde zum General ernannt und erhielt 1813 den Oberbefehl über sämtliche Truppen. Nach einigen kleinen Siegen wurde er 1814 bei Rancagua von zahlenmäßig weit überlegenen spanischen Verbänden vernichtend geschlagen.

Selbst schwer verwundet, konnte O'Higgins mit einem versprengten Haufen seiner Befreiungskämpfer nach Argentinien flüchten. Gemeinsam mit dem argentinischen General José de San Martin stellte er das Anden-Heer auf, das später die Kordilleren überquerte und bei Chacabuco am 12. Februar 1817 den Spaniern den ersten schweren Schlag versetzte.

„Wenn ich in England oder Irland zur Welt gekommen wäre, wäre aus mir sicherlich ein guter Bauer geworden, und ich hätte auf dem Lande gelebt", sinnierte einmal der Feldherr. „Da ich aber meinen ersten Atemzug in Chile getan habe, fühle ich mich in der Schuld, meinem Vaterland zu seiner Freiheit zu verhelfen."

Nach Befreiung Director Supremo

Nach der Befreiung Chiles wurde O'Higgins zum „Director Supremo" ernannt und mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet. Vier Monate nach der Proklamation der Unabhängigkeit sicherte er den Bestand der Republik endgültig mit seinem Sieg am Maipó. Die weiteren Feldzüge General San Martins in Peru unterstützte er durch die Entsendung einer chilenischen Flotte.

„Hätte ich tausend Leben, wären sie mir immer noch nicht genug, um sie für die Freiheit und für die Unabhängigkeit unseres Volkes zu opfern", erklärte O'Higgins emphatisch. „Aber ich habe die große Genugtuung, daß der Großteil der Söhne Araukaniens genauso denkt und handeln würde." Die Araukaner sind die Ureinwohner Chiles, die den Spaniern bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts im Gebiet südlich des Bio-Bio-Flusses trotzten.

Die Regierung des „Obersten Direktors" stand unter keinem guten Stern. An den Reformen, die O'Higgins im Staate vornehmen wollte, schieden sich die Geister. Als sich zwei unversöhnliche Parteien entgegentraten und der innere Frieden gefährdet schien, wich der Nationalheld dem Druck des Generals Freire und zog sich auf das Landgut Montalván im Süden Perus zurück.

Dort lebte er vereint mit seiner Mutter und Schwester, die während des Unabhängigkeitskrieges zeitweilig in die Hände der Spanier gefallen waren, und mit seinem Sohne Demetrio. Historiker haben seinen Rückzug aus der Politik als ein Opfer gewürdigt, das seinem militärischen Ruhm gleichsteht. Er selbst dürfte es anders empfunden haben, wie aus Tagebüchern hervorgeht.

Im Alter ließ sein Gesundheitszustand immer mehr zu wünschen übrig. O'Higgins träumte noch auf dem Sterbebett von einer Heimkehr nach Chile, nachdem dort in der Zwischenzeit der Streit um seine Person und seine Politik abgeklungen war und seine geschichtliche Rolle gewürdigt wurde. Seiner Schwester Rosita diktierte er eine Ansprache, die er nach der Ankunft in Valparaiso halten wollte. Sechs Stunden vor der Einschiffung starb er am 24. Oktober 1842.

Wie andere große Männer, die selbstlos ihre Ideale verfolgten und nicht nach materiellen Gütern strebten, litt O'Higgins in den letzten Jahren seines Lebens ziemliche Not. Auch auf der Flucht nach Argentinien hatten Mutter und Schwester sich eines Entgeltes wegen verdingen müssen. Das Landgut bei Chillán hatte er verloren, als die Spanier das Gebiet noch eimal zurückerobert hatten.

O'Higgins lebte zuletzt auf dem Landgut Montalván als Gast der Regierung in Lima. Seine Verbitterung wurde jedoch von dem Stolz darüber erhellt, daß er zur Freiheit und Unabhängigkeit Südamerikas seinen Teil beigetragen hatte.

MANFRED NEUBER



Nach wie vor eine Säule der Wirtschaft, die Kupferindustrie FOTO: CAMERA PRESS

SOZIALPROGRAMM / Ein Kampf gegen die Armut

Hilfe vor allem für diejenigen, die sie auch wirklich am nötigsten haben

Von PATRICIA MATTE

Eine „Karte der extremen Armut" als erste Annäherung an die wahren Ausmaße dieses Problems wurde 1975 verfertigt. Es zeigte sich, daß sich über 21 Prozent unserer Bevölkerung in dieser Situation befand.

Seit 1925 hatte Chile verschiedene Anstrengungen hinsichtlich der sozialen Probleme gemacht. Es wurde in diesem Zusammenhang als eines der fortschrittlichsten Länder Lateinamerikas angesehen. Sowohl das Erziehungssystem als auch jenes für soziale Sicherheit galten mit als die modernsten Lateinamerikas. Es fiel schwer, sich vorzustellen, daß Regierungen, die vorgaben, sich den Ärmsten verschrieben zu haben und die einen wichtigen Teil der gesamten Ausgabe für soziale Zwecke bestimmten, so wenig Erfolg vorweisen konnten.

Die Karte der extremen Armut ermöglichte es nicht nur, die Notleidenden innerhalb der Gemeinden und Regionen zu finden, sondern zeigte auch zwei sehr wichtige Tatsachen auf, die zu Richtlinien für spätere Analysen wurden. Einerseits hob sie hervor, daß der größte Prozentsatz der Notleidenden sich im schulpflichtigen Alter befand und daß von diesen 47 Prozent nicht die Schule besuchten oder sie aufgegeben hatten, nachdem sie ein oder zwei Jahre in die Schule gegangen waren.

Andererseits zeigte sie, daß die Eltern dieser Kinder nicht Arbeiter oder Handwerker waren, sondern selbständig arbeiteten und somit keine Nutznießer dieses gewaltigen Apparates, der 25 Prozent aller Ausgaben des Staates verschlang: das soziale Versicherungssytem, welches die Rentenversicherung und das Gesundheitswesen mit einschloß. Nach einer umfassenden Analyse kam man zu dem Schluß: Die Unterstützung begünstigte nicht diejenigen, die es am nötigsten hatten.

Zudem stellte sich heraus, daß die Finanzierung der Sozialprogramme nicht von den Steuern der Wohlhabenden stammte, sondern von der „Inflationssteuer" und den Abgaben für die Rentenversicherung getragen wurde, die insbesondere jene Leute belastete, die von einem Gehalt oder Lohn lebten.

Das heißt, die Sozialausgaben des Staates wurden nicht nur nicht mit dem Geld der Vermögenden im Sinne einer gerechten Verteilung des Einkommens geleistet, sondern hatten obendrein zur schlechten Lage der Nichtbegünstigten beigetragen, indem ein System von Beihilfen und Zuschüssen geschaffen worden war, welches nur den Leuten half, die schon in den Entwicklungsprozeß einbezogen waren.

In dem Maße, in dem der wirtschaftliche Aufschwung nachließ, wurde der Kampf um die geringen Mittel immer bitterer und heftiger. Andererseits versprach man nach wie vor alle Vorteile, die eine moderne Gesellschaft zu bieten hatte.

Was 1973 geschah war mithin auch die Folge eines wirtschaftlichen und politischen Systems, daß immer weniger leistungsfähig und immer ungerechter wurde.

Aufgrund dieser Diagnose erstrebte die Sozialpolitik der Regierung die Beseitigung dieser Diskriminierung. Mit besonderem Nachdruck achtete man darauf, die Bedürftigsten mit direkten Beihilfen zu unterstützen. Dies beinhaltete die Schöpfung eines Systems zur Erfassung und Auswahl der Nutznießer einerseits, zur Verfolgung der im Programm festgelegten Ziele andererseits. In ersterem sind die größten Fortschritte erzielt worden, da es nunmehr systematisch möglich ist, Vor- und Nachnamen sowie die Adresse der hilfsbedürftigsten Einwohner einer Gemeinde festzustellen.

Es werden aber nicht nur mehr Kinder dank diesem Programm versorgt, auch die Qualität der gereichten Nahrung ist gestiegen. Außerdem wurde Reis und Öl an die von Unterernährung bedrohten Kinder und übermäßig abgemagerten Schwangeren verteilt. Das andere wichtige Programm im Gesundheitsbereich ist die Kontrolle des gesunden Kindes.

Dieses Programm erfaßt 87 Prozent der bedürftigen Bevölkerung unter 6 Jahren; in den ärmeren Vierteln sogar bis zu 90 Prozent. Dies hatte einen starken Rückgang der Sterblichkeitsziffer aufgrund verbreiteter Todesursachen zur Folge. Ein Vergleich der Jahre 1972 und 1982 zeigt: Die Todesfälle wegen Durchfall bei Kindern unter einem Jahr sind von 2997 auf 330 zurückgegangen, wegen Lungenentzündung von 5097 auf 685.

Die Kindersterblichkeitsrate (Kinder unter 1 Jahr) ist in diesem Zeitraum ebenfalls stark zurückgegangen: von 71,1 Promille der lebendig Geborenen im Jahre 1972 auf 21,8 im Jahre 1983.

Auch der Prozentsatz der stark unterernährten Kinder hat kraft der durch diese Programme aus dem Gesundheitswesen geleisteten Anstrengungen einen Wandel erfahren. So hatte Chile im Jahre 1975 0,7 Prozent stark unterernährter Kinder und jetzt sind es nur 0,1 Prozent. Ähnliche Erfolge sind im Bezug auf die Sterblichkeit bei Müttern zu verzeichnen. Sie ist von 1,68 Promille der lebendig geborenen Kinder im Jahre 1970 auf 0,45 Promille gesunken.

KUPFER / Mit aggressiver Strategie

Verknappung bringt das Land nicht weiter

Mit einer offensiven Verkaufspolitik auf dem Weltmarkt ist Chile in den vergangenen Jahren zum größten Kupferproduzenten der Erde aufgestiegen. Dieser Expansionskurs soll auch in Zukunft fortgeführt werden, sofern das Steuer in der Wirtschaftspolitik nicht herumgerissen wird.

Die chilenische Regierung verfährt seit 1976 nach der Devise, den höchstmöglichen Nutzen aus den Bodenschätzen des Landes zu ziehen. Das öffentlich erklärte Ziel lautet, „in der kürzestmöglichen Zeit die größtmögliche Menge an Kupfer zu produzieren".

So macht das rote Metall heute wieder mehr als die Hälfte aller chilenischen Exporte aus, wodurch die Abhängigkeit Chiles vom Weltmarktpreis für Kupfer zunimmt. In den siebziger Jahren war versucht worden, davon abzukommen, indem der südamerikanische Staat seine Ausfuhren diversifizierte.

Im Jahre 1981 produzierte Chile 1,1 Millionen Tonnen Kupfer; das waren 17 Prozent der gesamten Welt-Erzeugung. Im Jahre 1983 stieg die Produktion auf 1,3 Millionen Tonnen, und damit wurden die Vereinigten Staaten als bis dahin größter Erzeuger übertroffen.

In diesem Jahr sank der Ausstoß infolge produktionstechnischer Probleme geringfügig, jedoch hält Chile noch seinen Anteil von 20 Prozent an der Kupfer-Produktion der westlichen Welt. Die staatliche Holding Codelco, die knapp 80 Prozent der Gran Mineria kontrolliert, will die führende Position weiter ausbauen.

Im Aufsichtsrat der Codelco sitzen sieben Mitglieder, von denen fünf von der Regierung berufen sind. Es handelt sich um den Bergbau- und um den Wirtschaftsminister sowie um drei hohe Offiziere, die vom Staatschef, General Augusto Pinochet, ernannt wurden.

Sowohl der Vorsitzende des Aufsichtsrates als auch der geschäftsführende Direktor sind Militärs. Das unterstreicht, welche hohe strategische Bedeutung der Kupferbergbau für die Junta in Santiago hat. Offenbar hat Pinochet in allen Entscheidungen des staatlichen Bergbau-Unternehmens das letzte Wort.

Auf Solidarität mit den anderen Kupfer-Produzenten, vor allem mit Peru, Sambia, Zaire und den Philippinen aus der Dritten Welt, die in dem Erzeuger-Kartell Cipec zusammengeschlossen sind, legt man gegenwärtig keinen Wert. Vielmehr versucht Chile, seine Stellung auf dem Weltmarkt zu verbessern.

Produktionskosten sind hier niedrig

Das ist ohne Verluste möglich, weil Chile relativ niedrige Produktionskosten ausweist. Mit 40 Cents pro Pfund liegen sie um die Hälfte günstiger als in den USA. Anscheinend setzt die Codelco auf einen Verdrängungswettbewerb mit den internationalen Konkurrenten.

Nachdem der Kupferpreis zu Anfang der achtziger Jahre vergleichsweise günstig notiert worden war, ist er seither aus unerfindlichen Gründen trotz steigender Nachfrage zurückgegangen. Gemessen am Dollar-Kurs sind heute die 60 Cent pro Pfund nur noch halb soviel Erlös wie beim Stande vom Januar 1980.

Nach Angaben des Londoner Wirtschaftsmagazins „The Economist" nahm die Nachfrage nach Kupfer im Jahre 1984 um etwa acht Prozent zu. An der Londoner Metal Exchange fielen die Vorräte binnen zwölf Monaten von 435 000 Tonnen auf 133 000 Tonnen, und die Nachfrage insgesamt übertraf das Angebot um 30 000 Tonnen.

Um einen weiteren Preisverfall auf dem Weltmarkt zu verhüten, hoffte man auf Produktionsbeschränkungen in Chile. Doch diese Rechung dürfte nicht aufgehen. Santiago kann es sich wegen der gespannten sozialen und politischen Lage im Lande nicht leisten, die Produktion herunterzufahren und einen Teil der 26 000 Kumpel zu entlassen.

Amerikanische Konkurrenten hatten im Juli bei der einheimischen International Trade Commission (ITC) die Festsetzung von Einfuhrquoten für Kupfer verlangt. Die USA hatten 1983 insgesamt 600 000 Tonnen importiert, von denen 250 000 aus Chile kamen. Jetzt sollten nur noch 353 000 Tonnen mit einem chilenischen Anteil von 121 000 Tonnen zugelassen werden.

Der Verbrauch steigt kaum noch

Zur Verteidigung des freien Warenverkehrs führte der chilenische Verhandlungsführer, der ehemalige Bergbauminister Enrique Valenzuela, folgendes an: Die US-Unternehmen leiden nicht unter den Importen, sondern an schlechten Erzen der eigenen Förderung und hohen Produktionskosten. Dafür könne Chile aber nicht bestraft werden.

Dennoch wurde dem Ersuchen von elf amerikanischen Firmen, die chilenischen Einfuhren zu begrenzen, von Präsident Ronald Reagan nicht stattgegeben. Die Codelco wies auch die Unterstellung zurück, das staatliche Unternehmen werde durch Steuervergünstigungen und günstige Kredite des Staates gegenüber anderen bevorteilt.

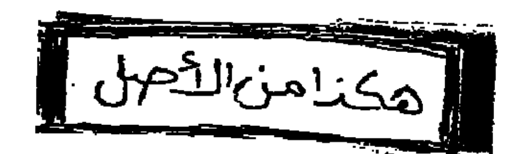
Während die Codelco in ihren Unternehmen bei einem Erzeuger-Preis von 40 Cent pro Pfund gegenwärtig noch Gewinne abwirft, schaffen die anderen chilenischen Produzenten gerade noch einen Ausgleich zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis. Ob Chile seine Auslandsschulden abtragen kann, hängt letztlich vom Anstieg des Kupferpreises ab.

Das alte Rezept, durch eine Verknappung eines Rohstoffes den Erlös auf dem Weltmarkt in die Höhe zu treiben, würde wenig nutzen: In Chuquicamata, dem größten Kupfererz-Tagebau der Welt, klettern die Produktionskosten pro Tonne bei sinkender Förderung. Dort wurde 1958 fast soviel (558 000 Tonnen) gefördert wie Sambia, der viertgrößte Erzeuger der Erde, auswies.

Alle Kupferproduzenten stehen vor dem Phänomen, daß der Kupferverbrauch in den Industrienationen zwar 1978 den Stand vor dem Erdölschock von 1973 wieder erreicht, seither jedoch kaum weiter zugenommen hat. Um so heftiger wird auch die Konkurrenz der Aluminium-Erzeuger, die große Geldsummen für Marktforschung und Absatzförderung aufwenden. Allein die beiden größten Aluminium-Konzerne geben 150 Millionen Dollar aus.

Um die expansive Marktpolitik durchhalten zu können, will die Codelco von 1985 an vier Jahre hindurch jährlich 400 Millionen Dollar im chilenischen Kupferbergbau investieren. So soll die Kupfer-Produktion bis zum Ende der achtziger Jahre auf mehr als 1,14 Millionen Tonnen erhöht werden. Bis zum Jahre 1993, so verlautete in Santiago, soll das Volumen sogar auf 1,5 Millionen gesteigert werden. Chile setzt auf das rote Metall, will aber zugleich seine Monokultur brechen.

F. M.



OSTERINSELN / Die Sage von Hotu Matu'a

Ao in der Rechten, Tahonga an der Brust

Eines Tages hat der erzürnte Uoke von der Ferne aus beginnend den Grund der polynesischen Meere aufgewirbelt, dabei Inseln zerstört, Stürme und Erdbeben verursacht. Mit Hilfe eines gigantischen Hebers hob er Erdklumpen und ließ die dann ins Meer zurückfallen. Aber der Heber brach bevor er die Ufer von Rapa Nui erreichte, und somit wurde die Osterinsel vor der Zerstörung bewahrt. Gleichzeitig flüchteten König Hotu Matu'a zusammen mit seiner Frau Vakai, Verwandten und vielen Freunden vor dieser Überflutung in zwei Booten, da *sie durch die Träume* eines gewissen Hau Maka gewarnt worden waren. Eines Morgens segelten sie in den ruhigen Gewässern, die die kleine Insel Motu Nui umgeben. Während sie nach einem guten Landeplatz Ausschau hielten, erreichten sie den schönen Strand von Hanga Morie Roa. Heute bekannt als Anakena; seine klaren Gewässer sind ideal zum Schwimmen. Mit ihren bunten Gewändern und Federnumhängen sprangen sie freudig von ihren hundert Fuß langen Booten auf den weißen Sand des Strandes. Singend und tanzend trugen sie Werkzeuge, Haushaltssachen, Körbe voll mit Pflanzen wie Name, Taro, Ti, Süßkartoffel, Bananen und Zuckerrohr mit sich.

Sie brachten auch Blumen und Geflügel. Ariki Hotu Matu'a war seinem Volk überlegen mit seinem kräftigen und majestätischen Aussehen, hohen Augenbrauen, funkelnden Augen und wehendem Haar. In seiner Rechten hielt er den Ao, sein Zepter, und *an seiner Brust die Tahonga und* Reimiro, als Zeichen von Autorität.

Von dieser Zeit an, wurde Anakena die königliche Residenz. Es wird gesagt, daß wenn man sich auf den sandigen Strand legt, man sich als Herr über das Universum fühlt. Die ersten Siedler entdeckten auch in der Nähe noch einen kleinen Strand, Ovahe, der sogar noch schöner ist als Anakena, mit grünem, klarem Wasser, welchen man auch besuchen kann.

Die Jahre vergingen und Hotu Matu'a wurde blind. Vorausahnend, daß sein Tod nahe war, rief er seine Kinder, um sie eins nach dem anderen zu segnen am Fuße des Rano Kao, des größten Vulkans der Insel. Er trank etwas Wasser und von seiner Verwandschaft umgeben, schrie er so laut er konnte gegen das legendäre Hiva, seinen Geburtsort, um den Schrei des Hahnes zu hören. Dann starb der König. Auf einer Bahre nach Akahanga getragen, wurde er von seinen Kindern begraben.

Entdeckung zu Ostern

Erst am Ostersonntag 1722, als ein holländischer Seemann, Jacob Roggeveen, seinen Fuß auf diese Insel setzte, entdeckte die Welt eine berühmte Kultur, die geheimnisvoll aus der Mitte des Pazifiks hervorgegangen war. Während jahrhundertelanger Isolation, hatten die Bewohner eine einzigartige Lebensweise entwickelt, reich an Geschichten, Mythen, Legenden, Musik, Tänzen, Sport, Schriften, Architektur, feiner Handarbeit und gigantischen Skulpturen. Heute füllen diese und andere Dinge tausende Seiten von Dissertationen und wissenschaftichen Arbeiten in der ganzen Welt.

1935 wurde die Osterinsel durch die chilenische Regierung zum Freilichtmuseum deklariert, weil viele ihrer Ansichten durch die Zeiten unverändert geblieben sind, damit alle, die die Insel besuchen, sie frei bewundern können.

Die primitiven Bewohner der Insel stellten ihre Häuser, die Hare Paenga, auf Fundamente aus geschliffenen Steinen. Ihre Häuser bedeckten die ganze Insel. Man erzählt, daß eines Tages eine neue Einwanderung von kräftigen Männern in die Akahanga-Region der Insel eindrang. Diese Tangarta Hanau Gepe waren physisch anders als die Tangata Hanau Momko (dünne Rasse), die die ersten Ariki begleitet hatten.

Nach kurzer Zeit begannen beide Rassen unter der Führung von Hanau Gepe – große Erbauer von Grabdenkmälern – mehrere Ahu, Zeremonientempel, zu erbauen auf dem Umkreis der Insel. Archäologen haben nicht weniger als 102 Ahu-Plattformen verstreut auf der ganzen Insel gezählt. Gleichzeitig haben sie gigantische Figuren „Moai" aus Stein gehauen, welche später über die Ahu gehoben wurden zum Andenken an ihre Geliebten. Viele von diesen Portraits hatten eine Art Ha'u Mori auf dem Kopf, aus rotem Bimsstein von dem Punapau Steinbruch.

Frage nach dem Transport der Kolosse

Die berühmte Moai-Skulpturen-Werkstatt befindet sich auf der Südsüdost Seite des Rano Raraku, eines der drei erloschenen Vulkane auf der Insel, wo der geeignete Lapilli-Stein einst zu Moai geschliffen wurde. Von den 276 Steinstatuen, die gefunden wurden, sind 193 fast oder ganz fertiggestellt, und 83 verblieben im Anfangsstadium der Erbauung. Archäologen haben noch nicht ausfindig gemacht, wie diese Kolosse, die mehrere Tonnen wiegen, 15 Kilometer weit bewegt werden konnten mit Seilen, Baumstämmen und menschlicher Muskelkraft als einzigen Hilfsmitteln.

Offensichtlich endete dieses Unternehmen ganz plötzlich um 1680, als ob eine große Katastrophe über die Insel hereingebrochen wäre. Moai-Statuen wurden von den Zeremonientempeln heruntergerissen. Aber heute hat man viele dieser Monumente wiederhergestellt, wie Tahai, das ist der Ahu nördlich von Hangaroa, wo fünf Ahu sind und viele Moai und wunderbare Exemplare monumentaler Skulpturen. Andere großen Wertes befinden sich in Vinapú, Heckii Ahu in Hanga Hoonu oder La Perouse Bay; der Tongariki Ahu in Hotu Jti; der Tepeu. Akahanga und Vaihú Ahu; der Aktivi Ahu mit seinen sieben Moai – der einzige, der im Inneren der Insel errichtet wurde – und der Te Pito Kura Ahu, in der Nähe von Anakena.

Zusätzlich zu diesen Monumenten hat die Insel eine große Anzahl von Relikten, wie Tupa oder Unterkünfte, Höhlen, Ana, Hühnerställe, Feuerplätze, Petroglyphen, Häuserruinen und den beeindruckenden Orongo, ein Zeremonientempel. All diese kann man leicht besuchen.

Menschen von allen Erdteilen und Sparten haben über die Osterinsel geschrieben. Unter ihnen können wir Peter Sebastian Englert, Arne Skjolsvod, Rodolfo A. Philippi, Alfred Metraux, William Mulloy, Katherine Routledge, Pierre Loti, Gonzalo Figueroa, Thor Heyerdahl, Sergio Rapu, und andere, nennen. Durch ihre Erforschungen haben viele Wissenschaftler versucht die Geheimnisse um diese Insel zu lüften. Aber das ist nicht genug. Denn es gibt noch viel mehr zu entdecken über diesen Schatz von Mensch und Erde.

Auch wenn jemand nur für einen *kurzen* Besuch auf die Osterinsel kommt, wird er von der Einzigartigkeit der Steinkolosse angezogen werden. Der Friede einer einsamen Landschaft wird den Besuch erinnerungswert machen. P. M.



Ihre Geheimnisse haben die Osterinseln bis heute nicht preisgegeben FOTO: MANFRED GROHE

WEIN / Impulse kamen aus Frankreich

Paradies, das die Rebläuse verschonten

Bereits um das Jahr 1550 beginnt in Chile eine der traditionellsten landwirtschaftlichen Aktivitäten. Damals entwickelte sich auf diesem, von mildem Klima und sanft übergehenden Jahreszeiten liebkosten Boden die Weinbaukultur.

In diesem von der Natur geschützten Land, welches umrandet wird von Meer, Gebirge und Wüste – unüberwindbare Schranken für die Reblaus, die 1873 die feinsten Reben Europas und Amerikas zerstörte –, wurde die Weisheit des alten Kontinents mit der Güte des chilenischen Bodens und Klimas vereint, um aus seinen Weinbaugärten und seinen Weinkellereien ein delikates Produkt hervorzubringen. Heute genießt Wein aus Chile Weltruf. Man findet ihn ebenso in den Spitzenrestaurants von Paris wie in denen New Yorks. In seinem Heimatland bildet er einen selbstverständlichen Bestandteil der Küche. Im Restaurant des Hotels Carrera beispielsweise, berühmt für seine Meeresfrüchte, würde man einen Hummer nie ohne einen trockenen Weißwein servieren.

Paila Marina mit kräftigem Rotwein

Zu den Empanadas, den mit gewürztem Fleisch, Meeresbewohnern oder Käse gefüllten Teigtaschen, serviert man gerne einen frischen Roten. Die Humitas und die Paila Marina, das ist ein Eintopf aus Fisch und Meeresfrüchten zubereitet und serviert in einem irdenen Topf, vertragen beide einen kräftigen Rotwein. Porotos Granados, halbreife Bohnen mit Mais und Basilikum zusammengekocht, gereicht zu Tomaten und Braten oder die Cazuela, das ist ein Eintopf aus Rind- und Hühnerfleisch, der mit vielen kräftigen Kräutern gewürzt wird, schmecken am besten mit einem trockenen, nicht zu leichten Rotwein.

Restaurants, in denen man diese Gerichte propieren kann, gibt es überall im Lande. Ein Zentrum der chilenischen Eßkultur ist natürlich die Hauptstadt Santiago. Die bekanntesten sind „El Alero de los de Ramon", „La Ermita", „Canto Gallo" und „Pollo Dorado".

Den entscheidenden Impuls für die Weinbaukultur Chiles gab der Weitblick der Landesväter und Unternehmer, die Techniker und Spezialisten aus Europa und hauptsächlich aus Frankreich suchten, die mit edlen und feinen auserwählten Rebsorten ihrer Herkunftsländer nach Chile kamen und die Grundlage der heutigen Weinbauaktivitäten festigten.

Das alles geschah zur Hälfte des 19. Jahrhunderts. Heutzutage kommen *die chilenischen Weine* hauptsächlich aus den Rebsorten Cabernet (Franc y Sauvignon), Cot, Semillón, Pinot, Chardonnay und Riesling.

Die edelsten Reben plus Luft und Sonne

Die edelsten Reben der Welt bringen mit Hilfe von Luft und Sonne Weintrauben hervor, die, wenn sie rein und reif sind, behutsam in die Kellerei gebracht werden, wo ihr langer Prozeß der Umwandlung und Zucht beginnt, bis zu dem Zeitpunkt, wo der Wein seine Eigenschaften klar zum Ausdruck bringt; er wird in Eichenfässern gelagert, wo er Farbe, Blume und Körper annimmt.

Bis jetzt war die Rede von edlen Weinreben, von idealem Klima, von edlen Hölzern. Diesem Ganzen muß die Jahrhunderte dauernde Tradition, die *Erwerbung von moderner und* entwickelter Technologie, die Fähigkeiten der Techniker und ihr ständiges Forschen in harmonischer Gestaltung zugefügt werden, um dann mit Stolz behaupten zu können, daß Chile einer der bedeutendsten Erzeuger von hochqualitativen Weinen in der Welt ist.

Heutzutage ist es so, daß sich auf allen fünf Kontinenten irgendeine der verschiedenen chilenischen Weinsorten, durch Köstlichkeit und Qualität auszeichnet, finden läßt. Rotweine, Weißweine, Roséweine und Schaumweine – anerkannt und prämiert durch Weinkoster aller Welt – sind das erfreuliche Resultat der chilenischen Weinerzeugung. Ma.

LANDWIRTSCHAFT / Erhebliche Investitionen aufgrund des Dreijahresplans

Günstige Kredite für in- und ausländische Investoren

Äpfel, Aprikosen, Nektarinen aus Chile gehören seit Jahren zu den landwirtschaftlichen Exportartikeln des südamerikanischen Landes. Ebenso wie Shrimps, Hummer und Krabben, die die große Flotte Chiles aus den Meeren holt.

Chiles Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft genießt hohes Ansehen, national und international. Die Regierung verstärkt diese Stellung durch finanzielle Anreize.

So ist die Saatfläche für die traditionellen Produkte (Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Reis, Mais, Raps) um 20,6 Prozent auf 1,5 Millionen Hektar ausgeweitet worden. Für 1985 erwartet die Regierung einen weiteren Zuwachs von rund 13 Prozent.

Chile verfügt insgesamt über fünf Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Das entspricht rund sieben Prozent der Gesamtfläche des langgestreckten Landes. Die heißen Wüsten im Norden und die kalten Regionen im Süden lassen kaum Ackerbau und Viehzucht zu.

In den übrigen Landesteilen ist dagegen jede Art von Landwirtschaft und Viehzucht möglich.

Im Sommer 1984 gab die Regierung ihren Dreijahresplan für die Agrarwirtschaft bekannt. Er sieht eine Produktion von 1,46 Millionen Tonnen Weizen im Jahre 1986 vor, die 75,5 Prozent des internen Bedarfs decken würde.

Diese Produktion wird durch ein Anwachsen der Anbaufläche erreicht, die im Zeitraum 1984 bis 1985 schätzungsweise einen Umfang von 600 00 Hektar und im Zeitraum 1984 bis 1986 einen Umfang von 730 000 Hektar einnehmen wird. *Die Prognose* rechnet auch mit einem Ertrag von 20 000 Kilogramm je Hektar.

Weitere Ziele des Dreijahresplanes hängen mit der Höhe der in diesem Bereich geplanten Investitionen zusammen. Sie erreichen in diesem Jahr 10,5 Millionen Pesos, 11,2 Millionen Pesos im nächsten Jahr und 11,7 Millionen Pesos im Jahre 1986.

Es handelt sich dabei um längerfristige Investitionen, die den Zeitraum der zwei Jahre überdauern, wie Baum- und Obstplantagen, Weidegebiete, Ent- und Bewässerungsanlagen und den Zuwachs der Vieh- und Geflügelzucht.

Die realen Wachstumsraten für die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft, die Viehzucht zusammen werden für dieses Jahr auf 8,7 Prozent, für das Jahr 1985 auf 5,8 und für das Jahr 1986 auf 4,1 Prozent geschätzt.

Die durchschnittliche jährliche *Wachstumsrate* wird *auf 6,2* und für die drei Jahre auf 19,7 Prozent geschätzt.

Rund 410 000 Chilenen arbeiten gegenwärtig im Agrarsektor. Bis 1986 sollen 73 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ähnlich große Erwartungen knüpft die Regierung an die Steigerungsraten im Agrarexport. Er soll in den nächsten zwei Jahren auf rund 44 Prozent angehoben werden.

Dies will man durch eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 12,9 Prozent im landwirtschaftlichen Bereich, 13,9 im forstwirtschaftlichen Bereich und 18,6 Prozent im Bereich der Viehzucht erreichen.

Die Schätzungen sagen, daß die Exporte insgesamt in diesem Bereich von 749 Millionen Dollar in diesem Jahr auf 945 Millionen Dollar in zwei Jahren steigen werden. Die Importe werden dagegen abnehmen, und zwar von jetzt 427 Millionen Dollar auf 308 Millionen in zwei Jahren.

Das bedeutet, daß der Bereich der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht einen Handelsbilanzüberschuß von 638 Millionen Dollar in zwei Jahren produzieren würde.

Um die Exporttätigkeit zu fördern, wird unter anderem die Politik des hohen Wechselkurses aufrechterhalten. Ebenso werden Verringerungen beim Export angestrebt.

Eine Reihe von Maßnahmen soll dazu beitragen, daß die Ziele des Dreijahresplans erreicht werden können. Unter anderem soll eine staatliche Preisregulierung verhindern, daß monopolistische Tendenzen die optimale Verteilung der Mittel verhindern.

Eine vernünftige Zollpolitik soll aufrechterhalten werden, die auch den Interessen der nationalen Produktionen gerecht wird. Im Agrarsektor werden günstige Kredite für die Investoren vergeben.

Weiterhin wird der Staat bei seinen Einkäufen im Agrarbereich besonders die nationale Produktion berücksichtigen. U. S.

